# Landtag Rheinland-Pfalz 14. Wahlperiode

# Plenarprotokoll 14/41

# 41. Sitzung

# Donnerstag, den 20. Februar 2003

# Mainz, Deutschhaus

Landesgesetz zur Änderung des Landeshaushaltsgesetzes 2002/2003 (Nachtragshaushaltsgesetz 2003)

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 14/1900 –

Erste Beratung

...tes Landesgesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung (Erhöhung der Transparenz der Beteiligungen und Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten des Parlamentes)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 14/1650 –

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses  – Drucksache 14/1893 –	6
Die Drucksachen 14/1900/1650/1893 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.	
Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1900 – wird an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Die Mitglieder der Fachausschüsse können an der Beratung der sie betreffenden Einzelpläne teilnehmen	5
Der Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/1650 – wird in zweiter Beratung mit Mehrheit abgelehnt	5
Wahl eines ordentlichen berufsrichterlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags – Drucksache 14/1787 –	5
Zum ordentlichen berufsrichterlichen Mitglied des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz wird mit Wirkung vom 1. April 2003 Herr Walter Dury, Präsident des Oberlandesgerichts Zweibrücken, mit Mehrheit wieder gewählt	5

Landesgesetz über die Bindung der Rückflüsse aus Darlehen zur sozialen Wohnraumförderung Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 14/1615 -**Zweite Beratung** dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1615 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen.......2805 ...tes Landesgesetz zur Änderung des Schulgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 14/1622 -**Zweite Beratung** dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung und Jugend Die Beschlussempfehlung – Drucksache 14/1916 – wird mit Mehrheit angenommen......2811 Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1622 – wird unter Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung – Drucksache 14/1916 – in Landesgesetz zur Ausführung des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (AGGSiG) Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 14/1719 -**Zweite Beratung** dazu: Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses - Drucksache 14/1917 -

# Die Grundsicherung – der falsche Weg Antrag der Fraktion der CDU – Entschließung –

Landesgesetz zu dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 14/1735 -

**Zweite Beratung** 

# dazu: Beschlussempfehlung des Medienpolitischen Ausschusses

Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Hessen und dem Land Rheinland-Pfalz über die Forschungsanstalt Geisenheim am Rhein Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1833 –
Erste Beratung
Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1833 – wird an den Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen
Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Land Hessen über die Errichtung der Gemeinsamen Zentralen Adoptionsstelle Rheinland-Pfalz und Hessen Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1863 –
Erste Beratung
Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1863 – wird an den Sozialpolitischen Ausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen.
Zustimmung des Landtags zu der Einverständniserklärung des Landes Rheinland-Pfalz zu dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Lettland über die gegenseitige akademische Anerkennung von Studienzeiten und Abschlüssen im Hochschulbereich Antrag der Landesregierung – Drucksache 14/1679 –
dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur – Drucksache 14/1874 –
Der Landtag stimmt einstimmig der Abgabe der Einverständniserklärung des Landes Rheinland-Pfalz zu dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Lettland über die gegenseitige akademische Anerkennung von Studienzeiten und Abschlüssen im Hochschulbereich zu
Zustimmung des Landtags zu der Einverständniserklärung des Landes Rheinland-Pfalz zu dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Österreich über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich Antrag der Landesregierung – Drucksache 14/1739 –
dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur – Drucksache 14/1875 –
Der Landtag stimmt einstimmig der Abgabe der Einverständniserklärung des Landes Rheinland-Pfalz zu dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Republik Österreich über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich zu

Kommission für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 14/1836 -

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur – Drucksache 14/1873 –	2817
Der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/1836 – wird einstimmig angenommen.	2817

Der Tagesordnungspunkt 9 wird abgesetzt.

# Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Hans-Artur Bauckhage, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber.

# Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Erhard Lelle und Ulla Schmidt.

# Rednerverzeichnis:

Abg. Bischel, CDU:	2763
Abg. Böhr, CDU:	2736
Abg. Bracht, CDU:	2780
Abg. Creutzmann, FDP:	
Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	2789
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:	2814
Abg. Dr. Schmitz, FDP:	
Abg. Dröscher, SPD:	
Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:	
Abg. Frau Morsblech, FDP:	
Abg. Frau Thelen, CDU:	
Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	
Abg. Kuhn, FDP:	
Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	2813. 2814
Abg. Mertes, SPD:	
Abg. Nink, SPD:	
Abg. Ramsauer, SPD:	
Abg. Schmitt, CDU:	
Abg. Schreiner, CDU:	
Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	
Beck, Ministerpräsident:	
Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:	
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:	
Präsident Grimm:	
Vizepräsident Dr. Schmidt:	
Vizepräsidentin Frau Grützmacher: 2805, 2806, 2807, 2809, 2810, 2811, 2812, 28	
Vizepräsidentin Frau Gruzmacher 2003, 2007, 2009, 2010, 2011, 2012, 20 Vizepräsidentin Frau Hammer:	
vizeprasidentin i rad Hammer	2103, 2103, 2100

# 41. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 20. Februar 2003

Die Sitzung wird um 9:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

#### Präsident Grimm:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 41. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Barbara Schleicher-Rothmund und Christian Baldauf. Letzterer führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Erhard Lelle und Ulla Schmidt. Ministerpräsident Kurt Beck und Staatsminister Hans-Artur Bauckhage können nur bis 17:00 Uhr an der Plenarsitzung teilnehmen, weil sie einen wichtigen politischen Termin in Berlin haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße erstmals im Landtag Herrn Hans-Jürgen Noss, der für Herrn Redmer nachrückt, der zum Landrat des Kreises Birkenfeld gewählt worden ist.

#### (Beifall im Hause)

Ich habe gestern versäumt, Herrn Redmer in der gebührenden Form zu verabschieden. Ich hoffe, er sieht mir das nach. Ich habe ihm geschrieben. Ich darf ihm dennoch an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich für sein Wirken im rheinland-pfälzischen Landtag seit 1991 sicher im Namen aller Kolleginnen und Kollegen danken und ihm für sein neues Amt alles Gute wünschen.

#### (Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Aussprache über den Nachtragshaushalt 2003. Ich rufe daher die **Punkte 2** und **3** der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zur Änderung des Landeshaushaltsgesetzes 2002/2003 (Nachtragshaushaltsgesetz 2003) Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 14/1900 -

**Erste Beratung** 

...tes Landesgesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung (Erhöhung der Transparenz der Beteiligungen und Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten des Parlamentes) Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1650 –Zweite Beratung

#### dazu:

Beschlussempfehlung des Haushaltsund Finanzausschusses

- Drucksache 14/1893 -

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Böhr das Wort.

#### Abq. Böhr, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir erleben seit vielen Monaten ein finanzpolitisches Beben, das die ganze Politik erfasst hat und das längst die öffentlichen Kassen nicht nur im Bund und in den Länder, sondern auch in den Gemeinden erschüttert, ein Beben, das bei vielen von uns quer durch alle Fraktionen und alle Parteien Ratlosigkeit auslöst, ein Beben, dessen Ende wir übrigens noch lange nicht absehen und das sicher eine haushaltspolitische Antwort erfordert. Das ist das, was heute und in den nächsten Wochen im Mittelpunkt unserer Arbeit steht, die haushaltspolitische Antwort, die wir auf diese Veränderung zu geben haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich fürchte, allein eine haushaltspolitische Antwort wird nicht ausreichen, weil die Probleme tiefer wurzeln, als dass sie nur durch eine Reparatur unserer Haushalte gelöst werden können. Ich bin davon überzeugt, dass genauso wichtig wie die haushaltspolitische Antwort, die wir natürlich geben müssen, eine Antwort ist, die die Wirtschaftspolitik, die Sozialpolitik und die Arbeitsmarktpolitik geben müssen. Florian Gerster hat gestern dazu erneut Bemerkenswertes gesagt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb erfordern Haushaltsberatungen heute und in den nächsten Wochen sicher einen Blick auf das politische Umfeld, in dem diese Haushaltsberatungen stattfinden. Dieses politische Umfeld, in dem diese Haushaltsberatungen stattfinden, ist bei nüchterner Betrachtung mehr als bedrückend.

Deutschland befindet sich auf einer wirtschaftlichen Talfahrt. Mit einer immer größeren Geschwindigkeit geht es bergab. Wir nähern uns seit vielen Monaten Wirtschaftsdaten, die an die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg erinnern. Ich denke beispielsweise an die Umsatzzahlen im Einzelhandel im letzten Quartal des vergangenen Jahres.

Die Arbeitslosigkeit steigt und steigt. Das Schlimmste ist, dass ich niemanden treffe, der die Hoffnung hat, dass unsere wirtschaftliche Lage sich in den nächsten Monaten bessert. Niemand hat diese Hoffnung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

### (Beifall der CDU)

Dieser Niedergang, den wir derzeit erleben, hat vor allem einen Grund. Dieser Grund, den dieser Niedergang vor allem hat, ist eine Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung, die grottenfalsch ist, mit Verlaub gesagt.

## (Beifall der CDU)

Solange es keine Änderung dieser politischen Rahmendaten gibt, solange wird diese wirtschaftliche Talfahrt andauern, und solange werden wir über unsere Haus-

haltsprobleme diskutieren können, aber eine Lösung wird kaum in Sicht sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Besonders der Mittelstand ist in Deutschland existentiell bedroht. Man übertreibt nicht, wenn man das so sagt. Diese existentielle Bedrohung ist deswegen für uns so dramatisch und dieses Thema gehört deswegen in eine Haushaltsdebatte, weil im Mittelstand in Deutschland die Arbeitsplätze liegen und weil alle die, die in die Arbeitslosigkeit gehen müssen, keine Beiträge und keine Steuern mehr zahlen.

Im Mittelstand werden die Steuern gezahlt. Es gibt für ihn nicht die Möglichkeit organschaftlicher Gestaltungsmöglichkeiten, wie andere sie haben, mit dem Ergebnis, dass dann überhaupt keine Gewerbesteuer mehr fließt. Die Lage im Mittelstand ist ein ganz wesentlicher Grund für dieses finanzpolitische Beben und die blanken öffentlichen Kassen. Im Mittelstand sitzen die Leistungsträger unserer Gesellschaft, die, die arbeiten und Steuern zahlen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen sage ich bewusst am Beginn dieser Haushaltsberatungen in unserem Land, Mittelstand und Mittelschicht in Deutschland müssen wieder atmen können, sonst hält die wirtschaftliche Talfahrt an und bleiben die öffentlichen Kassen blank, sonst ändert sich nichts zum Besseren.

#### (Beifall der CDU)

Der DIHK hat vorgestern eine bemerkenswerte Prognose abgeliefert. Es war keine Prognose, sondern das Ergebnis einer Umfrage unter seinen Mitgliedsbetrieben. Der DIHK geht davon aus, dass wir in diesem Jahr null Prozent Wachstum in Deutschland haben werden.

Das muss man sich einmal vorstellen, was null Prozent Wachstum in Deutschland für unsere öffentliche Finanzwirtschaft bedeutet. Sein Sprecher hat ausdrücklich hinzugefügt, dass null Prozent Wachstum in Deutschland die optimistischere Variante ist. Der DIHK geht davon aus, dass wir in wenigen Wochen die Fünf-Millionen-Marke bei der Arbeitslosigkeit erreichen.

Der DIHK geht davon aus, dass wir im Laufe dieses Jahres, wenn sich die Politik nicht dramatisch ändert, in eine Rezession schlittern werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir reden über die blanken öffentlichen Kassen und unsere Haushaltsprobleme in diesem Zusammenhang. 15 % der Unternehmen planen in Deutschland in diesem Jahr eine Investition. Das bedeutet im Umkehrschluss, 85 % unserer Unternehmen in Deutschland planen in diesem Jahr keine Investition.

Deswegen ist es kein Wunder, wenn der DIHK die Schlussfolgerungen zieht, Deutschland steht vor einer neuen Kündigungswelle. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, ich fürchte Deutschland steht vor einer neuen Kündigungswelle, aber das ist auch bei dem Schlingerkurs der Berliner Politik kein Wunder. Niemand investiert, und niemand stellt neue Arbeitskräfte ein. Deswegen muss aus diesem Schlingerkurs wieder ein vernünftiger politischer Kurs in Deutschland werden,

damit wir auch unsere Haushalte wieder gestalten können.

(Beifall der CDU)

Beispiele sind in Hülle und Fülle vorhanden. Ich denke nur an die "kleinen" Beschäftigungsverhältnisse. Wir landen bei den "kleinen" Beschäftigungsverhältnissen zum 1. April da, wo wir vor vier Jahren standen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist doch einem Unternehmer nicht mehr beizubringen. Das ist auch einem Nichtunternehmer nicht mehr beizubringen. Das sind vier verlorene Jahre für dieses Land.

Ich erinnere an das, was wir bei der Eigenheimzulage erleben. Vorgestern wird gemeldet, dass Anträge weiter gestellt werden können. Ursprünglich sollte die Eigenheimzulage zum 31. Dezember des Vorjahres auslaufen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die durch eine solche Entscheidung ausgelöste Torschlusspanik hat dazu geführt, dass der Staat, die öffentliche Hand, der Bund in den nächsten Jahren – ich sage das auch im Hinblick auf die Bemerkung des Finanzministers gestern, der diese 1,7 % mehr an Genehmigungen vorgetragen hat und als Morgenröte am Horizont der Konjunktur bezeichnet hat – –

(Beifall der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

Meine Damen und Herren, diese Schlingerpolitik hat dazu geführt, dass nach vorsichtigen Schätzungen in den nächsten Jahren die öffentlichen Kassen etwa das Fünffache an Zulagen zahlen müssen im Vergleich zu normalen Jahren. Wenn nichts geändert worden wäre zum 31. Dezember, würden die öffentlichen Kassen sehr viel weniger belastet, als sie so durch diese wirklich blödsinnige Politik belastet wurden.

So kann man sich natürlich zu all den Problemen, die man ohnehin hat und die wir alle haben, noch ein paar zusätzliche Probleme dazu schaffen, und dies erleben wir nun seit vielen Jahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das alles ist nicht durchdacht. Man tritt niemandem zu nahe, wenn man sagt, unser Land nimmt täglich einen größeren Schaden. Das ist schon eine dramatische Situation.

Die Bürgerinnen und Bürger stöhnen unter der Last von Steuern und Abgaben. Das sage ich bewusst auch noch einmal mit Blick auf die Theorie unseres Ministerpräsidenten, Deutschland sei ein Niedrigsteuerland. Das haben wir bei verschiedenen Gelegenheiten gehört.

# (Zuruf aus dem Hause: Das ist Tatsache!)

Ich erlebe nur Bürgerinnen und Bürger, die unter der Last der Steuern und Abgaben stöhnen, und zwar seit dem 1. Januar dieses Jahres noch deutlich lauter als zuvor, und den Letzten vergeht die Lust.

Sehen Sie sich einmal Umfragen an, die unter jungen Deutschen gemacht werden, die im Ausland studieren,

und gelegentlich veröffentlicht werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die letzte Umfrage, die ich gelesen habe, hatte ein Ergebnis zur Folge, das mich wirklich bedrückt. Von den jungen Leuten, die im Ausland studieren, will inzwischen niemand mehr nach Ende seiner Ausbildung nach Deutschland zurück.

(Zurufe von SPD und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das muss doch Gründe haben.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen bleibe ich für meinen Teil dabei: Wer es gut meint mit Deutschland – diesen Appell richte ich an alle Parteien, weil es in allen Parteien Leute gibt, die so denken –, der muss mit aller Kraft dafür sorgen, dass es einen Richtungswechsel in der deutschen Politik gibt. Das ist die entscheidende Voraussetzung für die Haushaltsberatungen auch der nächsten Jahre.

(Beifall der CDU)

Ich habe diese Vorbemerkungen nicht nur deshalb gemacht, weil sie das politische Umfeld charakterisieren, in dem diese und kommende Haushaltsberatungen stattfinden, sondern auch, weil diese Vorbemerkungen zeigen, dass nicht alles, was es uns im Land Rheinland-Pfalz so schwer macht, der Landesregierung anzukreiden ist. Für die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland kann der rheinland-pfälzische Finanzminister nichts.

Ich lasse nun bewusst einmal eine naheliegende Betrachtung weg, wonach man im Bundesrat das eine oder andere vielleicht doch hätte verhindern können. Weshalb die FDP regelmäßig sozusagen kuscht, wenn es an die Abstimmungen im Bundesrat geht, lasse ich heute einmal außerhalb der Betrachtung.

(Beifall der CDU – Zurufe von der FDP: Oh!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wahr ist – das gehört zu dieser Diskussion dazu –, es gibt einen vom Land nicht zu verantwortenden Teil der Probleme, mit denen wir uns herumschlagen. Das ist wahr.

Aber meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt natürlich auch das ganze Paket der hausgemachten Ursachen. Über diese muss heute genauso gesprochen werden, weil diese hausgemachten Ursachen zum Teil viele Jahre zurückreichen.

Ich möchte heute nicht die Zitate noch einmal aufwärmen, die in den letzten Jahren dazu genannt wurden, aber der gemeinsame Nenner dieser hausgemachten Ursachen, mit denen wir uns herumschlagen, ist die Tatsache, dass wir Jahre einer sinnlosen, ja geradezu einer besinnungslosen Spendierfreude dieser Landesregierung hinter uns haben. Nichts war zu teuer, und kein Wunsch blieb unerfüllt.

(Beifall der CDU)

Das hat uns natürlich auch neben all den bundespolitschen Rahmendaten, die ich soeben kurz erwähnt habe, in die Situation gebracht, in der wir uns befinden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Situation – auch das ist das Ergebnis einer ganz nüchternen Betrachtung – ist nicht nur ernst, sondern das Ergebnis dieser besinnungslosen Spendierfreude der letzten Jahre. Tatsache ist, dass nun das Land Rheinland-Pfalz inanzpolitisch einen Offenbarungseid leisten muss. Dieser Nachtragshaushalt ist nichts anderes als der dokumentierte Offenbarungseid der Finanzpolitik des Landes Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Schauen wir uns einmal die Lage im Jahr 2003 an. Wir haben mit diesem Nachtrag die zweithöchste Nettokreditaufnahme, die wir jemals in der Geschichte unseres Landes hatten. Die höchste hatten wir im vergangenen Jahr. Wir haben in diesem Jahr 2003 die höchste Nettokreditaufnahme aller westlichen Flächenländer nach dem Nachtrag.

(Staatsminister Mittler: Warten Sie es einmal ab!)

Wir haben nach dem Katastrophenjahr 2002 mit 1,79 Milliarden Euro Neuverschuldung nun erneut eine Neuverschuldung, die deutlich über 1 Milliarde Euro liegt. Ich sage dies nur einmal sozusagen mit Blick auf die Manövrierfähigkeit und die Zielsetzung dieses Nachtrags, wie bescheiden der Anspruch in unserer Haushalts- und Finanzpolitik geworden ist. Über 1 Milliarde Euro in diesem Jahr!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich behaupte, das Thema wird uns in den nächsten Monaten weiter beschäftigen. Wir liegen mit unserer Neuverschuldung über der Verfassungsgrenze.

Wenn sich die Landesregierung nicht dieses Tricks bedient hätte, bei dem Fonds "Fluthilfe", wo es eine Einigung zwischen dem Bundesfinanzminister und den Finanzministern der Länder gibt, zwei Drittel/ein Drittel zu quotieren, also bei den Zahlungen in den Fonds für die Fluthilfe zwei Drittel konsumtive Ausgaben, ein Drittel investive Ausgaben zu buchen, wenn sie sich nicht dieses Tricks bedient hätte – ich sage gleich dazu,

(Zurufe von der SPD: Aha, aha! – Itzek, SPD: Schauen Sie einmal das Saarland an! – Mertes, SPD: Herr Müller ist doch ein Vorbild für Sie! – Jullien, CDU: Aber nicht die Verfassungsgrenze! – Weitere Zurufe von der SPD)

dessen sich andere auch bedienen, das ist keine Frage – – (Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Herr Kollege Mertes, ich würde einmal sagen, in einem Land, das amtlich – – –

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

 Lieber Herr Kollege Mertes! Sie werden gleich reden, jetzt rede ich erst einmal.

(Mertes, SPD: Einverstanden!)

#### – Danke!

Lieber Herr Kollege Mertes, in einem Land, in dem die Haushaltsnotlage öffentlich dokumentiert ist, ist das immer noch etwas anderes. Wenn Sie sich jetzt mit dem Saarland auf eine Stufe stellen, stimmen Sie mir zu, dass wir auch drauf und dran sind, unsere Haushaltsnotlage zu dokumentieren. Dann bin ich auch nicht so beckmesserisch!

#### (Beifall der CDU)

Bei uns werden diese Mittel für den Fonds "Fluthilfe" zu 100 % als investive Mittel gebucht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Kernproblem, das uns in den nächsten Wochen intensiv beschäftigen wird, ist, dass dieser Nachtragshaushalt, wenn man sich seine Einzelentscheidungen Punkt für Punkt vor Augen führt, eben kein Sparhaushalt ist, sondern ein Haushalt, der sich die notwendige Bereinigung von roundabout 600 Millionen Euro mindestens zur Hälfte dadurch beschafft, dass er Dritten in die Tasche greift.

Nun hat der Finanzminister gestern gesagt, dass dieses Bild eigentlich nicht zulässig sei, weil das Land sozusagen Dritten nicht in die Tasche greifen könne. Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich greifen wir Dritten in die Tasche. Wenn wir die Nutzungsentgelte an den LSV um den Betrag von 44 Millionen Euro kürzen, nehmen wir doch anderen das Geld weg. Wenn wir das Kreditvermögen der Wohnungsbaudarlehen verkaufen, nehmen wir zwar nicht anderen das Geld weg, aber wir beschaffen uns eine Sondereinnahme. Wir bauen auf einen Sondereffekt, um diese Haushaltsnotlage gerade noch einmal abzuwenden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir Kredite zur Förderung der Landwirtschaft in Höhe von 12 Millionen Euro verkaufen, wenn wir Mittel aus der Rücklage des Wohnungsbauvermögens entnehmen – ich bin im Übrigen äußerst skeptisch, ob es einfach so zulässig ist, diese Mittel aus der Rücklage zu entnehmen – wundert dies nun in diesem Hause niemand mehr. Es ist völlig klar, dass dies nach den Beispielen, die ich genannt habe, kommen musste. Diejenigen, denen am meisten in die Tasche gegriffen wird und denen in den letzten Jahren immer am meisten in die Tasche gegriffen wurde, sind die Kommunen in Rheinland-Pfalz.

# (Beifall der CDU)

Sie dürfen wieder einmal kräftig zahlen. 10 Millionen zahlt das Land weniger an Aufwendungen der Jugendhilfe, 15 Millionen weniger Barmittel zum Bau von Schulen, 10,06 Millionen zahlen die Kommunen mehr an das Land als den überörtlichen Träger der Sozialhilfe. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind roundabout 35 Millionen Euro zu Lasten der Kreise, Städte und Gemeinden.

Nun frage ich den Innenminister, die Landesregierung, den Ministerpräsidenten und die Koalitionsfraktionen wirklich einmal in allem Ernst: Wisst ihr nicht, was in den Kommunen los ist? Wisst ihr nicht, dass wir die Haushalte nicht mehr fahren können?

# (Beifall der CDU – Schmitt, CDU: So sieht's aus!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kommunen sind blanker als blank. Es gibt ein paar wenige Ausnahmen in Rheinland-Pfalz; das weiß ich auch. Es gibt ein paar Kommunen, die noch ein bisschen auf der hohen Kante liegen haben. Aber meine sehr verehrten Damen und Herren, der Unterschied zwischen den Kommunen einerseits und dem Land und dem Bund andererseits ist doch, dass die Kommunen blind diesem Schicksal ausgeliefert sind. Sie können sich überhaupt nicht gegen diese Politik der Ausplünderung zur Wehr setzen. Das kann man doch im Ernst über Jahre hinweg nicht machen!

#### (Beifall der CDU)

Über Jahre hinweg wird diese Politik so betrieben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, trotz all dieser Plünderungen – der Zwischenruf des Kollegen Mertes hat es soeben indirekt noch einmal gezeigt – stehen wir vor der Überschuldung. Das Land Rheinland-Pfalz steht unmittelbar vor der Überschuldung.

Im dritten Jahr in Folge bleiben die laufenden Einnahmen des Landes hinter den laufenden Ausgaben zurück. Das klingt relativ harmlos, wenn man das so sagt. Aber meine sehr verehrten Damen und Herren, im Klartext heißt das, wir sitzen ganz tief in der Schuldenfalle.

Die Rede des Finanzministers gestern hat nicht gezeigt, wo er denn eine Hoffnung sieht, dass wir uns aus dieser Schuldenfalle jemals wieder werden befreien können. Dazu gab es keinen Ton in der Rede gestern.

#### (Beifall der CDU)

Wir flicken ein wenig das eine oder andere Leck und stopfen das eine oder andere Loch. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist aber der haushaltspolitischen Gestaltungsmöglichkeit dieses Landes für die nächsten Jahre überhaupt nicht Rechnung getragen. Wir müssen wieder Handlungs- und Gestaltungsspielraum für unsere Haushalts- und Finanzpolitik gewinnen.

Ich finde, in dem Zusammenhang hat der Rechnungshof eine Reihe bemerkenswerter Feststellungen getroffen. Die Kreditfinanzierungsquote mit 6,2 % liegt in Rheinland-Pfalz über dem Durchschnitt der westlichen Flächenländer. Der Anteil der Zinsen an den Gesamtausgaben liegt mit 9,4 % über dem Durchschnitt der westlichen Flächenländer.

Die Pro-Kopf-Verschuldung in Rheinland-Pfalz lag im vergangenen Jahr um 1.105 Euro pro Einwohner höher als im Durchschnitt der westlichen Flächenländer. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Wahrheit ist schon bitter; denn sie zeigt, kein anderes westdeutsches

Flächenland sitzt so tief in der Schuldenfalle wie wir in Rheinland-Pfalz.

(Staatsminister Mittler: Quatsch!)

 Das ist kein Quatsch, Herr Finanzminister. Das ist leider kein Quatsch.

> (Billen, CDU: Das ist die Wahrheit! – Weitere Zurufe von der CDU)

Glauben Sie mir, ich würde lieber etwas anderes sagen. Kein anderes westdeutsches Flächenland sitzt so tief in der Schuldenfalle.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in einem Halbsatz muss wenigstens dazu gesagt werden, dass es trotzdem kaum ein anderes westdeutsches Flächenland gibt, das einen so großen Investitionsstau wie wir in Rheinland-Pfalz hat. Dies beginnt bei den Hochschulen und reicht über die Schulen bis zu den Landesstraßen. Das ist unser Problem.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Problem ist nicht vom Himmel gefallen. Es kommt noch schlimmer. Wir sitzen nicht nur ganz tief in der Schuldenfalle, sondern die Vorbelastung künftiger Haushalte wird immer größer. Ich komme jetzt auf diesen bemerkenswerten Mechanismus zu sprechen, dass man die Kommunen und Träger vorfinanzieren lässt und dann den Landeszuschuss, den man fest und rechtsverbindlich zugesagt hat, immer weiter auf der Zeitschiene streckt.

Die Vorbelastung künftiger Haushalte in Rheinland-Pfalz liegt inzwischen bei deutlich über vier Milliarden Euro. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Jahreshaushalt unseres Landes beträgt präterpropter elf Milliarden Euro. Mit mehr als vier Milliarden Euro sind wir über derartige Vorbelastungen festgelegt. Ein Ende ist nicht in Sicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir ist in den letzten Tagen dazu ein Beispiel begegnet. Ich fürchte, dieses Beispiel ist kein Einzelfall. Wir werden in den nächsten Tagen diesem Beispiel intensiver nachgehen. Es war ein Beispiel, in dem die Zinsbelastung einer Kommune durch die Streckung des Landeszuschusses und den Zwang zur Vorfinanzierung eines Projekts die Hälfte des Landeszuschusses wegfrisst. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da beginnt wirklich eine Art virtuelle Politik.

(Beifall der CDU)

Dies zeigt, wie sich die Ereignisse immer mehr überschlagen. Es ist nicht mehr eine Situation, in der man einen Punkt nach dem anderen abarbeiten und lösen kann, sondern es ist ein Problem, bei dem wir uns immer mehr im Gestrüpp einer verfehlten Finanzpolitik verheddern.

(Schwarz, SPD: Blödsinn!)

 Herr Kollege Schwarz hält dies alles für Blödsinn. Ich kann dies verstehen, Herr Kollege Schwarz. An Ihrer Stelle wäre ich angesichts dieser Zahlen auch etwas nervös.

1995 hatte das Land Rheinland-Pfalz 14,3 Milliarden Euro Schulden. Im Jahr 2003 haben wir etwa 23 Milliarden Euro Schulden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist mehr als das gesamte Volumen eines ganzen Doppelhaushalts, was wir inzwischen an Schulden mit uns herumschleppen. Wir haben mehrfach darüber gesprochen. Diese rund 14,3 Milliarden Euro Schulden sind in rund 40 Jahren aufgelaufen. Dann schafft man es, den Schuldenberg in acht Jahren von 14,3 Milliarden Euro auf 23 Milliarden Euro hochzufahren. Dies muss Gründe haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Gründe hat der vor kurzem aus dem Amt geschiedene langjährige Präsident unseres Rechnungshofs in einem seiner letzten Interviews klar beim Namen genannt. Es ist der entscheidende Grund, auch mit Blick auf die Frage, wie es denn dazu kommen konnte, dass wir uns in dieser Schuldenfalle wiederfinden, in der wir so tief sitzen.

Der ehemalige Rechnungshofpräsident Dr. Schneider hat dies in einen einzigen Satz gekleidet. Ich zitiere ihn wörtlich. Auf die Frage, wie es denn dazu kommen konnte, sagte er ganz leidenschaftslos: "Es ist eben in besseren Zeiten versäumt worden, mehr Vorsorge zu treffen." – Das ist das Problem.

(Beifall der CDU)

Da diese Vorhaltung sowohl bei der Regierung als auch bei den Koalitionsfraktionen regelmäßig Schmunzeln auslöst, habe ich dies einmal in eine Grafik gefasst.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

 Zumindest kein Fall für PISA. Man muss sich dies einmal ansehen. Die eine Kurve zeigt die Schulden, die andere Kurve die Einnahmen.

(Abg. Frau Schmitt, SPD: Halten Sie es einmal hoch!)

Die Kurve der Einnahmen verläuft relativ stabil und waagrecht, da wir nach wie vor ein relativ finanzschwaches Land sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, im magischen Jahr 1994, als es übrigens noch ein anderes wichtiges landespolitisches Ereignis gab, beginnen diese beiden Kurven von Schulden auf der einen und Einnahmen auf der anderen Seite plötzlich auseinanderzugehen. Die Kluft zwischen diesen beiden Kurven, also den Schulden, die wir machen, und den Einnahmen, über die wir verfügen, wird ausnahmslos seit 1994 von Jahr zu Jahr größer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt kein anderes westdeutsches Flächenland, in dem diese Kluft inzwischen so groß wie bei uns in Rheinland-Pfalz ist. Seit 1994 leben wir mit einer wachsenden Geschwindigkeit und einer immer größer werdenden Beschleunigung von Jahr zu Jahr mehr über unsere Verhältnisse. Wir haben die Ausgaben inzwischen völlig von den Einnahmen abgekoppelt. Das muss zwingend schief gehen.

Das kann in der öffentlichen Haushaltswirtschaft nicht gut gehen.

#### (Beifall der CDU)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen, mich beschäftigt seit langem die Frage, warum dies so ist. Die Frage ist nicht ganz einfach zu beantworten. Dies zeigt schon die Tatsache, dass ich mich seit langem mit dieser Frage beschäftige. Wenn sie einfach zu beantworten wäre, hätte ich auch schnell eine Antwort auf diese Frage gefunden. Mich beschäftigt diese Frage wirklich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, über meine Antwort auf diese Frage muss man einmal ernsthaft reden. Ich glaube, dass es das Problem dieser Landesregierung ist, dass sie ausschließlich nach Bedarf und Bedürftigkeit entscheidet. Das ist übrigens auch der Grund, warum sie das alles mit einem guten Gewissen und nach wie vor mit einem gewissen Stolz erträgt. Sie entscheidet nach Bedarf und Bedürftigkeit. Was heißt das?

Es kommt irgendjemand und sagt, wir haben den und den Bedarf und brauchen dringend eine Hilfe. Sie kommen zu uns genauso, wie sie zu den Koalitionsfraktionen und zur Landesregierung kommen. In der Tat, es stimmt in der Regel auch. Derjenige, der kommt, hat wirklich einen Bedarf oder kann wirklich eine Bedürftigkeit nachweisen.

Die Entscheidung, die seit 1994 mit einem fast schon festzustellenden Automatismus im Land getroffen wird, ist die, dass man diesem Bedarf oder dieser Bedürftigkeit Rechnung trägt und man dabei völlig vergessen hat, dass dies alles, jedenfalls dann, wenn wir über staatliche Mittel und Steuergelder sowie öffentliche Kassen reden, nur nach Maßgabe der staatlichen Möglichkeiten und der finanziellen Leistungskraft eines Staates geht.

Das Argument, dass es wirklich irgendwo eine Bedürftigkeit gibt, reicht nicht allein aus, um diesem Bedarf Rechnung zu tragen. Wenn Politik verantwortlich mit den Steuermitteln umgehen möchte, muss sie immer beides sehen, nämlich die Bedürftigkeit auf der einen und die Frage auf der anderen Seite, wie sie nach Maßgabe ihrer eigenen finanziellen Möglichkeiten dieser Bedürftigkeit Rechnung tragen kann.

Wenn das eine sozusagen völlig aus dem Blickwinkel verschwindet und die Frage, welche finanziellen Leistungsmöglichkeiten ein Land überhaupt hat, am Ende keine Rolle mehr spielt, weil man sagt, der Bedarf ist da und wir müssen dem Rechnung tragen, aus welchen Motiven auch immer – edlen Motive, das möchte ich gar nicht bestreiten –, dann ist dies am Ende eine Gefälligkeitspolitik, die sich überhaupt nicht mehr orientiert und überhaupt nicht mehr Maß an den Möglichkeiten der finanziellen Leistungskraft eines Staates nimmt. So ging dies in Rheinland-Pfalz schief.

## (Beifall der CDU)

Ich kann Ihnen viele Beispiele vor Augen führen. Es sind übrigens Beispiele, über die wir vor 1991 in einer ähnlichen Schlachtordnung diskutiert haben. Zu nennen ist

beispielsweise die Frage der Erhöhung der Kindergartenbeiträge vor 1991 oder auch die Frage des Blindengelds, die fast ein Beispiel wie aus dem Lehrbuch ist, weil ich dazu als junger Abgeordneter viele heiße Debatten auch in der eigenen Partei geführt habe.

Warum ist das abgewehrt worden? Das geschah nicht, weil die CDU sozusagen eine Organisation von kaltherzigen und seelenlosen Menschen ist, wie uns damals von den Sozialdemokraten gesagt worden ist. Wir haben die Bedürftigkeit immer gesehen und nie bestritten. Es muss alles nach Maßgabe der finanziellen Leistungskraft des Staates gestaltet werden, weil wir sonst in eine Situation kommen, in der gar nichts mehr geht. Die Stuation haben wir jetzt erreicht.

(Beifall der CDU)

Das ist das Problem.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist auch der Grund, warum sich bis heute diese Theorie einer großen Beliebtheit in Kreisen der Landesregierung effeut, wir hätten ein Einnahmenproblem. Das ist klar. In dem Moment, in dem ich Politik sozusagen so verstehe, dass sie einen Bedarf feststellt und diese Bedürftigkeit dann zufrieden stellt, dann ist die Stellschraube, an der ich nur drehen kann, die Beschaffung zusätzlicher Einnahmen. Das ist klar. Dann bin ich guten Gewissens davon überzeugt, dass ich ein Einnahmenproblem habe. Meine sehr verehrten Damen und Herren, so funktioniert die Sache am Ende nicht.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, wie man es anders machen kann. Das Beispiel betrifft die staatliche Grundlage. Ich kann nicht sagen, die gesetzliche Grundlage, weil es in einem Fall kein Gesetz ist. Das betrifft die staatliche Grundlage für den Aufbau von Sozialstationen, also ambulanten Pflegehilfen im Rahmen der Umsetzung der Pflegeversicherung. Es gibt zwei Möglichkeiten, das sicherzustellen. Das ist ein gesetzlicher Auftrag, den ein Land wahrnehmen muss. Es gibt zwei Möglichkeiten, das sicherzustellen. Bayern hat die eine Möglichkeit gewählt. Die Bayern haben Folgendes gemacht: Sie haben ein Gesetz verabschiedet, indem sie den Bedarf als solchen festgestellt haben. Dann haben sie alle konkreten Festlegungen zur Befriedigung dieses Bedarfs, also die Zahl der Einrichtungen je Einwohner, die Frage nach der Höhe der Förderung jeder einzelnen Einrichtung, in eine Rechtsverordnung gegossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sie haben in diese Rechtsverordnung ausdrücklich hineingeschrieben: "nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel." Der einzige Punkt, wo dieses die Landesregierung auch so gemacht hat, ist der kommunale Finanzausgleich. Da wird immer gesagt: Da waren weniger Einnahmen, das müssen wir sofort durchreichen. – In allen anderen Fragen, vor allem da, wo das Land selbst – jetzt hätte ich fast gesagt "strunzen" kann, will ich aber nicht sagen – gut dastehen kann, wird es nicht gemacht. Die Bayern haben es so geregelt, dass sie in eine Rechtsverordnung genau hineingeschrieben haben: "nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel." Das Ergebnis ist ein

schlagendes. Es werden nämlich Einnahmen und Ausgaben miteinander verbunden. Das ist ein ganz spezielles Verständnis des Konnexitätsprinzips.

Das gilt nicht nur für die Kommunen. Es werden Einnahmen und Ausgaben miteinander verbunden. Durch diesen Mechanismus wird sichergestellt, dass eine Stuation der Überschuldung erst gar nicht einsetzen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Rheinland-Pfalz steht alles im Gesetz. Damit wird natürlich eine gesetzliche Anspruchsgrundlage geschaffen. Es gibt keinen Bezug zu den jeweils verfügbaren Haushaltsmitteln. Wenn ich es so regle, wie wir es in Rheinland-Pfalz geregelt haben, wie es von der Koalition in Rheinland-Pfalz geregelt wurde, dann nehme ich mir natürlich im Lauf der Jahre jeden haushaltspolitischen Gestaltungsspielraum selber weg. Das ist das Kernproblem.

(Beifall der CDU)

Jetzt ist das Ende der Fahnenstange erreicht.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Das böse Erwachen setzt nicht mit diesem Nachtragshaushalt ein. Das böse Erwachen wird mit dem nächsten Doppelhaushalt 2004/2005 einsetzen. Ich sprach eben davon, bei diesem Nachtragshaushalt wird die letzte Chance, ein bisschen durch die Hintertür zu entschwinden, genutzt, weil man sich die Hälfte der zu bereinigenden 600 Millionen anders beschafft als durch Sparen. Das sind Einmaleffekte, Einmalerlöse. Sie lassen sich nicht beliebig wiederholen. Spätestens im nächsten Doppelhaushalt stehen all diese Einmalerlöse nicht mehr zur Verfügung. Es wird eine spannende Diskussion, wenn wir den nächsten Doppelhaushalt beraten.

Ich sage es wirklich ohne Polemik. Ich hoffe, dass das sichtbar wird, dass ich es ohne Polemik sage, wenn ich es so sage. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierung, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, Sie müssen umsteuern. Sie werden nur umsteuern können, wenn Sie umdenken. Sie müssen Abstand von Ihrem bisherigen Verständnis von Politik nehmen. Anders wird es nicht gelingen.

### (Beifall der CDU)

Das Beispiel mit den unterschiedlichen Regelungsmechanismen in Bayern und Rheinland-Pfalz im Blick auf diesen gesetzlichen Auftrag der Pflegeversicherung, des Pflegegesetzes zeigt dies und ist ein gutes Beispiel.

Ein anderes Beispiel ist das Standardanpassungsgesetz. Ich habe mir unseren Vorschlag von 1995 noch einmal herausgesucht. Ich habe die Debatte nicht noch einmal nachgelesen. Ich muss sie gar nicht lesen. Spott und Hohn. Das liegt acht Jahre zurück. Sehen Sie einmal, ich sage das nur deswegen, weil ich es nicht mehr hören kann. Wenn mir heute einer kommt und sagt, das sei eine Entwicklung der letzten Monate, dann muss man sagen, nein, das ist keine Entwicklung der letzten Monate. Auf diese Schuldenfalle sind wir viele Jahre hin

zielstrebig zugetappt. Wir haben alles unternommen, um sie nicht zu verfehlen. Standardpassung 1995 – warum delegieren Sie nicht die Anpassung von Standards nach unten? Ich weiß nicht, wie viele Monate Sie sich intern jetzt streiten über einen eigenen Entwurf eines Standardanpassungsgesetzes. Das sind jetzt schon viele Monate. Wissen Sie, Mehrfachzuständigkeiten, Doppelzuständigkeiten unserer staatlichen Verwaltungen ist ein anderes Thema. Ich rede nicht über Gebietsreform. Ich rede so lange nicht über Gebietsreform, wie wir nicht einmal sinnvoll über eine Funktionalreform reden.

#### (Beifall der CDU)

Das, was Sie mit den Bezirksregierungen gemacht haben, war keine sinnvolle Funktionalreform. Wir haben immer gesagt, es kostet den Staat mehr, als es ihm einspart. Die "Rheinpfalz" hat kürzlich einen bemerkenswerten Artikel veröffentlicht mit vier Minuspunkten, drei Plus/Minuspunkten und zwei Plus punkten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Kernproblem ist in diesem Zusammenhang ein anderes. Deswegen waren Sie gegen ein solches Standardanpassungsgesetz. Deswegen tun Sie sich so schwer, jetzt ein eigenes vorzulegen. Deswegen sind Sie so schwer zugänglich für eine Funktionalreform. Das alles kann man nur machen, wenn man den untersten Ebenen wirklich etwas zutraut und wenn man so viel Vertrauen in die Organe der untersten Ebenen hat, dass man denen Letztendscheidungen zutraut.

#### (Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, solange Sie dieses Vertrauen nicht haben, wird das in Rheinland-Pfalz nicht funktionieren. Warum sage ich das? Der einen oder anderen sozialdemokratischen Fraktion muss man das immer erklären, warum man solche Sachen vorbringt. Ich sage, mit den wenigen Instrumenten, die uns die Haushaltspolitik in die Hand gibt, werden wir diese Probleme nach meiner Überzeugung nicht lösen können. Die haushaltspolitischen Probleme, die von Monat zu Monat größer werden, auch in den nächsten Monaten noch größer werden, werden wir auf mittlere Sicht nur lösen können, wenn wir in einer ganzen Reihe von Fragen umdenken und Strukturen auf den Prüfstand stellen.

Ich nenne Ihnen ein viertes und letztes Beispiel. Das ist die Landespflege. Ich bin nicht gegen die Landespflege. Das Beispiel, das ich Ihnen nenne - jetzt hätte ich fast gesagt ein "exemplarisches" Beispiel; das ist natürlich Quatsch –, ist ein symptomatisches Beispiel. Es geht um ein nach den gesetzlichen Vorschriften vorgeschriebenes Gutachten für den Bau einer Straße, die etwa 800 Meter lang ist. Sie ist übrigens ganz in der Nähe von Mainz. Sie ist in einer innerstädtischen Lage. Das Gutachten stammt aus dem Jahr 1994. Die Straße wird vielleicht im zweiten Halbjahr 2003 gebaut. Sie ist innerstädtisch gelegen – nicht Biotopschutz, nicht Rheinauen, nicht Mornell-Regenpfeifer oder sonstige schützenswerte Pflanzen stehen hier zur Diskussion. Es geht um eine innerstädtische Lage in einer mittleren Stadt in Rheinland-Pfalz. Es geht um 800 Meter.

Für den Bau dieser 800 Meter langen Straße ist nach dem Gesetz nicht nur ein Gutachten vorgeschrieben. Eines der gesetzlich geforderten Gutachten möchte ich Ihnen in seinem wirklich erhellenden Gehalt vor Augen führen. Das Gutachten hat 1994 15.000 DM gekostet. Ich weiß nicht, was das heute zu den Preisen des Jahres 2003 kosten würde. Wahrscheinlich würde es ein paar Euro mehr als 7.500 kosten. Ich will Ihnen nur einen Satz vorlesen, nämlich die Essenz. Dafür muss der Bauträger diesen Betrag ausgeben und die Zeit in Anschlag bringen, die ein solches Gutachten erfordert.

Im Kern dieses – es geht um die Beschreibung eines Bahnhofvorplatzes – gesetzlich vorgeschriebenen Gutachtens steht: "Das Untersuchungsgebiet" – das ist der Bahnhofsvorplatz – "zeigt bis auf wenige Arten keine Elemente der heutigen potenziellen natürlichen Vegetation mehr."

#### (Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

Jetzt kommt es: "Das Untersuchungsgebiet" – das ist der Bahnhofsvorplatz – "ist insgesamt stark anthropogen überprägt."

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und vereinzelt Heiterkeit bei der FDP)

Dafür muss ein Bauträger, der dringend eine achthundert Meter lange Straße bauen muss, nach den gesetzlichen Vorschriften Geld in die Hand nehmen und Zeit verschenken.

Das geht übrigens seitenlang so weiter. Ich höre jetzt auf zu zitieren, weil mir nachher sonst einer sagt: Der hat die fünfte Jahreszeit mit der Haushaltsberatung verwechselt. – "Das Bahnhofsgelände bietet das typische Bild genutzter oder zum Teil stillliegender Gleisanlagen und Betriebsgebäude."

### (Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich trete auch niemandem zu nahe. Es handelt sich um eine Planungsgruppe – natürlich professoral angeführt; das ist völlig klar – in 35440 Linden. Es ist also kein Rheinland-Pfälzer, den ich hier beschimpfe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da liegen die wirklichen Potenziale, nicht in der Frage, ob wir jetzt den Einzelposten um 250.000 Euro kürzen oder nicht kürzen.

### (Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht um Strukturen. Da liegt der Ansatzpunkt. Solange wir uns scheuen, an diesen Potenzialen und an diesen Ansatzpunkten wirklich anzusetzen, solange werden wir das haushaltspolitisch nie in den Griff bekommen. Das ist meine feste Überzeugung.

## (Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der gleichen Klarheit werde ich allerdings auch heute schon zu

Beginn dieser Nachtragsberatungen sagen, was mit uns in den nächsten Wochen nicht zu machen sein wird. Ich habe das in den letzten Tagen bei verschiedenen Gelegenheiten schon mehrfach erklärt. Mit uns ist das nicht zu machen, was im Bereich Schule, Hochschule und Polizei im Nachtragshaushalt vorgeschlagen wird. Das ist mit uns nicht zu machen.

#### (Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass dies mit uns nicht zu machen ist, hat auch etwas mit einem unterschiedlichen Verständnis von Politik zu tun. Da geht es jetzt nicht um Klientelpolitik.

#### (Heiterkeit bei der SPD – Mertes, SPD: Nie!)

Nein, nein, nein, Entschuldigung. Herr Ministerpräsident, ich war zwei Stunden auf der Kundgebung der Gewerkschaft der Polizei anwesend. Die Reden, die da gehalten wurden – ausnahmslos –, haben mit einem politischen Ansatz, den meine Fraktion und ich vertreten, nur etwas zu tun, wenn die Differenz von Lichtjahren auf wenige Millimeter zusammenschrumpft. Das ist nicht unsere Klientel.

Es geht um eine sachliche Betrachtung, auch wenn das natürlich nicht gern gehört wird in diesem Zusammenhang. Das gilt für den Bereich Bildung und Ausbildung. Wir haben einen Investitionsstau bei den Schulbaumitteln. Da werden jetzt 15 Millionen Euro Barmittel für den Schulbau weggenommen. Wir haben einen Investitionsstau bei den Mitteln für die Hochschulen. Wir haben kein Verständnis dafür, dass Mittel für die Unterrichtsversorgung gekürzt werden.

#### (Kuhn, FDP: Was?)

 Herr Kollege Kuhn, es redet im Moment niemand in Rheinland-Pfalz über den Unterrichtsausfall, aber es gibt ihn natürlich nach wie vor.

### (Kuhn, FDP: Warum?)

Auch das ist übrigens ein Differenzpunkt. Es ist gut, dass Sie diesen Zwischenruf machen, Herr Kollege Kuhn. Auch das ist ein Differenzpunkt. Wissen Sie, eine Politik, die sich nur dann eines Problems annimmt, wenn die Zeitungen von diesem Problem vollstehen, springt regelmäßig zu kurz. Das ist sehr bequem, aber sie springt regelmäßig zu kurz.

# (Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Gleiche gilt für die Polizei. Es ist schon ein Bild des Jammers, das die rheinland-pfälzische Polizei bietet.

#### (Dr. Schmitz, FDP: Och!)

 Ich weiß, dass Sie das nicht gern hören. Ich würde das an Ihrer Stelle auch nicht gern hören. Die Tatsache, dass die Zeitungen von diesem Problem nicht vollstehen – meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme auf einen der Gründe gleich noch zu sprechen –, beweist nicht, dass es kein Problem gibt. Wir haben bei der rheinland-pfälzischen Polizei eine Personalunterdeckung, die dramatisch ist. Sie ist wirklich dramatisch. Ich kann Ihnen auch aus eigenem Erleben, wenn ich ab und zu einmal eine Nacht mitfahre, wobei keine Dienstgeheimnisse ausgeplaudert werden, nur sagen,

(Kuhn, FDP: Das macht doch jeder!)

wenn es nicht ein überdurchschnittlich ausgeprägtes Pflichtgefühl bei den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gäbe und gottlob nach wie vor gibt, wären bei der Polizei manche schon längst zusammengebrochen.

#### (Beifall der CDU)

Jetzt haben Sie – was auch ein bewährter Trick ist, den man bei früheren Gelegenheiten und an anderer Stelle auch schon kennengelernt hat – die Sollzahlen abgeschafft. Das ist so wie damals bei der Stundentafel. Man muss einfach die Stundentafel kürzen, und plötzlich hat man kaum noch Bedarf an mehr Lehrern. Das ist klar. In dem Moment, wo ich den Bedarf kürze – das ist logisch –, komme ich natürlich mit meiner Personaldecke sehr viel besser klar.

Jetzt haben Sie die Sollzahlen abgeschafft, haben Sie um rund 30 % gekürzt und dafür sogenannte Orientierungsstärken eingeführt. Okay, gut. So viel verstehe ich von der Sache jetzt nicht, um das im Einzelnen bewerten zu können. Ich richte mich jetzt einmal an diesen Orientierungsstärken aus, also alte Sollzahlen minus 30 %.

Jetzt habe ich mir wirklich wahllos einmal ein paar Polizeiinspektionen herausgegriffen. Das war wirklich wahllos quer durch das Land. Jetzt lese ich Ihnen nur einmal den aktuellen Personalfehlbedarf im Schichtdienst bei einzelnen Polizeiinspektionen vor: Bei der einen gibt es einen Fehlbedarf von 11,68 Stellen. Bei einer anderen gibt es einen Fehlbedarf von 17,75 Stellen. Dann gibt es eine – die kann sich glücklich schätzen – mit einem Fehlbedarf von 7,33 Stellen. Die Beamten dort müssen ganz happy sein. Darüber hinaus gibt es einen Fehlbedarf von 10,5 Stellen, 13,15 Stellen, 8,73 Stellen.

(Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

 Herr Kollege Schmitz, Sie finden keine Polizeiinspektion in Rheinland-Pfalz, wo nicht mindestens 7, 8 oder 9 Beamtinnen oder Beamte im Personalbedarf für den aktuellen Schichtdienst fehlen.

(Beifall der CDU)

Das geht nicht auf Dauer, wenn in der Nacht von Samstag auf Sonntag in einer Stadt mit 80.000 Einwohnern ein Auto unterwegs ist. Man darf es gar nicht sagen,

(Schwarz, SPD: Aber Sie haben es doch gesagt!)

obwohl die, die es interessiert, es längst wissen und sich danach richten. Deswegen sind wir gegen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, weil, wenn die Polizei immer älter wird und die Delikte zunehmen, das keine Lösung

ist. Haushalt hin, Haushalt her, wir sind gegen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

(Beifall der CDU)

Wir sind gegen die Kürzung der Mittel für technische Ausstattung. Wir sind gegen den Abbau bei den Neueinstellungen. Man muss sich das einmal vorstellen – wie oft hat uns dieses Thema bei Haushaltsberatungen schon beschäftigt –, die Polizei wird älter und älter. Beamte sind 50, 53, 55 oder 56 Jahre alt. Kein Mensch will denen zu nahe treten, aber wenn die Polizei immer mehr in diese Altersstufe hineinwächst, ist sie auf Dauer nicht mehr handlungsfähig. Die Kriminalität steigt, und das Personal sinkt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben heute – auch das sage ich übrigens im Blick auf diese Hymnen, die wir Mitte der 90er Jahre gehört haben, wo es einmal anders war; da hatten wir einmal deutlich mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte als 1991 – weniger Polizeibeamte in Rheinland-Pfalz als 1991. Das kann bei einer steigenden Kriminalität wohl nicht sein.

(Beifall der CDU)

Das kann man nicht im Ernst festschreiben wollen.

Jetzt komme ich auf den Punkt "von wegen Dienstgeheimnisse" zu sprechen, weil ich wirklich sagen muss, dass da sozusagen jeder Spaß aufhört. Es ist gestern wohl ein Artikel in der "Rheinzeitung" in Koblenz mit der Aussage eines Polizeibeamten erschienen, der übrigens – wenn ich diesen Artikel richtig verstehe – auch keine Dienstgeheimnisse ausgeplaudert hat – darum geht es jetzt nicht –: "Wenn die mich erwischen, dann machen die mich fertig".

(Dr. Weiland, CDU: So ist es!)

- Meine sehr verehrten Damen und Herren, so ist.

(Jullien, CDU: Schlimm!)

Ich kann Ihnen Beispiele aus dem Bereich der Lehrerschaft in Rheinland-Pfalz nennen, und ich kann Ihnen Beispiele aus dem Bereich der Polizei in Rheinland-Pfalz nennen.

(Beifall der CDU – Dr. Weiland, CDU: So ist es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn sich jemand mit seinem Namen dazu bekennt, dann erfährt er über 33 Ecken, dass vom Staatssekretär im Innenministerium die Prüfung eines Disziplinarverfahrens und eine staatsanwaltschaftliche Prüfung gegen ihn in Gang gesetzt wurde.

(Dr. Weiland, CDU: Pfui! Pfui!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde, das ist ungeheuerlich.

(Starker Beifall der CDU)

Die Art und Weise, wie Sie seit Jahren Leuten einen Maulkorb umhängen und mit ganz offenen Drohungen arbeiten – das habe ich erlebt, als die Bezirksregierungen abgeschafft wurden, das habe ich mehrfach erlebt in der Lehrerschaft in Rheinland-Pfalz, das habe ich mehrfach erlebt bei Polizeibeamten –, ist einer demokratischen Partei unwürdig, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist wirklich unwürdig.

(Starker Beifall der CDU – Dr. Weiland, CDU: Pfui!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde, dieser Nachtrag ist ein Zeichen der Hilflosigkeit im Umgang mit diesen Problemen.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Er bietet keine Perspektive für die finanzpolitische Gesundung dieses Landes. Er ist am allerwenigsten eine finanzpolitische Wende, wie uns das gern weisgemacht wird. Er bietet kein vernünftiges Sparprogramm, sondern schlägt stattdessen den Verkauf von Vermögen und Rücklagen vor sowie die Belastung von Landesbetrieben und natürlich die Belastung der Kommunen.

(Zuruf der Abg. Frau Morsblech, FDP)

 Frau Morsblech. Ich begrüße die neue finanzpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt wird zu Recht die Frage gestellt, wo sich die Verantwortung der Opposition niederschlägt.

(Mertes, SPD: Das haben wir eben gehört!)

 Herr Kollege Mertes, nein, noch nicht. Das kommt jetzt erst. Das war ein Missverständnis.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Frage ist eine Frage, die uns nicht nur deswegen interessiert, weil Kommentatoren und Sie diese Frage stellen, sondern weil es auch für uns selbst eine wichtige Frage ist. Wo ist Verantwortung der Opposition? Ich denke, die Frage wird zu Recht gestellt.

Ich will daran erinnern, dass wir vor Jahresfrist eine Zusammenarbeit in einer zu verabredenden Zahl bei einer Reihe von Projekten und haushaltspolitischen Problemen angeboten haben. Diese Zusammenarbeit ist damals zurückgewiesen worden. Herr Kollege Joachim Mertes sprach, wenn ich mich recht erinnere, von einem vergifteten Blumensträußchen.

Herr Mertes, das war nicht vergiftet.

(Dr. Weiland, CDU: Der wollte ihn wahrscheinlich essen!)

Wissen Sie, wir hatten gerade eine Wahl ziemlich hoch verloren. Da kann man solche Angebote ernsthaft machen. Es stand auch keine andere Wahl vor der Tür, die

uns hätte sozusagen der Profilierung willen verleiten können, irgendeine andere Strategie einzuschlagen. Das war schon ernst gemeint. Das ist damals zurückgewiesen worden. Nun gut. Es wäre jetzt einfach, unsererseits zu sagen, ihr habt euch die Suppe selbst eingebrockt, jetzt müsst ihr sie auch selbst auslöffeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sagen das nicht, sondern ich will den letzten Satz aufgreifen, auch aus der Rede des Finanzministers gestern, wir bieten erneut eine Zusammenarbeit an, allerdings zu fairen Bedingungen. Zu fairen Bedingungen heißt – das will ich klar sagen –: Wir bieten eine Zusammenarbeit um den Preis der Mitwirkung der Opposition an.

Es kann nicht sein, dass Sie die Dinge vorschlagen und dann sagen, jetzt ist es eure Verantwortung, die Hand zu heben und zuzustimmen. Wenn wir mitmachen sollen – wir wollen in einer Reihe von Fragen mitmachen, sicher nicht bei allen; ich habe eben drei genannt, wo wir nicht mitmachen werden, aber es gibt genügend andere Bereiche, wo wir Ihrer Meinung nach mitmachen sollen und wo wir mitmachen wollen –, aber dann um den Preis der Mitgestaltung und nicht nach der Methode "Friss oder stirb!".

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt sage ich das einmal mit Blick auf zwei Projekte, die uns außerhalb der Haushaltsberatung intensiv beschäftigen, vor allem in den Kreisen: Forstreform und Agrarverwaltungsreform.

Herr Kollege Schmitz, übrigens habe ich nicht erkennen können, dass wir uns in Rheinland-Pfalz an die Spitze der Kritik in diesen beiden Punkten gesetzt haben. Angesichts der allgemeinen politischen Stimmungslage wäre es für uns gelegentlich eine Verführung zu sagen, jetzt hauen wir einfach einmal blind drauf. Im Moment sind immer alle dafür, wenn man die SPD prügelt. Aber das kann übermorgen schon wieder anders sein. Schon aus diesem Selbstschutzgrund tun wir es nicht.

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind bereit. Aber wir müssen uns dann zu einem Teil auch mit unseren Vorschlägen wiederfinden. Es kann nicht sein, dass diese Bereitschaft sich darin erschöpft, dass wir einfach Ihrem Paket zustimmen, sondern dann ist der Preis dieser Bereitschaft, dass Sie auf unsere Vorschläge eingehen; denn eins geht nicht: Das Land ist pleite, der Rechnungshof mahnt kostengünstigere Lösungen an, und die Landesregierung schlägt das alles in den Wind und schert sich um nichts. – Ich denke beispielsweise an das eine oder andere Thema im Bereich der Agrarverwaltungsreform. Das ist nicht unser Verständnis von Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CDU)

Unser Verständnis von Zusammenarbeit bedeutet, die Koalition muss die Mitwirkung wollen. Unser Verständnis von Zusammenarbeit bedeutet nicht, die Rolle eines Claqueurs für eine irgendwie geartete "Basta-Politik" einzunehmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das werden wir nicht tun. So einfach ist das.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt müssen Sie entscheiden. Sie kommen in schweres Wasser. Das ist nun kein Geheimnis. Jeder, der sich in Deutschland mit Finanzen beschäftigt, weiß das. Wenn Sie uns als Helfer im Maschinenraum brauchen wollen, dann kann ich nur sagen, vergessen Sie es. Daraus wird nichts

(Mertes, SPD: Das glaube ich! Da wird geschwitzt!)

 Herr Kollege Mertes, es ist schon einmal gut, dass wenigstens diese eine Botschaft geglaubt wird.

#### (Zurufe aus dem Hause)

– Ach, Sie meinen, weil wir die Arbeit scheuen? Ich in Einzelfällen vielleicht schon, obwohl es mir bei meinem Leibesumfang ganz gut täte, einen halben Tag im Maschinenraum Kohlen zu schippen.

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt im übertragenen Bild für die Politik, dann wird daraus nichts. Wenn Sie uns aber in einer Reihe von Fragen, auf die man sich vereinbaren kann, anbieten, über den Kurs mitbestimmen zu können, dann wird es faire und konstruktive Gespräche der Zusammenarbeit geben. Das ist unsere Botschaft heute, am Tag der ersten Generalaussprache zu diesem Nachtragshaushalt. Wir verweigern uns der Zusammenarbeit nicht. Aber der Preis der Zusammenarbeit ist die Chance, die Möglichkeit einer Mitgestaltung der Politik in diesem Land.

#### (Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist der Abschied von einer Politik, die wir seit 1991 ausnahmslos erlebt haben, dass am Ende von Haushaltsberatungen es der Opposition noch nicht einmal möglich war, einen Betrag von 10 Euro zu bewegen. Wenn Sie wollen, dass das anders wird, dann sagen Sie es. Wenn Sie es uns sagen und es ernst meinen, dann werden wir uns auf diese Zusammenarbeit einlassen.

Herr Kollege Mertes, ich bin gespannt, wie Sie sich in den nächsten Wochen entscheiden werden.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der CDU)

#### Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Joachim Mertes.

#### Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich wundert mich, dass Sie alle noch hier sind. Nach einer solchen Rede über ein verarmtes Land Rheinland-Pfalz müssten Sie raus zu Lidl und Aldi, um Notkäufe zu machen. Tun Sie Ihre Papiere zusammen, und schauen Sie Ihren Keller nach, ob er bunkerfest ist.

Sie können ruhig alle hinausgehen. Wer hinausgeht, der muss auch wieder hereinkommen. Das steht fest.

(Beifall der SPD – Zuruf des Abg. Hörter, CDU)

Nach Ihrem bundespolitischen Ausritt am Wochenanfang war mir klar, dass Berlin für Sie sozusagen die wichtigste Station wäre. Allerdings sind Sie aus diesem bundespolitischen Ausritt, nämlich den Bundeskanzler zu stürzen, ziemlich "abgewatscht" nach Rheinland-Pfalz gekommen und mussten sich erst einmal wieder in die Herzen Ihrer Leute "einreden". Deshalb war die Polemik hier am Platz so hart.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich finde, das sind Angebote: Zuerst im ersten Durchgang über Bedarf und Bedürftigkeit sehr interessant zu philosophieren – das ist gar keine Frage; man kann eine solche Sache so angehen – und dann, in dem Moment, wo es konkret wird, sofort zu sagen, und dies geht nicht mit uns.

Meine Damen und Herren, so geht Politik nicht.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir werden auf das Angebot zurückkommen. Wir werden einmal genau "nachchecken", ob das mit dem Bedarf und der Bedürftigkeit nur auf der Seite dieser Koalition zu finden ist. Sie werden staunen, was dann alles aus der Provinz abgedruckt erscheint, wo Sie klug genug geworden sind, in Mainz solche Töne nicht mehr anzuschlagen. Da reden Sie vom Sparen. In der Provinz reden Sie aber vom Ausgeben. Das werden wir Ihnen heweisen

#### (Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz ist nicht so, wie es mein Vorredner beschrieben hat. Wir sind der größte Arbeitgeber für knapp 84.000 Mitarbeiter für dieses Land. Wir zahlen in einem Monat rund 630 Millionen Euro an Löhnen und Gehältern aus. Wir werden im Laufe dieses Jahres noch 2,4 % für unsere Mitarbeiter dazulegen. Im nächsten und im übernächsten Jahr werden wir jeweils noch 1 % darauflegen.

Wir unterhalten rund 7.200 Kilometer Landesstraßen. Wir werden 90 neue Schulbaumaßnahmen in diesem Jahr finanzieren. Außerdem werden wir 80 weitere Schulbaumaßnahmen im zweiten und dritten Bauabschnitt finanzieren.

Wir schaffen 300 Ganztagsschulen. An 2.300 Kindertagesstätten werden wir 1.400 Kindern die Chance geben, sich auf das Leben und die Schule vorzubereiten. Das ist Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

In Rheinland-Pfalz verrichten 9.600 Polizeibeamtinnen und -beamte ihren Dienst, 5.500 bei Gerichten und 1.850 im Strafvollzug. Das sind unsere Aufgaben. Uns ere Aufgabe ist es aber nicht, eine Debatte über Schulden

sowie Bedarf und Bedürftigkeit zu führen. Das sind die Aufgaben unseres Landes, die wir verantwortungsvoll weiter ausführen wollen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Es fehlen aber Einnahmen in Höhe von 805 Millionen Euro. Die Rede über Bedarf und Bedürftigkeit vorhin war schon fast wie für ein Politikseminar gemacht. Da Sie behaupteten, wir gäben bei allem nach, auch in den Bereichen, in denen wir dies nicht hätten können, dürfen oder müssen, haben wir ähnliche Fragen an uns gestellt. Wir haben uns vorgestellt, dass wir ein Unternehmen wären, und haben uns gefragt, was wir als erstes in einer solchen Situation überprüfen würden. Wir hätten als erstes die Kostenstruktur unserer Produkte und die Preise überprüft.

Zur Kostenstruktur: Die Begriffe "Bedarf" und "Bedürftigkeit" werden mich lang begleiten, weil mit diesen Dingen eine ganze Menge dargestellt werden kann. Im Hinblick auf die Kostenstruktur gibt es eine Festlegung durch das Gesetz. Auch Sie haben niemals Anstalten gemacht zu ändern, dass wir unser Personal mit knapp 42 % aller Ausgaben im Etat haben und es keine Änderung geben kann.

Meine Damen und Herren. Das Versprechen, das Sie abgegeben haben, war ein leeres Versprechen, dies nicht in Gesetzen zu regeln. Wenn wir nur an der Beamtenwürde kratzen würden, dann wäre die CDU-Fraktion die erste, die am lautesten Nein sagen würde.

## (Beifall der SPD und der FDP)

9 % der Ausgaben sind Zinsen. Darüber könnten wir streiten. Uns stehen aber nur ganze 4 % gestaltbare Möglichkeiten zur Verfügung. Alles andere sind gesetzliche Aufgaben, die wir uns gegeben haben. Die Kostenstrukturen wachsen jedoch weiter, ohne dass wir etwas dazu beitragen, weil die Tarifverträge dazu führen, dass die Kosten im Personalbereich anwachsen. Wir haben den Kommunen versprochen, ihnen 21 % der Mittel zu überlassen.

Meine Damen und Herren, deshalb sind zwei Drittel des Haushalts bereits durch gesetzliche Vorgaben und den kommunalen Finanzausgleich verplant. Ich frage mich, wo dort noch Bedarf und Bedürftigkeit Raum haben.

#### (Beifall der SPD und der FDP)

In Wirklichkeit sind wir nur ein besonderer Dienstleister. Wir müssen unseren Kundinnen und Kunden unverzichtbare Dienstleistungen wie Bildung, öffentliche Scherheit, soziale Sicherheit, Gesundheit und Infrastruktur anbieten. Wie können wir das? Uns wird vorgeworfen, wir hätten zu spät gespart. Wo waren denn die Unterstützer aus diesem Parlament außerhalb der Koalition, als wir das Landesfamiliengeld reduziert haben? Wo sind denn die vielen großen Worte in einer einzigen kleinen Tat umgemünzt worden? Nicht außerhalb dieser Koalition, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wo war denn die Unterstützung seitens der Opposition, als wir den Ressourcenverbrauch zum allerersten Mal überhaupt in einem Land beispielsweise dadurch sichtbar gemacht haben, dass wir die Kosten für den Hochbau über unseren Landesbetrieb "Liegenschafts- und Baubetreuung" laufen ließen und wir die Kosten für den Straßenbau über den Landesbetrieb "Straßen und Verkehr" laufen ließen? Wo war die Unterstützung, als es um den Pensionsfonds ging? Meine Damen und Herren, wer uns vorwirft, in den vergangenen zehn Jahren nicht darauf geachtet zu haben, der war nicht in diesem Parlament dabei.

#### (Beifall der SPD und der FDP)

Es gab die Katasteramtsreform und die Polizeireform. Was gab es für einen Krach, als wir Polizeiwachen eingeführt haben. Wahr ist, dass man, wenn es eine schöne Debatte gibt, die auch noch den Vorzug hat, dass sie im ganzen Land ausgestrahlt wird, plötzlich vom Sparen redet

Schauen wir uns einmal die Debatten über die Polizeireform rückwärts an, als es um die Frage einer Veränderung einer Polizeiinspektion in eine Polizeiwache ging. Als in der Eifel ein Amtsgericht mit einem einzigen Amtsrichter verändert worden ist, hat Herr Kollege Wirz eine Eifelkonferenz einberufen wollen, um die Strukturschwächen zu verändern. Das ist die Wahrheit.

#### (Beifall der SPD und der FDP)

Bei der Frage der Bezirksregierung im Zusammenhang mit der Veränderung der Landesverwaltung waren Sie anderer Meinung, die man auch haben konnte. Das ist keine Frage. Am Ende dieser Entwicklung werden wir aber nur noch 1.700 Leute haben statt 2.500 Leute. Das halten wir für einen Fortschritt.

(Beifall der SPD und der FDP – Schmitt, CDU: Bis wann? – Jullien: CDU: Bis 2030!)

Herr Jullien, sollen denn die Beamten aus betriebsbedingten Gründen entlassen werden? Dann sind Sie der erste, der die Hand dafür erhebt. Sie werden der erste sein, der einen Stein nehmen wird. Das wird die Realität sein.

### (Beifall der SPD und der FDP)

Das wird mit der Agrarverwaltungsreform und der Forstreform so weitergehen. Wahr ist, dass wir die Früchte unserer Arbeit erst nach Jahren ernten können. Es ist gar keine Frage, dass erst nach Jahren ein Profit durch den langsamen Rückgang der Mitarbeiterzahlen möglich sein wird. Wer heute aber nicht damit beginnt, der wird es auch nie beenden. Insofern sind wir auf dem richtigen Weg.

#### (Beifall der SPD und der FDP)

Die Preise haben wir als Unternehmen natürlich auch zu untersuchen. Können wir aber Preise für die Ausbildung der Kinder in den Schulen verlangen? Können wir Preise für öffentliche Sicherheit verlangen? Können wir Preise für die Demokratie verlangen? Die Kosten für den Landtag betragen im Übrigen 7,16 Euro pro Einwohner und Jahr. Im Saarland betragen die Kosten ca. 14 Euro pro Einwohner und Jahr. Das verleitet mich nicht, igendwelche Angebote an das Saarland zu machen.

(Jullien, CDU: Die machen andere!)

Sie liegen sich zurzeit so in den Armen, dass man einfach nicht stören möchte, meine Damen und Herren. Im Übrigen könnten wir uns das Saarland auch nicht leisten

Wir können aber keine Preise verlangen. Außerdem können wir unsere eigenen Einnahmen nur in den Bereichen steuern, in denen es um Gebühren und Mieteinnahmen geht. Alle anderen Einnahmen werden über den Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen unserer Hand weitgehend entzogen.

Deshalb ist das Bild des Unternehmens schief. Wir sind kein Unternehmen. Wir haben eine Verantwortung für Rheinland-Pfalz zu tragen, die es uns möglich macht, es in einigen Teilen wie ein Unternehmen zu führen. In Wirklichkeit müssen wir Bildung, Innere Sicherheit und Infrastruktur so organisieren, ohne dass wir die Chance haben, wie in der Marktwirtschaft zu agieren. Insofern ist dieses Bild schief.

Ich habe das Bild trotzdem angewandt, weil wir bei all den Strukturveränderungen im Kopf hatten, es besser zu machen. Meine Damen und Herren, die heute vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass es besser und auch finanziell für das Land besser geworden ist.

(Beifall der SPD und der FDP)

Herr Kollege Böhr hat gesagt, dass wir all diese Probleme bereits gesehen hätten und alles voraussehbar gewesen wäre. Inzwischen haben sich entsprechende Ausschüsse auf Bundesebene dazu geäußert. Eine Aussage dazu von Herrn Professor Dr. Kromphardt lautet: Jede Prognose ist ungewiss. Erst eine fundierte Schätzung, die frühestens nach dem Ablauf des dritten Quartals erfolgen kann, ist belastbar.

Meine Damen und Herren, dies zeigt, dass wir nicht vor dem dritten Quartal in der Lage waren, unsere Einnahmen wirklich belastbar abzuschätzen. Am wahrscheinlichsten ist es, dass die Prognose am 31. Dezember für das laufende Jahr am sichersten ist. Insoweit haben wir in dieser Hinsicht ein Problem.

In diesem weiten Rund haben wir aber Leute, die wenig von diesen Entwicklungen überrascht wurden. In Rheinland-Pfalz beispielsweise waren die CDU und die GRÜNEN wenig über diese Entwicklung überrascht. In Hessen waren es die SPD und die GRÜNEN, die wenig von dieser Entwicklung überrascht waren. In Berlin waren es CDU und FDP, die wenig über diese Entwicklung überrascht waren.

Die Parteien, die wenig überrascht waren, waren immer in der Opposition. Das ist interessant. Je weiter man also von der Regierungsbank weg ist, desto prophetischer sind die Kräfte. Dazu kann man nur gratulieren, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Man muss in der Opposition sein, um schon im zweiten Quartal zu wissen, was im vierten Quartal herauskommt.

(Jullien, CDU: Man muss auf die Opposition hören!)

Trotzdem werden wir dafür arbeiten, dass uns das nicht passiert.

(Beifall der SPD und der FDP – Jullien, CDU: Man muss auf die Opposition hören!)

Wie gesagt, die CDU gehört mit zu den Propheten. Sie hat auch einen wunderbaren Anspruch in der Göttinger Erklärung formuliert: "Deutschland braucht eine Politik, die den Anspruch hat zu gestalten, statt immer nur Brände zu löschen, die den Mut hat, Wahrheiten auszusprechen, statt sie durch Lügen zu verdecken." Eine Wahrheit gibt es bei der CDU: Sie kann zur gleichen Zeit mehr Geld ausgeben und mehr sparen. Das haben wir noch nicht geschafft. Ich werde Ihnen das jetzt belegen.

Herr Jullien, Sie sitzen so schön dekorativ da vorne.

(Heiterkeit bei SPD und FDP)

Sie sind der Erste. Sie haben am 27. November gesagt: "Wirklicher Sparwillen ist nicht erkennbar."

(Jullien, CDU: Das ist zutreffend!)

Der Rest der Fraktion tut das, was ich zuvor schon angesprochen habe. Es sind von 2002 auf 2003 Forderungen in der Höhe von 687 Millionen Euro gestellt worden.

Es folgen jetzt die Einzelheiten: Zunächst einmal fängt man an mit der steuerlichen Belohnung von Speditionsfirmen, die ihre LKW mit Winterausrüstung ausstatten. Dieser Vorschlag kommt von Herrn Böhr. Bedarf und Bedürftigkeit! Das wird wunderbar unterstrichen. Hier gibt es einen Bedarf, es gibt einen Winter, es gibt LKW, es gibt keine Ketten, und wir befriedigen ihn. So hart sind wir zu den LKW-Besitzern.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir wollen nicht den Hochwasserfonds von Herrn Jullien und Herrn Licht vergessen.

(Jullien, CDU: Ja und? Die FDP fordert ihn doch!)

Auch der wird steuerfinanziert. Bedarf und Bedürftigkeit!

Frau Thelen kritisiert am 27. Januar die Politik auf Kosten behinderter Menschen. Herr Gölter rettet den Rheinland-Pfalz-Takt und nebenbei die pädagogische Arbeit des Forstamts Speyer. Herr Böhr fordert die Aus-

setzung der nächsten Stufe der Ökosteuer. Selbstverständlich.

(Jullien, CDU: Lauter gute Vorschläge!)

Frau Kohnle-Gros und Herr Bischel sehen natürlich die Beamtinnen und Beamten, die bewegt werden, ein Sonderopfer nach dem anderen zu bringen.

Am Nikolaustag beschert uns Herr Ernst, dass die Kürzungen im Sportbereich unerträglich seien, und Herr Licht kritisiert die Forstreform. Meine Damen und Herren, wann kommt endlich der Vorschlag zur Erhöhung der Entfernungspauschale? Das ist die falsche Frage. Das ist schon in Berlin von der CDU vorgeschlagen worden. So viel zum Bedarf und zur Bedürftigkeit und zur Klarheit.

#### (Beifall der SPD und der FDP)

Sie sehen, jede Lobbygruppe wurde bedient. Wenn Herr Böhr nach der Hälfte seiner Rede sozusagen Schluss gemacht hätte, hätte er uns ganz schön nachdenklich gemacht. Er kam aber zum zweiten Teil seiner Rede. Dort ging es um die besinnungslose Spendierfreude. Oder waren es Spendierhosen? Ich will Sie da nicht falsch zitieren. In der Sache sind wir uns aber einig, dass es um das Spendieren ging.

Keine fünf Minuten vorher hat er den Investitionsstau beschrieben. Was jetzt? Haben wir einen Investitionsstau, dem wir nicht nachgeben sollen? Da wollen wir doch einfach einmal nachsehen, was zum Beispiel Herr Lammert dazu sagt. Es wird alles in den Regionalausgaben gesagt, weil man hier schließlich der Obersparkommissar ist. Herr Lammert beschwert sich darüber, dass Kommunen nach einem vorzeitigen Baubeginn ihre Schulbauzuschüsse in abgesprochenen Raten pro Jahr bekommen. Der Bürgermeister sagt: Das war uns von Anbeginn bekannt. Wir haben uns dennoch bewusst für eine Regionale Schule entschieden. - Meine Damen und Herren, ist es redlich, einen vorzeitigen Baubeginn zu beantragen, mit der Landesregierung eine Ratenzahlung zu vereinbaren und nachher zu klagen? Bedarf und Bedürftigkeit! Damit wird klar, was gemeint ist.

## (Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, das liegt alles wunderbar auf der Linie Ihrer Parteivorsitzenden. Bloß nicht festlegen. Der beste Wahlhelfer ist für uns die jetzige Koalition in Berlin. Lasst uns bitte sehr zurückhaltend sein. – Das wollen Sie auch machen. Wir haben das von Anfang an gewusst. Genauso wird es weitergehen. Wir sammeln mit Freude das, was Sie draußen in der Region, in den Kreisen und Städten, versprechen. Wir können Ihnen sagen: Nichts von dem, was Sie hier postulieren, deckt sich mit dem, was Sie draußen erzählen.

#### (Beifall der SPD und der FDP)

Natürlich deckt sich diese Schuldenfallendebatte wunderbar mit der Angst der Menschen, die verunsichert sind. Das ist gar keine Frage. Viele Meinungsmacher raten auch dazu. Die Chefredakteure fordern in ihren Kommentaren mehr Reformfreudigkeit, Sparwillen, Dis-

ziplin und Nachhaltigkeit der Finanzpolitik. Auf den Lokalseiten wird dann das Zusammenlegen eines Forstamts zum forstpolitischen Kahlschlag. Genau damit wird diese Stimmung sozusagen in Gang gesetzt, die uns natürlich zum Teil belastet, nämlich mangelnde Veränderungsbereitschaft. Das gilt genauso für uns wie für andere. Aber das genau ist der Punkt.

Da Sie eben eine donnernde Philippika in Richtung Innenministerium gegeben haben, sage ich Ihnen als Mitglied der Gewerkschaft der Polizei, das ich seit 1983 bin – ich bin im Übrigen seit dem 14. Lebensjahr in der Gewerkschaft, was hoffentlich keine Schande ist –, so, wie die Kolleginnen und Kollegen ihre Forderungen vortragen, hat das manchmal sehr wenig mit dem Anspruch zu tun, eigentlich für Recht und Ordnung in dieser Gesellschaft persönlich zu stehen.

### (Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU)

– Langsam. Wenn man Briefe schreibt wie dieser Herr M. vom BDK in die Nachbarschaft von Landespolitikern, dann sind wir nicht weit vom Pranger entfernt. Dann ist die Mahnwache zu erwähnen. Eine Mahnwache haben wir bisher für Menschenrechte gemacht oder wenn es darum ging, einen Krieg zu verhindern, oder wenn es darum ging, einem Asylbewerber zu helfen. Da haben wir Mahnwachen errichtet. Das ist aber doch noch nie für Tariferhöhungen geschehen. Da muss man Mittel und Wege trennen können.

# (Beifall der SPD und der FDP – Zuruf des Abg. Licht, CDU)

– Da können Sie ruhig nicken. Sind Sie überhaupt in einer Gewerkschaft, weil Sie jetzt plötzlich Ihre Gewerkschaftsnähe entdecken? Meine Damen und Herren, viele von Ihnen haben noch nie den Geruch einer Werkstatt in der Nase gehabt. Plötzlich sind Sie aber die Arbeitervertreter. Wer soll Ihnen das abnehmen?

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Glauben Sie vielleicht, uns wären die vollen Straßen und Plätze recht?

(Licht, CDU: Merken Sie nicht, wie niveaulos das ist?)

Meine Damen und Herren, wir können unseren Mitarbeitern nicht zur gleichen Zeit 2,4 % sowie im nächsten und übernächsten Jahr jeweils 1 % Tariferhöhung geben und zur gleichen Zeit die Beförderungen im Jahr 2003 durchziehen. Glauben Sie denn, dass die Firma Opel in Rüsselsheim, die schwer zu arbeiten hat, ihren Männern und Frauen am Fließband eine Beförderung in diesem Jahr in Aussicht stellen kann, wenn sie konsolidieren muss? Glauben Sie, dass der Metzger bei mir um die Ecke, der die Schwierigkeiten des Einzelhandels hat, seinem Gesellen eine Beförderung in Aussicht stellen kann? Das ist die wirkliche Welt. Wir müssen lernen, dass derjenige, der sich auf der einen Seite beim Tarifstreit durchsetzt, nicht auf der anderen Seite erwarten kann, dass wir da noch etwas draufpacken. Zur Beförde-

rung hat Herr Kollege Böhr kein Wort gesagt. Bedarf und Bedürftigkeit!

(Beifall der SPD und der FDP)

Das ist unangenehm, und das muss er auch nicht als Opposition. Er muss das auch nicht verantworten, aber das gehört mit dazu.

Er hat mit seinem Wunsch Recht, dass sich die Ziele der CDU wiederfinden müssen, wenn wir eine Einigkeit schaffen wollen, da das sonst aus der Sicht der CDU keinen Sinn hat. Als wir dann aber an den Punkt kamen, dass von diesem Thema nicht mehr philosophisch, sondern ganz praktisch die Rede war, als jetzt sozusagen – Friedrich der Große nannte das so – gestorben werden musste, war plötzlich nicht mehr die Rede davon. Plötzlich war die Lebensarbeitszeit in Bezug auf die Polizeibeamten nicht mehr durchführbar. Meine Damen und Herren, mein Gemeindearbeiter muss mindestens bis 65 Jahre arbeiten. Er würde am liebsten länger arbeiten, weil sonst seine Rente zu klein ist. Rente! Wir müssen in Bezug auf die Lebensarbeitszeit andere Wege gehen.

Wir wissen schon jetzt, was in den Jahren 2020 und 2030 die demographische Veränderung bringen wird. Insoweit müssen wir sagen, dass wir in diesem Jahr keine Beförderungen vornehmen können, weil wir die Sicherheit der Arbeitsplätze weiter gewährleisten wollen. Den Satz vom Finanzminister sollten alle, die bei uns beschäftigt sind, im Ohr behalten. Er hat gesagt: Gute Finanzen sind die Grundlage dafür, dass wir auch am Ende die Pensionen bezahlen können. – Das bedeutet, wenn wir jetzt sowohl für Tariferhöhungen als auch für Beförderungen Geld ausgeben, gefährden wir genau dieses Ziel.

Meine Damen und Herren, deshalb haben wir den Mut, Ihnen vorzuschlagen, dies in diesem Jahr nicht zu tun.

(Beifall der SPD und der FDP)

In einem Punkt – auch hier gehe ich auf die Rede von Christoph Böhr ein – muss man wirklich nachdenken. Wir haben einen Staat haben wollen, der weniger Einnahmen hat. Wir führen allerdings keine Debatte darüber, wie wir zu weniger Ausgaben kommen. Wenn wir sie wie heute an diesem Tag haben, wird immer vor der Konsequenz zurückgeschreckt. Es wird gesagt: Sparen ja, aber nicht an diesem konkreten Punkt.

Wahr ist, dass wir gewohnt waren, Zuwächse zu haben. Nach drei Jahren stellt sich heraus, dass es nicht mehr so ist. Wahr ist auch, dass fast jedes Projekt, wenn es in diesem oder im nächsten Jahr nicht lief, im übernächsten Jahr finanzierbar war. Wir haben selten Nein sagen müssen. Wir konnten das alles machen.

Meine Damen und Herren, nun befinden wir uns in der Situation, dass wir – das ist überhaupt keine merkwürdige Rechnung – eine volkswirtschaftsliche Steuerquote haben, die so niedrig wie in Japan ist.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

 Wenn Sie die volkswirtschaftliche Steuerquote neu definieren wollen, tun Sie es doch einmal. Alle sind sich einig, dass dies der Parameter ist, mit dem man es messen kann. Es ist so. Das hilft gar nichts.

(Bracht, CDU: Die Steuern senken und die Abgaben erhöhen!)

– Sie senken die Steuern, und zur gleichen Zeit geben Sie mehr Geld aus. Sie sind nicht bereit, die acht Maßnahmen mit zu finanzieren. Wie das gehen soll, werden Sie noch sagen. Sie kommen noch dran.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ihr Motto ist: Wir sind Künstler. Wir können zur gleichen Zeit mehr sparen und ausgeben. Das können nur wir. Wählt uns! Das ist keine Frage. – Das ist ein Ding, das Sie ganz allein können.

(Keller, CDU: Sagen Sie doch einmal etwas zu Berlin!)

- Herr Keller, ich komme noch zu einem anderen Thema

Wir sind in dieser Debatte mental immer noch nicht so weit zu begreifen, dass genau diese geringeren Einnahmen die Zukunft bestimmen werden. Wir werden in vielen Bereichen umzudenken haben. Es wird vielleicht doch zu Preisen für Leistungen kommen, die wir geben, weil wir sie anders nicht finanzieren können.

Klar ist, dass wir mit den Mehrausgaben und dem zusätzlichen Sparen zur gleichen Zeit allein sind. Die Handwerksverbände zum Beispiel laufen auf den Straßen herum, bringen uns jetzt Steine, polemisieren gegen die rotgrüne Steuerpolitik – das ist wunderbar – und verlangen zur gleichen Zeit, wir sollen mehr Investitionen tätigen, aber weniger Steuern verlangen. Woher soll das kommen? Lieber Gott, gib uns einen Rat. Das geht nicht. Genau das ist die Politik, die wir nicht machen können, nämlich weniger Steuern und mehr Investitionen.

Meine Damen und Herren, wer sparen will, muss abwägen. Fragen wir, was uns wichtig ist, worauf wir verzichten können und welche Wünsche wir in die Zukunft verschieben. Nach Peter Glotz gibt es eine Ökonomie der Zumutungen. Die Zumutungen gehen an die Subventionen. Sie gehen an die Verwaltungsorganisation, den Sport, die Personalkosten, aber auch an Soziales.

Verehrte Frau Kollegin Thomas, nun will ich Sie gezielt über etwas unterrichten. Der wiederholte Versuch, bei der Spardiskussion Gewinner und Verlierer im Kabinett auszumachen, ist schön. Den linken Flügel in der SPD-Fraktion gibt es nicht.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können uns nicht in Gewinner und Verlierer teilen. Denjenigen, die glauben, sie müssten bei der Frage an Artur Bauckhage andere Maßstäbe anlegen, sage ich Folgendes: Wie oft sagen Abgeordnete und Firmen: "Bauen sie uns diese Umgehungsstraße und diese

Brücke! Finanzieren sie uns dieses Gewerbegebiet! Geben sie uns dieses Geld für Konversionsmaßnahmen!"

Meine Damen und Herren, viel Geld aus dem Ministerium von Artur Bauckhage ist reine Investition. Deshalb ist der Streit darum nur dann müßig, wenn man die Ziele unterschiedlich sieht. Das sehen wir allerdings. Wir brauchen Straßen, Gewerbegebiete und Brücken. Deshalb möchte ich mich bei dem Minister bedanken,

#### (Beifall der SPD und der FDP)

dass wir vieles gemeinsam, insbesondere mit dem hnenministerium im Konversionsbereich, geschaffen haben.

Meine Damen und Herren, alle sind plötzlich – außer den GRÜNEN, die vielleicht heimlich nach Pisa fliegen – auf einmal für den Hahn, weil es dort über 2.000 Beschäftigte gibt. Klar ist auch, dass wir den Flughafen mit Straßen anbinden müssen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Sie sind doch nur am Klagen, es geht Ihnen nicht schnell genug. Im lokalen Bereich gibt es einen wunderbaren Satz. Ihr Chef muss sich demnächst mehr mit Ihnen abstimmen, Bedarf und Bedürftigkeit. Herr Bracht kennt im Rhein-Hunsrück-Kreis jedes Schlagloch mit Vor- und Nachnamen. Er hat sie alle schon einmal besucht, ihnen die Hand gegeben und eine Kleine Anfrage darüber gemacht. Mit den Kleinen Anfragen, wieviel Schlaglöcher in den Landesstraßen im Rhein-Hunsrück-Kreis sind, könnten Sie diesen Raum tapezieren.

> (Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kümmern Sie sich doch einmal darum! – Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Wahr ist, dass wir bei den Subventionen ein Problem haben – als Raucher kann ich fast mitreden –, nämlich die Sucht. Das Unternehmen oder die Einrichtung haben sich daran gewöhnt. Wir müssen überlegen, wie wir das degressiv organisieren können. Wir haben den Finanzhilfebericht als Steuerinstrument genommen. Wir haben ihn hier eingebracht, nicht die Opposition. Das heißt, bei uns ist durchaus genug Verstand darüber vorhanden, dass wir in dieser Frage bei den Subventionen anders steuern müssen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Gehen wir einmal in die Landwirtschaft. Der Kollege Böhr sagt uns, er würde mit uns gern darüber sprechen, wie das zu organisieren ist. Das tun andere auch. Die eine Wahrheit haben wir. Wir haben bei 18.400 Vollzeitstellen – Bauer, Landwirt, Winzer – 1.850 Berater, Verwalter und Kontrolleure, im Kindergarten bei einer Kindergärtnerin 25 Kinder, in der Schule bei einer Lehrerin oder einem Lehrer vielleicht 28 Kinder. So vertrauen wir unser Geld der Beratung der Verwaltung an.

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass dies geändert werden muss.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

 Sie sagen laut: "Wir sind dafür." Wenn die Debatte geführt wird, fragen Sie: Ist es in Trier oder in Bernkastel? – Dann ist es nicht mehr wahr.

(Beifall der SPD und der FDP)

Mir ist klar, dass es in dem Moment unangenehm wird, wo man vor Ort sagen muss: Wir schließen konkret in einem Zeitraum von zehn Jahren diese Stelle, und ihre Stelle wird, weil sie pensioniert werden, nicht mehr besetzt. Ihr Kollege muss die Arbeit mitmachen.

Das Konkrete ist die Politik. Es sind nicht die Wolken, die Sie vor sich herschieben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich komme zu den Gemeinschaftsforstämtern. Dass wir beim Forst die Zielgrößen erreichen wollen, wie sie waldarme Länder wie Bayern oder Baden-Württemberg haben – dort gibt fast es nur Steinwüsten; dort wächst kaum ein Baum –, hat uns vor Ort in diesem Parlament nicht mächtig aufgeregt. Das stimmt. Schauen Sie einmal in die Lokalzeitungen, was dort abgeht. Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir Ihnen diesen Widerspruch so lang vorhalten werden, bis Sie ihn selbst aufgelöst haben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Gehen wir doch einmal zum Sport. Wir haben eine anerkannt hohe Sportförderung. Wir haben auch Ärger mit dem Landessportbund. Wir werden eingeladen. Wir reden miteinander. Ich möchte zu einem Thema kommen, das eigentlich gar nicht mein Thema ist. Ich gestehe, dass ich kein Fußballfan bin.

Ja, ich weiß, man sollte es sein. Es gibt Fußballfans, die wesentlich deutlicher zum Ausdruck bringen, dass sie Fußballfans sind.

(Schmitt, CDU: Flagge zeigen!)

Meine Damen und Herren, da steht an diesen Dingen, die Spiele des Favoritenschrecks Trier im DFB-Pokal und die Spannung, die die Lauterer in die Bundesliga gebracht haben, waren ansteckend. Ja, das stimmt.

Nur heute bekennt sich keiner mehr zu dem Schmuddelkind, weil es im Keller sitzt. Solange man in der Sonne steht, ist der FCK ein wunderbares Transparent mitzumachen, aber wehe, du verlierst.

(Beifall der SPD und der FDP – Dr. Gölter, CDU: Volltreffer! – Zurufe von der CDU)

Ich rede von mir. Was haben wir nicht für Fragen. Frau Thomas, Sie sind wahrscheinlich auch kein Fußballfan.

Ihre Fragen lassen das einfach erahnen, die Sie im Zusammenhang mit dem FCK stellen.

Diejenigen aber, die sich sonst des Fußballs politisch bedienen, in dem Fall das gleiche Spiel treiben, nämlich die Situation eines Unternehmens mit einer Gehaltssumme wie ein großes mittelständisches Unternehmen erschweren – das ist jetzt sehr diplomatisch formuliert –, das Steuern zahlt und für Kaiserslautern, die Pfalz und Rheinland-Pfalz ein Imageträger ist, – –

(Zurufe von der CDU)

– Meine Damen und Herren, auch das gehört zur Redlichkeit. Man darf nicht so mit dem Fußball werben wollen und wenn er sich in der Krise befindet, hat man nichts mehr mit ihm zu tun. Ist das Solidarität? Ist das christdemokratisch?

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir haben zu Recht 15 Millionen Euro zur Finanzierung des Weltmeisterschaftsstandorts eingestellt. Das sage ich bewusst als Nicht-Fußballfan.

(Böhr, CDU: Das haben wir doch alle gemacht! Das haben Sie doch mitgetragen!)

Meine Damen und Herren, ja, nur Sie möchten sich heute distanzieren, sonst würden Sie solche Fragen nicht stellen. Genauso ist es.

(Beifall der SPD und der FDP – Zurufe von der CDU)

Die Fragen, die Sie stellen, die Sie im Ausschuss in nicht öffentlicher Sitzung stellen, gehen eher dahin, wie wir diese Landesregierung in eine Ecke bekommen, damit wir einen Untersuchungsausschuss einrichten können. Genau das ist die Strategie. Glauben Sie nur nicht, wir würden auf den Ohren sitzen.

(Beifall der SPD und der FDP – Zurufe von der CDU – Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Meine Damen und Herren, mir geht es um Folgendes: Wenn man sich mit Fußball politisch so engagiert, dann sollte man einen Fußballverein, der ein großes mittelständisches Unternehmen ist, nicht in einer Krise sozusagen durch Diskussionen weiter in die Krise treiben, sondern man sollte ihm helfen, ohne dass man die richtig gestellten Fragen deshalb vergessen muss. Dieses Helfen vermisse ich, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP – Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Wissen Sie, ich bin fast bereit zu sagen, ich bin zwar kein Fußballfan, aber ab sofort ein Fan vom FCK.

(Beifall der SPD und der FDP – Zurufe aus dem Hause)

Das heißt nicht, dass ich immer dort hingehen muss,

(Kuhn, FDP: Einmal!)

aber Werner Kuhn kann es mir erzählen.

Wir haben im Sport etwas nachgebessert, aber er bleibt weiterhin unzufrieden. Vielleicht würde der Sport einmal darüber nachdenken, ob seine Organisationsform immer so kostenzweckmäßig organisiert ist, wie wir das in vielen Bereichen für uns selbst machen müssen, um dem Sport Geld geben zu können, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Zumutungen haben wir eine ganze Menge, von wegen, wir würden uns nicht trauen. Wir haben uns getraut – uns macht es auch keinen Spaß –, wir werden unsere Leute durch Nichtbeförderung belasten, aber wir muten ihnen keine Kurzarbeit, keinen Haustarif und keine Entlassungen zu.

Wenn man sich in der Wirtschaft umschaut, was ist dann das Erste, das man erlebt? Der Betriebsrat kommt zu uns. Der Betriebsrat wird zuerst vorgeschickt. Das ist übrigens interessant, da viele Parteien meinen, Mitbestimmung wäre lästig. In der Krise ist der Betriebsrat immer der Erste, der losgeschickt wird, meist den Unternehmer am Händchen, um sozusagen gut Wetter zu machen

Das Zweite ist, dass der Betriebsrat über eine Kürzung der Wochenarbeitszeit mit den Gewerkschaften verhandeln muss, damit die Produktivität und die Wochenarbeitszeit in ein Gleichgewicht kommen.

Das Dritte ist, es findet kein Lohnausgleich statt. Dafür wird das Weihnachtsgeld und das Urlaubsgeld gezwölftelt, wenn es tarifmäßig gezahlt wird. Bei Schreinern und Metzgern wird es nicht gezahlt; es gibt viele, die dieses Geld nicht bekommen.

Das ist die Realität in einer Krise. Unsere Realität ist, wir stocken um 2,4 % auf, aber wir bitten in diesem Jahr zu verstehen, dass wir keine Beförderung machen können. Wir setzen die Leistungsprämien und die Leistungszulagen aus. Wir werden aber trotzdem daran denken, wenn jemand 25 Jahre im Betrieb gewesen ist, der Firma Rheinland-Pfalz, auch wenn wir die Jubiläumszuwendungen in Geld abschaffen.

Den Anwärterzuschlag bei der Polizei schaffen wir ab. Meine Damen und Herren, jeder Student an der Universität in Mainz, in Trier oder sonstwo muss sehen, wie er sein Leben finanziell organisiert. Wir muten unseren Polizeistudenten zu, die Anwärterzulage nicht zu bekommen. Wir finanzieren ihn aber weiter mit Anwärterbezügen.

Liebe Studentinnen und Studenten an anderen Universitäten: Das ist der Unterschied, wie wir mit unserem Personal umgehen. Ich denke, darüber braucht man keinen Streit zu führen.

Die Kostendämpfungspauschale bei der Beihilfe ist sozial gestaffelt, aber sie ist natürlich eine Zumutung für jemanden, der das nie gekannt hat, nämlich dass dort etwas so geschieht. Vor Ihnen steht ein freiwilliges Mitglied der AOK. Wenn ich einen Chefarzt haben will, muss ich eine zusätzliche Versicherung abschließen.

(Jullien, CDU: Ich auch!)

Nichts anderes muten wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über die Beihilfe zu. Wer das für unschicklich hält, dem muss ich sagen, Augen und Ohren auf zu dem, was draußen in der normalen Welt geschieht, dann wirst du uns verstehen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Dass wir auf unsere Diätenerhöhung und die Landesregierung auf einen Anstieg der Amtsbezüge verzichtet, ist das eine. Das gehört dazu, und es war der guten Ordnung und Moral halber notwendig. Deshalb haben wir es gemacht, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Der Beifall bleibt ganz schmal. Das verstehe ich, liebe Kolleginnen und Kollegen. Glauben Sie mir, wenn wir das nicht gemacht hätten, hätten wir es sehr schwer gegenüber den Kolleginnen und Kollegen des eigenen Betriebs gehabt, ihnen klar zu machen, dass sie nun auf etwas verzichten müssen, was ihnen über Jahre zugute gekommen ist. Insofern herzlichen Dank, dass wir das gemeinsam machen konnten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Nun kommen wir zu dem wichtigsten Thema meiner Gewerkschaft, der GdP, nämlich zu der Altersgrenze. Die Altersgrenze ist von 1954. Damals war jemand alt, wenn er mit 65 in Rente oder Pension ging, weil er meist schon mit weniger als 70 Jahren gestorben ist. Die Rentenbezugszeit betrug damals keine acht Jahre.

Heute wird selbst ein rheinland-pfälzischer Beamter, der so sehr unter dem Stress leidet, 78 und seine Witwe – rein statistisch – 82 Jahre alt. Diese längeren Bezugszeiten von Pension und Rente führen dazu, dass entweder die Systeme überlastet werden, weil sie alle das gemeinsam mit uns bezahlen müssen, oder wir zu der Frage der längeren Lebensarbeitszeiten kommen.

Das wird uns allen blühen. Ich habe ironisch gesagt, vielleicht wäre es ein Beitrag zur Einsparung, wenn die Abgeordneten auch verpflichtet würden, bis 65 im Landtag zu bleiben.

(Zuruf von der CDU)

Man hat mir aber sehr eindeutig abgeraten.

Wahr ist, wir machen es bei Beamten, die nicht im Schichtdienst sind, weil der Schichtdienst besonders belastend ist. Man hatte von den Veranstaltungen den Eindruck, als wenn nur die Polizei Schichtdienst fährt. Krankenschwestern machen Schichtdienst, und Betriebe

machen Schichtdienst. Mein Vater war Schriftsetzer. Er hat nur nachts gearbeitet, weil Zeitungen damals nachts gedruckt wurden, damit sie morgens herauskamen.

Es gibt viele Berufe. Wahr ist, dass einzelne, besondere Polizisten besondere Belastungen haben. Es ist richtig – Gerd Itzek, Du wirst mir jetzt nicht böse sein –, aber wenn man in Ludwigshafen in Hemshof zu einer Schlägerei gerufen wird, ist das wahrscheinlich etwas dramatischer, als wenn das in Kastellaun im Hunsrück stattfindet.

(Schweitzer, SPD: Die können auch ganz gut zuschlagen! – Zurufe aus dem Hause)

Es war ein schlechtes Beispiel.

(Schmitt, CDU: Ja, ein ganz schlechtes!)

Sie haben aber begriffen, was ich sagen wollte. Es gibt Berufsbereiche, in denen es schwieriger ist. Dabei handelt es sich um die städtischen, die urbanen. Die ländlichen haben es etwas einfacher.

Wir werden darüber miteinander reden, aber klar ist, es hat kein 30-Jähriger, der heute bei der Polizei beschäftigt ist, heute schon Anspruch darauf zu wissen, ob er mit 60 oder mit 65 in Pension gehen kann. Die Summe aller Mitarbeiter in Rheinland-Pfalz bildet noch nicht das Land Rheinland-Pfalz; denn wir haben die Verantwortung dafür, dass alle gut ans Ziel kommen, meine Damen und Herren.

Wenn alle gut ans Ziel kommen müssen, müssen wir auch die Bedingungen für alle einigermaßen vergleichbar schaffen. Genau das machen wir mit unserem Vorschlag bei der Polizei.

(Beifall der SPD und der FDP – Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

– Ja, ja, Frau Kohnle-Gros! Bedarf und Bedürfnis! Sie rennen doch zur Polizei und sagen: Wie wollt ihr es denn haben?

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Dann sagen Sie: Ihr bekommt es so; denn Sie wissen ganz genau, es wird nie etwas werden. Es ist nur heiße Luft, und Sie sind fein dabei heraus. In Ordnung, machen Sie das. Aber wenn Sie meinen, dies hätte etwas mit Verantwortung zu tun, täuschen Sie sich.

(Beifall der SPD und der FDP – Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Dass wir uns natürlich über die Art und Form der Auseinandersetzung ärgern, ist vollkommen klar. Verbandsfunktionäre, die normalerweise im Beruf den Rechtsstaat schützen, sollten Formen finden, die ihre Glaubwürdigkeit erhalten. Es ärgert uns ganz besonders, weil wir für die Polizei viel getan haben.

(Itzek, SPD: Ja!)

Wir haben die zweigeteilte Laufbahn bei der Kripo mit 100 % und bei der Schutzpolizei mit 70 % umgesetzt. Diese gibt es weder in Bayern noch in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt oder in Thüringen. Baden-Württemberg und Hamburg führen sie gerade ein.

# (Staatsminister Zuber: Für die Kriminalpolizei!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Polizei, dafür fühlen wir uns von euch ziemlich in den Hintern getreten, damit es klar und deutlich gesagt ist.

#### (Beifall der SPD und der FDP)

1991 erhielten 36 % aller Polizeibeamtinnen und -beamten Bruttodienstbezüge unter 3.500 DM. Heute sind es noch 2 %. Soviel zu dem, wie wir mit der Polizei umgegangen sind, meine Damen und Herren! Wir können als Koalition stolz auf diese rheinland-pfälzische Polizei sein. Wir können stolz sein auf ihre Leistung und ihre Motivation. Aber wir können manchmal nicht stolz sein auf diejenigen, die sie vertreten.

(Beifall der SPD und der FDP – Zurufe von der CDU: Oh, oh! – Zuruf des Abg. Licht, CDU)

All diejenigen, die das Wort "Gewerkschaft" normalerweise nur mit einem "Pfui" vorweg in den Mund nehmen, werden plötzlich zu Gewerkschaftsfreunden.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben 22.000 Beförderungen bei der Polizei durchgesetzt. Deshalb dürfen wir auch sagen, was wir meinen. Das werden wir auch tun.

(Beifall der SPD und der FDP – Zurufe der Abg. Licht und Frau Kohnle-Gros, CDU)

Trotzdem wird dieser Nachtragshaushalt eine wichtige Perspektive aufzeigen. Wir werden auch weiterhin wichtige zentrale Aufgaben erfüllen. Ein Bereich ist die Mobilitätsinitiative. Wir haben sie etwas gestreckt. Wenn die GRÜNEN auch Kopfsprünge oder sonst etwas veranstalten, wir brauchen diese Mobilitätsinitiative für Rheinland-Pfalz, um unser Straßennetz ordentlich zu komplettieren. Heute Abend wird der Wirtschaftsminister zusammen mit dem Ministerpräsidenten um den Bundesverkehrswegeplan ringen, und dabei geht das Ringen um den Ausbau in Rheinland-Pfalz weiter.

# (Beifall der SPD und der FDP)

Wir werden auch weiterhin auf unserer bildungspolitischen Linie der Ganztagsschule in Rheinland-Pfalz bleiben. Ich war mit einem Kollegen beim Sportbund, und am Ende hat ein Vertreter gesagt, wir dürften die Ganztagsschule nicht zu sehr ausbauen, dann könnten wir mehr Geld für den Sport ausgeben.

Ich möchte Ihnen nun einmal unser Bild aufzeigen. Unser Bild ist, die Gesellschaft hat sich geändert. Wir ha-

ben immer mehr gut ausgebildete Frauen und Mütter. Wir wollen in diesem Land ein flächendeckendes Angebot schaffen, damit man Familie und Beruf unter einen Hut bekommt. Genau das werden wir tun.

#### (Beifall der SPD und der FDP)

Denjenigen, die glauben, sie könnten uns auf die Frage der Betreuung verkürzen, sage ich: Schauen Sie sich die Drucksachen der Ministerin an. Über 50 % des Angebots sind pädagogisch. Schauen Sie sich die Antworten der Eltern aus dieser ersten Studie an. Die Eltern nehmen diese Schule mit einer Begeisterung an, die uns selbst überrascht. Meine Damen und Herren, Sie können das nicht mehr totreden oder tottreten. Die Ganztagsschule ist eine Realität, die am Ende als Vorbild für die ganze Bundesrepublik stehen wird.

#### (Beifall der SPD und der FDP)

Ich lese unwahrscheinlich viele lokale Zeitungen. Ich lese alles, was Sie sagen. Bei Ihnen steht immer die Betreuung im Vordergrund. Sie wollen die bildungspolitischen Maßnahmen herunterreden. Sie wollen es zu einem Schulnachmittag organisieren. Das wollen wir nicht. Sie diffamieren es, weil Sie es nicht wollen, weil Ihre Ideologie Sie daran hindert, es zu mögen. Genauso ist es!

(Beifall der SPD und der FDP – Zuruf des Abg. Keller, CDU)

Wir werden auch weiterhin im Bereich von Wissenschaft und Weiterbildung unsere Spielräume nutzen. Es ist schwer. Der Wissenschaftsminister hat es ganz besonders schwer, weil wir wissen, dass die Wissenschaft eine der Grundlagen neben der Bildung darstellt und wir zukünftig bestimmte Möglichkeiten im Staat erringen können. Aber ich denke, insgesamt zeigt der Haushalt in seinen Schwerpunkten: Es geht noch nach vorn. Sie brauchen keine Notkäufe zu tätigen, meine Damen und Herren.

# (Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber Notverkäufe!)

Sie werden Ihr Gehalt am Monatsende bekommen. Wir werden immer zeigen, Haushalt bedeutet, für die Menschen in Rheinland-Pfalz etwas zu tun, ihre Möglichkeiten zu erweitern. Er bedeutet, ihnen Chancen zu geben. Das ist in Wirklichkeit Haushalt und Nachtragshaushalt in Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, diese Koalition ist sicher auf einem schwierigen Haushaltsweg. Aber ich sage Ihnen, diese Koalition scheint die einzige politische Kraft zu sein, die in diesem Land diesen Weg gehen kann.

(Anhaltend Beifall der SPD und der FDP)

## Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich freue mich, Gäste im Landtag begrüßen zu können, und zwar Mitglieder des Frauengesprächskreises der Evangelischen Kirchengemeinde Zornheim, Schülerinnen und Schüler der Regionalen Schule Bendorf, der Dualen Oberschule Neuwied sowie des Staatlichen Gymnasiums Lauterecken. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Es spricht nun Frau Abgeordnete Thomas.

(Dr. Altherr, CDU: Jetzt wird es wieder besser! – Anheuser, CDU: Fastnacht ist vorbei!)

#### Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Mertes, Sie haben zum Schluss Ihrer Rede – Gott sei Dank, muss ich sagen – noch einmal die Kurve gekriegt und nicht an dem Bild des Unternehmers Rheinland-Pfalz festgehalten, sondern Sie haben auch gesagt, wo Unterschiede zwischen der Politik und einer Unternehmensführung bestehen. Der entscheidende Unterschied ist doch, dass Politik in einem Land auch politischen Kurs halten muss oder – wenn nötig – politische Kurskorrekturen vornehmen muss, meine Damen und Herren. Aber ich möchte Ihnen einmal ein Blitzlicht geben, wie dieser Kurs und diese Politik im Land Rheinland-Pfalz momentan wahrgenommen wird.

Ich weiß noch, als wir den Doppelhaushalt vor mehr als einem Jahr in Gänze beraten haben, ging es um Koalitionsquerelen und um inhaltliche Streitereien. Es ging auch um Gewinner und Verlierer, aber es ging noch um politische Inhalte und Kurse. Ich und viele andere auch haben aber den Eindruck, heute geht es nicht mehr um Positionen, sondern eher um Posten und Pöstchen.

(Zurufe von SPD und FDP – Mertes, SPD: Belegen Sie das einmal! Belegen Sie es!)

Zum Beispiel die Auseinandersetzung um die Richterwahlausschüsse.

(Zurufe von der SPD – Mertes, SPD: Ha, ha, ha!)

- Das ist eines dieser Beispiele!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hartloff, SPD: Das ist nicht von Ahnung getrübt!)

Herr Mertes, diese Landesregierung steht mit einer Rekordverschuldung von 1,7 Milliarden Euro im vergangenen Jahr in der Rechnung und in der Kritik in diesem Land.

Sie stehen auch in diesem Land mit der Kritik da, das erste Wahlversprechen gebrochen zu haben. Sie haben es peu à peu zurückgenommen. Nicht mehr 2006 soll die Neuverschuldung auf null zurückgeführt werden, sondern erst im Jahr 2008. Wenn Sie aber so weiterm achen, wird Ihnen auch das nicht gelingen. Dieses Wahl-

versprechen wird unter dem Schuldengebirge, das Sie angehäuft haben, versinken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte einen dritten Punkt, den Sie als nicht Fußballbegeisterter auch genannt haben, ansprechen. In diesem Land besteht zurzeit der Eindruck, dass Mitglieder dieser Landesregierung mehr mit der Sanierung des FCK als mit der Bewältigung der schwierigen Haushaltssituation des Landes beschäftigt sind.

(Mertes, SPD: Das ist doch pure Polemik!)

- Das ist so; das ist die Wahrnehmung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mertes, SPD: Das ist Ihre Wahrnehmung!)

Herr Mertes, wenn Sie in diesem Zusammenhang heute moralische Ansprüche mehr an die CDU als an uns formulieren, dann frage ich mich: Wo sind denn diese moralischen Ansprüche im Vorfeld dieser Aufdeckungen bezüglich des FCK gewesen? Wo sind diese moralischen Ansprüche gegenüber den Handelnden?

(Hartloff, SPD: Auf welchem Trittbrett fahren Sie denn?)

Sie werden in diesem Bereich Ihren Antworten nicht gerecht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, im Unterschied zu einem Unternehmen müssen Sie politischen Kurs halten. Diesen sehe ich nicht mehr in diesem Land. Ich möchte Ihnen das an wenigen Beispielen aus den letzten Monaten deutlich machen. Sie erinnern sich alle noch, dass der Ministerpräsident im Zusammenhang mit den Wahlkämpfen in den anderen Bundesländern als Vorkämpfer der Vermögensteuer gestartet ist. Wo ist er gelandet? Als Claqueur für die Abgeltungsteuer des Kanzlers. Er hat an der Kakophonie der Ministerpräsidenten nach der Bundestagswahl teilgehabt. Ich sage Ihnen, so etwas wird in diesem Land als unzuverlässig und als beliebiger Kurs in der Politik wahrgenommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hartloff, SPD: Nur Frau Scheel ist zuverlässig?)

– Frau Scheel ist bei ihrer Position geblieben.

Im Nachgang zum 11. September in der Auseinandersetzung um notwendige Sicherheitspolitik und um ein rheinland-pfälzisches Sicherheitspaket haben sich der Ministerpräsident und Innenminister Zuber persönlich dafür stark gemacht und eingesetzt, einen größeren Einstellungskorridor für Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen zu schaffen, immer im Kontext mit einem rheinland-pfälzischen Sicherheitspaket.

(Ministerpräsident Beck: Was?)

300 zusätzliche Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen sollten künftig eingestellt werden.

(Ministerpräsident Beck: Was? Das ist doch überhaupt nicht wahr, was Sie da sagen!)

 Doch, das ist wahr. Das war die Ankündigung, von 2003 bis 2007 jeweils 300 pro Jahr einzustellen.

> (Staatsminister Zuber: Das hat doch mit dem 11. September überhaupt nichts zu tun!)

Heute stehen Sie mit Ihrem Entwurf da und streichen bereits 100 dieser geplanten Einstellungen. Das ist nicht nur gegenüber dieser betroffenen Berufsgruppe unverantwortlich, sondern damit verspielen Sie auch Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Ich möchte ein weiteres Beispiel nennen. Diese Landesregierung hat sich immer gern mit dem Etikett der Kinderfreundlichkeit geschmückt. Sie haben es vor Ort auch in vielen Projekten immer wieder gern demonstriert. Heute räumen Sie einen Großteil dieser Programme ab.

(Pörksen, SPD: Was für ein Unsinn!)

Sie kürzen die Hilfen zu Erziehung und für die Jugendhilfe, obwohl die Zahlen ansteigen. Herr Pörksen, Sie müssten es wissen, Sie waren bei den Anhörungen dabei.

(Pörksen, SPD: Das weiß ich auch! Deswegen!)

Die Zahl der betroffenen Familien und der Jugendlichen steigt. Ich frage mich: Wo ist Ihre Orientierung in der Politik geblieben? Viele andere im Land und ich können dies nicht mehr erkennen.

Ich möchte Ihnen ein weiteres Beispiel nennen, das den Bereich der Besoldung und den Umgang im öffentlichen Dienst angeht. Herr Ministerpräsident, Sie haben sich auch ganz persönlich immer für den Einsatz und den Ausbau von Leistungszulagen stark gemacht, für eine leistungsgerechte Bezahlung. Sie haben gesagt, das sei ein wichtiger Motivationsfaktor für die Beschäftigten. Sie haben sich auch dafür eingesetzt, dies mit Verantwortungsübernahme zu koppeln, durchaus im Sinn von Anreiz und leistungsgerechter Belohnung.

Heute aber schlagen Sie in Ihrem Nachtragshaushalt vor, in diesem Jahr alle Beförderungen auszusetzen und damit 8 Millionen Euro kurzfristig in diesem Haushalt zu sparen, so sage ich es einmal. Sie rufen all das, was Sie auch als Motivation setzen wollten, zurück. So war das nicht gemeint.

Ich sage Ihnen, im Bereich der aktiven Beschäftigten holzen Sie heute das ab, was Sie in der Vergangenheit an Reformen versäumt haben und was gefehlt hat.

Da mag Herr Mertes seine Rede von der Reformfreudigkeit dieser Landesregierung zum fünften und sechsten Mal halten. Wir haben sie jetzt auch zum fünften und sechsten Mal in dieser Form gehört.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Sie sprechen den Bereich der Verwaltungsreformen an. Dort waren Maßnahmen notwendig, und da sind Sie falsche Schritte gegangen.

Meine Damen und Herren, an diesen vier Beispielen möchte ich deutlich machen, es geht nicht mehr um Koalitionsquerelen. Es geht nicht nur um schlechtes Mannschaftsspiel in dieser Landesregierung. Meine Damen und Herren, es geht heute darum, dass der Kapitän keine Richtung mehr angibt und nicht mehr ins Spiel findet. Das ist das Problem dieser Landesregierung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hartloff, SPD: Das hätten Sie gern!)

Herr Mertes hat heute zum wiederholten Mal gesagt, was an Reformen angestrebt ist, was Sie an Reformen auf den Weg bringen wollten und was Sie an Sparbemühungen unternommen haben.

Ich möchte ihn selbst als Zeuge aufrufen. Kürzlich war in allen rheinland-pfälzischen Zeitungen zu lesen, dass er selbst bekannt hat: Sicher haben wir zu spät begonnen zu sparen, genau hinzuschauen, wo es eigentlich Gestaltungs- und Einsparmöglichkeiten gibt. – Wer kann ihn besser widerlegen als er sich selbst in seiner eigenen Argumentation?

Meine Damen und Herren, in einem bleiben Sie sich in Ihrer Politik treu. Sie führen die Fehler der Vergangenheit in der Haushaltspolitik fort. Als Gesamtbewertung ist vorwegzunehmen, Sie betreiben weiterhin eine unverantwortliche Finanzpolitik. Meine Damen und Herren, heute möchte ich nicht über die Verfassungsmäßigkeit des Haushalts reden. Das könnten wir auch machen. Wir könnten die Margen setzen. Wir könnten sagen, der Puffer zur Verfassungsgrenze ist zu gering. Wir könnten auf die zurückgehenden Steuereinnahmen usw. hinweisen. Ich glaube, wir sind uns alle bewusst, dass es viele Ereignisse geben kann, nämlich die wirtschaftliche Gesamtentwicklung, die Entwicklung im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg usw. Es sind Entwicklungen und Ereignisse, die nicht in der Hand dieses Landes und nicht in der Hand dieser Landesregierung liegen. Man könnte sie anführen, um die Einnahmensituation noch zu dramatisieren.

Ich finde aber, wenn wir das wissen, sollten wir den Anspruch innerhalb dieses Parlaments aufrechterhalten, dass das, was im Nachtrag vorgelegt wird, auch ein echter Bilanzierungsansatz ist und sich nicht das wiederfindet, was wir in der Vergangenheit immer wieder gefunden haben und auch wieder in diesem Nachtrag finden, nämlich Luftbuchungen, Tricksereien, Schönrechnen von Einnahmen- und Ausgabenpositionen, die einfach im Trüben liegen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Finanzminister, Sie waren im letzten Jahr schon Getriebener Ihres eigenen Haushalts und Haushaltsvollzugs. Daraus hätten Sie lernen müssen. Es reicht nicht, seit November des vergangenen Jahres durchs Land zu gehen, zu trommeln und zu sagen, jetzt würde es so richtig an das Eingemachte gehen.

Ich kann mich erinnern, dass wir dies Jahr für Jahr, zumindest aber bei jeder Haushaltsberatung gehört haben: Jetzt geht's richtig ans Eingemachte! – Dann haben wir aber von Konsolidierungspausen gehört, den Hinweis auf Einnahmeneinbrüche oder, wie im letzten Jahr, eine Rekordverschuldung von 1,7 Millionen Euro.

Ich sage Ihnen, vor fünf Jahren haben wir uns noch über eine Neuverschuldung von 2Milliarden DM echauffiert. Umgerechnet haben wir 3,4 Milliarden DM nur im letzten Jahr neu an Schulden aufgehäuft. Das ist eine Bilanz, die mit dieser Landesregierung nach Hause geht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Bracht, CDU: Plus die Nebenhaushalte!)

Herr Mittler, Sie haben in den vergangenen Jahren "mittlerweise" – so muss man es sagen – alle Gewinn bringenden Beteiligungen veräußert. In Ihrer Amtszeit sind die Erlöse alle in die laufenden Haushalte geflossen. Sie haben damit nicht Vorsorge für etwas betrieben. Sie haben die Neuverschuldung in unvorstellbare Höhen geschraubt. Sie haben uns mit Ihrer vorläufigen Haushaltsbilanz 2002, die Sie vorgelegt haben, Recht gegeben. Nicht die Ankündigung der Landesregierung, dass Sie im vergangenen Jahr 300 Millionen Euro erwirtschaftet oder gespart hätten, steht in Ihrer Haushaltsbilanz, sondern es steht dort, dass Sie die Ausgaben in Ihrer Gesamtbilanz um 98 Millionen Euro reduziert haben. Damit sind Sie weit von dem entfernt, was Sie angekündigt und erklärt haben.

Meine Damen und Herren, mit der Regierungsvorlage und mit der Einbringungsrede von Ihnen gestern, Herr Mittler, haben sie uns noch einmal eines bewiesen. Herr Mittler, Sie sind in diesem Zusammenhang nicht Teil der Lösung, Sie sind ein Teil des Problems.

(Schweitzer, SPD: Was für Sprüche!)

Mit Ihnen wird es in diesem Land keine nachhaltige und solide Haushaltspolitik geben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen ein paar Beispiele für diese Trickserei nennen. Sie behaupten, Sie hätten die globale Minderausgabe von 65 Millionen Euro aufgelöst. Sie haben allein im Ressort des Finanzministeriums und des Wirtschaftsministeriums globale Minderausgaben von fast 30 Millionen Euro, ohne sie zu konkretisieren, und das trotz eines Nachtragshaushalts. Sie lösen Rücklagen auf. Dahinter mache ich auch ein Fragezeichen, ob das für diese Zwecke überhaupt möglich ist. Sie führen damit dem Haushalt noch einmal fast 30 Millionen Euro zu. Sie veräußern quasi das letzte Hemd in Form von Forderungen in Höhe von 257 Millionen Euro beim Wohnungsbau und bei landwirtschaftlichen Darlehen. Ich sage Ihnen

nachher noch einmal, es stimmt nicht, dass Sie das zugunsten der Kommunen machen.

Sie planen Rückgriffe auf Ausgabenreste in vielen Ressorts. Damit sollen laufende Ausgaben gedeckt werden. Ich habe vorhin schon gesagt, der Puffer zwischen Investition und Neuverschuldung, über den ich mich heute nicht streiten will, wird immer dünner und dünner, wie die Steuereinnahmen allein bislang erkennen lassen.

(Schweitzer, SPD: Dann sagen Sie es ---)

 Nein, ich sage Ihnen erst einmal, wo die Fehler Ihrer Vorlagen liegen.

(Schweitzer, SPD: Und dann hören Sie auf!)

Das ist die Pflicht der Opposition und die Chance der ersten Aussprache. Genau das werden Sie sich anhören müssen. Herr Schweitzer.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU – Billen, CDU: Recht hat Sie, dass Sie das gesagt hat!)

Wenn Sie in dieser Landesregierung diese Maßnahmen als Notmaßnahmen für den Nachtragshaushalt erklären, dann frage ich mich wirklich in Anbetracht der unsicheren weltpolitischen Lage, was Sie in den Jahren 2004/2005 noch machen wollen, wenn Sie heute schon die Notbremse und die Notmaßnahmen präsentieren. Sie verhökern sie zum Teil im Nachtragshaushalt.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Herr Mittler, das, was Sie vorgelegt haben, ist und bleibt in wichtigen Teilen nur scheinbar eine kurzfristige Haushaltskorrektur. Mit wichtigen strukturellen Entscheidungen hat das nicht viel zu tun. Das will ich Ihnen an ein paar Beispielen belegen. Ich bin davon überzeugt, Ihnen fehlt der Mut für langfristige Strategien. Das zeigt sich in den einzelnen Anlagen.

Herr Mertes hat die Anzahl der Beschäftigten in diesem Land und die vom Land bezahlten Beamten, Angestellten und Arbeiter genannt. Ich finde, wenn wir über den Nachtragshaushalt und über die nächsten Jahre sprechen, dann sollten wir darüber sprechen, was ein ganz besonderes Problem der Haushalte der Länder ist, nämlich das Volumen, das wir für die Bezahlung der aktiven Beamten, Angestellten und Arbeiter, aber auch für die Versorgung der Versorgungsempfänger erbringen müssen. Wir müssen realisieren, dass wir Personalausgabenquoten von über 40 % haben.

Zu den rund 60.000 aktiven Beamten kommen heute schon über 30.000 Versorgungsempfänger und -empfängerinnen. Die letzte Zahl wird sich in den nächsten Jahren drastisch erhöhen. Das geschieht nicht zuletzt wegen der erfolgten umfangreichen Neueinstel-

lungen in den 70er Jahren. Ich will gar nicht die Schuldfrage diskutieren, wer dafür verantwortlich ist.

(Bischel, CDU: Die GRÜNEN - - -)

– Herr Bischel, in den 70er Jahren, als diese Einstellungen erfolgt sind, waren wir als Partei noch nicht vorhanden. Wir waren vor allen Dingen nicht in den Parlamenten vertreten und haben nicht den öffentlichen Dienst so anwachsen lassen, ohne entsprechende Vorsorge zu treffen. Das ist die Last, die auf den Länderhaushalten und den Gemeindehaushalten liegt, weil sie es versäumt haben, eine entsprechende Vorsorge zu machen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Billen, CDU)

 Ja, natürlich, jetzt musste die Schuldfrage kommen, wenn Herr Bischel sich so dumm anstellt und solche Fragen formuliert.

(Zuruf des Abg. Bischel, CDU)

Ich will Ihnen das klar benennen, was das für Rheinland-Pfalz bedeutet. Sie haben Versorgungsausgaben im Jahr 2001, die im Vergleich zum Jahr 2000 um rund 56 Millionen Euro gestiegen sind. Das sind plus 5,8 %.

(Zuruf des Abg. Bischel, CDU)

Dieser Ansatz wird von Jahr zu Jahr steigen. Das wird nicht gleich bleiben, er wird Jahr für Jahr steigen. Ich will den Vergleich mit dem machen, was Sie an Personaleinsparmaßnahmen im Nachtragshaushalt gemacht haben. Sie sparen zusätzlich 28 Millionen oder 38 Millionen Euro; manchmal heißt es so oder so. Allein die Versorgungsausgaben sind in 2001 um 56 Millionen Euro gestiegen.

Wenn Sie sich den Versorgungsbericht der Bundesregierung anschauen, dann bekommen Sie eine Ahnung davon, was für die Rentenempfängerinnen über Zusatzversorgungskassen VBL und andere in Zukunft zu erbringen sein wird. Ich nenne nur zwei Zahlen. Im Jahr 2000 sind es rund 1,6 Milliarden Euro, und im Jahr 2040 werden es in der Prognose 4 Milliarden Euro sein.

Warum sage ich Ihnen diese Zahlen, und warum rede ich so ausführlich darüber? Ich will es Ihnen sagen. Diese Prognosen zeigen, es wird ein aussichtsloses Unterfangen sein, solchen Entwicklungen mit der Kürzung aller Leistungsanreize und Beförderungen in diesem Jahr oder in den nächsten Jahren zu begegnen. Ich nenne die Zahl noch einmal. 38 Millionen gegenüber 56 Millionen Euro. Die Vorschläge im Nachtragshaushalt und das, was darüber hinausgeht, sind ungeeignet. Für uns ist es eine prinzipielle Gerechtigkeitsfrage, wie wir mit den Fragen der Versorgungsausgaben, der Ausgaben, die wir in den öffentlichen Dienst stecken, zukünftig umgehen werden. Es ist eine Gerechtigkeitsfrage zwischen denen, die aus dem öffentlichen Dienst kommen, und denen, die im allgemeinen Rentensystem stecken. Es ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Was bürden wir den heute aktiven Beschäftigten noch auf, um das zu kompensieren, was wir an Nicht-Vorsorge für die Versorgungsleistung getrieben haben? Das

wird eine zentrale Frage der nächsten Landeshaushalte und der damit anstehenden Entscheidungen sein. Dafür haben Sie keinen Schritt vorgelegt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was Sie im Zusammenhang mit den Polizeibeamten vorschlagen, wird nicht im mindesten ausreichen.

(Pörksen, SPD: Machen Sie Vorschläge!)

Es belastet einseitig eine bestimmte Berufsgruppe. Deswegen sagen wir, wir brauchen andere Ansätze.

(Mertes und Pörksen, SPD: Welche?)

Ich sage Ihnen das.

(Kuhn, FDP: Was denn?)

- Ich will das auch mit einem Angebot verknüpfen.

(Mertes, SPD: Es muss auch etwas herauskommen!)

- Nein, so nicht.

Sie kennen wahrscheinlich die Ausführungen der BULL-Kommission in Nordrhein-Westfalen. Hier haben wir gesagt, wir machen es nicht, um zu sparen, wir werfen einen systematisch kritischen Blick auf das, was der öffentliche Dienst ist und was er in Zukunft sein wird.

(Pörksen, SPD: Wir haben die Gutachten!)

 Ja, machen Sie nicht so, diese Frage wird auf Sie zukommen, Herr Pörksen. Dazu gehört auch der Gestaltungsauftrag.

(Bischel, CDU: Das sind die letzten - --)

Deswegen wird es notwendig sein, dass wir über die Frage der zukünftigen Ausgestaltung des öffentlichen Diensts einig werden. Da beziehe ich die CDU mit ein.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wir müssen uns einig über die Zukunft in den Versorgungsfragen des öffentlichen Diensts werden. Wir müssen uns auf einen Systemwechsel einstellen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Herr Bischel, da können Sie nicht blockieren mit der althergebrachten Deutschen-Beamtenbund-Mentalität, mit uns nicht. Das wird eine zentrale Frage sein, die wir nur zwischen den Bundesländern und zwischen den Fraktionen lösen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für diese strukturellen Lösungen und diese Änderungen biete ich Ihnen heute schon die Zusammenarbeit an. Das können wir nicht in der nächsten Legislaturperiode erledigen. Das steht sofort an.

Meine Damen und Herren, dafür braucht es Mut. Mut braucht es aber auch für andere wichtige nachhaltige Entwicklungen in Rheinland-Pfalz, wenn man die Antriebsmotoren am Laufen lassen will. Ich sage Ihnen, ich habe den Eindruck, die Hochschulen und das, was für die Hochschulen getan wird, bergen die Gefahr, dass die Hochschulen als Antriebsmotoren ins Stottern kommen. Herr Mertes hat vorhin gesagt, das, was Herr Bauckhage ausgibt, sind investive Ausgaben. Ich sage Ihnen, das, was Sie im Bereich des Hochschulbaus an Einsparungen vorschlagen, sind investive Ausgaben. Es bleiben 700.000 Euro für dieses Jahr im Nachtragshaushalt übrig. Ich weiß nicht, was es an Resten gibt. Das sind doppelt investive Maßnahmen, einmal investiv im klassischen haushaltstechnischen Sinn, aber auch investiv in Bezug auf die Zukunft des Landes als Bildungs- und Wissenschaftsstandort und als wirtschaftliche Perspektive.

### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, deswegen warne ich Sie davor, den Ausbau und die Verbesserung der rheinlandpfälzischen Hochschullandschaft als zentrale und wichtige Aufgabe der nächsten Jahre auch nur für kurze Zeit zu vernachlässigen. Da darf es keine Delle nach unten geben. Da darf es nur eins geben, nämlich beherztes Weitergehen und Zuschreiten auf diesem Weg, dass wir Fachhochschulen in den Regionen für qualifizierte Ausbildung auch als Anreizpunkte aufbauen und ausbauen, ob das Studierende aus Rheinland-Pfalz oder anderen Bundesländern oder möglichst auch aus anderen Ländern sind. Das ist das, was wir als Grundstock, als einen Grundstein, als Kristallisationspunkt für die Entwicklung in diesem Land brauchen. Wir können doch nicht theoretisch über demographische Entwicklungen und auch die Bedrohungen, die für dieses Land, für wirtschaftliche Entwicklung, für Forschungsentwicklung und andere Dinge vorliegen, in Sonntagsreden sprechen und uns auf der anderen Seite aber solche Löcher bilden, was den Hochschulausbau angeht, was die personelle und Sachausstattung für die Hochschulen ausgeht, und uns dann wundern, wenn wir im Wettstreit um Studierende, um Wissenschaftler, um Forscher und Professoren und Professorinnen, um Mitarbeiter ins Hintertreffen mit den anderen Ländern kommen. Schauen Sie sich doch um, was in den anderen Bundesländern läuft.

(Hartloff, SPD: Das ist aber durch nichts belegt!)

Aber doch. Schauen Sie sich um, was dort passiert.
 Hessen baut seine Fachhochschulstandorte aus, Baden-Württemberg auch, weil sie wissen, worauf es ankommt.
 Sie wissen, dass sie diesen Bereich brauchen.

(Dr. Schmidt, SPD: Was haben wir denn gemacht, Frau Thomas?)

- Das habe ich nie in Abrede gestellt.

(Staatsminister Mittler: Alles wird miesgeredet!)

 Das habe ich nie in Abrede gestellt, Herr Mittler. Das wissen Sie selbst auch. Wir haben das auch zustimmend begleitet, dass in den vergangenen Jahren in diesem Bereich aufgeholt wurde.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Staatsminister Mittler: Aha!)

Sie wissen aber auch – das sind Zahlen, die Sie beim Benchmarking nicht veröffentlichen –, dass der Hochschulbereich im Vergleich zu den anderen Bundesländern immer noch unterfinanziert ist in diesem Land – das können Sie doch in den Zeitungen nachlesen –, ob es um die Grundausstattung für einzelne Studierende oder die Grundausstattung für einzelne Professorenstellen geht. Deswegen, weil wir noch hinten liegen, können wir es uns nicht leisten, dort Mittel herauszunehmen. Das tun Sie, obwohl Sie immer Gegenteiliges beurteilen und behaupten, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Schmidt, SPD: Genau umgekehrt ist es, Frau Thomas!)

Ich stehe doch nicht allein damit. Ich stehe auch nicht allein mit den Hochschulleitungen oder mit den Studierenden in dieser Forderung. Ich will Ihnen das nur sagen: November 2002, Wirtschaftsministerkonferenz, Herr Bauckhage, Kultusministerkonferenz, Herr Zöllner, Bundesverband der Deutschen Industrie, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Zentralverband des Deutschen Handwerks, alles nicht unbedingt die Fans von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Aber in diesem Punkt stimmen wir überein.

Diese Organisationen haben nämlich festgestellt und gemeinsam erklärt: "Bildungsinvestitionen sind ein wichtiger Indikator für die Anstrengungen, die für ein konkurrenzfähiges Bildungssystem unternommen werden. An der Bildung darf insgesamt nicht gespart werden. Ausreichende Mittel sind durch Umschichtungen in den Haushalten sicherzustellen. Eine gute finanzielle Ausstattung gehört zu einer notwendigen Voraussetzung für ein erfolgreiches Bildungssystem." Das ist richtig. Für diese Position werden wir auch bei den Nachtragshaushaltsberatungen weiter streiten, meine Damen und Herren.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen sagen, was Sie durch die Streckung der Baumaßnahmen erreichen. Wir brauchen einen ausgebauten Fachhochschulstandort in Mainz. Wir brauchen ihn, weil Mainz als Wissenschaftsstandort, als Bildungsstandort und als Wirtschaftsstandort dadurch weiterentwickelt wird. Wir brauchen auch gute Ausstattungen zum Beispiel des Umweltcampus in Birkenfeld, Standort der Fachhochschule Trier. Meinen Sie, es kämen ansonsten noch Koryphäen wie Professor Hoogers oder andere, die im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe und der erneuerbaren Energien dort etwas machen, nach Birkenfeld, wenn sie dort nicht außergewöhnlich gute Ausstattungen hätten. Das sind Grundsteine, die wir für die Zukunft legen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Schmidt, SPD: So ist es!)

Herr Mittler, Sie haben in diesem Zusammenhang auch in Ihrer Rede gestern einfach schlicht Falsches behauptet. Sie haben gesagt, einige bedeutsame Felder wurden selbstverständlich von den Sparmaßnahmen ausgenommen, zum Beispiel die Bildung von Kompetenzzentren an den Hochschulen. Schauen Sie doch einmal in Ihre eigene Vorlage. Da steht doch drin, dass Sie genau in diesem Bereich 1,4 Millionen Euro weniger ansetzen. Oder schauen wir auf Ihre Behauptung in dem anderen Bereich, dass für den Ausbau des Forschungsstandorts Rheinland-Pfalz durch die Mitfinanzierung zweier neuer Fraunhofer-Institute gesorgt würde. Auch dort wird weniger angesetzt -0,3 Millionen Euro weniger –, und durch die Aufnahme dieser beiden Institute in das Fraunhofer-Institut spart doch das Land einen Großteil der Finanzierung. Offensichtlich kennen Sie in diesem Bereich nicht nur die Überschriften und die Perspektiven, die sich notwendigerweise für dieses Land ergeben, sondern Sie kennen Ihren eigenen Nachtragshaushalt nicht.

Meine Damen und Herren, um den Anteil an Hochschulabsolventinnen eines Jahrgangs nachhaltig zu steigern – das wird eine Aufgabe in diesem Land sein; das sagen uns alle, das sagen uns Wissenschaftler, das sagt uns die Wirtschaft, das sagt uns jeder, der in der Bildungspolitik zu Hause ist –, muss auch nach der Diskussion um die PISA-Studie die Qualität unseres Schulsystems entscheidend verbessert werden.

Herr Mittler, da reicht es auch nicht aus, wenn Sie sagen, die Ganztagsschule ist und bleibt eine profunde Antwort auf viele Defizite im deutschen Bildungssystem. Sie haben Recht, die Ganztagsschule ist ein wichtiges Entwicklungsprojekt. Aber wir dürfen das, was in der Schul- und Bildungspolitik im Land passiert, nicht darauf reduzieren. Entscheidend wird sein, wenn wir auch wirklich nach vorn gehen wollen, dass wir in den 900 Grundschulen und in den 900 weiterführenden Schulen – auch denen, die nicht Ganztagsschule sind – Qualitätsverbesserungen herbeiführen.

#### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da reicht es nicht, den Schulen aufzuerlegen, Qualitätsprogramme aufzustellen – das ist wichtig, dies ist ein wichtiger Bestandteil –, da muss es auch entsprechend Unterstützung, Begleitung und Moderation geben. Ich will das nur einmal für eine kleine Position in Anbetracht des ganzen Haushaltsvolumens, 600.000 Euro, die Sie im Bereich Schulversuche, Gewaltprävention, Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung kürzen wollen, sagen. Das ist in diesem Bereich schon eine gewaltige Summe. Da können Sie schon viel an Unterstützung, Beratung und Verbesserung der Unterrichtsqualität mit einem vergleichsweise geringen Mitteleinsatz mit anstoßen. Deswegen müsste man diesen Bereich noch einmal überdenken.

#### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn es um die Zukunftsprojekte der Landesregierung geht, dann darf man nicht nur den Bildungs- und Ganztagsschulbereich betrachten, sondern dann muss man im Gegenzug auch den anderen Bereich, der von der Landesregierung immer nach vorn gestellt wird, mit betrachten. Da muss ich Ihnen sagen, wenn Sie im Bereich des Straßenbaus in diesen Nachtragshaushalt schauen, da gibt es keine Umkehr und kein Umdenken. Die Kürzungen werden nicht einmal genutzt, um transparenter die Mittelbewirtschaftung deutlich zu machen. Das Gegenteil ist der Fall. Das ist vor dem Hintergrund dieser noch ganz frischen Diskussion um die Zweckentfremdung von Regionalisierungsmitteln wirklich eine abenteuerliche Veranstaltung.

(Creutzmann, FDP: Ach, Quatsch!)

 Herr Creutzmann, ich weiß, das ist dann immer Ihr Einsatz, um davon abzulenken, dass es nun wirklich ein Fehleinsatz in dem FDP-Ministerium war.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Creutzmann, FDP: Nur mit Wasserkraft!)

Sie nutzen dies aber auch nicht zu einer nachhaltigen Korrektur Ihrer Verkehrspolitik.

(Kuhn, FDP: Was soll das?)

– Ich will Ihnen das nur ganz kurz sagen, Herr Kuhn. In fast allen Ressorts hört man Hinweise darauf, dass die zukünftige demographische Entwicklung bei allen Planungen zu berücksichtigen ist. Aus dem Verkehrsministerium habe ich darüber noch nicht einen Ton gehört. Ich glaube, Sie müssten sich dort auch einmal die Frage stellen, was das für verkehrliche Infrastruktur, für Straßen, für das, was an Mobilitätsangeboten zur Verfügung gestellt wird, heißt,

(Kuhn, FDP: Nicht so viele Staus auf den Autobahnen!)

wenn sich der Altersdurchschnitt der Bevölkerung im Land vermutlich nach oben bewegt, wenn wir zurückgehende Bevölkerungszahlen haben. Da gibt es doch nicht eine Antwort.

(Creutzmann, FDP: Das ist gar nicht wahr!)

Meine Damen und Herren, das, was Sie betreiben, ist einfach weiterhin Ihre Verkehrspolitik aus der Frontscheibenperspektive, und zwar fahrend auf den geplanten Transitmagistralen.

(Creutzmann, FDP: Noch mehr für Straßen!)

Der Rest der Bevölkerung schaut dabei dann doch eher auf das leere Bahngleis und auf die leere Bushaltestelle.

Meine Damen und Herren, das ändern Sie in Ihrer Planung nicht, auch nicht unter der Enge der finanziellen Mittel

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Schwarz, SPD: Sie müssen immer übertreiben!) – Nein, Herr Schwarz. Die Zahlen im Nachtragshaushalt sprechen eine deutliche politische Sprache, die des Schnellers, die des Weiters, die des Entfernters, eher die Sprache der Güter als die der Menschen.

(Schwarz, SPD: Nein!)

Ich will Ihnen einmal sagen, ich finde keine Kürzung bei der Luftverkehrsförderung in Ihrem Nachtragshaushalt.

Ich finde keine Kürzung bei den Mitteln, die Sie für den absurden Saarausbau eingesetzt haben. Ich finde auch keine Mittel bei den Zuschüssen für kommunale Parkhäuser. Ich finde auch keine entscheidenden Kürzungen im Straßenbau.

Meine Damen und Herren, das, was Sie dem LSV wegnehmen, war Ihnen noch nicht einmal wert, dass Sie Ihr Bauprogramm überarbeiten. Das ist doch keine Umkehr in Sachen Nachtragshaushalt. Das ist doch keine Umkehr in Sachen Verkehrspolitik, sondern das ist das, wofür die FDP in vielen Bereichen steht:

(Creutzmann, FDP: Jawohl!)

für eine Politik, die sich auch unter veränderten Bedingungen nicht ändern kann.

Meine Damen und Herren der FDP, wissen Sie, zu Ihrer Politik kann ich nur eins feststellen: Es hat sich nichts geändert, höchstens, dass man nichts darüber sagen kann

#### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bauckhage, wenn ich mir die anderen Bereiche Ihres Haushalts anschaue, dann sage ich nur, dunkle Keller – da bin ich mit Herrn Mertes einig –, Luftnummern und Verschiebebahnhöfe. Natürlich muss man nach Gewinnern und Verlierern schauen, wenn man in die Politikbereiche schaut.

Herr Bauckhage, wenn Sie im Wirtschaftsministerium von den 100 Millionen Euro, die Sie in diesem Nachtragshaushalt als Ersparnis erbringen sollen, mehr als 15 Millionen Euro zusätzlich in die globale Minderausgaben stecken, also insgesamt bei 25 Millionen Euro überhaupt nicht beziffern, wo Sie diese erwirtschaften wollen, 20 Millionen Euro der Wirtschaftsförderung und Teile der Technologieförderung einfach auf die ISB verlagern und sagen, das wird zukünftig die ISB machen, dann ist das doch kein reales Sparen, sondern das sind doch Verschiebebahnhöfe.

Ich sage Ihnen, Ihre Kollegin Malu Dreyer wäre wahrscheinlich froh, wenn sie so etwas wie die ISB für den Erhalt sozialer Infrastruktur hätte und die gleiche Praxis vollziehen könnte.

#### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da gibt es doch diese Ungleichgewichte in diesem Haushalt und in dem, was Sie als Nachtragshaushalt vorlegen. Ich könnte Ihnen noch andere Bereiche darstellen. Nur bei dem, was Sie im Haushalt verankern müssen, was für Ihre übliche Praxis nicht ausreicht,

verweisen Sie kühn darauf, dass Sie übrig gebliebenes Geld, das Sie 2002 nicht ausgeben konnten, in diesem Jahr einsetzen können.

Ich sage noch einmal, an Ihrer Politik hat sich nichts geändert, und die Rolle, in der sich der Fraktionsvorsitzende Kuhn jetzt so gern gefällt, nämlich die Rolle des bekennenden Sparers, passt Ihnen nicht. Das ist so eine Rolle, in die Sie jetzt gern schlüpfen wollen.

(Beifall und Zurufe von der FDP)

Diese Rolle passt Ihnen nicht. Schauen Sie sich dies doch bitte einmal an und weisen Sie uns nach, wo Sie diesem Auftrag in den von Ihnen geführten Ressorts nachkommen. Meine Damen und Herren, ich finde in diesen Bereichen nichts davon.

#### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch etwas zu dem Thema "Schieflage bei den Sparvorschlägen" sagen: Schauen Sie sich doch in den Diskussionen um. Da brauche ich nicht die Lokalnachrichtenblätter zu lesen. Da muss ich doch das Ohr im Wind und in der Bevölkerung haben. Sie können auch nicht mehr den Eindruck vermitteln, dass Sie tatsächlich ausgewogen sparen. Dieser Eindruck, dass Sie unausgewogen und sozial ungerecht sparen, erhärtet sich im Land.

Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen: den Rückzug in Raten bei der Kostenbeteiligung für Erziehungshilfe und Jugendhilfe. Ich habe es vorhin schon einmal angesprochen.

Meine Damen und Herren, dieser Rückzug ist durch nichts gerechtfertigt. Das schreiben Ihnen auch alle Kommunen ins Stammbuch und diejenigen, die sich in dieser Szene derjenigen auskennen, die dort Hilfe organisieren. Die wissen und sagen Ihnen, die Zahl der betroffenen Familien nimmt zu, mindestens bis zum Jahr 2006. Danach kann man überlegen, ob man in diesem Bereich Hilfen wieder zurückfährt. Sie bauen dort keine Einrichtungen, die man sonst nicht mehr verwenden könnte.

Die Zahl der betroffenen Familien und der Grad an Schwierigkeit nehmen aus unterschiedlichen Gründen zu, und Sie haben in diesem Bereich nichts anderes zu tun, als zu sagen, wir ziehen uns aus unserem Verantwortungsbereich ein Stück zurück.

Ich will Ihnen andere Ziffern nennen. Schuldnerberatung: Sie wissen alle, was für ein Problem in privaten Haushalten in diesem Zusammenhang entsteht. Sie kürzen um 200.000 Euro. Es sind nicht die Riesenbeträge. Aber sie machen in diesem Bereich Riesiges aus. Sie reißen damit riesige Löcher.

#### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Armutsbekämpfung reduzieren Sie um die Hälfte. Zuschüsse bei der Arbeit mit Suchtkranken und so weiter und so fort.

(Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Das, was Sie an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen haben: Ich weiß, es war lange eins der Paradepferde der Sozialdemokraten in diesem Land, dass sie immer wieder gesagt haben – ob es Herr Gerster, Herr Mittler, Herr Beck, der Fraktionsvorsitzende war -, das ist verantwortliches Handeln in diesem Land unter gegebenen Erwerbslosenstatistiken und Betroffenen in diesem Land. Diese Zahl der Betroffenen hat sich nicht reduziert. Die Maßnahmen, die sich auf Bundesebene in Sachen Umsetzung Hartz-Kommission und Bundesanstalt für Arbeit ergeben müssen, haben sich noch nicht manifestiert, und Sie sind aber seit 2002 dabei, dort Mittel deutlich zu kürzen, im vergangenen Jahr schon deutlich um die drei Millionen Euro. Dieses Jahr planen Sie, noch einmal 4,5 Millionen Euro aus diesem Bereich herauszunehmen. Sie brechen vorhandene Infrastruktur weg. Sie schicken Leute in die Erwerbslosigkeit durch den Verzicht auf diese Maßnahmen, und das, bevor es Alternativen gibt.

Ich will überhaupt nicht sagen, dass dieses Engagement des Landes in diesem Umfang über Jahre und Jahrzehnte weiter aufrechterhalten werden muss. Aber solange die Maßnahmen, die auf Bundesebene beschlossen sind, noch in der Umsetzungsphase sind, noch nicht greifen können, können Sie es sich in diesem Land nicht erlauben, als Sozialdemokraten schon einmal gar nicht, diese Mittel in dieser Form zu kürzen.

#### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will ein Letztes sagen, weil es um die Leistungsfähigkeit der Kommunen geht und Herr Mittler gestern wieder so eine Mär aufgebaut hat. Sie wissen alle, dass die Leidensfähigkeit der meisten Kommunen in Rheinland-Pfalz an ihren Grenzen angelangt ist. Sie wissen auch, was das für die Bürgerinnen und Bürger in diesen Kommunen bedeutet. Sie wissen, dass sich die Zahl der unausgeglichenen Haushalte im vergangenen Jahr schon auf 1.500 Kommunen zubewegt hat. Sie wissen, dass sich die Fehlbeträge in den Kommunen auf fast 1 Milliarde Euro summiert haben, ohne die Kassenkredite, die noch weit höher sind. Die Konsequenzen spürt jeder in der Kommune, ob das eine sinkende Investitionstätigkeit, eine ausbleibende Sanierung in Schulgebäuden, die Streichung von Dienstleistungen betrifft. Das ist soziale Infrastruktur, auf die zukünftig verzichtet wird. Das alles wissen Sie, weil Sie Teil dieser Kommune sind.

# (Vizepräsidentin Frau Hammer übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, Herr Mittler, vor diesem Hintergrund nimmt es sich echt bizarr aus, wenn Sie wieder den Eindruck erwecken wollen, die Landesregierung sei kommunalfreundlich.

(Staatsminister Mittler: Es ist so!)

#### - Das ist nicht so.

Meine Damen und Herren, das stimmt so nicht. Weder die Kommunen noch die Öffentlichkeit können Sie mit diesen Behauptungen einlullen. Es ist nicht so. Ich will noch gar nicht von den früheren Befrachtungen sprechen, die Sie nicht zurücknehmen. Ich will auch nicht allein darauf abheben, dass Sie die Schulbaumittel wie auf einer Achterbahn je nach Haushaltslage einmal hoch- und einmal herunterfahren. Es gibt keine verlässichen Planungsdaten dafür.

Herr Mittler, ich will Ihnen eins sagen: Kommunalfreundlichkeit misst sich daran, was Sie zum Beispiel an Ausgabenresten für kommunale Ausgaben in Ihrem Haushalt drin stehen haben. Das waren allein im Jahr 2001 100 Millionen Euro. Das sind Mittel, die nicht ausgeschüttet sind. Die werden bei der Einbringung des Haushalts immer so dargestellt, als wäre das all das, was an die Kommunen herausgeht. Aber am Ende des Jahres behalten Sie das in Ihrem Haushalt als Ausgabenrest.

Herr Mittler, ich will Sie noch einmal an Ihre Argumentation im vergangenen Jahr erinnern, als wir so heftig darüber gestritten haben, dass wir in diesem vergangenen Jahr schon eine Nachsteuerung mit einem Nachtragshaushalt gehabt hätten. Da haben Sie immer gesagt, die Situation der Kommunen hindert uns daran, einen Nachtragshaushalt zu machen. Sie waren, Sie sind irgendwie nicht sehr stringent in Ihrer Argumentation; denn heute und mit der Vorlage Ihres Nachtragshaushalts machen Sie etwas, was wir im vergangenen Jahr schon vorgeschlagen haben, indem wir gesagt haben, über Darlehensfinanzierung kann man die Situation der Kommunen stabilisieren. Wir haben es Ihnen nicht nur im letzten Jahr gesagt, sondern wir haben Ihnen diesen Vorschlag schon 1996 gemacht, als wir genau dieselbe Debatte schon einmal hatten.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben im vergangenen Jahr die Kommunen für Ihre Argumentation instrumentalisiert, und in diesem Jahr nehmen Sie sie quasi als Schutzschild, wenn es darum geht, dass Sie zusätzliche Einnahmen für Ihren Landeshaushalt mobilisieren müssen. Ihre gestrige Argumentation war aberwitzig, als Sie ausgeführt haben, dass es im Gegenzug zu dieser Darlehensgewährung an die Gemeinden notwendig sei, zur Begrenzung der Kreditaufnahme Forderungen aus dem Wohnungsbauvermögen des Landes in Höhe von 240 Millionen Euro zu verkaufen.

#### (Zuruf des Staatsministers Mittler)

Herr Mittler, wenn Sie in den eigenen Haushalt schauen, dann stellen Sie fest, dass es tatsächlich so ist, dass Sie in diesem Jahr den Kommunen Darlehen in Höhe von rund 45 Millionen Euro gewähren. Das ist das Stabilisierungsdarlehen, das Sie veranschlagt haben. Die restlichen 195 Millionen Euro, die Sie aus dem Forderungsverkauf erzielen wollen, fließen doch in Ihren eigenen Landeshaushalt, und Sie geben sie aus.

Sie werden nun alle früheren Verpflichtungen der Kommunen, die sie gegenüber dem Land aus den vergangenen Jahren jetzt noch haben, zusammenzählen und dann so tun, als ob alles im Jahr 2003 abgerechnet würde. Meine Damen und Herren, das war nie Praxis. Sie wissen selbst, dass im Finanzausgleichsgesetz festgelegt ist, dass sie einen zeitlichen Puffer haben und

sie innerhalb von drei Jahren spitz abrechnen können. Im vergangenen Jahr haben Sie die Kommunen dafür instrumentalisiert und wollten keinen Nachtragshaushalt vorlegen. Heute instrumentalisieren Sie sie wieder, um das, was Sie an Nichtsparwillen in Ihrem Haushalt verankern können, nach außen schön ummanteln zu können

Meine Damen und Herren, das ist weder zukunftsfähig noch kommunalfreundlich, sondern das ist einzig und allein Schuld Ihrer verfehlten Haushaltspolitik.

#### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können nicht die Kommunen für die Inkonsequenzen in Ihrem eigenen Haushalt haftbar machen. Das müssen Sie als Regierung schon selbst verantworten.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns am Anfang der Beratungen des Nachtragshaushalts. Schon bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2002/2003 haben wir uns über die Grundlinien der Landespolitik und notwendige Perspektiven gestritten. Wir wissen, dass es Differenzen und Punkte gibt, bei denen wir zusammenkommen könnten. Mit den Vorgaben, die Sie in Ihrem Nachtragshaushaltsentwurf vorlegen, verschärfen Sie aber diese Differenzen an vielen Stellen noch weiter. Deshalb gilt es, in den Beratungen des Nachtragshaushaltsentwurfs die sozialen Unausgewogenheiten in hrem Entwurf zu korrigieren und die Grundlagen für echte Strukturreformen zu legen. Wir sehen es als einen großen Auftrag an uns alle an, die Zukunft des öffentlichen Dienstes neu auszurichten. Ferner gilt es, tatsächlich eine Bildungsoffensive im Land zu starten, die nicht bei den Ganztagsschulen stehen bleibt, sondern Schulen und Hochschulen fit macht. Ferner gilt es in Zeiten knapper Kassen, Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit nicht aus dem Blick zu verlieren. Nachhaltigkeit hat aber auch in ökologischer Hinsicht etwas mit einer finanziellen Perspektive für das Land zu tun.

Meine Damen und Herren, das sind unsere Prioritäten. Für diese Ausrichtung werden wir kämpfen. Wir bieten unsere Zusammenarbeit bezüglich struktureller Reformen an, die an diesen Zielen orientiert sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Bischel das Wort.

#### Abg. Bischel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Ausführungen der Frau Kollegin Thomas zu den Versorgungsproblematiken im öffentlichen Dienst bedürfen einer Klarstellung, einer Richtigstellung und einer Erwiderung.

Meine Damen und Herren, jedem, der sich mit Politik in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt, ist das

Problem der Versorgung im öffentlichen Dienst bekannt. Verehrte gnädige Frau, der Erste, der das in diesem Haus angesprochen hat, war ich. Ich habe das vor vielen Jahren angesprochen, als Sie noch nicht im Landtag waren und die CDU sogar noch die Landesregierung stellte

Mein Vorwurf an die politisch Verantwortlichen war – und zwar gestützt auf die Begründung des Bundesbesddungsgesetzes aus dem Jahr 1957 -, dass alle Regierungen in Deutschland - unabhängig davon, wie sie zusammengesetzt waren - dem Problem der Vorsorge nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt haben. In der Begründung stand schon damals, dass die Beamtenbesoldung um 7 % für die Betroffenen abgesenkt wird. Das war damals sozusagen der Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung. Der Arbeitnehmeranteil, der also weniger an die Beamten ausbezahlt wurde, zusammen mit dem Arbeitgeberanteil war sozusagen die Rücklage für die spätere Versorgung. Allerdings hat man das Geld nicht in Rücklagen angelegt, und zwar nirgendwo in Deutschland, weil man gesagt hat: Diese Probleme lösen wir dann, wenn sie eintreten. – Das war der Trugschluss. Dieser Vorwurf muss an alle gerichtet werden, die politisch gehandelt haben.

#### (Zurufe des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie behaupten nun, die Beamten zahlten keinen Beitrag zur Rentenversicherung, und wollen den Beamten einen Teil der Versorgungsansprüche abnehmen. Das hat Ihre Fraktion im Deutschen Bundestag gefordert und ist in den Protokollen der Sitzungen des Deutschen Bundestags nachzulesen.

Frau Thomas, so wie Sie das gemacht haben, kann man Gerechtigkeit nicht definieren. Dass wir das Problem lösen müssen, ist klar. Aber Ihre Vorstellung, das Problem würde sich lösen, wenn man keine Beamten hätte, ist volkswirtschaftlich völlig unsinnig.

Demnächst wird in der "Beamtenzeitung" ein Artikel von mir erscheinen. Lesen Sie dort doch einmal die Zahlen nach, die maßgeblich sind. Hören Sie doch bitte auf zu unterstellen, dass Sie der Retter der Nation seien, was dieses Thema betrifft. Das ist nämlich nicht so. Wenn die Politik Ihren Vorschlägen folgen würde, dann gäbe es eine kleine Revolution in Deutschland.

(Beifall der CDU)

## Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kuhn.

#### Abg. Kuhn, FDP:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Thomas, zunächst einmal herzlichen Dank für das Etikett des bekennenden Sparers. Das kann man sich merken. Das ist in Ordnung so. Ich gebe es aber zunächst an die Landesregierung weiter, die den Nachtragshaushaltsentwurf eingebracht hat. Es ist in der Tat ein Sparkonzept vorgelegt worden, das zu einer

soliden Haushaltspolitik des Landes beiträgt und die Basis für die weiteren Haushaltsjahre 2004 und 2005 ist. Das nehmen wir gern entgegen. Wir werden als Fraktion zeigen, dass wir diesem Anspruch gerecht werden.

#### (Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe in der gestrigen Ausgabe der "Rheinpfalz" einen interessanten Artikel gelesen, den ich kurz zitieren will: "Die Mainzer Landtagsopposition steht vor einer schwierigen Frage: Soll sie den Nachtragshaushalt, der heute von Finanzminister Gernot Mittler (SPD) im Landtag eingebracht wird, in traditioneller Manier torpedieren oder in großen Teilen mittragen? Angesichts der schwachen Wirtschaftsprognosen sind Alternativen zur Rotstift-Politik der Regierung kaum erkennbar." Ich konnte nachvollziehen, was gestern in der "Rheinpfalz" stand.

#### (Beifall der FDP und der SPD)

Nun stellt sich natürlich die spannende Frage, wie sich das heute gestalten wird. Wie wird die Opposition auf diese Situation reagieren? Von Frau Thomas habe ich zunächst das Wort "Kurskorrektur" gehört. Dann wollte ich einmal zusammenschreiben, was sie nicht haben will. Es wurden also alle Einsparmaßnahmen genannt und kritisiert. Zum Schluss bleibt wie immer die Verkehrsinfrastruktur, an der Sie herummäkeln. Wenn Sie die Verantwortung hätten, dann würden Sie von den GRÜNEN die Verkehrsinfrastruktur und damit den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz nachhaltig –Ihr Lieblingswort – ruinieren. Wenn das die einzige Alternative zu den Sparmaßnahmen ist, die Sie im Einzelnen kritisieren, dann wird deutlich, wo Sie stehen und was Sie für das Land Rheinland-Pfalz bedeuten.

#### (Beifall bei FDP und SPD)

Zunächst einmal zu den Fakten. Schon im Jahr 2001 und erst recht im Jahr 2002 erlebte Deutschland und somit auch Rheinland-Pfalz einen in dieser Größenordnung nie dagewesenen Einbruch der Steuereinnahmen. 7,5 % der veranschlagten Gesamteinnahmen – das sind 787 Millionen Euro – wurden weniger eingenommen als veranschlagt. Zum überwiegenden Teil waren die geringen Steuereinnahmen ursächlich für die Haushaltssituation Ende des Jahres 2002. Das muss man einmal ungeschminkt sagen. Zwar konnten die Ausgaben mit großen Anstrengungen um 300 Millionen Euro heruntergefahren werden - das sind 0,2 % weniger als im Vorjahr und 0,9 % unter dem Soll, das angestrebt wurde -, trotzdem musste die Nettokreditaufnahme um 600 Millionen Euro auf die schon genannten 1,5 Milliarden Euro erhöht werden. Unbeschadet dieser ernüchternden Bilanz für 2002 wurden die investiven Ausgaben zu Recht auf einem vergleichsweise hohen Niveau gehalten. Herr Böhr, dies eben nicht wegen der Bedürftigkeit, sondern wegen der dringenden Notwendigkeit im Interesse des Landes.

## (Beifall der FDP und der SPD)

Niemand konnte den Absturz der Einnahmen in dieser Größenordnung im Jahr 2002 vorhersehen oder vorhersagen.

Meine Damen und Herren, die epochalen Steuerausfälle zwangen schließlich dazu, die ursprünglich für 2003 vorgenommenen Haushaltsansätze aufzugeben und mit einem Nachtragshaushalt für 2003 Konsequenzen zu ziehen und die Einnahmen und Ausgaben der veränderten Situation anzupassen. Im Nachtrag 2003 geht es darum, die Einnahmenerwartungen entsprechend der schwachen Konjunktur zurückzunehmen und bei den Ausgaben alle Anstrengungen zur Konsolidierung zu unternehmen, um das zentrale politische Ziel, hinter dem die FDP-Fraktion aus Überzeugung uneingeschränkt und entschlossen steht, zu erreichen. Dieses Ziel heißt: verfassungskonformer Haushalt 2003. – Anderen Ländern, die eine bessere Finanzausstattung als Rheinland-Pfalz haben, gelingt dies nicht.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich würde den Mund ganz klein machen!)

Das ist eine Leistung dieser Landesregierung und dieser Koalition. Ein weiteres Ziel ist: keine zusätzliche Kreditaufnahme. – Er ist nicht, wie Herr Kollege Böhr gesagt, nachfrageorientiert, sondern einnahmenorientiert. Genau das Gegenteil geschieht in diesem Jahr.

Meine Damen und Herren, noch exemplarisch ein Hinweis: Es hat mich doch ein wenig die Frage gefuchst, wie wir mit der Flutopferhilfe umgehen. Es wird pauschal gesagt, das sei so nicht in Ordnung und es gebe igendwelche Beschlüsse. Das wird so pauschal in den Raum gestellt. Liebe Freunde von der CDU, nur anhand dieses Beispiels will ich Ihnen Folgendes sagen:

- 1. Einen Beschluss der Länderfinanzminister über die Behandlung der Flutopferhilfe als Investition gibt es überhaupt nicht.
- 2. Vom Haushaltsrecht her gesehen kann natürlich jeder beliebige Prozentsatz als Investition eingesetzt werden.
- 3. In der Arbeitsgemeinschaft der Haushaltsrechtler auf Bundesebene hat sich der Sprecher der Landesrechnungshöfe für eine Einsetzung zu 100 % als Investition entsprechend dem Gesamtveranschlagungsprinzip ausgesprochen.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

- Ich bin noch nicht fertig. So unseriös kann man mit solchen Informationen nicht umgehen.
- 4. Tatsächlich hat Rheinland-Pfalz 100 % eingesetzt, aber im Hinblick auf die Verfassungsgrenze sind nur die eigenfinanzierten Mittel das sind 130 Millionen Euro eingerechnet worden. Die 34 Millionen Euro, die sich auf die Kommunen beziehen, sind logischerweise nicht eingerechnet worden. Damit ist die Situation in Rheinland-Pfalz einwandfrei. Die Verfassungskonformität ist nicht gefährdet. Das ist ein ganz sauberes Verhalten.

Das ist aber exemplarisch für den Stil. Das wird einfach so hingewischt und erzählt. Wenn man den Dingen dann aber genauer nachgeht, ist nichts dran.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, eine Reduzierung bei den Ausgaben in Höhe von 353 Millionen Euro, die Auflösung der globalen Mindererausgabe von 65 Millionen Euro, der Beistandspakt für die Kommunen, auf den ich später noch eingehen werde, mit 290 Millionen Euro sowie der eben genannte Beitrag zur Fluthilfe von 164 Millionen Euro bedeuten eine Belastung für den Landeshaushalt und machen die bekannten tiefen Einschnitte bei den Ausgaben notwendig. Das erste Gebot, das wir – der Finanzminister und die Koalition insgesamt – pflegen, ist Klarheit und Wahrheit. Es geht darum, offen auszusprechen, um welche Maßnahmen es geht, dem Bürger klar zu machen, dass wir uns in einer kritischen Situation befinden,

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es gilt vor allem für den Haushalt des Wirtschaftsministers, Herr Kuhn)

ungeschminkt die politisch notwendigen Einsparmaßnahmen zu erklären und für diese auch um Verständnis
zu werben. Sie hinterfragen jede einzelne Maßnahme.
Meinen Sie, das macht Spaß? Wir wissen genau, dass
das zum Teil in dieser Situation nicht leistungsgerecht
ist. Wir wissen, dass in vielen Bereichen Einschnitte
erfolgen, die äußerst unerfreulich sind. Das wissen wir
alle.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich habe nach Klarheit und Wahrheit in Bauckhages Haushalt gefragt!)

Wenn Sie jede einzelne Maßnahme infrage stellen und keinen Gegenfinanzierungsvorschlag machen, machen Sie sich wirklich unglaubwürdig. Ich bin mir ganz sicher, dass man bei der Bevölkerung, bei den Menschen in Rheinland-Pfalz, Vertrauen und Verständnis für diese Politik und für diese Maßnahmen finden wird.

(Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Meine Damen und Herren, dieser Nachtrag kann mit einiger Berechtigung tatsächlich – das Bild ist nicht falsch – zunächst einmal als Notoperation bezeichnet werden.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hoffentlich überlebt der Patient!)

Er ist unter großen Schmerzen und unter von uns nicht zu verantwortendem Zeitdruck auf den Weg gebracht worden. Wer aber meint – ich bin dankbar, dass das schon von Herrn Kollegen Mertes und zum Teil auch von Herrn Kollegen Böhr angesprochen wurde –, nach dem Verheilen der Wunden sei alles wieder wie zuvor, der irrt sich und verschließt die Augen vor der Realität.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann kommt die Reha!)

Da eint uns manches. Herr Kollege Mertes hat darauf hingewiesen, dass diese Veränderungen auch nachhaltig sein werden und wir uns Gedanken machen müssen über neue Strukturen und was der Staat leisten kann und was er nicht leisten kann. Das wurde von Herrn Böhr auch zum Teil angedeutet. Seine Rede – das ist

mir aufgefallen – erstreckte sich zu einem Drittel auf die Bundespolitik – wir wissen auch warum –, zu einem Drittel auf die Vergangenheitsbewältigung, aber unter Ausklammerung der Rolle der Opposition in dieser Zeit, und zu einem Drittel auf Grundsätze, die wir im Prinzip alle teilen. In der Tat sind Kurskorrekturen notwendig.

(Jullien, CDU: Das war doch eine gute Rede!)

Herr Kollege Böhr, zu Ihrem Vorschlag, dass Sie da mitmachen und mitgestalten, haben Sie aber einige Punkte genannt, an denen Sie diesen Nachtrag nicht unterstützen wollen. Dann unterbreiten Sie einmal als Einstieg für die parlamentarische Behandlung dieses Nachtrags 2003 einen Gegenfinanzierungsvorschlag.

(Beifall der FDP und der SPD)

Zeigen Sie, dass Sie konstruktiv mitarbeiten wollen, und legen Sie den auf den Tisch. Dann nehmen wir das Angebot auch ernst. Dann werden wir uns gern mit hnen und der Opposition auseinander setzen.

Noch ein paar Worte zu den politischen Vorgängen. Wir wissen alle, in Berlin haben wir bei der Bevölkerung kein Vertrauen bilden können. Pläne, Programme und Projekte dürfen keine Wunschzettel sein, sondern wir brauchen ein Höchstmaß an Standfestigkeit, damit die Innere Sicherheit und Vertrauen wachsen können. Wir brauchen dringend Strukturreformen, um die Lohnnebenkosten zu senken sowie die Bürokratie und die Regelungsdichte spürbar abzubauen, um auf positives Wachstum und Beschäftigung setzen zu können.

Ich freue mich, dass es in der letzten Zeit durchaus positive Signale gegeben hat. Ich denke dabei zum Beispiel an die Äußerung von Wirtschaftsminister Clement, der kürzlich in Mainz eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten in Aussicht gestellt hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

Wir können Herrn Wirtschaftsminister Clement nur ermuntern, diesen Weg auch wirklich zu gehen.

(Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Dafür wird er unsere Unterstützung erhalten. Die mutigen Äußerungen unseres ehemaligen Kollegen Gerster, die ich heute gelesen habe, nehmen wir positiv zur Kenntnis. Wenn wir weiter in diese Richtung gehen, haben wir auch gemeinsam die Chance, aus diesem wirtschaftlichen Tief herauszukommen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, in vielen Gesprächen habe ich gespürt, dass die Menschen bereit sind, eine Zeit lang Opfer zu bringen, wenn sie wissen, dass damit eine erfolgreiche Zukunft gesichert wird. Diese Bereitschaft ist vorhanden. Darauf baut die Koalition in Rheinland-Pfalz. Aufklärung und Bereitschaft zur Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern sind in dieser Zeit für uns von elementarer Bedeutung.

Für alle Bereiche, in denen teilweise sehr hart eingegriffen wird, gilt gemeinsam, dass Ansprüche jedweder Art subjektiv nachvollziehbar sind, aus welcher Richtung sie auch vorgebracht werden. Wir tragen die politische Verantwortung für das Ganze. Dann müssen wir auch den Mut und die Stärke haben, diese Gesamtmaßnahmen politisch zu tragen. Ansonsten werden wir dem, was die Bürger von uns verlangen, nämlich dass wir verantwortungsvolle Politik in Rheinland-Pfalz machen, nicht gerecht.

Der Finanzminister hat gestern eindrucksvoll dargelegt, dass es sich das Kabinett mit seiner Vorlage nicht leicht gemacht hat. Die FDP-Fraktion steht zu den Sparbeschlüssen – Frau Thomas, schönen Dank für das Kompliment; wir stehen dazu –, um die akute Notlage aufzufangen und für den nächsten Doppelhaushalt 2004/2005 den notwendigen Gestaltungsspielraum zu gewährleisten

Es gibt Basiseffekte. Nach meiner Einschätzung sehen Sie das auch nicht richtig. Hier werden Basiseffekte geschaffen, damit es gelingt, diesen Haushalt 2004/2005 verantwortungsvoll zu gestalten.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Hier kommt bei Ihnen ein anderer Satz hinein.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Erklären Sie es doch einfach einmal!)

Die Frage lautet – das wird gerade für den kommenden Doppelhaushalt gelten –: Belastet man alle Bereiche gleichmäßig nach der so genannten Rasenmäherm ethode, oder erbringt man die Einsparung durch differenzierte, prioritätenbezogene Kürzungen? – Der Finanzminister hat die richtige Antwort gegeben: spezifische Maßnahmen unter besonderer Beachtung derjenigen Politikfelder, welche eine besonders hohe politische Priorität besitzen.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hierbei handelt es sich um die Bildung, die Mobilität, die Infrastruktur und die Innere Sicherheit.

Herr Kollege Böhr, es ist sehr edel, dass Sie im Bereich der Unterrichtsversorgung noch einmal drauflegen wollen. Das hat mich gewundert. Die strukturelle Unterrichtsversorgung ist in unserem Land so gut wie schon lange nicht mehr. Ich kann mich gar nicht mehr erinnern, wann wir diese Werte in Rheinland-Pfalz einmal gehabt haben. Herr Gölter wird es vielleicht noch wissen. Zu seiner Zeit ist man aber auch an diese Prozentzahl nicht ganz herangekommen. Das ist ausgesprochen gut, was wir in Rheinland-Pfalz vorfinden. Das A und O ist die Unterrichtsversorgung.

Herr Böhr, es liegt häufig nicht an den finanziellen Engpässen, sondern daran, dass wir inzwischen einem Lehrermangel begegnen, der letztendlich auch dazu führt, dass gerade im BBS-Bereich die Unterrichtsversorgung nicht so ist, wie wir sie uns wünschen. Meine Damen und Herren, natürlich kommt es auch in diesen drei Bereichen zu Einsparungen. Auch wenn es sich um Schwerpunkte handelt, soll dies nicht wegdiskutiert werden. Wir haben im Bereich der Schulbaumittel – das ist schmerzlich – und auch im Bereich des Hochschulbaus Reduzierungen. Meinen Sie, das macht Freude?

# (Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich kenne Ihre Alternativen nicht. Wir haben Streckungen im Bereich der Mobilität und der Infrastruktur. Hier würden wir gern im Gegensatz zu Ihnen noch mehr machen. Im Bereich der Inneren Sicherheit gibt es auch die bekannten Einschränkungen. Der politische Schwerpunkt bleibt erhalten. Bildung, Mobilität und Innere Scherheit lassen erkennen, dass sich die gestaltende Politik des Landes auch in einer schwierigen Situation zu Reformen bekennt und sie in der Lage ist, Reformen anzugehen und umzusetzen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal auf den Schulbereich zurückkommen. Die freiwilligen Ganztagsschulangebote in Rheinland-Pfalz laufen ausgesprochen erfolgreich. Die große Akzeptanz bei Schülern und Lehrern und vor allem bei den Eltern wurde erst kürzlich in einer Studie noch einmal bestätigt. Dabei ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf nur ein Aspekt. Für die FDP-Fraktion ist es wichtig, dass es gezielte Angebote gibt, um besondere Defizite einzelner Schüler aufarbeiten und überdurchschnittlich Begabte besser fordern und fördern zu können.

Im Bereich der Hochbegabtenförderung werden wir noch in diesem Jahr mit der ersten Hochbegabtenschule in Kaiserslautern starten. Die beiden weiteren Hochbegabtenschulen in Mainz und Trier werden folgen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Im Bereich der Hochschule möchte ich einen Aspekt hervorheben, der exemplarisch ist, nämlich wie man sinnvoll kombiniert mit der Nutzung von Effizienzreserven auch sparen kann. Wir haben in der letzten Sitzung des Wissenschaftsausschusses eingehend über die Neustrukturierung von Studiengängen im Bereich der Fachhochschule beraten. Es gilt, Effizienzreserven zu nutzen und Standorte zu sichern. Das heißt: Sparen beim gleichzeitigen Heben von Effizienzreserven. – So muss das sein. Wir müssen nicht nur in diesem Bereich alle Effizienzreserven im Land heben, um letztlich zu strukturell sinnvollen Einsparungen kommen zu können.

(Beifall der FDP und der SPD)

Infrastruktur und Mobilität sind für ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz lebensnotwendig, auch wenn das in diesem Haus einige wenige – ich glaube, es handelt sich um zwei Abgeordnete – leider nicht so sehen. Das Mobilitätsprogramm bleibt in der Substanz erhalten, auch wenn der Zeitraum für zusätzliche Investitionen leider etwas gestreckt werden muss.

Ich gehe davon aus, dass zum Beispiel die Verschiebung einer Straßenbaumaßnahme um ein halbes Jahr zumutbar ist und von der Bevölkerung verstanden wird.

Beim Schienenpersonenverkehr – das wurde heute schon einmal angesprochen – bleibt der Rheinland-Pfalz-Takt erhalten. Daran hat der Verkehrsminister unseres Landes zu keinem Zeitpunkt einen Zweifel gelassen

((Beifall der FDP und der SPD – Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie bitte?)

Ich will es deutlich sagen – nicht zuletzt wegen des aus meiner Sicht überflüssigen und vermeidbaren Theaterdonners in den Medien –, es bleibt so, wie es ist. Der Rheinland-Pfalz-Takt ist ein Paradebeispiel für eine erfolgreiche Verkehrspolitik und wird es auch bleiben.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir werden uns das ausschneiden und an die Tür hängen!)

Fakten sind Fakten. Daran können Sie glücklicherweise nichts ändern.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, im Rahmen des Nachtragshaushalts 2003 ist der Sektor "Innere Sicherheit" ein ebenso wichtiges wie schwieriges Feld. Wie ist die Stuation? Auf der einen Seite besitzt die Innere Sicherheit hohe Priorität in der Landespolitik, und der hohe Standard bei der Polizei soll zumindest erhalten bleiben. Es gibt keinen Widerspruch, dass das so ist.

Ich verweise in diesem Zusammenhang nur auf die hohe technische Ausstattung der rheinland-pfälzischen Polizei oder auf die zweigeteilte Laufbahn in Rheinland-Pfalz, die sich viele Polizeibeamte in anderen Bundesländern herbeisehnen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Man muss die ganzen Dinge auch einmal im Kontext betrachten.

Herr Kollege Mertes, hier hat mich auch einiges gestört. Ich denke, wir sollten zu einer Art der Auseinandersetzung zurückfinden, die in einer Demokratie selbstverständlich ist, also zu einem Stil der Auseinandersetzung, der auch beiden dient. Das richte ich auch an diejenigen — — Ich will das jetzt hier nicht öffentlich brandmarken.

(Mertes, SPD: Warum nicht?)

– Soll ich es tun? Ich möchte aber auch kein Öl ins Feuer gießen. Es geht zum Beispiel nicht, dass man direkt in das persönlich nachbarschaftliche Umfeld von Abgeordneten vordringt. Das geht nicht.

(Beifall bei FDP und SPD – Abg. Mertes, SPD: Sehr richtig!)

Ich will das nicht überbewerten, aber diese Briefe an meine Nachbarn, von denen ich nichts wusste –nur meine Nachbarn –, das war nicht so gut. Ich denke, dass man das ausräumen kann und sich so etwas auch nicht wiederholen wird. Das wird auch nicht unsere Bereit-

schaft, konstruktiv mit den Vertretern der Polizei zu sprechen, beeinflussen.

(Staatsminister Zuber: Ein Blick in das Landesbeamtengesetz hätte genügt!)

Wir waren schon etwas betroffen, als wir das gemerkt haben, was dort passiert.

Meine Damen und Herren, man kommt auch im Bereich der Polizei nicht gänzlich um Kürzungen herum. Die Personalmaßnahmen bei der Polizei, insbesondere die Erhöhung der Altersgrenze, müssen im Kontext mit vielen Faktoren gesehen werden, zum Beispiel mit der genannten besseren Ausrüstung der Polizei, den vorgesehenen Ausnahmeregelungen, die oft verschwiegen werden, und den ebenfalls vorgesehenen Übergangszeiten. Das muss alles im Kontext gesehen werden.

Es soll in der Diskussion nicht unterschlagen werden, dass für viele Polizeibeamte auch weiterhin die Altersgrenze von 60 Jahren gilt. Es gibt auch bei der Polizei Tätigkeiten, zum Beispiel im Innendienst oder im Bereich der Aus- und Fortbildung, die im Vergleich zu anderen Berufsgruppen nicht mit höheren Anforderungen an die physische Leistungsfähigkeit verbunden sind. Da muss man auch an die denken. Da geht es auch einmal um Leistungsgerechtigkeit. Dann darf man nicht die Belastung der anderen einfach ausblenden.

Im Bereich der Feuerwehr – das wurde mehrfach schon gesagt – müssen wir unter diesem Gesichtspunkt das Haushaltsentlastungsgesetz ein Stück auf Plausibilität überprüfen. Wir haben schon mehrfach angekündigt, dass Gespräche geführt werden müssen. In der Verbindung aller genannten Kriterien ist die Entscheidung über das Pensionsalter richtig; denn sie weist in die Richtung auch einer Strukturreform bei der Polizei. Die Polizeigewerkschaften fordern zum Teil Strukturreformen selbst an. Darüber können wir gern reden. Die FDP-Fraktion ist gern bereit, sich auch dieses Themas anzunehmen, damit wir mittel- und langfristig Perspektiven für die Polizei eröffnen können.

(Beifall bei FDP und SPD)

Eine erhebliche Belastung für den Landeshaushalt stellt auch der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst dar. Wir hatten eine beachtliche Vorsorge getroffen, aber sie hat zu unserem großen Bedauern bei weitem nicht ausgereicht. Um es deutlich zu sagen: Bezogen auf die finanzielle Situation ist der Abschluss zu hoch. – Wir gönnen jedem Arbeitnehmer, jedem Beamten, jedem Angestellten ein Mehr an Einkommen, wenn wir auch noch wissen, wie viel netto übrig bleibt. So viel ist es nicht. Aber wir müssen – wir können es nicht ändern, weil wir über unsere Einnahmen nicht disponieren können – mit dem auskommen, was wir haben. Dann ist das in der Tat letztendlich – was die Personalkostenhöhe anbelangt – ein bedauerlicher Abschluss.

Dennoch muss vermieden werden, dass es zu einer weiteren Öffnung der Schere im öffentlichen Dienst zwischen dem Tarifbereich und den Beamten kommt.

Nicht nur das Land, auch die Kommunen wurden und werden durch die ausbleibenden Steuereinnahmen getroffen. Das Land hat darauf mit dem Beistandspakt des Landes für die Gemeinden reagiert. Das wird immer kleingeredet. Es sind doch ganz erhebliche Summen.

Der Grundgedanke ist, dass beim kommunalen Finanzausgleich die Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2003 bis 2006 mit jährlichen Garantiesummen verstetigt wird. Ich habe eingangs bereits erwähnt, dass im Jahr 2003 hierfür 290 Millionen Euro für die Kommunen aufgewendet werden. Der den Gemeinden kreditierte Teil der Finanzausgleichsmasse wird unverzinzlich spätestens im Jahr 2007 mit der Finanzausgleichsmasse verrechnet. Damit geht Rheinland-Pfalz im Rahmen seiner Möglichkeiten einen kommunalfreundlichen Weg und greift den Kommunen kräftig unter die Arme.

#### (Beifall bei der FDP)

Es ist aber mehr als eine freundliche Geste. Dieser Beistandspakt ist notwendig, um die Investitionskraft der Kommunen nicht weiter zu schwächen. Angesichts der konjunkturellen Entwicklung ist es wirtschaftlich vernünftig, so zu verfahren.

Ich habe bereits darauf aufmerksam gemacht und wiederhole es gern, dass auch das Land selbst trotz der Einsparungen bei den Investitionen einen besonderen Platz unter den Flächenländern einnimmt.

Das sieht im Übrigen auch der Rechnungshof in seinem Jahresbericht so. Daneben gibt der Rechnungshof den Maßnahmen zur Kostendämpfung im Personalbereich Recht und unterstützt diese Maßnahmen. Auch dafür sind wir dankbar. Das darf man auch einmal erwähnen.

Die sektoralen Aktivitäten in Sachen "kommunale Finanzen" durch den Beistandspakt können aber nicht darüber hinwegtäuschen – das wissen wir alle –, dass eine grundlegende kommunale Finanzreform dringend notwendig ist. Ich hoffe, dass die auf Bundesebene für diesen Bereich eingesetzte Kommission in Kürze akzeptable Vorschläge unterbreiten wird. Es ist höchste Zeit.

Die Enquete-Kommission "Zukunft der Kommunen" weist auf notwendige Strukturreformen bei den kommunalen Finanzen und Steuern ebenfalls hin.

Meine Damen und Herren, neben einer Reform der kommunalen Einnahmen kann sich perspektivisch bei den Kommunen durch die hier schon diskutierte Öffnung der kommunalen Standards ein weiteres Einsparungspotenzial erschließen. Ich bin der Meinung, dass wir darauf nicht verzichten können. Das avisierte Standardöffnungsgesetz – wir sollten auch die Initiative ergreifen – wird Wege zeigen.

Meine Damen und Herren, ich halte die kommunale Reform, bei der noch viele andere Aspekte auf den Prüfstand kommen werden, auf die ich hier nicht näher eingehe, für eine besonders wichtige und besonders dringliche Reform und appelliere an alle, möglichst bald zu operationalen Beschlüssen zu kommen.

Meine Damen und Herren, der Kanon der Reformen wäre unvollständig, wenn ich nicht zwei Reformprojekte in der Fläche besonders hervorheben würde, nämlich die Agrar- und die Forstreform. Durch die Agrar- und auch die Forstreform werden – wie bereits erwähnt – namhafte Effizienzreserven aktiviert. Beide Reformen justieren ihre Strukturen auf die jeweils eingetretene Entwicklung. Beide Reformen richten ihren Bereich auf erkennbare und absehbare Entwicklungen ein und machen sie dadurch zukunftssicher, auch in globalisierten Märkten und auch unter national erschwerten Bedingungen. Beide Reformen realisieren – jede auf ihre Weise – sowohl im Personalbereich als auch im Immobilienbereich ein beachtliches Einsparvolumen. Beide Reformen werden sozialverträglich durchgeführt.

Daraus folgt, dass das Einsparvolumen im Personalbereich logischerweise am Anfang noch gering, aber in der Zukunft deutlich zunehmen wird. Das ist Reformpolitik, die in Rheinland-Pfalz durchgesetzt wird. Rheinland-Pfalz ist ein reformfreudiges Land. Auf diesem Weg werden wir auch weiter voranschreiten.

#### (Beifall bei FDP und SPD)

Dann wundere ich mich etwas – es war auch sehr nett von Herrn Kollegen Böhr –, dass sich die CDU bei diesen Reformen einklinken möchte. Dann frage ich: Warum? – Das Konzept steht. Da wird hier und dort über Standorte gesprochen. Will die CDU jetzt mit uns über bestimmte Standorte reden?

(Billen, CDU: Sie haben einmal wieder nichts verstanden, Herr Kuhn!)

– Dann werden Sie mir das irgendwann einmal privat erklären. Die Struktur steht. Über was wollen Sie noch reden?

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Wir wissen doch, was los ist.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Ich kann Ihnen garantieren, dass diese beiden Reformen zügig und konsequent durchgesetzt und Partikularinteressen hintenangestellt werden. Das gilt für alle Seiten.

(Beifall der FDP und der SPD)

Wir werden von allen Seiten bedrängt. Das geht nicht. Wir werden bei dieser konsequenten Linie bleiben.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Es ist nett, wenn Sie diese konstruktive Politik mitbegleiten. Wenn ich das so verstanden habe, ist das in Ordnung.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

- Habe ich einen Nerv getroffen?

(Dr. Schmitz, FDP: Offensichtlich!)

Kollege Billen ist entsetzt, aber darüber reden wir noch einmal.

(Mertes, SPD: Er ist leicht entzündlich! – Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme zu einer grundsätzlichen oder abschließenden politischen Bewertung des Nachtrags 2003 und einem Ausblick für den Doppelhaushalt 2004/2005.

Zu Beginn meiner Rede habe ich den Paradigmenwechsel erwähnt, der mit diesem Nachtragshaushalt eingeleitet wird und der sich nach meiner Überzeugung nachhaltig fortsetzen wird. Auf dem Weg zu einem veränderten Verständnis dessen, was ein Staat leisten kann, sieht sich die Koalition auf einem gutem Weg.

Besonders am Herzen liegt es mir, noch einmal zu betonen, dass die Sparbeschlüsse des Ministerrats zwar hart, aber ausgewogen und im bundesweiten Vergleich vertretbar sind.

(Beifall der FDP)

Wenn es auch nicht leicht fällt, einen Haushalt wie den eingebrachten Nachtragshaushalt 2003 zu beschließen – schmerzhaft –, so steht die FDP – schönen Dank für das Etikett – zu den Sparbeschlüssen des Kabinetts und zur politischen Konzeption.

(Zuruf von der CDU – Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie sind und bleiben ein Etikettenschwindler! Das ist einfach so!)

- Machen Sie das öfter so? Ist gut.

Ich sehe dazu keine Alternative, und schon gar nicht in dem, was heute oder bisher – vielleicht kommt noch etwas – von der Opposition angeboten wurde. Es gibt dazu keine Alternative. Ich habe vorhin nichts gehört, was mir die Feststellung nahe legen könnte, wir seien auf einem falschen Weg.

(Zuruf von der FDP: So ist es!)

Vielleicht ändert sich das noch.

(Mertes, SPD: Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

Ich denke, dieser Weg ist überzeugend und richtig. Er ist ohne Alternative. Man könnte klüger werden, aber bis jetzt haben wir dazu noch nichts gehört.

(Beifall der FDP)

Mit dem Haushalt 2003 werden die Basiseffekte generiert, aus denen die notwendigen Gestaltungsräume für den Doppelhaushalt 2004/2005 erwachsen. In einem reformfreudigen Land wie Rheinland-Pfalz müssen alle Effizienzreserven mobilisiert werden. Die haushaltspolitische Linie ist konsequent und wird beibehalten. Wir werden in der Spur bleiben.

Das Ziel 2008 – mittelfristige Finanzplanung nehmen Sie dies bitte zur Kenntnis; wenn Sie es noch nicht getan haben, schauen Sie es sich an – ist äußerst seriös gerechnet und basiert auf sehr geringen Einnahmenerwartungen. Wenn dies so bleibt – das hoffen wir eigentlich nicht, wir erhoffen uns wirtschaftliches Wachstum und wieder erhöhte Steuereinnahmen –, werden wir das Ziel 2008 erreichen.

Ein schlankerer, starker Staat sollte sich auf die Kernaufgaben beschränken und sie gut und zuverlässig erfüllen. Das ist auch die Leitlinie für die nächsten Jahre. Damit entsprechen wir im Übrigen auch dem Interesse des überwiegenden Teils unserer Bevölkerung.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion wird den Nachtragshaushalt sorgfältig auf Plausibilität prüfen.

(Bracht, CDU: Jetzt erst? – Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

Er ist von der Landesregierung eingereicht. Wir werden unserer parlamentarischen Pflicht genügen. Wir sind offen für alle Gespräche mit allen Beteiligten.

Wenn die CDU, wie eben angedeutet, zu konstruktiven Vorschlägen kommt – bisher haben wir nur gehört, was nicht gemacht werden soll –, wenn es Einsparungsvorschläge gibt, die interessant sind – ich wage es zwar nicht zu hoffen, aber ich will es nicht ausschließen –, sind wir natürlich auch bereit, diese Beiträge mit zu berücksichtigen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da bin ich aber einmal gespannt!)

Wir erwarten eine offene, in der Tat auch harte, aber faire Auseinandersetzung bei der parlamentarischen Beratung dieses Nachtrags.

Ich bedanke mich.

(Beifall der FDP und der SPD)

# Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Beck.

### Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dass ich znächst Danke sage für den bisherigen Verlauf der Debatte. Ich denke, dass wir eine Haushaltsdebatte begonnen haben, die uns alle in besonderer Weise fordert.

Ich bin dankbar dafür, dass Herr Kollege Mertes und Herr Kollege Kuhn deutlich gemacht haben, dass wir für die Linien, die wir in der entsprechenden Vorlage vorgegeben haben, Unterstützung haben.

Ich will meinerseits gern anbieten, wie dies auch der Finanzminister gestern getan hat, dass wir selbstverständlich auch um die Zustimmung der Opposition in Teilen oder in Gänze zu diesem Nachtragshaushalt werben.

#### (Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist wohl wahr, dass wir uns in einer herausfordernden Lage in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa und – man muss es formulieren dürfen – weltweit befinden.

Dass wir mit der Öffnung dieser Welt nach wie vor zu ringen und uns entsprechend zu positionieren haben, macht manches klar und deutlich, was an Unsicherheiten in der Bevölkerung vorhanden ist und was einer politischen, aber auch einer gesellschaftlichen Antwort bedarf.

Es ist und bleibt auch wahr, dass wir die riesige Chance nach der Teilung Europas zu nutzen haben und uns dies fordert. Es ist die Chance, ein Europa, das in der Zukunft in Frieden miteinander lebt, sowohl hinsichtlich der Völker und ihrer Lebensweise als auch ihrer demokratischen Verankerung und ihrer wirtschaftlichen Stärke miteinander zu gestalten, damit ein Europa entsteht, das gleichwertig, gleichberechtigt und freundschaftlich mit anderen Kontinenten und anderen wirtschaftlichen Zusammenschlüssen in dieser Welt konkurriert im guten Sinn und auf Offenheit, Mitmenschlichkeit und Friedfertigkeit achten wird.

## (Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, auch das fordert uns. Es wird uns abverlangen, dass wir in den kommenden Jahren damit unseren Frieden machen, dass manches, was bisher an europäischen Leistungen auch in unser Land geflossen ist, nach dem Beitritt der Länder Mittelosteuropas und mancher südeuropäischer Länder nicht mehr in unser Land fließen wird, sondern zur Angleichung der Lebensbedingungen und auch gleicher wirtschaftlicher Chancen beitragen muss.

Wir wissen auf der anderen Seite aber auch, dass gerade eine so exportorientierte Wirtschaft wie die rheinlandpfälzische diese Bereiche Mittelosteuropas als große Chancen, als Absatzmärkte und als partnerschaftliche Entwicklungsgrundlagen im wirtschaftlichen Bereich braucht. Bereits heute können wir verzeichnen, dass wir in diese Staaten mehr an Gütern und Dienstleistungen liefern, als dies in die Vereinigten Staaten der Fall ist.

Das sind Chancen, Risiken und Herausforderungen. Mit den Herausforderungen haben wir es auch bisher heruntergebrochen auf unsere Situation zu tun.

Es ist und bleibt auch richtig, dass wir noch für anderthalb bis zwei Jahrzehnte besondere Anstrengungen in Deutschland unternehmen müssen, damit die Menschen, die vier Jahrzehnte hinter Stacheldraht und Mauern leben mussten, nämlich die Menschen in den neuen Bundesländern, gleichwertige Lebenschancen und Wirtschaftsbedingungen bekommen, wie dies für den Westen der Bundesrepublik der Fall ist. Mit den entsprechenden Vereinbarungen über den Solidarpakt, der bis 2019 reicht, sind die Grundlagen dafür geschaffen.

Dies ist eine maßgebliche Veränderung der Parameter gegenüber früheren Zeiten und muss in unsere Überlequngen mit einbezogen werden.

Es ist des Weiteren wahr, dass wir uns auf die dem ographische Veränderung in unserer Gesellschaft einzustellen haben. Das gilt für die großen Sozialsysteme, es gilt aber auch für die Grundlagen, die unser Land Rheinland-Pfalz und seine Kommunen für die Menschen und für die Wirtschaft zu schaffen haben, um auch in 20, 25 oder 30 Jahren noch eine erfolgreiche Gemeinschaft sein zu können.

## (Beifall der SPD und der FDP)

Daraus resultieren Unsicherheiten und Reformnotwendigkeiten, denen wir uns im Bund und in den Ländern und im Übrigen auch auf der europäischen Ebene zu stellen haben.

Aber meine sehr geehrten Damen und Herren, zweifelsfrei haben wir uns in den vielen Jahren guter und bester Entwicklungen auf Standards eingestellt und Besitzstände eingerichtet, die vor dem Hintergrund der genannten Herausforderungen für die Zukunft nicht ohne weiteres eins zu eins fortzuschreiben sind. Das fordert uns. Es fordert uns im steuerlichen Bereich, und ich finde es gut und richtig, dass wir an dieser Stelle gemeinsam getragene Entscheidungen heute so umzusetzen haben, wie dies letztendlich für unseren Nachtragshaushalt daraus resultiert.

Ich will nicht in Abrede stellen, dass, hätten wir die Wirkungen so mancher Gestaltungsmöglichkeit, die zusätzlich ins Steuerrecht aufgenommen worden ist, in all ihren Dimensionen und Verästelungen wahrgenommen, erkannt, wir manches vielleicht etwas anders hätten machen können. Aber die Richtung ist von uns gemeinsam getragen worden. Ich mache davon keinen Abstrich, sondern sage lediglich, dass man an dieser Stelle über manche Feinbegradigung wird reden müssen, aber eine Politik, die für sich einen deutlich höheren Anteil des Staates an dem reklamiert, was von den Menschen erarbeitet wird, auch in Zukunft von Rheinland-Pfalz nicht getragen werden wird.

#### (Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es muss jetzt darum gehen, die großen Sozialsysteme für die Zukunft zu richten und damit den Menschen Sicherheit und der Wirtschaft eine Orientierung zu geben, was die Lohnzusatz- und die Lohnnebenkosten anbelangt. Daran wird gearbeitet. Es wird letztendlich unser aller Kraft kosten, egal, auf welcher Seite wir in diesem Hause oder im Deutschen Bundestag sitzen. Die Mehrheitsverhältnisse in den beiden deutschen Kammern sehen so aus, dass wir die unverzichtbaren großen Reformen nur werden bewältigen können, wenn wir uns die Kraft des Aufeinander-Zugehens bewahren oder sie dort, wo wir sie verloren haben, wieder neu suchen. Darum werbe ich ausdrücklich heute in diesem Haus. Aus diesem Grund werde ich keine Sekunde zögern, eine ausgestreckte

Hand anzunehmen. Wir sind in einer Lage, die uns alle fordert, meine sehr geehrten Damen und Herren.

## (Beifall der SPD und der FDP)

Es ist keine Frage, die Arbeitsmarktdaten und die Zahl der Insolvenzen, die wir registrieren müssen, sind nicht akzeptable Größenordnungen. Deshalb müssen wir handeln, und deshalb handeln wir, soweit es die Landesregierung angeht, auch unter Einschluss der finanziellen Rahmenbedingungen für die Wahrnehmung unserer Verantwortung, die heute zur Debatte stehen. Dies ist eine große Aufgabe, und wir haben unseren Teil daran zu erfüllen.

Es ist auch wahr, dass wir zukünftig die Einnahmen und die Ausgaben in Einklang bringen müssen. Aber wie leicht dies formuliert ist und wie schwer dies im Alltag umzusetzen ist, haben Sie alle miterlebt, teilweise, indem Sie sich bei Demonstrationen bestätigt fühlten, teilweise, indem Sie sich wie auch ich bei solchen Demonstrationen angegriffen gefühlt haben. Dabei wird deutlich, es gibt keine tiefen und notwendigen Korrekturen und Einschnitte, die von allen mitgetragen werden. Man muss vielmehr den Mut haben, Dinge durchzustehen. Wir haben diesen Mut, und ich bedanke mich bei den Koalitionsfraktionen ausdrücklich dafür.

## (Beifall der SPD und der FDP)

Keinen Moment schöngeredet, wie groß die Aufgaben sind, denen wir uns gegenübersehen, möchte ich dennoch einige Punkte hinzufügen dürfen, die dem widersprechen, was Herr Kollege Böhr als Grundlage seiner Betrachtung der Gegenwart herangezogen hat. Er hat uns in die 50er-Jahre zurückgeführt, und in einer Pressemeldung der letzten Tage ist er sogar bis ins Jahr 1949, also dem Gründungsjahr der Bundesrepublik Deutschland, zurückgegangen. Ich weiß, dass er nicht die außenpolitischen und die deutschlandpolitischen Fragen damit gemeint hat, sondern ökonomische Fragen und soziale Fragen damit ansprechen wollte. Aber auch dieser Vergleich – das möchte ich doch sagen dürfen – ist aus meiner Sicht deutlichst überzeichnet und überzogen.

# (Beifall der SPD und der FDP)

Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an meine Familie, in der ich in den 50er-Jahren groß geworden bin: Mein Vater war Maurer, meine Mutter hat gelegentlich als Verkäuferin gearbeitet oder bei Landwirten ausgeholfen, wie viele andere in unserem Dorf und in ganz Rheinland-Pfalz auch. Ich weiß, welcher Kraft es bedurft hat, sich ein Häuschen mit den eigenen Händen zu bauen und die Familie nach vorn zu bringen. Ich weiß, dass wir das Wasser noch mit dem Wassereimer vom Brunnen geholt haben. Ich weiß auch, dass mein Vater morgens kurz nach vier aufgestanden ist, um mit dem Fahrrad ins Elsass zu fahren, weil es nur dort Arbeit gab, und später mit dem Fahrrad zum Zug, mit dem Zug nach Karlsruhe und von dort teilweise wieder mit dem Fahrrad bis Rüppurr und noch weiter mit hunderten anderen, um Arbeit zu finden. Ich glaube, das mit der heutigen Zeit zu vergleichen, ist doch ein sehr mutiger Vergleich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

## (Beifall der SPD und der FDP)

Vielen anderen in diesem hohen Haus wird es nicht anders gegangen sein als mir: Ich bin von der ersten bis zur vierten Klasse in einem Klassenzimmer zusammen mit den anderen Mädchen und Jungen gewesen und anschließend von der fünften bis zur achten Klasse.

# (Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sollten wir Vergleiche nicht so strapazieren und so tun, als wären wir wieder ganz am Anfang, was eine ähnliche Bedeutung hätte, als wären wir ganz am Ende unserer Anstrengungen, meine Damen und Herren.

#### (Beifall der SPD und der FDP)

Da ich den Vergleich ökonomisch eingeordnet habe, möchte ich ihm auch ökonomische und Arbeitsmarktdaten aus rheinland-pfälzischer Sicht entgegensetzen dürfen. Ohne uns herausheben zu wollen, können wir doch feststellen, dass Rheinland-Pfalz im letzten Jahr ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1 % verzeichnet hat. Der Bundesdurchschnitt lag bei 0,2 %. Dies ist das zweithöchste Wachstum der Länder in der Bundesrepublik Deutschland.

Wir können darüber hinaus feststellen, dass wir insgesamt in Deutschland – Rheinland-Pfalz hat Gott sei Dank seinen Anteil davon abbekommen – in den Jahren 1999 bis 2000 wiederum Direktinvestitionen in einer Größenordnung von über 40 Milliarden Euro verzeichnen konnten, nachdem in den Jahren 1995 bis 1997 bzw. 1998 im Schnitt 8 Milliarden Euro Direktinvestitionen nach Deutschland geflossen sind. Diese Punkte muss man ebenfalls zu einer vernünftigen Betrachtung hinzuziehen, um daran anknüpfen zu können und das Verstärkende daran genauso zu erkennen, wie man auch das Korrekturbedürftige sehen und erkennen muss, meine Damen und Herren.

# (Beifall der SPD und der FDP)

Um nach Rheinland-Pfalz zurückzukehren, was die Daten anbelangt: Wir haben im Jahr 2002 eine Exportquote von 43,6 % und von bundesweit 39,2 % zu verzeichnen. Auch dort befinden wir uns in einer absoluten Spitzengruppe. Das spricht zumindest nicht gegen die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Dabei spreche ich nicht von der Wirtschaft generell. Ich weiß auch, dass man nicht den Mittelstand nennen kann, sondern dass es einer sehr differenzierten Betrachtung bedarf, um die notwendigen Handlungsfelder erkennen und überprüfen zu können, ob man handeln kann bzw. ob es Möglichkeiten gibt, dass die rheinland-pfälzische Politik positiv Finfluss nimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auch deshalb darauf verweisen dürfen, was keine Selbstverständlichkeit ist, damit die Menschen Arbeit und eine Perspektive als Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerin oder als Selbstständige haben. Darauf gründet

sich doch die ganze arbeitsteilige Wirtschaft. Wenn wir bei bedrückenden Arbeitslosenzahlen insgesamt noch verzeichnen können, dass wir mit einem Jahresschnitt von 8,3 % gegenüber 8,8 % im Bund – nur die Westländer gerechnet, ich mache es mir gar nicht leicht, sonst wäre die Differenz noch viel größer – deutlich auf der guten Seite und in der Spitzengruppe liegen, sage Ich dies nicht, um sich darauf auszuruhen, sondern ich fordere zu Anstrengungen von uns allen auf. Man darf dies aber nicht einfach außen vor lassen und ein Szenario malen, als wäre das Land Rheinland-Pfalz am allerletzten Ende der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Das Gegenteil ist richtig. Ich rate Ihnen, das nachzulesen, – –

# (Bracht, CDU: Das, was der Rechnungshof geschrieben hat!)

– Sehen Sie, man soll nie Zwischenrufe machen, bevor es zu Ende ist, was der andere zu sagen hat. Das geht oft daneben, Herr Kollege Bracht. Ich rede nämlich von der "WirtschaftsWoche" und von "FOCUS-MONEY" und deren Veröffentlichungen über eine Reihe von Parametern, die sich mit Wirtschaftsfreundlichkeit auseinander setzen. Sie werden zugeben, dass beide Chefredakteure dort nicht verdächtig sind, zu Linksabweichlern in der Sozialdemokratie gezählt zu werden.

## (Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Schauen Sie sich diese Daten an. Dabei sage ich nicht, dass die besondere Wirtschaftsfreundlichkeit, die uns mit ganz vorn zeigt, ein Punkt ist, an dem man sagen kann: Na, dann ist alles prima! – Natürlich müssen wir trotzdem handeln. Wir müssen dies aber auch sagen dürfen. Wir wollen uns nicht selbst schlecht- und in den Orkus hineinreden. Das werde ich auf jeden Fall unwidersprochen nicht akzeptieren.

## (Beifall der SPD und der FDP)

Ich sage auch zur Rolle des Landes Rheinland-Pfalz, es ist doch kein Zufall, dass dieses Land stärker als die meisten anderen Bundesländer wächst. Das hat etwas mit Zuzug zu tun. Ich lasse mir auch heute in dieser Debatte nicht einreden, dass dies gegen Rheinland-Pfalz spricht.

Die "Rheinpfalz" hat am 17. Januar 2003 getitelt: "Die Südpfalz gedeiht – in Karlsruhe herrscht Stagnation". Ich sage dies nicht mit Häme gegenüber dem Karlsruher Raum, mit dem wir zusammenarbeiten wollen und den wir natürlich auch für die Gesamtentwicklung in unserem Land so brauchen, wie wir den Ballungsraum Rhein/Main brauchen, den Ballungsraum Ludwigshafen/Mannheim/Heidelberg, so, wie wir die Kontakte nach Bonn und Köln brauchen, die Kontakte von Trier aus nach Luxemburg und so weiter. Es ist aber doch nicht so, dass wir uns dessen schämen müssen, sondern offensichtlich ist es gelungen, den Menschen ein Angebot zu machen. Unsere Rahmenbedingungen können nicht so falsch gewesen sein. Man sagt vielmehr, es lohnt sich, in diese Nachbarregion zu gehen. Es lohnt sich, in Rheinland-Pfalz zu investieren und als junge Familie hier zu leben, zu investieren und seine Kinder großzuziehen, weil gute schulische Bedingungen vorhanden sind, auch gute Bedingungen hinsichtlich der Betreuung über den Schulbereich hinaus. Das ist eine Realität; dies muss auch gesagt werden dürfen.

# (Beifall der SPD und der FDP)

Wenn wir uns der Betrachtung der Entwicklung der Arbeitslosendaten genauer zuwenden, dann wissen wir, dass die Zuwächse, die wir in Rheinland-Pfalz verzeichnen mussten, deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt waren, deutlich niedriger auch im Übrigen in Ländern, die ansonsten als die prosperierenden deutschen Länder gelten können, nämlich Baden-Württemberg, Bayern und auch Hessen. Ich rede von den Zuwachsraten.

Dies zeugt davon, dass wir in unserer Wirtschaftsstruktur offensichtlich stabilisierende Elemente haben. Dies müssen wir erkennen, um diese stabilisierenden Elemente auch zu stärken. Deshalb ist und bleibt es richtig, wir werden aus der Sicht dieses Landes eine mittelstandsfreundliche Politik machen. Das ist eine Stärke dieses Landes, die wir weiter entwickeln und weiter ausbauen wollen. Daran kann es überhaupt keine Zweifel geben.

## (Beifall bei SPD und FDP)

Herr Kollege Böhr hat einige Beispiele angesprochen, die symptomatisch für Hemmnisse sind, mit denen wir uns auseinander zu setzen haben. Da hat er Recht. Ich sage noch einmal, dass über die steuerliche und abgabenrechtliche Seite geredet werden muss. Es muss aber natürlich auch über Investitionsfreundlichkeit gesprochen werden. Dabei geht es um Vorschriften und um eine überzogene Regelungsdichte, die wir haben. Die Landesregierung ist in Vorbereitung – ich lade Sie herzlich dazu ein mitzuwirken – zu versuchen, diesen Dschungel – ich bin einmal vorsichtig – zu lichten. Wir haben es vor fünf Jahren schon einmal gemacht. Ich bin vorsichtig, weil ich weiß, wie schwer dies ist.

Meine Damen und Herren, es ist leicht gefordert, ein Gesetz zu machen, das Standards verändert. Dies ist leicht gefordert. Man kann zunächst einmal die zwei oder drei Streitpunkte wegnehmen. Die einen sagen, die Betriebsräte oder Personalräte müssen zusammengestutzt werden. Die anderen sagen, die Frauenbeauftragten müssen gestrichen werden. Dann sind wir aber schon am Ende der Vorschläge, die ohne Weiteres zu machen sind, die mit uns im Übrigen nicht zu machen sind, die man aber einmal ohne Weiteres so formulieren kann.

(Dr. Weiland, CDU: Das haben wir nicht vorgeschlagen!)

 Ja, Sie nicht, aber von den Kommunen wird es vorgeschlagen. Das liegt mir schriftlich vor.

(Dr. Weiland, CDU: Aber von uns nicht!)

 Ich rede nicht von Ihnen, sondern von dem, was an Vorschlägen auf dem Tisch liegt.

Wir bemühen uns darum. Ich glaube, dass es im Sinne dessen, was die Kollegen Böhr und Mertes gesagt ha-

ben, richtig ist, dass wir tiefer schauen müssen als auf solche Dinge, die sich an der Oberfläche abspielen. Wir müssen schauen, wie wir Regelungsdichten so verändern, dass Eigendynamik erleichtert und nicht erschwert wird.

Herr Kollege Böhr, Sie haben ein Beispiel mit der Straße angeführt. Ich habe es nachgeschaut. So ist das Leben. Es ist ein Gesetz aus dem Jahr 1977, übrigens ein Landesgesetz. Es ist bis dato unverändert. Ich sage dies nicht als Retourkutsche, sondern es ist so. Es ist eingebürgert. Wir alle haben nicht genug gefragt, ob das, was für eine Straße über das freie Feld oder durch einen Wald gerechtfertigt ist, für eine innerörtliche qualifizierte Straße auch notwendig ist. Da müssen wir schauen und darangehen.

Herr Dr. Braun, Sie schütteln schon wieder den Kopf. Genau das ist der Punkt. Wenn einer irgendwo im Vorgarten des anderen angekommen ist, dann gehen die Schranken zu, und dann geht nichts mehr. Genauso kommen wir nicht weiter.

(Beifall der SPD und der FDP – Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Denken Sie einmal an Ihre Schranken im Kopf, Herr Ministerpräs ident!)

Ich möchte Ihnen signalisieren, dass ich das Türchen zu unserem Vorgarten aufmachen möchte. Wenn man im Vorgarten des anderen ist, muss man aufpassen, dass man nicht seine Blumen und Blüten zertrampelt, sonst darf man in Zukunft nicht mehr hinein. Das muss gegenseitig gelten.

Wenn wir uns dies vornehmen, hätten wir bei aller Unterschiedlichkeit, die noch groß genug ist, eine Chance, einen wirklich großen Schritt zur Entbürokratisierung in diesem Land zu gehen. Ich lade herzlich dazu ein. Wir werden Vorschläge machen und sie Ihnen zur Begutachtung vorlegen. Ich freue mich darüber, wenn zusätzliche oder andere Ideen kommen oder wenn Sie sagen, es geht aus diesem Grund nicht, wenn man also nicht insgesamt nur eine Verweigerungshaltung miteinander produziert.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich sage Ihnen auch, mir geht es ganz schön auf den Keks – entschuldigen Sie die etwas flapsige Formulierung –, wenn ich erlebe, dass ein Kampf, den ich jetzt seit Jahren führe, nicht erfolgreich ist, nämlich ehemalige Munitionsbunker, Betonbunker nicht zu zertrümmern und einen Haufen Geld dafür aufzuwenden, sondern sie schlicht und einfach zuzudecken, zu bewalden oder zu bebuschen und damit zu leben. Nein, es ist bisher nicht hinzubekommen. Ich bekomme es nicht fertig. Ich bekomme es gegen die eigene Verwaltung nicht durch.

(Billen, CDU: Dann wird es aber Zeit!)

 Nein, das ist so. Herr Billen, wir können so miteinander umgehen. Ich möchte Ihnen aber nur sagen, wie die Realitäten sind. Es stehen Gesetze entgegen. Ich kann nicht dem remonstrierenden Beamten sagen, wenn er gesetzlich Recht hat, dass er es trotzdem machen soll.

(Billen, CDU: Dann ändern wir die Gesetze! Dann müssen wir es ändern!)

 Ich bin doch dafür, dass wir es machen. Deshalb lade ich doch gerade dazu ein.

Meine Damen und Herren, wir erleben jetzt, dass diese Bunker, die zerbröselt und in Brocken geschlagen werden, auch noch zum Abfall erklärt werden. Wenn sie zerbrochen sind, dann ist es kein Beton mehr, sondern Abfall, und dieser muss noch beseitigt werden. Dann muss ich sagen, wir müssen wirklich aufpassen, dass wir uns nicht vor uns selbst lächerlich machen.

(Beifall der SPD und der FDP – Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

- Lieber Herr Kollege Schmitt, deshalb habe ich das Beispiel gesagt. Wenn ich es nicht gesagt hätte und wenn Ihr Beifall oder zumindest Ihre erkennbare Zistimmung nicht so gekommen wäre, dann hätte ich so sicher wie das Amen in der Kirche morgen oder übermorgen eine Kleine Anfrage am Hals gehabt, wieso ich dazu komme, gegen eine rechtliche Regelung in diesem Land zu verstoßen. Das wäre so sicher wie das Amen in der Kirche gewesen.

(Beifall der SPD – Billen, CDU: Das ist doch gar nicht wahr! – Dr. Weiland, CDU: Wer ist an der Regierung? Machen Sie einmal etwas!)

Ich merke, dass dieser Ton offensichtlich in diesem Hause noch lange nicht auf eine reife und verantwortungsvolle Verständnislandschaft stößt. Anders kann ich Ihre Reaktionen, die Sie darauf folgen lassen, nicht erklären.

(Dr. Weiland, CDU: Wir fordern Sie doch auf, dies umzusetzen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zu einer zweiten Betrachtung kommen, die etwas mit der Analyse und einer realistischen Betrachtung zu tun hat. Als weiland – nein, nicht Dr. Weiland – die CDU in diesem Land reagiert hat, hatten wir eine entsprechende Situation.

(Dr. Weiland, CDU: Das ist ein guter Zusammenhang, Herr Ministerpräsident!)

Ich fürchte, solange Sie so Politik machen, werden Sie dafür sorgen, dass ich noch lange von weiland reden kann.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der FDP – Dr. Weiland, CDU: Das sehen wir noch! – Zuruf des Abg. Billen, CDU – Weitere Zurufe von der CDU) Manche andere auch. Machen Sie sich keine Sorgen.
 Ich mache mir Sorgen um dieses Land, aber nicht um die nächste Wahl. Vielleicht unterscheidet uns das diametral.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist hier so getan worden, als wäre, seit diese Koalition in der Verantwortung ist, das Geldausgeben sozusagen zum leichtfertigen Alltagssport geworden und wäre vorher alles völlig anders gewesen. Das, was da behauptet wird, hat mit den Fakten, die ich Ihnen jetzt aufzeigen werde, überhaupt nichts zu tun. In den Jahren von 1980 bis 1991 haben Sie Steuermehreinnahmen im Schnitt von 6,4 % pro Jahr in Ihrer Verantwortungszeit gehabt. Die Gesamtausgaben sind in dieser Zeit um 6,2 % gestiegen.

(Dr. Weiland, CDU: Das waren gute Zeiten!)

 Es waren keine guten Zeiten. Da sind die Grundlagen für unsere Probleme gelegt worden. Genau das zeige ich Ihnen auf.

(Dr. Weiland, CDU: Da ist in diesem Land noch etwas gemacht worden!)

Da sind sie gelegt worden.

(Beifall der SPD – Dr. Weiland, CDU: Das war eine sehr gute Zeit!)

Die Kreditfinanzierungsquote war in Ihrer Verantwortungszeit im Schnitt der genannten Jahre 9,3 %. Der Anteil der Nettokreditaufnahme am Steueraufkommen lag bei 13,5 %. Wir haben das verändert. Es ist wahr. Wir haben nach der deutschen Einheit deutlich weniger Einnahmen gehabt, nämlich im Schnitt 4 % im Jahr bis 2000. Wenn wir die letzten Jahre bis 2003 einrechnen, sind es 2,5 %, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir haben die Ausgaben im Schnitt auf 2,4 % heruntergefahren. Sie 6,2 %, wir 2,4 %. Wo da von einer unkontrollierten Ausgabenpolitik die Rede sein soll, müssen Sie mir einmal an Fakten nachweisen und nicht einfach Behauptungen in den Raum stellen.

(Beifall der SPD und der FDP – Zurufe von der CDU)

Manches Lachen ist mehr Verlegenheit, weil man keine Argumente zur Verfügung hat, als dass es davon zeugt, dass es anders wäre.

(Zurufe von der CDU)

Ich will Ihnen ein Weiteres sagen.

(Zurufe von der CDU)

Der Vorteil als Regierungsmitglied ist, dass man nicht in die Unruhe hineinreden muss, weil es keine Begrenzung der Redezeit gibt. Ich gebe zu, das ist ein bisschen unfair gegenüber den Abgeordneten, aber es ist halt so. Ich nutze die Chance.

(Billen, CDU: Wir sollten die Diäten erhöhen, damit das Schmerzensgeld höher wird!)

Ich will Ihnen noch zwei Indikatoren der Haushaltswirtschaft sagen. Herr Kollege Keller, ich schätze Sie ungemein, vor allem als Fassenachter.

(Beifall bei der SPD – Keller, CDU: Im Gegensatz zu Ihnen trete ich nicht auf!)

 Ach so, ich hatte gedacht, wenigstens das h\u00e4tten Sie drauf. Wenn das auch nichts ist, nehme ich sofort mein Lob zur\u00fcck. Wir wollen niemandem ein ungerechtfertigtes Lob antun.

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal von der Kreditfinanzierungsquote reden. Sie war im Zeitlauf Ihrer Regierungsverantwortung bei 9,3 %. Sie liegt jetzt bei 8,2 %. Ich sage dies nicht, weil ich sage, das ist die Grundlage dafür, dass wir einfach weiter so verfahren können. Wenn wir weiter so verfahren könnten, würden wir Ihnen nicht den Nachtragshaushalt vorlegen, den wir Ihnen vorlegen mussten. Dazu gehören all die Einschnitte und Notwendigkeiten. Ich sage das nur, weil ich mich gegen diese Legendenbildung ein für allemal zur Wehr setze. Das ist die Legendenbildung, wir hätten unverantwortlich mit dem Geld gehaushaltet. Das ist schlicht die Unwahrheit. Kein Faktum spricht dafür, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir sind uns darin einig, niemand würde die deutsche Einheit gegen irgendein Haushaltsdatum oder einen wirtschaftlichen Vorteil eintauschen. Ich habe einmal Folgendes rechnen lassen. Wenn die durchschnittliche Einnahmenentwicklung, wie sie damals zu Ihrer Zeit war, bis 1992/1993, als die deutsche Wiedervereinigung in die Ausgleichmechanismen eingeordnet war, weitergelaufen wäre und dazu unsere Haushaltspolitik gekommen wäre, dann hätten wir seit 1997 einen Überschuss im Haushalt des Landes Rheinland-Pfalz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sage ich nur, damit klar ist, wie die Finanzlinien gelaufen sind. Ich lasse weder auf meine Kollegen im Kabinett noch auf die in den Koalitionsfraktionen einen solchen Vorwurf herunterprasseln, weil dies mit harter politischer Arbeit zu tun hatte. Er ist absolut falsch. Wer das Gegenteil behauptet, der muss es mit Fakten und nicht nur mit Behauptungen belegen.

(Beifall der SPD und der FDP – Zurufe von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Behauptungen und Realitäten gehen auch an anderen Punkten auseinander. Wir bestreiten überhaupt nicht, dass wir eine Finanzsituation haben, die uns im Reigen der deutschen Länder überdurchschnittlich fordert. Meinen Sie, es hat jemand auf einmal masochistische Anflüge und tut sich

selber einen Schmerz an, wie man ihn sich antun muss, wenn man im bestimmten Bereich in Besitzstände eingreift, wie wir dies vorgeschlagen haben? Wir haben Bedarf zu handeln. Zu sagen, das wäre alles völlig aus der Reihe oder wir wären am Ende der Skala, ist unzutreffend. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie den Bedarf nicht selbst haben, muss ich sagen. Ich biete Ihnen an, sich die Finanzierungssalden der Länder aus dem Jahr 2002 anzuschauen. Sie werden sehen, dass es unzutreffend ist. Wir sind leider viel zu hoch in der Gruppe, die ein zu hohes Finanzierungssaldo hat. Wir sind bei weitem nicht diejenigen, die den höchsten regativen Finanzierungssaldo haben, wie dies immer behauptet wird. Das ist unzutreffend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hinsichtlich der gemessenen Wachstumsraten bei den Gesamtausgaben liegt nur Baden-Württemberg günstiger als wir. Wir sind die einzigen Länder mit einem Minuswachstum. Alle anderen Länder haben positive Haushaltsentwicklungen, Bayern beispielsweise in einer Größenordnung von 3,4 %. Zugegeben, sie können es sich eher leisten. Aber wenn es darum geht, ob jemand gespart hat oder nicht, dann darf man diese Fakten wenigstens nennen. Das geschieht immer in dem vagen Versuch, dass Fakten doch etwas mit Politik zu tun haben können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich ein Wort zu dem sagen, was ein neuer Vorwurf hinsichtlich des Verbuchens oder der Anrechnung der Investitionsquote bezüglich der Hochwassersolidarmittel angeht. Sie wissen es so gut wie wir. Wir haben es bundesweit vereinbart, und alle haben mitgestimmt. Die Union hat Bedenken zurückgestellt, was ich ausdrücklich respektiere. Für das Jahr 2003 tun wir so, als hätten wir die Steuereinnahmen, die ein Stück Steuerreform dem Bürger und der Wirtschaft zurückgeben sollten, nicht mehr als westliche Länder und steuern sie in die Hochwassergebiete.

Es ist von Herrn Kollegen Kuhn zu Recht gesagt worden, es ist nicht zutreffend, dass diese Mittel in vollem Umfang in die Investitionsquote mit hineingerechnet werden. Das gilt für über 30 Millionen Euro nicht.

Ich will darüber hinaus darauf hinweisen, dass die Behauptung, es gebe eine ländereinheitliche Absprache, die dies fordert, das zu 100 % einzusetzen, mindestens seit Februar dieses Jahres, wo es entsprechende Kontakte der Länder mit dem Bund gegeben hat, nicht mehr gilt. Sie müssen Ihren alten Stand der Information ins oweit korrigieren. Ich bin gern bereit, darauf hinzuweisen.

Gestatten Sie mir, in diesem Zusammenhang noch auf einen Punkt einzugehen. Es ist von Herrn Kollegen Böhr darauf hingewiesen worden – er hat es als Beispiel gemeint, ich will es auch als Beispiel aufnehmen –, dass wir hinsichtlich der Finanzierung der Sozialstationen so hätten verfahren sollen, die Größenordnung mit den Einnahmengrößenordnungen disponibel zu stellen. Das hätte für Rheinland-Pfalz bedeutet – Frau Kollegin Dreyer hat mir einen entsprechenden Vermerk gerade hereingereicht und hat das noch einmal nachgeschaut –, dass wir aufgrund der Einnahmensituation eine flächen-

deckende Versorgung mit Sozialstationen nicht mehr sicherstellen könnten.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Das ist so. Jetzt sagt Herr Billen "Nee".

(Mertes, SPD: Er weiß halt alles!)

Was soll man dazu sagen.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

 Kennen Sie ein Faktum dazu? Ich hätte es nicht gekannt, wenn die Ministerin es nicht überprüft hätte. Er sagt jetzt aber "Nee".

Da man in der Rechnung – deshalb spreche ich es an –, die Herr Kollege Böhr aufgemacht hat, über die man nachdenken muss, ob man nämlich bei Leistungen, die teilweise gesetzliche sind, die aber in ihren Höhen nicht gesetzlich festgelegt sind – als Grund ja, aber nicht in der Höhe –, eine Bindung zwischen der jeweiligen Einnahmen- und der Ausgabensituation schaffen kann, muss man nachdenken dürfen.

(Böhr, CDU: Aber keine starre! Das ist kein Budget für sich!)

– Ja gut. Ich sage ja, darüber muss man nachdenken dürfen. Ich sage nur, wenn wir dies auf diesen Punkt herunterbrechen und den Bedarf sozusagen außen vor stellen und ihn nicht in die Formel mit einbeziehen, dann heißt dies, wenn wir den Einklang zwischen Einnahmen und Ausgaben erhalten wollen, dass wir eine flächendeckende Versorgung nicht mehr hätten.

# (Zuruf von der CDU)

– Doch, das ist so. Ich will das nicht deshalb jetzt einwerfen. Ich bin dankbar dafür, dass wir in solchen Fragen argumentieren und nach Ansätzen suchen, aber so schwierig ist es eben, wenn man die Verantwortung wahrnehmen muss. Das haben wir auch mit unserem Eid geschworen, dass möglichst gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land vorhanden sind. Je dünner besiedelt die Region ist, umso schwieriger ist die Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung.

Ich reklamiere, dass, wenn wir über solche Mechanismen nachdenken, was ich für richtig und notwendig halte, dann die Aufgabenerfüllung nicht sozusagen zur Disponiblen werden kann. Die Aufgabenerfüllung muss mit in die Formel einbezogen werden, sonst führen sie am Ende aus meiner Sicht in die Irre.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, eine Bemerkung zu dem Verhältnis zwischen Land und Kommunen zu machen. Natürlich wird es immer den Streit geben – er ist verständlich, und ich akzeptiere dies ausdrücklich; ich war selbst einmal Bürgermeister und Kommunalpolitiker, wie die meisten hier im Haus auch –, dass man sich immer gegenseitig sagt: Wenn ihr uns ein bisschen mehr Ausstattung finanzieller Art geben wür-

det, dann könnten wir auch einen erheblich besseren Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Situation leisten. –

Ich glaube erstens, dass wir mit der Verstetigung des kommunalen Verbundsatzes – bei Ihnen war das ein Zickzackkurs, und meistens mit den Zacken nach oben, meine Damen und Herren; das darf ich auch noch einmal in Erinnerung rufen – eine Klarheit geschaffen haben für diese Legislaturperiode, die wir früher zu keinem Zeitpunkt gekannt haben.

#### (Beifall der SPD und der FDP)

Wir sehen zweitens natürlich die Finanznot von vielen Kommunen in unserem Land, den meisten sogar. Deshalb sagen wir, im Rahmen dessen, was unser Finanzausgleichssystem hergibt, ohne es zu verlassen, werden wir solidarisch gegenüber den Kommunen handeln. Wir werden die Verrechnungen aus den Jahren 2001/2002 nicht verrechnen, die man verrechnen könnte -Frau Thomas, da haben Sie Recht -, nicht in vollem Umfang verrechnen müsste, weil wir da diese Dreijahreszeiträume haben, die man aber verrechnen könnte. Herr Kollege Mittler hat gesagt, wenn ich das rechnerisch nebeneinander stelle, dann könnten wir uns einen schlanken Fuß machen, wenn wir schlicht und einfach das, was das Gesetz hergibt, machen würden und diese 246 oder 247 Millionen Euro aus den Jahren 2001 und 2000 verrechnet hätten. Das hat er gesagt. Da hat er völlig Recht. Daran gibt es überhaupt nichts abzustreichen. Es wäre aber aus unserer Sicht falsche Politik gegenüber

> (Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann lesen Sie einmal nach, was Sie gesagt haben!)

Wir haben ein Weiteres hinzugefügt. Das ist übrigens der Unterschied zu früheren Positionen, die wir hier auch eingenommen haben. Wir haben Zuverlässigkeit geschaffen hinsichtlich der Einnahmensituation der Kommunen, zugegeben insgesamt, wie auch unsere Einnahmensituation dies zeigt, auf einem zu niedrigen Niveau. Aber wir haben Verlässlichkeit geschaffen, und wir werden in der Größenordnung von 49 Millionen Euro in die zusätzliche Kreditierung gehen, um den Kommunen verlässliche Einnahmen über die kommenden Jahre zu gewährleisten. Die kommunalen Spitzenverbände sind diesen Weg mitgegangen.

(Schmitt, CDU: Was blieb ihnen denn anderes übrig?)

– Natürlich haben sie gesagt, sie müssten insgesamt mehr haben, aber suchen Sie einmal ein anderes Flächenland in Deutschland, das seinen Kommunen in einer solchen Weise entgegenkommt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die Kommunen können sich darauf verlassen –meine Damen und Herren, das gilt auch für die Diskussion um die Gemeindefinanzreform, und das gilt für viele andere Diskussionen, die auch etwas mit der bürokratischen Entlastung der Kommunen zu tun haben –, wir stehen

an ihrer Seite. Wir bemühen uns um gemeinschaftliche verantwortliche Lösungen.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch noch etwas zu dem Thema "Sparen" sagen. Wenn es richtig ist, dass wir – das ist hier allgemein postuliert worden – an einer Reihe von Stellen im Ausgabenbereich über die bisherigen Bemühungen hinaus noch weiter einschneiden müssen, dann kann der Streit nur darum gehen, in welcher Größenordnung und an welcher Stelle dies zu erfolgen hat. Ich möchte zunächst einmal zu dieser Frage, an welcher Stelle dies zu erfolgen hat, betonen, dass wir im Bereich der Sachausgaben, der so genannten Subventionen, Zuschüssen, Zuwendungen etc. in einer Größenordnung von 14 % zusammengenommen Einsparungen vornehmen.

Es kann also nicht die Rede davon sein, dass irgendein Bereich geschont worden sei oder man – wie dies öffentlich behauptet wird – nur den Personalsektor herangezogen habe, weil dieser Personalsektor, der mit einem Anteil von fast 42 % am Gesamthaushaltsvolumen ratürlich nicht sakrosankt sein konnte, gemessen an seinem Volumen am Gesamthaushalt dieses Landes insgesamt lediglich mit 11 % herangezogen worden ist. Es ist also deutlich stärker in den Sach-, Subventions- und sonstigen Haushalten gespart worden als in den Personalhaushalten.

Dies ging eben nur begrenzt, wenn man nicht dort noch weiter – wir haben versucht, es zu vermeiden, wo es immer nur geht – in investive Bereiche einschneidet, weil diese investiven Bereiche natürlich unmittelbar etwas mit Aufträgen zu tun haben und mit einer prozyklisch – im negativen Sinn des Wortes – gehaltenen oder einer neutralen Wirtschaftspolitik, wenn wir uns schon keine antizyklische Wirtschaftspolitik leisten können. Wir haben also keine Verzerrung darin. Ich möchte unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücklich sagen, dass dies bitte auch wahrgenommen wird, damit nicht der Eindruck entsteht, denen fällt nur ein, beim Personal Einschnitte vorzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will Ihnen jetzt ersparen, die einzelnen Ziffern zu den einzelnen Haushalten durchzudeklinieren. Aber eines kann ich Ihnen nicht ersparen, nämlich deutlich zu machen, dass das, was von der Opposition zu unseren Einsparvorschlägen gesagt worden ist, für mich in keiner Weise inhaltlich begründet werden kann.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Na, na!)

Sie haben schlicht und einfach dem Affen Zucker gegeben. Da haben Leute demonstriert, und Sie haben gedacht, dann sind wir dabei.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist eine Gemeinheit, so etwas zu sagen!)

 Das ist so. Frau Kohnle-Gros, ich habe gelesen, was Sie gesagt haben. Sie sind ein Musterbeispiel für unverantwortliches Argumentieren.

(Beifall der SPD und bei der FDP – Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Manchmal ist es richtig gut, wenn jemand dazwischenruff

Hat einer etwas Negatives vorzubringen, stellen wir uns vor ihn und verstärken das noch. Meine Damen und Herren, das ist Ihre Politik an dieser Stelle.

Ich muss nicht noch einmal deutlich machen, weil Herr Kollege Mertes dies sehr eindrücklich und nachvollziehbar getan hat, dass wir im Bereich der Beamtenschaft, der Angestellten und Arbeiter, soweit es unseren Verfügungsmöglichkeiten aufgrund der Tarifbindungen entspricht, der Polizei, die ich nenne, weil sie besonders in der Diskussion steht, Einsparungen vorgenommen haben, die wir vor dem finanziellen Hintergrund in der Sache für verantwortbar halten.

Ich glaube, dass die Diskussion der nächsten Jahre nicht sein wird, ob irgendeine Berufsgruppe mit 60, 62 oder 63 Lebensjahren frühpensioniert wird; reden wir einmal nicht von den paar Leuten im höheren Dienst. Es wird in unserer Gesellschaft eine Diskussion geführt werden müssen. Wir werden sie differenziert und nach Belastungen von Bevölkerungs- und Arbeitnehmergruppierungen führen müssen. Wir werden sie dann unter dem Gesichtspunkt führen müssen, dass wir nicht kürzer, sondern länger arbeiten müssen.

Meine Damen und Herren, wer das Gegenteil sagt, der macht den Leuten ein X für ein U vor.

(Beifall der SPD und der FDP – Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Sie wissen, dass die Regelungen, die 1954 als Entlastung für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte geschaffen worden sind, auf eine wirklich andere, auch polizeiliche Umwelt gestoßen sind, als dies heute der Fall ist. Ich sage nicht, dass es die Beamtinnen und Beamten heute nicht schwer haben. Das ist gar keine Frage. Aber wir alle wissen doch, wie es in diesen Jahren gewesen ist. Der Schutzmann war mit dem Fahrrad unterwegs, für alles zuständig und verantwortlich. Da hat es tief greifende Veränderungen gegeben, auch in den Lebensverhältnissen jedes einzelnen Menschen. Wenn jemand für den Polizeidienst untauglich ist, dann ist das eine Frage, die von dem, was wir jetzt machen, nicht berührt wird.

Ich bitte die Damen und Herren bei der Polizei, dass wir in einer sachlichen Diskussion Verständnis füreinander aufbringen. Ich bitte auch herzlich darum, dass wir zu einer sachbezogenen Diskussion zurückkehren.

Ich sage Ihnen sehr offen, es geht nicht darum, dass Druck auf Polizeibeamte ausgeübt wird. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wenn wir eines Tages wirklich in der Situation sind, dass Mann oder Frau, wenn man Beamtin oder Beamter ist, für sein Handeln im dienstnahen Bereich keinerlei Verantwortlichkeit in Bezug auf die dienstlichen Obliegenheiten

mehr beachten muss, dann wird es ganz schwierig, auch was das Aufrechterhalten des Beamtenstatus anbelangt.

(Staatsminister Zuber: So ist es! – Mertes, SPD: Dann brauchen wir auch keine Beamten mehr!)

Er besteht aus Rechten und Pflichten. Es kann nicht so sein, dass Pflichten überhaupt keine Rolle mehr spielen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Zu den Pflichten gehört – davon haben viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte Gebrauch gemacht –, dass, wenn sie Einwendungen haben, sie remonstrieren können, müssen und dürfen. Das wollen wir ausdrücklich.

In meiner Sonntagssprechstunde habe ich mit einer Reihe von Kolleginnen und Kollegen aus dem Polizeibereich sehr offen geredet und mir die Kritik angehört. Diese Gespräche werden fortgesetzt werden. Es sind schon weitere terminiert. Ich weiche dieser Diskussion nicht aus.

Aber es ist nicht in Ordnung, dass anonym die Öffentlichkeit gesucht wird, sodass noch nicht einmal nachgeprüft werden kann, was an Vorwurf in die Welt gestellt wird. Meine Damen und Herren, das ist dem Beamten und seinem besonderen Status nicht angemessen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wenn wir diesen Weg verlassen und darüber nicht mehr einig sind, dann haben wir die Axt an einen weiteren tragenden Pfeiler unseres gemeinschaftlichen Zukunftsgestaltens gelegt. Davon bin ich fest überzeugt. Deshalb wäre ich an Ihrer Stelle ein bisschen vorsichtig und würde nicht, wie Sie es vorhin getan haben, diesen Proteststurm lostreten, als würde jemand unterdrückt werden. Das wird mit Sicherheit nicht passieren. Aber es wird auch nicht hingenommen, dass jemand nur noch seine Rechte kennt und seine Pflichten mit Füßen tritt.

Meine Damen und Herren, das wird nicht hingenommen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich darf als Mitglied dieses hohen Hauses einfügen: Ich finde, dieses hohe Haus sollte zusammenstehen, wenn irgendjemand als Verband oder als Einzelner den Versuch unternimmt, in die private Nachbarschaft hinein, zu Ihrem Nachbarn oder Ihrer Nachbarin, Zwietracht zu säen, weil jemand diesem Parlament angehört. Das ist nicht in Ordnung.

Meine Damen und Herren, das dürfen Sie sich nicht gefallen lassen. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Da werden Grenzen verwischt, die am Ende nicht mehr neu gezogen werden können, weil niemand mehr weiß, was noch in Ordnung ist und was nicht. Wenn es sich um Menschen handelt, deren Arbeit ich hoch respektiere und hoch achte, die für die Aufrechterhaltung von öffentlichem Recht ein gerüttelt Maß an Verantwortung haben, dann müssen die Maßstäbe um so konkreter eingehal-

ten werden. Dabei bleibe ich, mag es konservativ sein oder nicht.

#### (Beifall der SPD und der FDP)

Ich will in diesem Zusammenhang ein Wort zu dem – beinahe hätte ich dies gesagt – "Tornado der rheinland-pfälzischen Politik", nämlich der Investition in den Ausbau des Fritz-Walter-Stadions zum WM-Stadion, sagen. Ich habe eine Phase der Politik miterlebt, in der alle Wünsche scheinbar damit finanziert worden sind, indem man gesagt hat, wir schaffen den Tornado nicht an. Dann war alles gedeckt, was immer man sich an Wünschen vorstellen konnte. Ähnlich kommt mir die jetzige Diskussion vor.

Ich will Ihnen noch einmal sagen, dass es erstens im hohen Interesse des Landes Rheinland-Pfalz lag und liegt, dass wir, wenn die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland stattfindet, auch Standort werden in Rheinland-Pfalz. Da gibt es nur eine Möglichkeit, nämlich das Fritz-Walter-Stadion.

#### (Beifall der SPD und der FDP)

Ohne irgendetwas beschönigen zu wollen, was steuerrechtlich von den Staatsanwälten untersucht und in Ordnung gebracht werden muss, möglicherweise auch was Schadenersatzfragen anbelangt - was ich nicht beurteilen kann, was untersucht wird und was wir am Ende alles sehen –, will ich Ihnen zum Zweiten sagen: Meine Damen und Herren, wenn auf dem Betzenberg Hausschuhe produziert würden und es ginge um ein Unternehmen, bei dem man von einem wirtschaftlichen Unternehmenswert auch hinsichtlich seiner Steuern, die es bezahlt hat, von tausend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausgehen muss - wir haben es durchgerechnet; das ist der Gegenwert -, dann hätten wir, wie wir es an anderer Stelle getan haben, die Bereitschaft gehabt, sehr viel höhere Investitionszuschüsse und Bürgschaftsverpflichtungen einzugehen, als wir das dort gemacht haben.

# (Beifall der SPD und der FDP)

Ich kann nur appellieren. Ich weiß, die Verlockung ist groß. Der Beck sieht gern Fußball. Da gibt es Bilder auf dem Betzenberg. Dann gibt es auch noch einen, der früher einmal in der Staatskanzlei gearbeitet hat, der eine Zeit lang Geschäftsführer war, der jetzt in der Schusslinie steht. Das ist verlockend. Das kann ich sehr gut nachvollziehen.

Aber auch wenn Sie der Verlockung noch so sehr nachgeben, Sie werden nichts, nicht einen Hauch finden, was dort nicht legal, nicht in Ordnung war und was ich heute immer wieder so tun würde. Freilich, wenn man manches wüßte, was schief gelaufen ist, dann unter anderer Absicherung. Aber in der Sache wäre kein Euro weniger geflossen, wenn wir die gleichen Herausforderungen noch einmal zu bewältigen hätten.

Das ist klar und deutlich. Meine Damen und Herren, es ist im Interesse des Landes Rheinland-Pfalz. Es hängen von diesem Betzenberg und von der Tatsache, dass dort Spitzensport angeboten wird, nicht nur emotional viele

Dinge ab. Das sollte man auch nicht so kleinschreiben. Wissen Sie, wenn Schulklassen jetzt Cent um Cent sammeln, um zu helfen, dann ist dies kein Grund zum Lächeln, sondern Grund dafür zu sehen, welche Emotionalitäten sich mit einem solchen Sportverein verbinden

# (Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer lächelt denn?)

 Na ja, ich schaue Sie an, weil Ihr konkretes Handeln natürlich etwas anderes als das ist, was Sie an Argumenten durchaus zu akzeptieren bereit sind.

(Creutzmann, FDP: So ist es!)

Ihr Handeln ist mehr als problematisch, was die Zukunft dieses Vereins angeht.

(Beifall der SPD und der FDP)

Verehrte Frau Thomas, in keinem anderen Insolvenzfall würde es so ein Theater geben, wie Sie es vollführen. Das ist so.

(Beifall der SPD und der FDP – Zurufe der Abg. Dr. Braun und Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Ich kann Ihnen und will Ihnen nichts verbieten. Aber ich habe genauso das Recht, meine Meinung zu sagen, wie Sie das Recht haben, Ihre Meinung zu sagen. Ich möchte das auch ausdrücklich im Interesse der Sache tun

#### (Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, insoweit kann man nur sagen, dass wir hoffen, dass es sportlich – dazu können wir aber nichts beitragen – und wirtschaftlich gut geht. Das Land hat den Rahmen abgesteckt, den Sie kennen und akzeptiert haben. Ich kann nur Danke schön sagen an Dr. Ingolf Deubel und an die Stadt Kaiserslautern, die sich mit ihrem Oberbürgermeister in den vergangenen Tagen und insbesondere gestern eingeklinkt hat. Wir haben das unsere getan, um diesem wichtigen Unternehmen für unser Land zu helfen. Es ist ein Unternehmen, das einen Wert von tausend Beschäftigten hat und an dem zig Mittelständler mit dranhängen. Was meinen Sie, wie viele Metzger, Bäcker, Gastronomiebetriebe, Taxi- und Busunternehmer daran hängen?

Meine Damen und Herren, deshalb bin ich der Meinung, dass das eine notwendige Sache ist. Ich hoffe, dass sie gut geht. Wir haben den Rahmen unserer Möglichkeiten benannt und werden nicht darüber hinausgehen.

Genauso wie es dabei bleibt, dass wir Mainz 05 und dem Verein in Trier mit der Großraumhalle und vielen anderen im sportlichen Bereich geholfen haben, genauso wie es dabei bleibt, dass wir uns als Land auf dem Nürburgring gemeinschaftlich engagieren, weil wir wissen, was das für diese Region bedeutet, genauso eklamiere ich, dass ein bisschen in unsere Verantwortung einfließt, was ein Scheitern dieses Vereins für die West-

pfalz und speziell für die Stadt Kaiserslautern bedeuten würde.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, als ich in den vergangenen Tagen so heftig gescholten worden bin, habe ich mir ab und an einen Brief vorgenommen, den ich zu meinem Geburtstag erhalten habe. Dort steht handschriftlich: "PS: Ich finde es sehr überzeugend, wie Sie auch in schwersten Tagen zu Ihrem FCK stehen. Ich drücke die Daumen. Der FCK gehört zum deutschen Fußball. Er gehört in das Oberhaus des deutschen Fußballs wie das Hofbräuhaus zu München." Unterschrift: Edmund Stoiber

Ich denke, dass er völlig Recht hat. Manchmal nutzt es, wenn man von außerhalb einen unverfälschten Blick auf diese Weise wahrnehmen kann, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP – Jullien, CDU: Das ist doch kollegial!)

 Ich finde es auch prima. In der Bibel steht: Gehe hin und tue das Gleiche. – Sie müssen mir keinen Brief schreiben. Allein Ihr Verhalten wäre mir schon eine große Hilfe.

(Jullien, CDU: Sie müssen Stoiber schreiben!)

Im Übrigen gibt es wahrscheinlich kein Weltmeisterschaftsstadion in Deutschland, dem weniger städtische Mittel und Landesmittel zufließen werden als dem Stadion in Kaiserslautern. Vielleicht überlegen Sie sich das auch einmal.

(Beifall der SPD und der FDP – Staatsminister Zuber: Das ist wohl wahr! – Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

- Es ist alles nichts wert, nicht wahr, Herr Schmitt?

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

– Ich kann nur feststellen, dass Frau Thomas, wo immer sie nur kann, versucht, Fallen zu stellen, und Sie allen voran mit dabei sind, obwohl ich Herrn Kollegen Böhr an dieser Stelle die Zusammenarbeit nicht nur angeboten habe, sondern ihn auch über wichtige Dinge auf dem Laufenden gehalten habe. Das ist so.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

– Ich weiß auch, was in Hintergrundgesprächen mit Journalisten geredet wird, und nicht nur das, was Sie in diesem Haus sagen, meine Damen und Herren. Es ist Ihr gutes Recht. Ich sage nur, dass wir eine klare Linie verfolgen. Es gibt nichts, aber auch gar nichts, was wir zu verstecken haben. Deshalb lade ich ein zur munteren Diskussion. Ich hoffe, dass wir uns im Jahr 2006 noch daran erinnern, wie wir uns heute verhalten haben.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, auf die Notwendigkeit eines Kurswechsels in der Ausgabenpoli-

tik einzugehen. Ich unterstreiche, was Herr Kollege Mertes und Herr Kollege Kuhn gesagt haben: Wenn wir den Kurswechsel gemeinsam wahrnehmen wollen, dann muss er in diesem Haus und in den Wahlkreisen stattfinden. Ich habe einmal zusammenstellen lassen, wie das hinsichtlich der ausgestreckten Hand aussieht.

Was die CDU angeht, komme ich vom Januar 2002 bis 2003 best-case-gerechnet auf zusätzliche Ausgaben von 686,5 Millionen Euro und 825,7 Millionen Euro worst-case-gerechnet. Das können Sie alle gern nachprüfen.

Frau Thomas, auch bei den GRÜNEN habe ich einmal nachgeschaut, weil ich Ihre Haushaltspolitik besonders sorgfältig wahrnehme und vieles respektiere und achte, was Sie sagen. Das hat aber wenig damit zu tun, was Sie und die Ihren im Laufe des Jahres von sich geben. Ich will hinzufügen, dass Sie im Januar und Februar keusch waren, aber im März ging es dann los. Wenn ich von März bis heute rechne, dann komme ich best-casegerechnet auf 1.218.750.000 Euro und worst-casegerechnet auf rund 1,45 Milliarden Euro. Das sind die Forderungen der GRÜNEN, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dann wollen Sie uns noch Vorwürfe im Hinblick auf eine verantwortlichere Ausgabenpolitik machen. Das passt nicht zusammen.

(Starker Beifall der SPD und der FDP)

Das mag sich auf einem grünen Parteitag alles gut anhören, aber hier müssen Sie damit rechnen, dass Leute anwesend sind, die mit- und nachrechnen.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe einmal Ihre geplanten Personalmehrausgaben zusammengestellt. Sie haben vorhin gesagt, es müsse strukturell so gehandelt werden, dass Personal abgebaut werde. Ich will Ihnen einmal sagen, was Sie alles Schönes in den vergangenen Wochen und Monaten gefordert haben: 120 Planstellen im Bereich der Lebensmittelkontrolle. Das entspricht allein Personalkosten in Höhe von 7 Millionen Euro.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Quatsch!)

- Diese Pressemeldungen gibt es alle.

Zusätzlich 81 Stellen für Schulpsychologen. Sie fordern pro Schule einen Schulsozialarbeiter. Das sind 1.700 zusätzliche Stellen. Das zusätzliche Personal in Krankenhäusern und Kindergärten haben Sie nicht beziffert. Deshalb will ich das Thema einmal außen vor lassen.

Sie haben eine Leitstelle für die Zuwanderung gefordert. Diese haben Sie personell aber nicht beziffert.

Sie haben 366 Einstellungen im Schuldienst plus 300 Referendare gefordert. Das sind alles Forderungen aus den vergangenen Wochen. Sie müssen einmal Klarheit

im eigenen Laden schaffen. Dann nehmen wir Ihre Kritik ernst, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall der SPD und der FDP – Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Wiechmann, Sie sind einer der Hauptforderer. Das könnte man Ihrer Jugend zugute schreiben.
 Dann würde ich aber erwarten, dass Ihre Frau Fraktionsvorsitzende nicht solche Reden hält, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Sie sehen, dass man auch engagiert reden kann, wenn man nur über Fakten redet. Ich habe bisher über nichts anderes als über Fakten und Zahlen geredet.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ihren Stellvertreter, den Betrüger, lassen Sie ungescholten!)

– Lieber Herr Dr. Braun, Sie sind ein berüchtigter Mann, was das Sprengen schwarz-grüner Koalitionen angeht. Deswegen möchte ich Herrn Böhr und Frau Thomas raten, sehr vorsichtig zu sein, solange Sie in der Nähe sind. Ich denke, die Ludwigshafener wissen, wovon ich spreche.

(Vereinzelt Heiterkeit im Haus)

 – Man gibt gern gute Ratschläge. Das ist überhaupt kein Problem.

Im Einzelplan 08 werden die möglichen Einsparungen erbracht. Natürlich gibt es in diesem langfristige Verpflichtungen. Mit uns wird keine Politik zu machen sein, die jede Industrieförderung, jede Forschungsförderung oder die Verkehrsinfrastruktur infrage stellt. Das ist mit uns nicht zu machen, und das hat Joachim Mertes deutlich gemacht. Wenn Sie wollen, dann unterstreiche ich es noch einmal.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich behaupte nicht, dass die Beratung dieses Nachtragshaushalts eine Sache ist, die man vergnüglich tut. Es ist eine große Herausforderung. Wir bieten gern noch einmal an, das, was geht, gemeinsam auf den Weg zu bringen. Am Ende tragen wir aber die Verantwortung, und wir werden sie auch wahrnehmen. Es wird darum gehen, dass wir für das Land Rheinland-Pfalz Weichen stellen. Diese Weichenstellungen tragen heute dazu bei, dass wir uns wirtschaftlich mindestens an der gleichen Rangposition halten, aber insgesamt vom Niveau her wieder besser werden können in Deutschland.

Wir werden uns darum bemühen, dass wir als Region im zusammenwachsenden Europa unsere Rolle spielen. Wir werden die soziale Dimension des Zusammenlebens von Menschen immer ganz hoch ansiedeln. Wir werden vor allem auch die Chancengleichheit ganz hoch ansiedeln. Darauf zielt nicht zuletzt unsere Schul- und Bildungspolitik ab. Ferner werden wir darauf achten, dass

wir das, was wir heute tun, gegenüber künftigen Generationen verantworten können. Das gilt für die Ökonomie und die Ökologie. Das gilt für die soziale und kulturelle Dimension unseres Zusammenlebens. Aber das gilt auch – ich hoffe, dass dazu auch stilbildend etwas getan werden kann – für den guten Ton, der in diesem Land Rheinland-Pfalz beibehalten werden sollte.

Vielen Dank.

(Anhaltend starker Beifall der SPD und der FDP)

#### Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Bracht das Wort.

# Abg. Bracht, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will zunächst einmal auf ein paar Dinge eingehen, die der Herr Ministerpräsident angesprochen hat. Ich will deutlich machen, dass er erneut zu Beginn und auch zum Schluss wieder eine seiner bekannten Konsensreden gehalten hat. Er hat an das Parlament und insbesondere an die Opposition appelliert, gemeinsam die Dinge mitzugehen und mitzumachen. Herr Ministerpräsident, wir hören dies erneut gern. Es wäre nur an der Zeit, wenn Sie nun endlich nach den vielen Reden, die Sie in dieser Hinsicht gehalten haben, Ihren Worten einmal Taten folgen lassen würden. Bisher war das noch nicht der Fall.

(Beifall der CDU)

Das letzte und beste Beispiel sind die zurückliegenden Haushaltsberatungen, bei denen wir uns wirklich Mühe gegeben haben, konkrete Vorschläge zu machen, um gemeinsam die Probleme, die das Land in der Finanzpolitik hat, zu lösen. Sie haben nichts besseres zu tun gehabt, als diese Vorschläge einfach vom Tisch zu wischen. So sind Sie nicht glaubwürdig. Ich hoffe, dass das, was Sie gesagt haben und was gestern der Herr Minister gesagt hat, jetzt von etwas mehr Glaubwürdigkeit in der Praxis geprägt sein wird.

Sie haben empfohlen, ich solle die "WirtschaftsWoche" lesen. Herr Ministerpräsident, Sie können davon ausgehen, dass ich sie regelmäßig lese. Ich würde mir aber wünschen, Sie würden sie auch regelmäßig lesen; denn wenn Sie das ernst nehmen, was dort steht, käme mit Sicherheit eine bessere Regierungspolitik heraus als Sie sie derzeit praktizieren. Herr Ministerpräsident, noch wichtiger wäre es, wenn Sie den Rechnungshofsbericht – dass war das Stichwort, das ich in dem Zusammenhang gebracht habe – regelmäßig lesen würden

(Beifall der CDU – Billen, CDU: So ist das!)

und daraus Schlüsse ziehen würden, die daraus zu ziehen sind, weil darin eine sehr deutliche Sprache bezüglich der Haushalts- und Finanzpolitik dieses Landes gesprochen wird.

Sie haben uns vorgeworfen, wir würden in Bezug auf die Ausgaben mit unrichtigen Zahlen argumentieren, Sie haben gesagt, dass in den 80er-Jahren beträchtliche Ausgaben getätigt worden seien, die höher gewesen seien als die heutigen. Das ist wohl wahr. Wir haben da auch nicht immer alles korrekt gemacht. Wer in der Verantwortung steht, macht auch Fehler. Wenn Sie aber behaupten, dass Sie in dieser Frage heute alles besser machen, ist das wirklich ein Witz; denn Sie rechnen Ihre Ausgabenquote, die Sie vergleichen, ganz gezielt und ganz bewusst herunter, indem Sie massenhaft Ausgaben aus dem Landeshaushalt ausgliedern.

(Widerspruch bei Ministerpräsident Beck)

Jedes Jahr kommen neue Ausgliederungen. Sie haben die Landeskrankenhäuser ausgegliedert; Sie haben den LBB ausgegliedert; Sie haben den Straßenverkehrsbereich mit dem LSV ausgegliedert; Sie haben die Unikliniken ausgegliedert usw. Damit senkt man natürlich die Ausgabenquote – da haben Sie völlig Recht –, und man senkt damit natürlich auch die Kreditfinanzierungsquote im Kernhaushalt. Das ist aber keine redliche Argumentation, die Sie da führen. Das sollten Sie so nicht noch einmal machen. Meines Wissens habe ich Ihnen das beim vorhergehenden Mal auch schon einmal gesagt.

Dann führen Sie aktuelle Probleme, die Sie haben, zum Beispiel auf die deutsche Einheit zurück.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Herr Ministerpräsident, die deutsche Einheit ist für alle westlichen Länder in Deutschland gekommen. Die Rahmenbedingung gilt für alle. Die Tatsache, dass in Rheinland-Pfalz die Fakten und Daten – der Rechnungshof hat das belegt – in den Jahren danach so viel schlechter sind als in anderen Ländern, hat seine Ursache in diesem Land. Die Ursache liegt nicht in der deutschen Einheit. Diese Argumentation können wir so nicht gelten lassen.

(Beifall der CDU – Jullien, CDU: Hausgemachte Probleme!)

Sie haben den FCK angesprochen. Sie wissen, dass auch wir den 15 Millionen Euro zugestimmt haben, als es vor eineinhalb bis zwei Jahren um diese Frage ging. Wir haben gesagt, ja, wir stehen gemeinsam dafür, dass diese Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit Kaiserslautern zu einem WM-Standort ausgebaut wird. Dazu stehen wir auch weiter.

Herr Ministerpräsident, wir halten es aber nicht für richtig, wenn Sie heute so tun, als würden wir, nur weil wir heute kritisch hinterfragen, dem FCK ans Leder wollen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine Unmöglichkeit, die Sie praktizieren. Das können wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Das Gegenteil ist nämlich der Fall. Wir wollen, dass der FCK weiterbesteht und er eine gute Zukunft in Rheinland-Pfalz im Interesse der Menschen hat. Ich muss Ihnen aber auch sagen – das wollen Sie vielleicht nicht hören, was

ich sogar verstehe –, dass es unsere Verantwortung als Opposition ist, sehr genau zu prüfen, ob diese Landesregierung eine Mitverantwortung für das Desaster trägt, das sich in Kaiserslautern beim FCK ergeben hat.

(Beifall der CDU)

Das ist unsere Aufgabe, und dieser Verantwortung werden wir sehr genau und sehr konkret in den nächsten Wochen und Monaten gerecht werden.

(Staatsminister Mittler: Das ist Kooperation!)

– Jetzt komme ich zu Ihnen. Meine Damen und Herren, "das Leben hat seine eigene Geschichte geschrieben und sich nicht nach den Propheten gerichtet". Herr Finanzminister, dieses Zitat wird Ihnen nachgesagt. Sie sollen das zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland im Jahr 2002 gesagt haben. Herr Minister, ja, das Leben verläuft manchmal anders, als man es sich wünscht, erhofft oder vorhersagt. So war es auch in unserem Land mit der Wirtschaftsentwicklung und aufbauend darauf mit den Steuereinnahmen im vergangenen Jahr. Dies führen Sie im Wesentlichen als Ursache für den Nachtragshaushalt an. Sie kritisieren die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute.

(Staatsminister Mittler: Überhaupt nicht!)

- Das haben Sie gestern gemacht!

(Staatsminister Mittler: Nein!)

Sie hätten falsch geschätzt!

(Staatsminister Mittler: Nein!)

 Ich habe das genau nachgelesen. Sie haben gesagt, sie h\u00e4tten falsch gesch\u00e4tzt.

(Staatsminister Mittler: Dann haben Sie falsch gelesen!)

Sie verbinden damit die Frage, was der Politik angesichts dieser kurzen Halbwertszeit wissenschaftlicher Prognosen dennoch Hilfe sein könne für eine zumindest halbwegs zuverlässige Haushaltsplanung.

(Staatsminister Mittler: Das ist etwas anderes!)

So haben Sie das genau gesagt. Ich kann Ihnen das sagen, Herr Minister: Erhöhen Sie endlich die Halbwertszeit Ihrer Politik im Land und im Bund.

(Beifall der CDU)

Machen Sie endlich eine verlässliche Politik, die die Chance auf Besserung bietet, und praktizieren Sie nicht ständig dieses Hin und Her, das für jeden Unternehmer, der investieren soll, ein Gräuel darstellt. Sie im Land und Rotgrün im Bund sind verantwortlich für diese miserable Entwicklung. Das nun den Wirtschaftsinstituten vorzuwerfen, ist wirklich das Aberwitzigste, das man sich vorstellen kann.

Die Institute haben eine bestimmte Politik unterstellt, die Sie nicht betrieben haben. Das ist der Punkt. Deshalb ist und bleibt die Verantwortung für diese Politikergebnisse bei Ihnen und Ihren Kumpanen in Berlin.

Wenn der deutsche Industrie- und Handelskammertag vorgestern ein Nullwachstum für dieses Jahr angenommen hat, nimmt er das auch deshalb an, weil er nicht glaubt, dass Sie in Rheinland-Pfalz und in Berlin im Besonderen das Ruder herumreißen können. Damit hat er Recht. Ich würde mich auch nicht auf bessere Prophezeiungen verlassen, erst recht nicht dann, wenn sie von Vertretern der SPD kommen.

Das gilt im Übrigen auch für die Landesregierung. Sie haben das alles in Berlin mitgemacht. Ich habe kein Aufbäumen und kein Dagegenhalten bemerkt. Das gilt im Besonderen für die abstruse Steuerreform, wo Sie sich hier sogar beweihräuchert haben, weil Sie angeblich etwas Tolles für den Mittelstand getan haben wollten. Wir müssen heute feststellen: Schlimmer geht's nimmer. – Sie haben im Bundesrat Ihre Hand für eine Steuerreform gehoben, die nicht nur maßlos ungerecht ist und die Stütze unserer Wirtschaftsordnung und den Mittelstand kaputtmacht, sondern zudem die Eckpfeiler der Staatsfinanzierung über den Haufen wirft.

(Vizepräsident Dr. Schmidt übernimmt den Vorsitz)

Sie haben eine Steuerreform gemacht, die die großen Unternehmen entlastet und zu einem massiven Einbruch bei der Körperschaftsteuer geführt hat.

Herr Minister, wenn Sie in Ihrer Einbringungsrede die gesunkene Steuerquote anführen, die einer Steuersenkung von 45 Milliarden Euro entsprechen soll, geht dies zum größten Teil auf die Körperschaftsteuer zurück. Ihre Argumentation ist insofern sehr unredlich. Sie wissen selbst ganz genau, dass die Steuerquote nicht die Gänze der Belastung zum Ausdruck bringt; denn wenn man die Steuerquote senkt und die Abgabenquote erhöht, was Sie getan haben, hat man null Effekt, außer vielleicht Verschiebungen zwischen den Lastenträgern.

(Staatsminister Mittler: Das ist alles falsch, was Sie sagen!)

Sie haben nämlich insgesamt die Belastung erhöht. Sie haben im Bundesrat mitgemacht. Deshalb ist Ihr Jammern fehl am Platz.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, neben Berlin hat auch die Außenkonjunktur Anteil an der schwierigen Entwicklung.

(Staatsminister Mittler: Ach ja!)

Dieser Anteil ist aber geringer. Viel größer ist der Anteil, den Sie im Land durch Ihre Politik mit zu verantworten haben. Die Entwicklung ist so dramatisch schlecht, weil Sie selbst massenweise Fehler gemacht haben. Diese dramatische Lage ist in erster Linie Ergebnis Ihrer eigenen Politik in den letzten acht oder neun Jahren, vor

allem seit Herr Ministerpräsident Beck in der Staatskanzlei sitzt.

Der Rechnungshof dokumentiert das in den letzten Tagen, wie es nicht klarer und deutlicher gesagt werden könnte. Mit Blick auf die Entwicklung des Landeshaushalts von 1991 bis zum Jahr 2001 wird dort in nüchternen Zahlen im Vergleich unmissverständlich klargestellt, wo Rheinland-Pfalz im Reigen der Bundesländer steht.

Ich will die Zahlen nicht wiederholen. Wir haben eine überdurchschnittliche Verschuldung. Das ist nicht wegzudiskutieren. Wir haben überdurchschnittliche Personalausgabenanstiege in den letzten Jahren. Wir haben einen überdurchschnittlichen Anteil an Zinsen an den Gesamtausgaben, weil wir so viele Kredite aufgenommen und so hohe Schulden haben. Wir haben eine überdurchschnittliche Kreditfinanzierungsquote. Speziell seit 1994, dem Amtsantritt des Ministerpräsidenten, haben wir eine besonders schlimme negative Entwicklung. Diese zeigt sich vor allem darin, dass sich die laufenden Ausgaben des Haushalts von Jahr zu Jahr immer mehr den laufenden Einnahmen näherten und sie dann in den Jahren 1997, 1998 und ab 2001 jedes Jahr in immer stärkerem Maß überstiegen.

Der Ministerpräsident – er ist leider nicht anwesend – und die Regierung haben dabei offenbar immer nur gefragt, wo die Bedürfnisse liegen und diese dann befriedigt, egal aus welchem Topf und von welchem Geld. Herr Böhr hat das heute Morgen schon einmal angesprochen. Ich habe es wiederholt, weil das das Kernproblem ist. Die Frage nach der staatlichen Leistungsfähigkeit haben Sie und Ihre Regierung nie gestellt. Sie haben immer mehr ausgegeben, als Sie hatten. Das ist unser Problem heute.

Meine Damen und Herren, mit diesen Zahlen bestätigt der Rechnungshof in seinem Jahresbericht 2002 Punkt für Punkt die grundsätzliche Kritik der CDU an der Haushaltspolitik dieser SPD/FDP-Landesregierung mit ihren schlimmen Folgen für die Handlungsfähigkeit des Landes. Diese Politik ging zu keiner Zeit verantwortungsvoll mit den Steuergeldern um. Deshalb sind wir heute in einer schlimmen Situation.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Mertes ist leider auch nicht anwesend. Er hat die verschiedenen Landesbetriebe angesprochen, die er als besonders vorteilhaft herausstellt.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

Lieber Herr Kuhn, ich frage mich manchmal, ob es in dieser Landesregierung noch irgendjemanden gibt, der tatsächlich den Überblick hat und weiß, welche Schulden das Land selbst bisher bei Banken, zum Beispiel aber auch beim Pensionsfonds eingegangen ist. Dem hat man Geld zugeführt und es sich wieder zurückgeliehen. Der Pensionsfonds ist solch ein virtuelles Ding, das noch herumfliegt. Irgendwann wird das Land das Geld dem Pensionsfonds wieder zurückgeben müssen, nämlich dann, wenn dieser Auszahlungen vornehmen muss. Ich frage mich, wer wirklich noch weiß, wo überall Schulden versteckt sind und welche Schulden in wel-

chen Nebenhaushalten geparkt sind, zum Beispiel im LSV, dem Landesbetrieb Straßen und Verkehr, dem LBB und den Kliniken.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Vor allem frage ich mich, welche Verpflichtungen diese Landesregierung bisher darüber hinaus mit Vorausbewilligungen usw. eingegangen ist. Beispiele sind zum Teil genannt worden, wie im Schulbau, bei der Sportförderung, den Feuerwehrbauten, der Abwasserbeseitigung, den Altenheimen und dem Krankenhausbau. Überall ist man Verpflichtungen eingegangen und trägt Schulden vor sich her, die man irgendwann bezahlen muss. In der Summe ist das ein riesiger Batzen, der sich allein in den formalen Schulden, die wir haben, nicht ausdrücken lässt. Das andere kommt alles noch dazu. Dazu zählen zum Beispiel auch die Privatfinanzierungsmaßnahmen beim Straßenbau und beim Deichbau. Auch hier sind es mehrere hundert Millionen Euro.

(Frau Schmitt, SPD: Haben Sie im Ausschuss zugestimmt, ja oder nein?)

– Liebe Frau Kollegin, ich bringe das Problem auf den Punkt, dass wir in diesem Land viele Töpfe gebildet haben und keiner mehr so recht weiß, was wir alles haben, und die Dimension des Problems der Schulden und Vorausbelastungen keinem mehr bewusst ist.

(Frau Schmitt, SPD: Das können Sie im Haushalt nachlesen!)

Daran wird nämlich die desaströse Haushaltspolitik dieser Landesregierung deutlich.

(Beifall der CDU – Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD)

Ich weiß nicht. Die SPD-Fraktion weiß es sicher nicht.
 Ich weiß auch nicht, ob in der Regierung noch jemand weiß, wo die Schuldentöpfe überall versteckt sind.

Meine Damen und Herren, mit dem Doppelhaushalt 2002/2003 hat die Landesregierung ihre unverantwortliche Haushaltspolitik nochmals verschärft. Sie haben Ausgabenprogramme gestrickt, ohne nach den Einnahmen zu sehen. Sie haben die ausgestreckte Hand der CDU weggeschlagen und keinen einzigen Vorschlag geprüft. Deshalb sind Sie heute in dieser extrem schlechten Situation. Der Ministerpräsident hat mit dieser Landesregierung die Kasse des Landes restlos geplündert.

(Schmitt, CDU: Und die der Kommunen dazu!)

Dadurch werden die abstrakten Haushaltszahlen für die Bürgerinnen und Bürger zu konkreten spürbaren Einschnitten in den alltäglichen Lebensverhältnissen führen, und zwar weniger Geld bei den Schulbauten und für die Unterrichtsversorgung, für die Sicherheit auf den Straßen durch weniger Polizei, miserabel ausgestattete Hochschulen und marode Landesstraßen.

Herr Beck und meine Damen und Herren der Regierungsfraktionen, durch Ihren Leichtsinn in den letzten zehn Jahren müssen die Bürger alle zahlen.

Meine Damen und Herren, Sie haben mit Ihrer Mehrheit einen Haushalt für 2002 beschlossen, der schon bei der Verabschiedung eine Nettoneuverschuldung von 1,2 Milliarden Euro inklusive der Nebenhaushalte vorsah. Geendet sind Sie dann bei 1,79 Milliarden Euro.

(Jullien, CDU: 1,8!)

Sie waren trotz der Angebote der CDU nicht bereit, den Haushalt gleich vernünftiger zu stricken. Wenn Sie heute behaupten, dass andere Länder mit gleichen miserablen Haushaltsdaten im letzten Jahr gestartet und schließlich geendet sind, ist das schlichtweg falsch. Eine Blitzumfrage unsererseits bei den übrigen Ländern hat etwas völlig anderes ergeben. Das kann ich Ihnen sagen.

Von allen, die bis heute Morgen geantwortet haben, liegt Rheinland-Pfalz mit deutlichem Abstand auf dem schlechtesten Platz. Beim Start zu Beginn des Jahres mit 300 Euro Nettoneuverschuldung pro Einwohner waren wir mit Abstand die höchsten. Alle anderen, die uns geantwortet haben, lagen unter 100 Euro oder zumindest unter 200 Euro Nettoneuverschuldung. Geendet sind Sie als einziger mit weit über 400 Euro Nettoneuverschuldung, nämlich mit 447 Euro.

(Rösch, SPD: Wer hat denn geantwortet, ein Land?)

– Nein, fünf Länder. Rheinland-Pfalz ist am schlechtesten gestartet, weil Sie nicht bereit waren, im Doppelhaushalt zu sparen. Rheinland-Pfalz ist mit Abstand im letzten Jahr am schlechtesten gelandet, weil Sie trotz Bewirtschaftungsmaßnahmen nicht in der Lage waren, tatsächlich wirkungsvoll zu sparen.

Meine Damen und Herren, ich habe das Beispiel von der Staatskanzlei schon häufiger gebracht. Der Finanzminister hat gestern behauptet, dass diese Landesregierung über Jahre eine konsequente Ausgabenbegrenzung betrieben habe. Das ist lächerlich, was er behauptet hat. Ich will am Beispiel des Haushalts der Staatskanzlei einmal sagen, was die Regierung unter "konsequenter Ausgabenbegrenzung" versteht. Ich habe mir die Zahlen einmal herausgesucht. Ich stelle fest, dass im Jahr 1991 im Etat der Staatskanzlei - ich beschränke mich auf die Kapitel 0201 und 0202, die Mittel im unmittelbaren Umfeld des Ministerpräsidenten – die Beträge bei 11,7 Millionen Euro - ich habe das in Euro umgerechnet lagen, und bis zum Jahr 2002 ist dieser Betrag nahezu verdoppelt worden. Der Etat der Staatskanzlei ist in zehn Jahren nahezu verdoppelt worden auf 21,7 Millionen Euro. Das muss man sich einmal vorstellen. Der Herr Ministerpräsident redet vom Sparen, er selbst sattelt immer nur drauf.

Meine Damen und Herren, zu den Standards will ich jetzt nichts sagen. Ich möchte noch ein paar Sätze zum Nachtragshaushalt sagen. Wir haben eine erste Analyse des Nachtragsentwurfs vorgenommen. Diese erste Analyse zeigt sehr eindeutig, dass dies keine Wende in der Finanzpolitik des Landes darstellt. Dies ist keine

Wende der verantwortungslosen Schuldenpolitik der SPD/FDP-Landesregierung. Die Landesregierung versucht lediglich, die im Doppelhaushalt ursprünglich veranschlagte Neuverschuldung auf Rekordhöhe nicht nochmals wie im Katastrophenjahr 2002 in astronomische Höhen schießen zu lassen. Schon der im vergangenen März verabschiedete Doppelhaushalt sah für beide Haushaltsjahre neue Schulden in einer Höhe vor, die das Land noch nie zuvor aufgenommen hat.

Mit dem Nachtragshaushalt wird daran nichts verbessert. Es bleibt bei über einer Milliarde Nettoneuverschuldung inklusive der Nebenhaushalte in diesem Jahr. Die finanzpolitische Wende in Rheinland-Pfalz bleibt aus, Herr Minister. Dabei gehen Sie nach wie vor von Steuermindereinnahmen in Höhe von 580 Millionen Euro in diesem Jahr aus, die Sie mit diesem Nachtragshaushalt auffangen wollen. Damit richten Sie Ihre Politik auf Zahlen vom November aus. Mittlerweile haben wir den 20. Februar. Wir wissen, dass das Wachstum und die Steuereinnahmen in diesen Zwischenmonaten in Rheinland-Pfalz hinter den Schätzungen vom November weit zurückgeblieben sind. Insbesondere der Januar war ein sehr schlechter Monat. Dennoch sorgen Sie nicht weiter vor. Eigentlich müssten Sie schon allein vor diesem Hintergrund einen viel mutigeren Schritt im Nachtragshaushalt gehen. Stattdessen machen sie allenfalls eine Notoperation. Ein erster Sanierungsschritt ist das nicht. Das wird dann auch durch Ihre Vorschläge belegt.

#### (Zuruf des Staatsministers Mittler)

 Herr Minister, Sie reden vom Sparen, aber vieles, was Sie vorschlagen, ist gar kein Sparen.

#### (Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Sie verkaufen Vermögen, Sie brauchen Ihre Rücklagen auf und plündern Ihre Landesbetriebe und Beteiligungen. Die Hafenbetriebe müssen einfach einmal vier Millionen abliefern. Sie verlagern Aufgaben auf Landesbetriebe. Sie entziehen diesen Geld mit der Konsequenz, dass diese ihre Ausgaben über Kredite finanzieren müssen. Allein dieser Komplex macht in diesem Haushaltsentwurf von den angeblich einzusparenden 580 Millionen Euro ein Betrag von mindestens 320 Millionen Euro aus, wahrscheinlich sogar noch etwas mehr. Meine Damen und Herren von der Landesregierung, Sie verbrauchen mit diesem Nachtragshaushalt Ihre allerletzten Vermögensreste. Die letzten Speckreste, die Sie noch haben, essen Sie selbst auf. Ich frage mich, wie das im kommenden Doppelhaushalt so weitergehen soll, wenn keine Reserven mehr vorhanden sind. Ich frage mich das ernsthaft. Das wird ein ganz großes Problem.

Daneben verschieben Sie Investitionen und nennen das Sparen. Ich will überhaupt nicht bestreiten, dass man in schwieriger Zeit und in gewissen Situationen auch Investitionen strecken muss, aber das als Sparen auszugeben, ist Unsinn; denn Investitionen müssen in der Regel wohl getätigt werden, wenn nicht heute, dann wohl morgen.

Herr Minister, Sie brüsten sich in Ihrer gestrigen Haushaltsrede damit, dass Sie die Investitionen durch den Nachtragshaushalt nur um 14 Millionen Euro auf 1,137 Millionen Euro abgesenkt hätten. Darin seien auch die Mittel der Flutopferhilfe enthalten, sagen Sie kleinlaut. Meine Damen und Herren, das heißt im Ergebnis nichts anderes, als dass - ohne die Flutopfermittel von 164 Millionen Euro, die auch tatsächlich bei uns nicht investiert werden, weil das Geld abfließt - die Investitionen in Rheinland-Pfalz tatsächlich nicht nur um 14 Millionen Euro, sondern um 178 Millionen Euro abgesenkt werden. Oder sehe ich das falsch? Die Investitionen in diesem Land werden nicht um 14 Millionen, wie Sie gestern gesagt haben, sondern um 178 Millionen Euro abgesenkt. In dieser Größenordnung verschieben Sie Investitionen in diesem Land. Das ist der Betrag, der sich erneut gravierend auf das Wirtschaftswachstum und vor allem weiter negativ auf die Bauwirtschaft auswirken wird. Auch dafür sind Sie verantwortlich, weil Sie nicht vorgesorgt haben.

Es kommt hinzu, dass Sie mit dem Verschieben von Investitionen die Investitionsstaus, die wir in zahlreichen Bereichen bereits haben, weiter aufbauen. Ob das sinnvoll ist, möchte ich bezweifeln.

Beim Straßenbau behaupten Sie, dass durch die Nachtragshaushaltskürzungen das Mobilitätsprogramm zwar gestreckt werde, aber kontinuierlich weitergebaut werden könne.

(Dr. Altherr, CDU: 60 % gestreckt!)

Ich kann Ihnen sagen, wie das dann aussieht. In meinem Kreis wird vermutlich nach Aussage der zuständigen Leute keine einzige Landesstraßenbaumaßnahme neu begonnen werden können, außer einer, die aber im letzten Jahr schon vergeben wurde. Ist das nach Ihrer Auffassung "kontinuierliche Fortsetzung von Politik"? Fragen Sie einmal die Bauwirtschaft, was die davon hält. Fragen Sie einmal die Pendler, wie sie das beurteilen. Ich habe in meinem Wahlkreis eine ganze Reihe von Firmen, die schon jetzt Insolvenz anmelden mussten, weil dieses Land und der Bund eine so inkonsequente und unkontinuierliche Investitionspolitik betreiben.

Das gilt dann auch ein Stück für die weiteren Investitionen. Ich muss im Moment befürchten, dass das Land aufgrund der massiven Kürzung bei Investitionen nicht mehr in der Lage ist – Sie kürzen im Hochbau weiter –, zum Beispiel seine Pflichten bei der Bezahlung der Firmen, die die Universität Koblenz bauen, nachzukommen. Dort gehen reihenweise Firmen pleite. Wenn es sich bestätigen sollte, dass dies daran liegt, dass der LBB nicht genügend Geld zur Verfügung hat, um seine Landesaufträge zu bewältigen, dann wäre das ein großes Problem. So viel will ich dazu heute hier gesagt haben. Wir werden der Sache weiter nachgehen und das auch bei den Haushaltsberatungen vertiefen müssen.

Der dritte große Block, den ich jetzt nicht vertiefen will, bei Ihrem angeblichen Ausgabenkürzungspaket ist die Belastung der Kommunen, worüber unser Fraktionsvorsitzender vorhin schon sehr ausführlich Stellung genommen hat.

Ich will vielleicht in dem Zusammenhang noch einiges zu der angeblichen Verstetigung der Finanzausgleichs-

masse auf niedrigem Niveau, wie Sie es gestern form uliert haben, sagen. Richtig ist, dass Sie den Kommunen damit Planungssicherheit geben, aber auf einem Niveau, das erhebliche Ausgabenkürzungen bei den Kommunen notwendig macht, sonst wäre das nicht aufzufangen. Voraussetzung ist zudem allerdings, dass Sie auch den Verbundsatz und das Verhältnis zwischen Zweck- und allgemeinen Zuweisungen nicht verändern. Sie behaupten aber, dass Sie damit die Investitionsfähigkeit der Kommunen stärken. Ich denke, diese Behauptung ist eine Frechheit. Anders kann ich es nicht formulieren. Zuerst Geld abnehmen, dann die Zuwendungen auf niedrigem Niveau festschreiben, und dann noch sagen: Damit stärken wir die Investitionsfähigkeit. Das ist eine echte Frechheit, Frau Kollegin.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

- Hören Sie einmal zu, es geht noch weiter.

Der Gipfel ist dann Ihre Behauptung, dass Sie im Gegenzug – Frau Kollegin Thomas hat dies vorhin auch schon angesprochen – zu Ihrer Verstetigung und einer nicht noch stärkeren Kürzung der kommunalen Mittel und zur Verhinderung einer daraus resultierenden höheren Kreditaufnahme das Wohnungsbauvermögen des Landes in Höhe von 240 Millionen Euro verkaufen müssen.

(Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD)

 Das entspricht nicht der Wahrheit, was da behauptet wurde, Herr Ramsauer.

(Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD)

Über den Verkauf des Wohnungsbauvermögens haben wir bei den vorherigen Haushaltsberatungen im Parlament und im Haushalts- und Finanzausschuss schon beraten. Sie müssten es eigentlich wissen. Tun Sie doch nicht so.

(Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD – Zuruf von der CDU)

Das haben wir vor einem Jahr schon beraten. Damals wusste der Finanzminister noch nichts von dem Verstetigungsprogramm, von der Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden. Das stammt aus den letzten Wochen, aber nicht aus dem letzten Jahr. Das ist so nicht wahr, was Sie angeführt haben, Herr Minister.

(Beifall der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Meine Damen und Herren, dieser Verkauf des Wohnungsbauvermögens kommt mir eher so vor wie der Bauer, der seine letzte Kuh verkauft, damit er eine neue Melkmaschine kaufen und bezahlen kann.

(Beifall der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP – Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD) Genauso unsinnig ist der Verkauf des Wohnungsbauvermögens. Es kommt hinzu, dass Sie sich zulasten unserer Kinder bereichern; denn denen ständen in den nächsten 30 Jahren die Erlöse aus diesem Wohnungsbauvermögen zu. Sie verplempern es jetzt, weil Sie nicht zu einem verantwortlichen Handeln finden. Das ist das Problem, das wir mit dieser Landesregierung haben.

# (Beifall der CDU – Zurufe von der FDP)

Meine Damen und Herren, ich war dabei, Ihre angeblichen Einsparungen zu analysieren. Von 580 Millionen Euro stellen mindestens 320 Millionen Euro Erlöse aus dem Verkauf von Vermögen und Inanspruchnahme von Rücklagen und Kapital der Betriebe dar, 176 Millionen Euro Verschiebung von Investitionen auf die Zukunft und 35 Millionen Euro Verschiebung von Lasten auf die Kommunen.

Das macht zusammen schon 530 Millionen Euro von 580 Millionen Euro aus, meine Damen und Herren. Es bleiben gerade noch rund 50 Millionen Euro für echte Sparmaßnahmen übrig.

(Zurufe von der CDU: Ob die echt sind!)

Bemerkenswert ist dabei, dass Sie entgegen Ihren ständigen Behauptungen auch bei der Unterrichtsversorgung und bei den Hochschulen kürzen. Sie behaupten ständig das Gegenteil, aber wenn man in den Haushaltsplan hineinschaut, stellt man fest, bei der Unterrichtsversorgung und beim Hochschulbau werden Mittel gekürzt.

Sie kürzen bei der Bildung, obwohl Sie öffentlich anderes behaupten. Das sollten Sie nicht machen. Ich finde das so nicht in Ordnung.

(Beifall der CDU – Zuruf des Abg. Bischel, CDU)

Zur Polizei will ich vielleicht gar nicht so viel sagen, außer vielleicht dies: Es sind überall im Land Fehlbedarfe festgestellt worden. Der Vorsitzende hat es aufgeführt. Überall fehlen Polizeikräfte.

Bemerkenswert ist nur, dass in Bad Bergzabern offensichtlich zumindest im letzten Jahr eine sehr gute Ausstattung vorhanden war. Dort ist die Polizeiinspektion gut ausgestattet. Man fragt sich, woran das liegt.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Vielleicht sieht der Ministerpräsident aber auch nicht weiter als bis nach Bad Bergzabern und sieht die vielen anderen Polizeiinspektionen im Land nicht. Das könnte eine Erklärung sein. Das wäre aber unverantwortlich, wenn es so wäre.

(Beifall der CDU – Bischel, CDU: Das nennt man Weitsicht! – Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

Wenn der Ministerpräsident die CDU, die Kolleginnen und Kollegen beschimpft, weil wir uns mit der Polizei

treffen und mit ihr über deren Probleme reden, dann sage ich Ihnen, das ist unsere Pflicht. Es ist unsere Pflicht, dass wir uns mit denen unterhalten, die Sorgen haben. Wenn Sie von der Regierung es nicht machen, wer soll es dann machen?

(Beifall der CDU)

Wir nehmen das für uns in Anspruch. Wir werden das weitermachen, damit das klar ist.

(Bischel, CDU: Früher haben Sie mit ihnen auch geredet, heute haben Sie es nicht mehr nötig!)

Was der Kollege bezüglich der Nachbarschaftsprobleme und -themen angesprochen hat, ist das natürlich nicht in Ordnung, wenn es so ist, wie es dort gesagt und dargestellt wurde. Das will ich an der Stelle auch sagen.

Meine Damen und Herren, es gäbe eine Vielzahl von Einzelthemen anzusprechen. Das will ich nicht machen.

(Ramsauer, SPD: Prima!)

Wir werden diese Einzelthemen in den nächsten Wochen im Haushalts- und Finanzausschuss im Detail erörtern und entscheiden. Sie können davon ausgehen, dass wir auch diesmal Ihre Vorschläge sehr sorgfältig prüfen werden.

Wir werden dabei über vieles mit uns reden lassen. Sie werden festgestellt haben, wenn Sie nicht mit verbundenen Augen durch die letzten Wochen gelaufen sind, dass wir auch bei unserer Kritik der letzten Wochen schon sehr sorgsam damit umgegangen sind und sie nur sehr gezielt eingesetzt haben.

Wir haben längst nicht alles kritisiert, was angesprochen wurde.

(Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

– Haben Sie nicht aufgepasst, Frau Kollegin? Sie sollten das einmal machen, dann würde Ihnen das auffallen.

(Beifall der CDU)

Wir werden sehr sorgfältig mit den Vorgaben umgehen und sie sehr sorgfältig prüfen. Eins ist dabei völlig klar, wir werden nicht dazu beitragen, dass es in Rheinland-Pfalz einen Bildungs- oder Sicherheitsabbau geben wird.

Meine Damen und Herren, ich hatte mir vorgenommen, zur Verfassungsmäßigkeit einiges zu sagen, ich will es auf weniges beschränken. Das, was der Vorsitzende heute Morgen bezüglich der Vereinbarung zwischen den Länderfinanzministern und dem Bundesfinanzminister bezüglich der Aufteilung der Fluthilfemittel in investive und konsumtive Ausgaben vorgetragen hat, ist leider so. Es gab keinen Beschluss, aber es gibt eine Vereinbarung.

Dies ist dokumentiert in einem Protokoll der Haushaltsausschusssitzung des Landes Nordrhein-Westfalen. Wenn Sie sagen, es ist falsch, dann hat Ihr Finanzminister oder der zuständige Vertreter des Finanzministers die Unwahrheit gesagt. Dort ist es dokumentiert. Wenn Sie etwas anderes behaupten, dann widerlegen Sie dies.

Meine Damen und Herren, wir gehen deshalb davon aus, dass es falsch wäre und ist, dass Sie in so großem Umfang die Flutopfermittel als investive Ausgaben ansetzen. Korrekt ist, es gibt andere, die das auch zu einhundert Prozent so machen. Das halten wir für falsch.

Es gibt aber auch einige, die das gar nicht machen und diese Mittel komplett anderen Titelgruppen zuordnen, zum Beispiel die Thüringer. Ganz korrekt wäre es, sie der Titelgruppe 9 zuzuordnen, den besonderen Finanzausgaben; denn es geht um Finanzausgaben, um Finanzzuweisungen, die nicht im Land investiert werden, sondern als Steuereinnahmen hineinkommen und dann in ein anderes Land abfließen.

Meine Damen und Herren, ich will Schluss machen.

(Ramsauer, SPD: Prima, bravo!)

Wir brauchen Reformen und Korrekturen in diesem Landeshaushalt, und zwar beträchtliche Korrekturen. Dazu sollte der Nachtragshaushalt ein erster vernünftiger Schritt sein. Wir sind bereit, ein Stück mitzuwirken. Sie sollten uns ernst nehmen.

Die Agrarverwaltungsreform, die Forstreform und auch das Stichwort "Standardabbaugesetz" und "Standardfle-xibilisierungsgesetz" sind genannt worden. Wir stehen bereit. Wenn Sie die Mitarbeit wollen, kommen Sie auf uns zu. Stellen Sie sich nicht auf den Standpunkt, was wir entschieden haben, ist entschieden, und keiner kann mehr mitreden.

(Beifall der CDU – Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

Wenn es bei dieser Auffassung bleibt, wird es natürlich keine Zusammenarbeit unsererseits geben, meine Damen und Herren.

(Jullien, CDU: Nehmen Sie das Angebot an, Herr Ramsauer, es gilt!)

Nehmen Sie das Angebot an. Ich rate Ihnen im Interesse dieses Landes, im Interesse der Finanzen dieses Landes, im Interesse der Zukunft dieses Landes: Schlagen Sie nicht erneut die Hand der CDU aus. Nehmen Sie das Angebot an, reden Sie mit uns, und wir werden zu guten Ergebnissen kommen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

# Vizepräsident Dr. Schmidt:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse der Hauptschule Schönecken und angehende Verkäuferinnen und Verkäufer im ersten Ausbildungsjahr vom Internationalen Bund Mainz-Hechtsheim. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Kollege Ramsauer.

(Licht, CDU: Nehmen Sie das Angebot an, sonst geht es Ihnen wie in Ludwigshafen!)

## Abg. Ramsauer, SPD:

 Warten Sie es ab, Sie werden vielleicht überrascht sein.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass dieser Tag heute für uns insoweit enttäuschend war, dass wir wieder nicht haben erfahren können, womit wir uns eigentlich mit der Opposition auseinander zu setzen haben, muss ich jetzt nicht betonen.

(Beifall der SPD und der FDP – Zurufe von der CDU – Zuruf des Abg. Billen)

 Herr Billen, lassen Sie mich zu meinem verehrten Kollegen Bracht, der ein ehrenwerter Mann ist, mit dem man auch gern zusammenarbeitet, sagen, das war besonders enttäuschend.

Nachdem Herr Böhr heute Morgen nichts Neues gesagt hat, habe ich gedacht, dass wenigstens Sie, der Fachmann, der haushaltspolitische Sprecher, inhaltlich konstruktiv etwas sagen könnten.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU – Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

Wir kommen jetzt zu diesem Angebot, Herr Licht. Wenn Sie uns die Hand reichen wollen, wenn Sie beklagen, wir hätten sie ausgeschlagen, wenn Sie uns weiterhin eine Hand anbieten wollen,

(Jullien, CDU: Zwei sogar!)

dann muss auch etwas in dieser Hand enthalten sein, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Aber heute haben wir zweimal gehört, dass man zwar ein Angebot macht, aber nicht bereit ist, konkret irgendetwas anzubieten. Meine Damen und Herren, das hat heute Morgen schon begonnen.

(Bracht, CDU: Man kann Ihnen die Wahrheit nicht oft genug sagen!)

Herr Dr. Böhr hat uns heute Morgen wieder ein philos ophisches Lehrstück bieten wollen.

(Billen, CDU: Das war dem Mertes seine Büttenrede!)

- Von Philosophie verstehen Sie doch gar nichts.

(Jullien, CDU: Sie aber auch nicht viel!)

Wieder ist es misslungen. Es ist misslungen, weil es an Schlüssigkeit gefehlt hat, aber insbesondere deshalb, weil nicht einmal ein Ansatz irgendeiner konstruktiven Lösung zu hören war.

Die Wiederholung alter Parolen aus dem Bundestagswahlkampf mögen vielleicht für die bundespolitischen Ambitionen gut sein, aber sie tragen nichts zu der Lösung der Probleme in unserem Land bei.

Die Thesen zur Bundespolitik, mit denen wir uns heute Morgen langweilen durften, helfen diesem Land nicht weiter. Aber immerhin, meine Damen und Herren, nach 15 Minuten hatte man die Hoffnung, jetzt kommt der Oppositionsführer zur Sache. Da war plötzlich die Rede von der bedingungslosen Spendierfreude, die diese Landesregierung angeblich habe, als ob Sie nicht alle wüssten und miterlebt hätten, wie es in der Vergangenheit wirklich gewesen ist, als ob Sie nicht schon lange vor dem Vortrag des Ministerpräsidenten gewusst hätten, dass wir seit Jahren im Ausgabenwachstum unter den Festlegungen des nationalen Finanzplanungsrates liegen,

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

als ob Sie nicht gewusst hätten, dass wir seit Jahren versuchen, eine Haushaltspolitik zu betreiben, die die Haushaltskonsolidierung auf Dauer ermöglichen soll.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Sie kündigen spannende Diskussionen für die Beratungen des Doppelhaushalts an und haben auch immer ein Beispiel parat. Meine Damen und Herren, aber wir sagen Ihnen, zur Haushaltskonsolidierung taugen Beispiele wie das, das wir heute Morgen von Ihrem Vorsitzenden gehört haben, überhaupt nicht. Wer glaubt, dass man mit der Streichung von Dingen, die in einem – zugegebenermaßen – lächerlichen Gutachten aufgeführt sind, den Haushalt konsolidieren kann, der irrt.

Meine Damen und Herren, Gutachten aus Linden in Hessen für einen Bahnhofsvorplatz für Streichungsvorschläge heranzuziehen, mag zwar sinnvoll sein, aber es ist kein sinnvolles Angebot für uns zur Zusammenarbeit, was die wichtigen Probleme dieses Haushalts angeht.

> (Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So macht man das! Erst fordern und dann sagen, es ist alles schlecht!)

Sie sagen, die Strukturen müssten endlich auf den Prüfstand. Wenn wir dieses abstrakte Unwort, das für alles und für nichts gut ist, einmal konkret fassen wollen, sagen wir: Sind LBB, LSV, Finanzhilfeberichte, Beteiligungsberichte, moderne Haushaltssteuerung mit Bonusund Malussystem keine Eingriffe in die Struktur? Gehört das nicht zu den strukturellen Maßnahmen?

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Ich sagte, wir warten auf konstruktive Vorschläge. Wir warten immer noch auf konstruktive Vorschläge, und nach 45 Minuten haben wir von Herrn Dr. Böhr etwas erfahren, aber nicht etwa das, was die CDU will, nein, wir haben nach 45 Minuten gehört, was mit der CDU nicht zu machen ist. Wir haben dreimal gehört: Wir sind gegen, wir sind gegen, wir sind gegen.

(Dr. Altherr, CDU: Das ist doch auch schon einmal etwas! – Bracht, CDU: Unsinn! Stuss!)

– Haben Sie denn nicht zugehört heute Morgen? Mit diesen drei Tabus, die Herr Böhr heute Morgen aufgezählt hat, hat er mehr als die Hälfte des Haushaltsvolumens abgedeckt. Da fragen wir uns: Wo wollen Sie denn noch eingreifen? Wo wollen Sie denn noch sparen?

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Wenn Sie uns wirklich die Hand reichen wollen, dann lassen Sie uns doch ohne Tabus an die wichtigen Fragen der Haushaltspolitik herangehen. Lassen Sie uns doch ohne Tabus an die Gestaltung der Zukunft unseres Landes herangehen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo sind denn Ihre Vorschläge?)

Also fragen wir uns jetzt: Wo wollen Sie eigentlich sparen? – Wir haben gedacht, der Oppositionsführer werde am Ende dazu kommen. Nach 55 Minuten hatten wir erneut ein Angebot zur Zusammenarbeit auf dem Tisch, das Sie soeben wiederholt haben. Dass eine große Volkspartei nicht im Maschinenraum arbeiten will, kann ich noch nachvollziehen. Aber wer den Kurs mitbestimmen will, muss auch sagen, wohin er möchte, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Sie haben heute noch nicht einmal einen Meter Wegstrecke gezeigt. Vielleicht gelingt es im Laufe der Beratungen, konstruktive Vorschläge von Ihnen zu hören.

Ich sage Ihnen, wenn wir solche konstruktiven Vorschläge hören, werden wir sie nicht von vornherein nur deshalb ablehnen, weil sie von Ihnen kommen. Aber erlauben Sie mir, dass wir heute auch darauf hinweisen, was bislang geschehen ist, auch ohne, dass wir von Ihnen gehört haben, was Sie wollen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Diese Regierung und die sie tragende Koalition hat gehandelt, meine Damen und Herren. Sie hat nicht erst mit der Vorlage des Nachtragshaushalts oder nicht erst im vergangenen Jahr gehandelt. Sie hat schon sehr früh Vorsorge getroffen, indem sie beispielsweise einen Pensionsfonds möglich gemacht hat. Schade, dass Herr Bischel nicht anwesend ist, der sich heute Morgen genötigt gefühlt hat, über die Zukunft der Pensionen und der Versorgung im öffentlichen Dienst zu reden. Das haben Sie in Ihrer langen Regierungszeit versäumt, meine Damen und Herren!

Diese Regierung hat regelmäßig Haushalte formuliert, die unter der Wachstumsmarge des Finanzplanungsrats bezüglich der Ausgabenseite lagen. Sie hat mit der Vorlage des Doppelhaushalts deutlich gemacht, dass es engere Finanzspielräume gibt und gleich eine globale Minderausgabe eingebaut, meine Damen und Herren. Sie hat natürlich auch im Haushaltsvollzug lange vor der Vorlage des Doppelhaushalts eine restriktive Steuerung angeordnet. Sie hat Bewirtschaftungsmaßnahmen und Haushaltssperren angeordnet.

(Bracht, CDU: Mit welchem Erfolg?)

Mit der Vorlage dieses Nachtragshaushalts zeigen die Regierung und die sie tragende Koalition Handlungsfähigkeit. Einerseits gestalten wir weiterhin die wichtigsten Politikfelder in diesem Land. Bildung, die Ganztagsschule, die Wissenschaft und die Flexibilität unserer Hochschuleinrichtungen sind Dinge, für die wir arbeiten und für die wir einstehen. Das können Sie noch so lange miesreden. Das sind Dinge, die für uns nicht apodiktisch tabu sind, sondern die für uns die Zukunftsthemen sind, die wir mit Erfolg gestalten, meine Damen und Herren.

Wenn Sie ständig das Lied der Kommunen singen, möchte ich Ihnen sagen, ich weiß nun wirklich, wovon ich rede.

(Dr. Weiland, CDU: Ja!)

 Ja, natürlich, Herr Dr. Weiland! Es wird wohl keiner Kommune in der Größenordnung so schlecht gehen wie der, aus der ich komme.

(Dr. Weiland, CDU: Ja, an der Sie mitgewirkt haben!)

und in der Sie seit Jahren schon die Oberbürgermeisterin stellen.

Meine Damen und Herren, wir behandeln unsere Kommunen besser als andere Länder. Wenn Sie versuchen, das, was wir in Übereinstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden auf den Weg gebracht haben, die Verstetigung der Finanzen über den kommunalen Finanzausgleich, kleinzureden, empfehle ich Ihnen einmal, ohne Fernsehkameras und ohne Journalisten mit Ihren Mandatsträgern und mit Ihren Funktionsträgern in den Rathäusern darüber zu diskutieren.

(Beifall der SPD – Zuruf des Abg. Rösch, SPD)

Weil wir aber wissen, dass damit allein die Probleme der Kommunen nicht gelöst werden können, sind wir natürlich bereit und bereiten uns in der Enquete-Kommission "Kommunen" intensiv darauf vor, eine langfristige Konsolidierung der Finanzmöglichkeiten der Kommunen in Angriff zu nehmen, wie dies auch auf Bundesebene in der Kommission "Gemeindefinanzreform" im Augenblick eingeleitet worden ist.

Meine Damen und Herren, aber dann geht mein Appell auch an die kommunalen Spitzenverbände. Dann muss man sich dort auch einmal um eine einheitliche lösungsvariante bemühen. Man muss sich dort bemühen,

in die gleiche Richtung zu ziehen. Wir haben gerade vor einigen Tagen in der Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses erlebt, dass die kommunalen Spitzenverbände sagen mussten, bei der Gestaltung der Gewerbesteuer seien sie sich nicht einig. Der eine Vertreter – übrigens mit Ihrem Parteibuch – forderte die Abschaffung der Organschaft, und andere Vertreter – mit Ihrem und mit unserem Parteibuch – sagten, dies sei der falsche Weg.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das sind aber ganz besonders spezielle!)

Man muss sich einmal darüber einig werden, in welche Richtung man gehen möchte und wie man die dadurch entstehenden Probleme lösen kann. Daher bitte ich Sie, sich dort, wo Sie Einfluss haben – dabei nehmen wir auch Ihre Hand gern entgegen –, entsprechend dafür einzusetzen.

Meine Damen und Herren, die Einigkeit der kommunalen Familie ist das eine. Das andere ist das, was wir an Haushaltskonsolidierung zu betreiben haben. Wir bekennen uns dazu, in einer geschichtlich einmaligen Situation, in der die Einnahmen über Jahre so weggebrochen sind, wie wir dies derzeit erleben, die Haushaltskonsolidierung konsequent durchführen. Dies darf aber nicht einseitig zulasten des Sozialabbaus geschehen.

Trotz eines mehr als erheblichen Einsparvolumens haben wir weiterhin eine hohe Investitionsquote. Auch wenn wir die Ausgaben für die Straßen unter dem ehemaligen Stichwort "Mobilitätsmilliarde" – damals waren es noch DM – zeitlich gestreckt haben, können wir sagen, in Verantwortung für das, was Auswirkungen in der Konjunktur auf die Arbeitsplätze und somit auf die Lebensqualität der Menschen in unserem Land hat, haben wir die Investitionsquote auf einem Spitzenplatz gehalten. Dies wollen wir auch weiterhin so ermöglichen.

Meine Damen und Herren, wir sind dabei, die schwierige finanzielle Lage konstruktiv und vernünftig zu meistern. Wir sind dabei, Leistungen und Einschränkungen gerecht und auf vielen Schultern zu verteilen. Wir muten vielen Menschen Betroffenheiten zu – das wissen wir –, aber wir verlieren nicht die Handlungsfähigkeit und den Gestaltungswillen.

Wir werden im Rahmen der jetzt beginnenden Beratungen sicher nicht vom Grundsatz der zu verfolgenden Konsolidierungslinie abweichen können, aber wir werden uns einzelne Regelungen zum Beispiel im Personal- und Finanzhilfebereich genau anschauen und, wie es Joachim Mertes richtigerweise formuliert hat, Plausibilitätsprüfungen vornehmen müssen.

Im Unterschied zur konservativen Mehrheit über dem Rhein in Hessen wollen wir aber ganz klar und ganz konsequent an einer Frage arbeiten, nämlich an der Verfassungsmäßigkeit unseres Haushalts. Meine Damen und Herren, wir gestalten und konsolidieren. Wir investieren zukunftssicher. Wir wollen sozial gerecht austarieren. Mit dieser Zielsetzung werden wir in die

Beratungen gehen. Dazu hat uns die Regierung eine gute Vorlage geliefert.

Der Finanzminister, der Ministerpräsident und das ganze Kabinett haben in schwieriger Zeit ihre Pflicht ernst genommen. Wir werden dies jetzt und notfalls auch gegen Ihre populistischen Aufschreie fortsetzen.

Wenn allerdings Ihre ausgestreckte Hand mit Inhalten gefüllt ist, dann werden wir darüber reden. Wir werden dann darüber reden wollen. Wir werden gespannt sein, was wir in Zukunft von Ihnen hören werden. Die letzten drei Haushaltsberatungen in diesem Haus haben immer Kritik gezeitigt, nie aber einen konkreten Vorschlag.

(Bracht, CDU: Ach, reden Sie doch nicht so ein Zeug!)

Wir werden uns bemühen zu hören, ob wir etwas Konkretes von Ihnen wahrnehmen können.

Ich danke Ihnen herzlich.

(Beifall der SPD und der FDP)

# Vizepräsident Dr. Schmidt:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Braun das Wort.

## Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, man kann in einer solchen Debatte nicht zur Tagesordnung übergehen, wenn sich der Ministerpäsident dieses Landes, Herr Kurt Beck, so dargestellt hat, wie er es getan hat, nämlich als jemand, der blindwütig um sich schlägt und versucht, jenseits dessen, was reale Argumente sind, zu treffen, wen er treffen kann.

Dies zeigt zum einen die Schwäche dieser Landesregierung und die Nervosität. Es zeigt zum anderen aber auch, dass ihm die Argumente ausgegangen sind.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Staatsminister Zuber: Das war eine gute Rede!)

Ich möchte dies noch einmal belegen, Herr Beck. Es ist falsch, wenn Sie so tun, als wären Sie der einzige FCK-Fan in diesem Land und würden das Fähnchen überall schwingen. Es ist vielleicht richtig, dass Sie das machen. Dass Sie aber dann sagen, die anderen hätten dazu kein Recht, das ist nicht richtig.

(Hartloff, SPD: Das hat so überhaupt niemand gesagt! – Ministerpräsident Beck: Das habe ich nicht gesagt!)

Das ist eine Art und Weise, mit der Sie anderen etwas unterstellen, was nicht den Tatsachen entspricht. Unter-

stellungen vom Ministerpräsidenten können wir hier nicht brauchen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt Beifall bei der CDU – Hartloff, SPD: Lesen Sie einmal Ihre Presseerklärungen zum FCK!)

– Wir kennen unsere Presseerklärungen zum FCK. Wenn Sie sie aufmerksam gelesen hätten, Herr Hartloff, wenn Sie einwerfen, dass wir sie lesen sollten, dann hätten Sie gemerkt, dass wir kritisch dagegenstehen, dass Mittel blindlings einem Unternehmen – ich spreche bewusst von einem Unternehmen, einem Verein dazu – gewährt werden, das in der letzten Zeit schlecht gewirtschaftet hat.

Ich komme nun auf Ihren Vergleich zurück, den Sie selbst genannt haben, Herr Ministerpräsident. Wenn dies nun eine Firma wäre, die Hausschuhe fabriziert – so hatten Sie es gesagt –, dann hätten Sie schon lange Abstand davon genommen, diese Firma zu unterstützen, wenn sie ihrem Geschäftsführer überhöhte Gehälter gezahlt hätte, wenn sie am Finanzamt vorbei Löhne gezahlt hätte usw. und wenn sie so agiert hätte, wie jetzt die Spitze des FCK agiert hat.

Wir haben jetzt bestimmt alle gemeinsam die Hoffnung, dass der FCK saniert werden kann, die Fußball-WM in der Pfalz stattfinden kann und der FCK auch in der Bundesliga bleibt. Es ist eine Unterstellung zu sagen, dass die, die kritisch anschauen, wohin die Gelder dieses Landes, also die Steuergelder der Fans des FCK fließen, nicht ernsthafte Fußballfans sein können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Creutzmann, FDP: Das ist nicht zu überbieten! – Weitere Zurufe im Hause)

Ich sage ganz bewusst, das ist eine fiese Masche.

(Creutzmann, FDP: Sie haben eine fiese Masche, Herr Dr. Braun!)

 Auf diese fiese Masche lassen wir uns nicht ein, Herr Creutzmann.

> (Hartloff, SPD: Wie heißt das mit dem Biedermann und dem Brandstifter?)

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen. Wenn wir eine Hausschuhfabrik in der Pfalz in Kaiserslautern hätten und ein Mitglied der Landesregierung wäre dort im Aufsichtsrat, dann würden wir genauso wie beim FCK agieren. Wie viele Hausschuhfabriken haben Sie denn, in denen Aufsichtsräte aus der Landesregierung kommen? Herr Ministerpräsident, Sie tun hier doch so, als wäre Normalität angesagt, obwohl die Normalität schon lange verlassen ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte ein allerletztes Wort zu dem Thema sagen, weil ich dies wirklich als Verhöhnung derjenigen empfin-

de, die sich tatsächlich ernsthaft und mit Herzblut für den FCK einsetzen.

(Pörksen, SPD: Jetzt werden Sie nicht noch unverschämt!)

Sie sagen, es gebe Kinder - natürlich gibt es diese-, die als Fan des FCK jeden Cent sammeln, damit dieser 1. FCK in der Ersten Bundesliga bleiben kann, damit dann auch in diesem Stadion die Weltmeisterschaft ausgerichtet werden kann. Was bedeutet das denn? Es ist doch Betrug an diesen Kindern und Fans, wenn diese Gelder veruntreut werden oder wenn diese Gelder an der Steuerkasse vorbei gezahlt werden. Das muss man doch ansprechen dürfen. Dann können Sie sich nicht davorstellen und sagen: Wer hier meinen FCK angreift, für den ich allein als Ministerpräsident bei Erfolgen und auch bei Misserfolgen verantwortlich bin - denn dann stellen Sie sich auch davor -, der begeht ein sakrosanktes Vergehen. Das kann nicht sein. Wir alle haben in der Politik die Aufgabe, auf Veruntreuung von Geldern aufmerksam zu machen, wenn also Landesgelder in die falschen Kassen fließen. Genau das machen wir. Das macht Frau Thomas, und das machen auch die anderen, die diese Politik ernst nehmen wollen.

> (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hartloff, SPD: Nur aufmerksam gemacht!)

- Wir haben darauf aufmerksam gemacht, Herr Hartloff.

Die nächste Sache, die der Ministerpräsident vorgetragen hat, war, dass die GRÜNEN gefordert hätten, über 1,2 Milliarden Euro mehr auszugeben.

(Ministerpräsident Beck: Ja!)

Sie haben uns noch nicht die Liste gegeben. Diese hätte ich einmal gerne. Sie haben darauf hingewiesen, wir würden 300 Lehrer mehr fordern.

(Ministerpräsident Beck: Alles öffentlich nachgefordert!)

Wir haben festgestellt, dass seit Jahren 300 Lehrer in den Berufsschulen fehlen. Wissen Sie, welche Zahlen das sind? Wir haben Ihre Bildungsministerin gefragt, wie der Stand der Lehrkräfte an den Schulen ist. Wir haben dies genauso wie die Gewerkschaft gemacht, die genau das Gleiche festgestellt hat. Sie hat festgestellt, 300 Lehrer fehlen. Die Ministerin hat dies auf eine Kleine Anfrage hin festgestellt. Wir haben diese Kleine Anfrage veröffentlicht, wie es unsere Pflicht und unser Recht ist. Dann können Sie hier nicht sagen, wir hätten in irgendeinem Antrag gefordert, dass wir die Ausgaben dieses Landes erhöhen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ministerpräsident Beck: Öffentlich gefordert!)

- So geht es nicht, Herr Ministerpräsident.

(Dr. Schmitz, FDP: Herr Dr. Braun, so auch nicht!)

Wenn Ihre Ministerin feststellt, dass 300 Lehrer fehlen, dann können Sie auch genauso sagen, meine Ministerin hat im Kabinett gefordert, sie bräuchte 300 Lehrer mehr. Natürlich muss sie das fordern; das ist ihre Pflicht. Das heißt aber doch nicht, dass wir Forderungen gestellt hätten, die nicht gedeckt sind. Wir haben das bisher nie gemacht.

(Creutzmann, FDP: Über 1 Milliarde Euro!)

Ich kann Ihnen sagen, was Sie auch wissen, jeder Haushalt in den letzten sieben Jahren, den wir vorgelegt haben, zumindest solange ich Mitglied in diesem Landtag bin, war einhundertprozentig mit Minderausgaben in anderen Bereichen gedeckt,

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es stimmt, was er sagt! – Ministerpräsident Beck: Alles öffentlich gefordert!)

ganz im Gegenteil zu dem, was Ihr Kollege Bauckhage hier macht.

(Ministerpräsident Beck hält eine Liste hoch)

 Herr Ministerpräsident, das, was Sie hochhalten, ist die schlampige Arbeit Ihrer Staatskanzlei, aber nicht unsere Presseerklärung.

(Ministerpräsident Beck: Alles Ihre Presseerklärung vom 15. März!)

- Nein, das ist nicht unsere Presseerklärung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lesen Sie es doch einmal. Jetzt kommen Sie nachher noch einmal hierher und sagen bitte, dass unsere Forderungen nicht im Haushalt gedeckt waren. Sie werden erleben, dass auch die nächsten Forderungen im Haushalt, die wir stellen, gedeckt sind, ganz im Gegenteil zu dem, was Ihr stellvertretender Ministerpräsident, Herr Bauckhage, macht. Im Haushalt seines Wirtschaftsministeriums sind die Positionen nicht gedeckt. Das ist das Problem, Herr Ministerpräsident.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Herr Creutzmann, Sie kommen noch dran. Sie können mir dann erklären, warum das nicht so sein soll.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die globale Minderausgabe im Haushalt 08, also im Haushalt von Minister Bauckhage, unter dem Kapitel 0801 Titel 549 01 in Höhe von 10.363.100 Euro erhöht die globale Minderausgabe, die schon 11 Millionen Euro betragen hat, auf 21 Millionen Euro insgesamt.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Das ist natürlich ein schöner Haushaltstrick. Das hat die CDU früher auch gemacht, und Sie haben sie dafür geprügelt. Ich kann überall fordern, globale Minderausgaben anzusetzen. Das heißt, ich mache als Minister keine konkreten Vorschläge, sondern sage, ich werde schon sehen, wo ich das Geld einspare. Meine Damen und Herren, das kann doch nicht sein, dass von der Opposition gefordert wird, auf Heller und Pfennig, auf jede Mark, auf jeden Euro, auf jeden Cent genau müssen die Vorschläge gemacht werden, und der stellvertretende Ministerpräsident hat 25 Millionen Euro ungedeckt in seinem Haushalt angeblich eingespart.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und der Finanzminister!)

Ich komme zum nächsten, dem Mittelstandsförderungsprogramm, minus 9,5 Millionen Euro. Es ist ein bisschen mehr, aber ich sage es grob, minus 9,5 Millionen Euro. Das wird an die ISB geschoben. Ist das gedeckt, wenn ich sage, da habe ich noch eine Sparkasse, die ich plündern will, und dann gebe ich meine Ausgaben an die Sparkasse weiter, die es dann machen soll. Das ist doch nicht gedeckt. Das ist doch kein Sparvorschlag. Das ist eine Trickserei. Wenn man an den Wähler oder den Steuerzahler denkt, muss mansagen, das ist Betrug am Steuerzahler, so zu handeln, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

9,5 Millionen Euro. Am Schluss zähle ich die Millionen zusammen. Herr Creutzmann, dann verteidigen Sie einmal das Handeln dieses Ministers.

Ich komme zur Technologieförderung in privaten Unternehmen, minus 3,3 Millionen Euro. Das ist auch an die ISB weitergegeben. Die ISB, die Investitions- und Strukturbank von Rheinland-Pfalz, muss also dann alles zahlen, was der Minister im Moment nicht einsparen kann, weil er nicht findet oder nicht suchen lässt, wo Einsparmöglichkeiten sind. Meine Damen und Herren, da kommen noch einmal 3,3 Millionen dazu.

Der nächste Punkt sind Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation unter Berücksichtigung des EU-Strukturfonds. Man muss sich das einmal vorstellen, in der jetzigen Lage, in der es massive Schwierigkeiten auf dem Ausbildungsmarkt gibt, in dem viele Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden, sparen Sie wiederum zwei Millionen Euro in diesem Jahr bei der Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation ein. Natürlich wird das wieder über die ISB gedeckt. Das heißt, es ist unseriös, was Sie hier vorlegen.

Inzwischen sind wir schon bei minus 35 Millionen Euro, die ungedeckt in einem einzigen Haushalt eingespart werden.

Ich will Sie nicht langweilen, aber ein bis zwei Punkte muss ich noch aufzählen, nämlich die Förderung von Maßnahmen in zukunftsorientierten Schlüsseltechnologien auch unter Berücksichtigung von EU-Fördergeldern, minus 3 Millionen Euro. Das heißt nicht nur, dass wir diese Gelder einsparen, das heißt, wir verzich-

ten auch noch auf EU-Mittel, die uns dazugegeben würden. Saldomäßig haben wir also Einnahmen weniger und haben deswegen auch Sparmaßnahmen weniger. Insgesamt sind wir nun schon bei fast minus 40 Millionen Euro.

Dann gehe ich noch einmal zur Technologieförderung in privaten Unternehmen. Das sind weitere 3,3 Millionen Euro, sehr geehrter Herr Bauckhage. Wir kommen im landwirtschaftlichen Bereich noch zu dem größten Hammer, nämlich 12 Millionen Euro. Da werden genauso wie im Wohnungsbaubereich bei den Sozialwohnungen einfach Erlöse aus der Veräußerung von landwirtschaftlichen Darlehen genommen. Das heißt, das sind Darlehen, die Sie eigentlich zurückbekommen sollen; die haben Sie sozusagen vorher schon verkauft, verpfändet oder angerechnet.

Meine Damen und Herren das ist nicht eingespart, das ist getrickst. Sie leben von der Substanz. Wenn das ein mittelständisches Unternehmen machen würde, dann würde man sich an den Kopf fassen und sagen, sie können doch nicht über Jahre vom Eigenkapital leben. Herr Creutzmann, vielleicht sagen Sie nachher etwas dazu.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, Sie aber leben von ungedeckten Schecks und von dem Eigenkapital und dem Ersparten, dass Sie aufzehren. Sie werden in den nächsten Jahren so nicht weiter machen können, sondern Sie müssen dann Konkurs anmelden.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich möchte aber auch noch einmal auf die Bundespolitik zu sprechen kommen. Von Herrn Böhr ist vieles, von der SPD leider weniges zur Bundespolitik gesagt worden. Man kann nämlich Gutes von der Bundespolitik sagen. Wir haben in diesem Land Rheinland-Pfalz gute Chancen dadurch, dass es vonseiten der Bundesregierung Fördergelder gibt. Das glaube ich ehrlich. Frau Ministerin Ahnen, Sie haben das letzte oder vorletzte Woche verkündet. Es werden die 4 Milliarden Euro über die vier Jahre für die Ganztagsschulen ausgezahlt. Das ist ein Pfund, mit dem man wuchern kann. Das ist eine Investition in Bildung, um die Bedingungen für Bildung herzustellen und für die Schulen zur Verfügung zu stellen. Das kann man nicht einfach unter den Tisch reden. So etwas gab es noch nicht. Das ist etwas Neues. Da muss auch die CDU anerkennen, dass von der Bundesregierung Mittel kommen, die diesem Land helfen können, in die Zukunft zu blicken und die Zukunft dann auch zu bewältigen, meine Damen und Herren.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht sagt es die SPD hier nicht so laut, weil wir wissen, dass es hauptsächlich die GRÜNEN in der Bundespolitik durchgedrückt haben. Aber wir sagen, Bildung ist eine Investition. Sie sagen immer noch, Straßenbau wäre die Investition. Wir sagen, Bildung ist die Investition in die Zukunft.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Deswegen ist es wichtig, dass uns die Bundesregierung in diesem Punkt unterstützt.

Nicht nur bei der Bildung, sondern auch bei der Sanierung von Altbauten gibt es Fördermittel für die Landesebene bzw. natürlich für alle Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Auf der Landesebene sollte das ausgenutzt werden. Wir haben noch vor wenigen Monaten diese Mittel, die es für die Altbausanierung gibt, bundesweit um 160 Millionen Euro jährlich erhöht. Wir haben ein Förderprogramm, wie es selten der Fall war. Das ist ein Förderprogramm für den Mittelstand, für das Handwerk. Das Förderprogramm entspricht auch ökologischen Kriterien. Man kann nicht sagen, wir würden nichts für den Mittelstand, für die kleinen und mittleren Unternehmen in Rheinland-Pfalz und für das Handwerk tun. Wir tun etwas für die Handwerker. Die FDP und ihr Vorsitzender Brüderle schwätzen nur darüber.

#### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben – das hat auch der Fraktionsvorsitzende der SPD festgestellt bzw. der Finanzminister hat es gestern festgestellt – in Deutschland ein Niedrigsteuerland. Das mag zunächst einmal höhnisch klingen, weil sich alle beschweren, wir müssten zu viel Steuern zahlen. Tatsächlich ist es so, dass in Deutschland 21,7 % Steuern vom Bruttoinlandsprodukt 2001 gezahlt wurden. Spanien mit 22,6 % liegt ein wenig darüber. Italien liegt bei 29 %, Frankreich auch bei 29 % und Großbritannien bei 31 %.

(Ministerpräsident Beck: 2002 20,77 %!)

 Noch gesenkt, aber natürlich nicht beabsichtigt – das muss man dazu sagen –, sondern aufgrund der schwächelnden Konjunktur zum Teil.

Man muss klar sagen, wir haben nicht das Problem, dass wir eine zu hohe Steuerquote haben. Wenn wir das feststellen, dann müssen wir auch feststellen, dass wir die Abgaben senken müssen. Ich glaube, da sind wir uns einig. Meine Damen und Herren, wir können ein Schaulaufen machen, wer es besser macht. 40 % war die Zielmarge. Manche wollen noch weitergehen. Wir sind nicht bei den 40 % an einer Quote von Abgaben und Steuern gemeinsam, aber wir wollen dahin. Die Bundesregierung wird ihren Teil dazu unternehmen. Die Bundesregierung hat im Moment die Vorschläge. Die Vorschläge zur Rentenreform und zur Gesundheitsreform werden demnächst kommen. Wir hören von der CDU keine Alternative dazu. Das muss man einmal klar feststellen. Von der FDP hört man auch nichts. Das heißt, diejenigen, die immer nur daran herumkritisieren, dass die Abgabenlast zu hoch ist, haben die Abgabenlast doch erst geschaffen. Sie haben damals unter Kohl die Abgabenlast so weit erhöht. Sie von der FDP haben sie natürlich auch mit erhöht.

(Dr. Schmitz, FDP: Ökosteuer habt Ihr eingeführt, Herr Dr. Braun!)

Herr Dr. Schmitz, Sie geben mir das Stichwort. Natürlich, ökologische Steuerreform. Jetzt sind wir dabei, einmal klar festzustellen, wir müssen die Lohnneben-

kosten senken. Was tun wir mit der ökologischen Steuerreform? Wir senken die Lohnnebenkosten um mehr als 1 %.

(Dr. Schmitz, FDP: Mit hohen Anforderungen!)

Das müssen Sie dann entweder anerkennen oder sagen, die Tatsachen interessieren Sie nicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Wir haben die Energieressourcen dadurch natürlich belastet bzw. besteuert. Genau das war der Effekt. Punkt eins, es ist erfolgreich, der Ressourcenverbrauch geht zurück. 4 % weniger Benzinverbrauch im letzten Jahr ist festzustellen. Punkt 2, wir haben die Lohnnebenkosten gesenkt.

Das haben Sie von der FDP 30 Jahre nicht hingekriegt, und jetzt können Sie noch weitermachen und sagen: Wir müssen aber Steuern senken. –

(Creutzmann, FDP: Herr Braun!)

– Herr Creutzmann, wenn ich wirklich das sehe, was Ihr Landesvorsitzender, Herr Brüderle, fordert: Am 12. Februar hat Herr Brüderle ein Interview im SWR-Radio gegeben, wir müssen jetzt sofort die Lohnsteuer um 10 % senken. 10 % sofort könnte die Bundesregierung ohne die Länderkammer machen. Es sei noch nicht einmal ein Gesetz notwendig. Man kann das per Verordnung machen. "Machen wir sofort, müssen wir sofort machen", war die Forderung von Herrn Brüderle am 12. Februar in einem Radiointerview.

Am gleichen Tag gab es eine Pressemitteilung von Herrn Brüderle: "Deutschland darf nicht zum Totengräber des Stabilitätspakts werden". Gleichzeitig die Ausgaben kürzen und die Einnahmen senken kann wirklich nur Herr Brüderle.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Er kann es ja nicht! Er verkündet es nur!)

Das kann vielleicht die FDP. Das kann auch Ihr Koalitionspartner nicht. Fragen Sie den doch einmal. Fragen Sie den Finanzminister. Der ist an dieser Stelle nun wirklich ernst zu nehmen. Sie haben die Kampagne zu früh gestartet. Sie sind jetzt schon beim Faschingfeiern.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben auch nicht den Mut – das hat man im Haushalt von Herrn Bauckhage gesehen –, genau zu sagen, wo Sie sparen.

(Schweitzer, SPD: Sie haben den Mut! Sie sind der Mutige!)

Die Sozialministerin sagt genau, wo sie spart. Die Bildungsministerin ist zum Glück weitgehend verschont, aber da, wo sie spart, sagt sie es auch genau. Die anderen Minister sagen auch ganz genau, wo sie einsparen können.

(Dr. Schmitz, FDP: Herr Braun, das ist das Problem!)

Diese Pauschaleinsparungen, diese Mutlosigkeit gegenüber dem Klientel, haben nur die FDP und nur die FDP-Minister, meine Damen und Herren. Ich glaube, das richtige Etikett – ich glaube, es war nicht das richtige Etikett, das genannt wurde, aber er hat es sich selbst gegeben, Herr Kuhn, für die FDP, dass er ein aufrichtiger Sparer wäre; nein, das ist er nicht, – für die FDP ist – ich möchte keine Alkoholwerbung machen, aber das richtige Etikett wäre es – "Kleiner Feigling".

(Schweitzer, SPD: Sie sind von Sherwood Forest!)

Wenn Sie hier nie sagen, wo Sie einsparen, wenn Sie hier immer nur sagen, wir müssen Steuern senken und wir müssen die Konjunktur ankurbeln, und Sie sagen nicht, wie Sie das machen wollen, dann sind Sie feig vor Ihrem Wähler, und dann sind Sie auch zu feig, hier ehrlich mit zu diskutieren. meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Sie haben in Ihrem Haushalt – ich will gar nicht noch einmal auf den FCK zu sprechen kommen; da geht es "nur" um 40 Millionen Euro – seit zehn Jahren einen Titel, der heißt – er heißt nicht so, aber er bezieht sich darauf – "IMM", Institut für Mikrotechnik.

(Schmitz, FDP: Wie heißt er?)

Wir haben das letzte Mal im Ausschuss nachgefragt. 90 Millionen Euro hat uns – "uns" heißt hier nicht die Abgeordneten, sondern die Steuerzahler in Rheinland-Pfalz – dieses Institut – von Herrn Brüderle ins Leben gerufen – gekostet.

(Frau Morsblech, FDP: Jetzt solidarisieren Sie sich mit den Steuerzahlern!)

Was hat es gebracht? Es hat so gut wie gar nichts gebracht. Nach wie vor müssen wir weiter fördern. Wir haben gefragt, wie es die nächsten Jahre weitergeht: 4 Millionen Euro im nächsten Jahr und dann auch weiterhin Förderung, weil dieses Institut ohne Förderung nicht laufen kann? Ist das liberale Wirtschaftspolitik?

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da müssten Ihnen doch die Haare zu Berge stehen, Herr Creutzmann!)

Ist das Wirtschaftspolitik, die verantwortbar ist? Wir sagen, das ist keine verantwortliche Wirtschaftspolitik. Das sind Dauersubventionen. Dauersubventionen dürfen im Haushalt nicht stattfinden. Zumindest war das früher auch immer Ihr Credo, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben auch Vorschläge gemacht, und die werden demnächst bestimmt auch in der Bundesregierung noch einmal diskutiert werden, wie wir die Bürokratie abbauen können. Da kommt natürlich Herr Böhr, der Fraktionsvorsitzende der CDU, mit einem Gutachten aus dem Jahr 1994. Ein neueres hat er wahrscheinlich nicht gefunden. 1994 kann man zumindest nicht der rotgrünen

Bundesregierung die Gesetzgebung anlasten. 1994 wurde also ein Gutachten vom Umweltministerium in Auftrag gegeben, das 15.000 DM gekostet hat und das nicht sehr erhellend war. Das geben wir alle zu. Es war vielleicht auch nicht notwendig. Es war gesetzlich so vorgeschrieben. Wir können darüber reden, ob das in Zukunft so sein muss.

Aber diese 15.000 DM damals und auch die weiteren Gutachten, die Sie im Umweltbereich einsparen können, werden Sie nicht vor der lahmenden Konjunktur retten. Sie sind vielleicht ein kleines Bausteinchen. Auch darüber wollen wir mit schauen, ob das besser oder schneller gemacht werden kann und ob auch in dem Fall entbürokratisiert werden kann.

Meine Damen und Herren, die retten aber doch die Wirtschaft nicht. Das wissen Sie doch auch alle. Diese 15.000 DM, wenn wir diese Gutachten nicht machen würden, retten doch niemanden. Sie retten manchmal vor Fehlinvestitionen. Das muss man nämlich auch sehen. Stellen Sie sich vor, wir hätten keine Gutachten und keine Klagen beim B-50-Hochmoselübergang. Was wäre denn, wenn dann im Nachhinein, wenn keine Umweltverträglichkeitsprüfung gemacht worden wäre, ein Gericht festgestellt hätte, dass das so nicht zulässig gewesen wäre?

## (Zurufe von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die Dinge sind manchmal auch sinnvoll. Aber gehen Sie denn mit, wenn wir unsere Vorschläge bringen – die werden wir bringen –, dass beispielsweise, um junge Unternehmer zu unterstützen, um junge Unternehmen zu fördern, die Zwangsmitgliedschaft bei der Industrie- und Handelskammer abgeschafft werden soll? Davor stehen Sie doch immer und schreien. Ich bin gespannt, ob Sie da bei der Entbürokratisierung und bei der Entlastung –

(Creutzmann, FDP: Null Ahnung! Null Ahnung haben Sie! Das ist bereits heute der Fall!)

- Nur die ersten vier Jahre, Herr Creutzmann.
- mitmachen, wenn wir sagen, es braucht nicht unbedingt einen Meisterbrief, um eine Firma zu gründen. Das sind zwei Punkte: Meisterbrief und IHK-Zwangsmitgliedschaft. Da können Sie einmal mitmachen.

(Creutzmann, FDP: Natürlich! Qualität!)

Herr Creutzmann, damit Sie nicht so unqualifiziert hier durch die Gegend brüllen müssen, zitiere ich: "Der BJU"
 das ist der Bundesverband Junger Unternehmer – "ermutigt die Bundesregierung insbesondere im Interesse von Gründern und angesichts der vielen offenen Unternehmensnachfolgen, die Selbstständigkeit im Handwerk ohne Meisterbrief zu ermöglichen. Hier hätte sie wie bei der Abschaffung der IHK-Zwangsmitgliedschaft unsere volle Unterstützung".

Das ist eine Pressemitteilung – "Presseinformation" steht darüber – vom Bundesverband Junger Unternehmer. Es mag sein, dass die alle ahnungslos sind. Nur Sie haben

Ahnung, Herr Creutzmann. Aber wir sagen, wenn die das fordern, lassen Sie uns darüber reden. Wir schaffen diese Behinderungen und diese Bürokratie ab. Dann haben wir auch bessere Chancen für Start-ups. Dann können die jungen Unternehmer auch besser arbeiten, meine Damen und Herren.

(Hartloff, SPD: Wenn Sie den Meisterbrief nur unter dem Gesichtspunkt der Behinderung diskutieren wollen!)

 Ach, Herr Hartloff. Das steht doch als Vorschlag 2 auf dem Masterplan aus dem Bundeswirtschaftsministerium.

(Hartloff, SPD: Ja, das haben Sie wohl so gesagt!)

- Wenn Sie den noch nicht gelesen haben.

(Hartloff, SPD: Sie haben es eben unter diesem Vorzeichen diskutiert! Man könnte es vielleicht unter Qualifikation diskutieren!)

 Mein Gott, genau unter diesem Vorzeichen steht es im Wirtschaftsministerium der Bundesregierung bei Ihrem SPD-Minister Clement. Genau daher habe ich diesen Vorschlag.

(Hartloff, SPD: Ich habe Ihre Wortwahl eben angegriffen, nichts sonst!)

Nein. Clement wird diesen Vorschlag – – –

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

- Jetzt hören Sie doch einmal zu, vielleicht lernen Sie

(Schweitzer, SPD: Ausgerechnet von Ihnen, Sie Gurkenschneider! – Pörksen, SPD: Allenfalls, wie man Gurken schneidet!)

Minister Clement wird diesen Vorschlag unter der Überschrift "Masterplan Entbürokratisierung" einbringen. Wenn Sie es noch nicht wissen, lesen Sie es vielleicht einmal nach.

(Hartloff, SPD: Vielleicht könnten Sie überlegen, welche Perspektive Sie einer Diskussion geben!)

Meine Damen und Herren, um die Perspektiven hier weiter zu beleuchten, die auch von der Bundesebene in Rheinland-Pfalz aufgegriffen werden können, möchte ich nur zwei Dinge ansprechen, nämlich die Förderung der Geothermie – sehr wichtig im südlichen Landesteil, sehr wichtig für die Pfalz –, die Förderung von Erdwärme, also die Gewinnung von Strom aus Erdwärme. Das wird unterstützt von der Bundesregierung durch das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz, auch die erhöhten Fördersätze, die es im Herbst geben wird. Wir waren vor kurzem in Berlin und haben dort noch einmal mit der zuständigen Staatssekretärin gesprochen. Sie hält das auch für unterstützenswert, ähnlich wie natürlich hier die

Ministerin und der Bundesumweltminister. Ich glaube, solchen neuen Dinge müssen Sie sich auch von der Landesregierung, vielleicht auch von den sie tragenden Fraktionen öffnen, auch wenn Sie noch nichts von neuen Dingen wissen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hartloff, SPD: Oje! Geht es nicht noch ein bisschen platter?)

Dann haben wir noch die Förderung der Windkraft. Ich weiß, davon wollen auch viele nichts hören, aber mich schreiben viele Bürgermeister an, die gern ein Windkraftwerk auf ihrem Gebiet, in ihrer Verbandgemeinde, aufstellen würden.

(Pörksen, SPD: Was, die schreiben Sie an?)

Sie bitten mich, der Landesregierung mitzuteilen, dass solche Dinge gut für die Gemeinde wären, sie aber rechtlich im Moment untersagt werden. Wir haben da Chancen einer Wertschöpfung auf dem Land.

Der dritte Punkte ist – dagegen hat die FDP übrigens schon immer geschossen, nicht hier vor Ort, nicht hier im Haus, sondern in jedem einzelnen Ort kommt dann die FDP und sagt, gegen Windkraft sind wir –, hier haben Sie den Antrag für eneuerbare Energien mitgetragen. Das trifft nicht nur die CDU, das trifft Sie genauso, meine Damen und Herren von der FDP.

(Creutzmann, FDP: Wieder eines Ihrer Märchen! Brauns Märchenstunde!)

Wir haben im ländlichen Raum außerdem die Chance durch die Förderung der "kleinen" Biomasse, dass Landwirte Biomasse vergären können und sie Strom daraus gewinnen können.

Diese Unterstützung soll im Herbst oder Anfang nächsten Jahres ansteigen, das heißt, wir tun etwas für den ländlichen Raum, für die Stabilisierung, nicht wie diese 1.850 Berater, die genannt wurden. Wir tun etwas, damit sich Landwirtinnen und Landwirte auf eigene Füße stellen, selbst weiterplanen und wirtschaften können und ihr Auskommen für die nächste Zeit garantiert ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss nur einmal umrechnen. Wenn wir diese 1.850 Berater – die Zahl kommt nicht von mir; die Zahl kommt von Herrn Mertes – für 18.500 Landwirte nicht hätten und würden das Geld direkt auszahlen, dann wäre den Landwirten vielleicht manchmal noch mehr geholfen. Aber das ist nur eine grobe Rechnung.

Meine Damen und Herren, katastrophal ist die Situation in den Kommunen. Das hat niemand bestritten. Aber wenn Herr Ramsauer über die Fairness in den Kommunen diskutiert, dass das Land den Kommunen gegenüber fair sei, dann muss man auch erwähnen, dass die Bundesregierung einen sehr guten Plan hatte, nämlich die Abschaffung der Organschaft, um den Kommunen mehr Geld in den kommunalen Säckel, in die kommunalen Haushalte zu spülen. Das haben wir nach harten

und langen Verhandlungen auf Wunsch des Städtetags in Berlin umsetzen können. Was passiert dann? Eine Koalition aus SPD vor Ort, aus CDU aus Ludwigshafen und aus der BASF aus Ludwigshafen pilgert nach Berlin und kippt dieses Gesetz.

Meine Damen und Herren, ich glaube – das hat Herr Seefeldt ganz klar gesagt –, das ist nicht zum Wohl der Kommunen. Die meisten Kommunen – man müsse dies noch einmal nachrechnen, so in der Anhörung – hätten positive Effekte davon, wenn die Organschaft abgeschafft würde.

(Hartloff, SPD: Welch' Wunder: Es gibt unterschiedliche Interessen!)

– Es gibt unterschiedliche Interessen. Da sollten Sie in Ihrer Fraktion gemeinsam vorgehen können, dass die meisten etwas davon haben, und nicht, dass es Partikularinteressen gibt, die sich durchsetzen, und die anderen "gucken in die Röhre".

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

– Herr Schweitzer, lesen Sie doch nur einmal die Zeitung. Ihr Parteikollege Zeiser, Kämmerer in Ludwigshafen, hat gesagt, die GRÜNEN haben sich bis zuletzt dagegen gewehrt. Das hat er in der Zeitung so verkünden lassen, um die GRÜNEN schlecht zu machen. Jetzt machen sie es schon wieder anders. Die GRÜNEN hätten direkt zugestimmt.

(Schweitzer, SPD: Das ist in der Reformkommission, wo es hingehört!)

Es ist doch ein Kompromiss. Was sollen wir denn machen? Natürlich muss man Kompromisse eingehen. Herr Schweitzer, es ist die Mehrheit der SPD, die das so wollte. Also informieren Sie sich bitte etwas gründlicher.

Die Kommunen haben im Moment keine Perspektive. Es geht darum, Investitionskraft in den Kommunen neu zu generieren, das heißt, wir können mit den Kürzungen, die im Haushalt vorgelegt wurden, auf Dauer nicht leben. Wir brauchen auch mehr Geld für die Kommunen und in den Kommunen. Deswegen kann man die Regierung auch nur bitten, alle Maßnahmen, die auf Bundesebene getroffen werden, die den Kommunen eine sichere Einnahmenquelle geben, zur Verfügung zu stellen. Alle Maßnahmen, die in der Finanzkommission zugunsten der Kommunen laufen, sind zu unterstützen und nicht zu blockieren, wenn die Kommunen ihre Stellung, ihre Einnahmenposition verbessern könnten und nicht dauernd neue Ausgaben von Landesseite und – ich muss dies natürlich sagen – auch manchmal von Bundesseite zu tätigen haben.

Meine Damen und Herren, wir haben in den nächsten Wochen und Monaten noch eine Diskussion darüber, wie die einzelnen Kürzungen und Vorschläge in den Haushalten auszusehen haben. Wir haben ganz wenig Spielraum. Wir stehen mit dem Rücken zur Wand. Wenn wir als GRÜNE ehrliche Vorschläge machen wollen – das werden wir machen –, dann heißt das, wir wollten die Neuverschuldung nicht erhöhen. Wir können sie

auch nicht erhöhen; denn sie ist sozusagen schon am Anschlag. Das heißt, es müssen harte Einschnitte in bestimmten Bereichen gemacht werden. Wir sagen, beispielsweise im Bereich des Straßenbaus – sie wissen das –, aber auch in anderen Bereichen, damit – –

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Herr Beck, Sie haben mit diesen Hochwassermaßnahmen die investiven Mittel auch irgendwie getrickst. Von daher glaube ich, wenn wir darüber diskutieren, was investive Mittel sind – – Sie kippen da auch immer wieder. Müssen wir Bildungsinvestitionen in Zukunft als Zukunftsbildungsinvestitionen titulieren, als investive Mittel und als investive Ausgaben? Dann sind wir auf der richtigen Seite. Sie werden doch wohl zugestehen, was Frau Thomas gesagt hat,

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

wenn wir in den Hochschulbau investieren statt in Straßen, dass das zumindest genauso investive Mittel sind. Das können wir doch verschieben.

(Ministerpräsident Beck: Das spart nichts, wenn Sie umschichten!)

– Nein. Das ist doch nicht das Problem. Ich habe doch gesagt, wir müssen dann verschieben. Wir müssen von den Straßen in die Hochschulen verschieben. Genau das wollen wir machen. Das werden wir tun. Ich will einmal sehen, wie Sie sich dagegen wehren.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

 Herr Beck, verstehen Sie es wirklich nicht? Ich habe doch eben gesagt – – –

(Ministerpräsident Beck: Sie verstehen es offensichtlich nicht!)

 Lassen Sie mich doch einmal ausreden. Verstehen Sie es wirklich nicht? Ich habe gesagt, investive Maßnahmen – –

(Ministerpräsident Beck: Sie machen uns etwas vor!)

- Nein, ich mache Ihnen nichts vor. Hören Sie zu.

Ich habe gesagt, investive Maßnahmen aus dem Straßenbau werden in den Hochschulbau gesteckt, in den Hochbau. Das sind doch auch investive Maßnahmen.

(Ministerpräsident Beck: Damit ist doch nichts gespart!)

Damit ist doch nichts gespart. Das sage ich doch.
 Damit ist etwas anderes als Schwerpunkt gesetzt. Herr
 Beck, das ist durchaus in diesem Haushalt möglich. Das hätten Sie auch tun können. Sie haben sich für die Straßen und für die FDP entschieden. Wir entscheiden uns

für die Bildung. Ich glaube, unsere Entscheidung ist zukunftsträchtiger.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Vizepräsident Dr. Schmidt:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüßte Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag. Unter uns sind Damen des Deutschen Frauenrings aus Mainz. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Creutzmann das Wort.

#### Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Braun hat wieder ein Beispiel hoher Polemik und von wenig Sachkenntnis an den Tag gelegt. Es hat mich an das Sprichwort erinnert: "Sofern man von der Sache nichts versteht, das Mundwerk umso schneller geht."

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das kurz begründen.

Herr Kollege Braun, ein Musterbeispiel ist natürlich, wenn Sie von Mittelstandspolitik reden. Das ist, als wenn man Herodes zum Betreuen von Kindern auffordern würde

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das beste Beispiel war nämlich das Thema "Organschaft".

Herr Kollege Braun, Sie haben überhaupt nicht erklärt, dass man durch das, was in Ludwigshafen geschehen ist, die Gewerbesteuer gesenkt und den Mittelstand – –

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Ja, doch. Hocken Sie im Stadtrat und heben die Hand? Sie waren wahrscheinlich dagegen oder sitzen nicht drin.

Man hat die Gewerbesteuer gesenkt, und das war mittelstandsfreundlich.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Braun, natürlich gibt es bei den Kommunen unterschiedliche – –

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nehmen Sie den Vergleich zurück!)

Sie haben im Vergleich zu vorher die Gewerbesteuer gesenkt, nachdem man den Deal mit der BASF gemacht hat. Ich habe das sehr aufmerksam verfolgt. Dies war ein Beitrag für weniger Steuern für den Mittelstand in Ludwigshafen. Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen, auch wenn es Ihnen nicht passt.

Ich komme zum Meisterbrief.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herr Kollege Braun, jetzt gehen Sie raus.

Der Meisterbrief ---

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Es tut weh. Aber das ist immer Ihr Problem. Verstehen Sie.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ihre Vergleiche tun weh!)

Ach Gott. Wissen Sie, wenn Herr Braun mich von 30 Minuten 25 Minuten beschimpft, dann ertrage ich das natürlich auch, Frau Kollegin Thomas. Dann sollten Sie die Feinfühligkeit, die er an den Tag legt – –

Ich wollte jetzt einmal alle seine Sprüche, die er von diesem Rednerpult losgelassen hat, widerlegen.

Stichwort "Meisterbrief": Das ist ein Stück Qualität, das wir in Deutschland haben und das wir nicht missen wollen.

Meine Damen und Herren, all diejenigen, die die Abschaffung des Meisterbriefs fordern, schaffen ein Stück weniger Qualität. Deswegen ist dies ein Irrweg. Auch die Forderung, dass junge Unternehmer keine IHK-Beiträge bezahlen sollen, ist längst obsolet. Das wird längst schon gemacht.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Es ist kein Konservatismus.

Die größte Unverschämtheit – jetzt ist er draußen – war auch das, was er zum FCK gesagt hat.

Meine Damen und Herren, Frau Thomas, diese Landesregierung gibt keinen "müden" Cent für die Fehler, die das Management des FCK gemacht hat.

(Beifall der FDP und der SPD)

Ihre Behauptungen, die Sie immer wieder in den Raum stellen, sind schlicht und einfach falsch.

Herr Braun hat das vor drei Minuten gesagt. Das können Sie nachher nachlesen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hat er nicht gesagt!)  Natürlich hat er das gesagt. Sie hören aber nie zu. Das ist das Problem.

Diese Landesregierung steht zu dem, was sie gesagt hat. Sie wird bei einer Objektgesellschaft die zugesagten Mittel einbringen. Sie wird aber keinen Cent mehr als bisher versprochen zur Verfügung stellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich bedanke mich namens der FDP-Fraktion ausdrücklich bei Herrn Staatssekretär Ingolf Deubel, der ein hervorragendes Konzept entwickelt hat, das eine Chance bietet für das finanzielle Überleben dieses Vereins.

(Jullien, CDU: Kennen Sie es schon?)

– Ja, ich kenne es schon, weil ich an dem gestrigen Gespräch teilgenommen habe, das in der Staatskanzlei geführt wurde. Deshalb weiß ich, dass es ein exzellentes Konzept ist und das Überleben des 1. FC Kaiserslautern in finanzieller Hinsicht sichert.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Sein sportliches Überleben muss er natürlich selbst sichern, Frau Kollegin Thomas. Das ist vollkommen klar.

Was Herr Braun zur ISB gesagt hat, ist ein weiteres typisches Beispiel. Er hat behauptet, den Verkauf der Forderungen aus den Wohnungsbaudarlehen würde kein Unternehmen machen. Herr Dr. Braun, das Fachwort hierfür ist Factoring. Ein Unternehmen hat Forderungen und verkauft diese an eine Bank, um liquide Mittel zu erhalten. Genau das Gleiche macht das Land Rheinland-Pfalz. Das ist eine Vorfinanzierung, meine Damen und Herren.

Das, was Sie von diesem Pult aus losgelassen haben, zeugt von wenig Sachkenntnis. Ihre Schulden-Philippika, die heute wieder gehalten wurde, wäre sehr viel glaubwürdiger – der Herr Ministerpräsident hat Ihnen das vorgeführt –, wenn Sie nicht immer wieder Forderungen stellen würden, die weit über das hinausgehen, was dieses Land verkraften kann und was dieses Land zu tun bereit ist.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 1,7 Milliarden Neuverschuldung in 2002! Das haben wir nicht gemacht!)

– Frau Thomas, da Sie auch Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss sind, wissen Sie doch ganz genau, wie schwierig es ist, einen Haushalt, der zu 60 % bis 70 % durch kommunale und gesetzliche Bindungen festgelegt ist, neu zu justieren. Es wäre kontraproduktiv gewesen, in der jetzigen wirtschaftlichen Situation die Investitionsquote noch weiter herunterzufahren. Deswegen war es richtig, den Versuch zu unternehmen, an die konsumtiven Ausgaben heranzugehen.

Wenn Ihrer Forderung nachgekommen und die Förderung zurückgenommen wird, dann behauptet Herr Kollege Braun von diesem Pult aus, das sei alles ganz

schlimm und kontraproduktiv, und EU-Mittel würden unter Umständen nicht fließen.

# (Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Schlau ist das nicht!)

 Wenn Sie Subventionen auf welcher Ebene auch immer abbauen wollen, dann müssen Sie Einsparungen vornehmen und unter Umständen auf Komplementärmittel verzichten. Das ist ein ganz normaler Vorgang.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Regierungsvorlage zum Nachtragshaushalt 2003 zeigt, dass das Land Rheinland-Pfalz entschlossen ist, die Herausforderungen durch das Einbrechen der Steuereinnahmen zu meistern und mit mutigen Ausgabenkürzungsvorschlägen einen verfassungsgerechten Haushalt vorzulegen. Veranstaltungen und vorgesehene Projekte werden gestrichen, Neubesetzungen von freien Stellen werden nicht vorgenommen und Möbelbeschaffungen sowie kleine bauliche Maßnahmen werden auf das nächste Jahr verschoben.

Die von der Landesregierung vorgeschlagenen Einsparmaßnahmen werden von der FDP-Fraktion unterstützt, weil sie mutig sind, wofür die zahlreichen Proteste in den vergangenen Tagen ein schlagender Beweissind, und vor allem, weil sie alternativlos sind.

# (Beifall der FDP und der SPD – Zuruf von der SPD)

 Das ist ein schlagender Beweis, dass die Eingriffe schmerzlich waren. Ansonsten h\u00e4tten wir die Proteste nicht erlebt, Frau Kollegin.

Das Land Rheinland-Pfalz hat im vergangenen Jahr wie auch die anderen Bundesländer darauf gehofft, dass die steigenden Steuereinnahmen zu geringeren Haushaltsdefiziten führen würden. Das war aber nicht der Fall, wie wir alle am Jahresende feststellen mussten.

Einer der Gründe war sicherlich das geringere Wirtschaftswachstum, das auch zu geringeren Steuereinnahmen geführt hat. Ein weiterer Grund, den der Herr Ministerpräsident in seiner Rede heute angedeutet hat, waren - das will ich an dieser Stelle nicht verschweigen - sicherlich auch die handwerklich gemachten Fehler beispielsweise bei der Umsetzung der Körperschaftsteuerreform. Kapitalgesellschaften haben Ausschüttungen an ihre Aktionäre oder ihre Tochtergesellschaften vorgenommen mit dem Ergebnis, dass die in früheren Jahren an den Fiskus abgeführten hohen Steuerzahlungen – das so genannte EK 45 – wieder zurückgeholt wurden, sodass nicht wie in früheren Jahren der Bund und die Länder 25 Milliarden Euro Körperschaftsteuereinnahmen zu verzeichnen hatten, sondern Körperschaftsteuer an die Unternehmen zurückgezahlt werden musste.

Diese Steuereinnahmen fehlen Bund, Ländern und Gemeinden dringend. Ein Ende ist noch nicht abzusehen, weil immer noch die Möglichkeit besteht, gezahltes EK 45 bei Gewinnausschüttungen vom Finanzamt zrückzuholen. Herr Finanzminister, ich betone, dass das Vorgehen der Bundesregierung richtig ist, den Versuch

zu unternehmen, das EK 45 etwas zu strecken, um zu einer Verstetigung der Steuereinnahmen zu kommen.

Sie wissen, dass ich es schon immer für falsch gehalten habe, die Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften durch die Körperschaftsteuerreform freizustellen. Dadurch entgehen dem Fiskus hunderte von Millionen Steuereinnahmen, die Bund, Länder und Gemeinden dringend zur Verminderung der Schuldenaufnahme gebrauchen könnten.

Die Steuereinnahmen für das Haushaltsjahr 2003 werden mit weiteren Risiken belastet. Damit meine ich die Abgeltungssteuer für Zinsen, die der Bund zurzeit plant.

Derzeit erzielt der Fiskus mit der Zinsabschlagsteuer von 30 % rund 8,5 Milliarden Euro. Wird diese Zinsabschlagsteuer durch eine Abgeltungssteuer von 25 % ersetzt, dann fehlen Bund, Ländern und Gemeinden rund 1,5 Milliarden Euro. Da der Zinsabschlag nur eine Vorauszahlung auf die tatsächlich zu zahlende Zinssteuer ist, entsteht durch die Zinsabgeltungsteuer von 25 % ein weiterer Steuerausfall. Geht man von einem durchschnittlichen Steuersatz von 35 % aus, dann fehlen durch die Abgeltungsteuer nochmals rund 1,5 Milliarden Euro. Durch diese Reform werden insgesamt etwa 3 Milliarden Euro Steuerausfall generiert werden. Diese Steuerausfälle sind dauerhaft, meine Damen und Herren.

Der Bundesfinanzminister erwartet durch die geplante Steueramnestie Rückflüsse aus dem Ausland. Er schätzt, dass etwa 20 Milliarden Euro aus dem Ausland zurückfließen, wovon der Fiskus einmalig zusätzliche Steuereinnahmen von ca. 5 Milliarden Euro – das sind 25 % von den 20 Milliarden Euro – erhalten werde.

Meine Damen und Herren, dies ist eine einmalige Kompensation. Wenn man unterstellt, dass diese 20 Milliarden Euro verzinst mit 5% angelegt werden, entstehen daraus in Zukunft Erträge in Höhe von etwa 1 Milliarde Euro, die zu zusätzlichen Steuereinnahmen bei einer Zinsabgeltungsteuer von 25 % von 250 Millionen Euro führen. Diesen zusätzlich erwarteten Steuereinnahmen in Höhe von ca. 250 Millionen Euro stehen jedoch permanente Steuerausfälle in Höhe von rund 3 Milliarden Euro gegenüber.

Ich sage dies, damit jeder weiß, was getan wird. Bund, Ländern und Gemeinden werden in Zukunft etwa 2,75 Milliarden Euro fehlen. Ich weiß nicht, ob in dieser jetzigen wirtschaftlichen Situation diese Maßnahme angemessen ist. Wir können alle nur hoffen, dass die Kapitalrückflüsse nach Deutschland wesentlich höher ausfallen werden; denn ansonsten ist durch die Zinsabgeltungssteuer mit weiteren Steuerausfällen zu rechnen.

Der Herr Finanzminister geht von einer Wachstumsrate in seinem Haushalt in Höhe von 1 % aus. Wenn es tatsächlich zu einem wie vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag erwarteten Nullwachstum kommen sollte, dann würden uns natürlich weitere Steuereinnah-

men fehlen. Dies würde natürlich bedeuten, dass die Verfassungsgemäßheit schwierig einzuhalten ist.

# (Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Natürlich beim Haushaltsvollzug, Frau Thomas. Sie können einem Soll- auch einen Ist-Wert gegenüberstellen. Das gibt es verfassungsrechtlich aber nicht. Aber am Schluss kommen Sie sicher und werden sagen, dass wir das Ziel verfehlt hätten.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann s agen Sie es gleich vorher schon!)

Deshalb ist es unumgänglich, dass die von der Landesregierung geplanten Ausgabeneinschnitte auch konsequent umgesetzt und in der Tat realisiert werden.

Das wird nicht einfach sein, da weitere Einsparmaßnahmen im Haushaltsvollzug schwer zu realisieren sind, wenn man bedenkt, dass bereits wesentliche Vorbelastungen aus früheren Jahren den Haushalt 2003 befrachten.

Die Kraftakte, die die einzelnen Ministerien durchführen mussten, um die Ausgaben zu vermindern, werden deutlich am Beispiel des Ministeriums der Finanzen. Da der gestaltbare Bereich lediglich 26 Millionen Euro – das sind 4,8 % des Gesamtausgabenvolumens – umfasst, war die festgelegte Einsparsumme in Höhe von 11,1 Millionen Euro nur zu erbringen, wenn auch im so genannten zwangsläufigen Bereich Einschnitte erfolgten.

Die Wohngeldreform, die zu Jahresbeginn 2001 in Kraft getreten ist und die zu allgemeinen Leistungsverbesserungen führte, die für Wohngeldempfänger deutlich höhere Wohngeldzahlungen zur Folge hatten, zeigt als Beispiel auf, dass das Land auch unter der Bundesgesetzgebung zu leiden hat. Gegenüber dem Vergleichsjahr 2000 stiegen die Wohngeldausgaben um rund 32 %. Das ist eine Steigerung, mit der niemand gerechnet hatte. Auch der Bund hatte in seinem Haushalt keine Steigerung in den Jahren 2002 und 2003 veranschlagt. Nur weil Ausgabenreste aus den Vorjahren in Höhe von 25,8 Millionen Euro zur Deckung bereitstanden, konnte diese Deckungslücke beseitigt werden.

Für die FDP-Fraktion ist klar, dass das Land Rheinland-Pfalz auf dem Weg der Veränderung der Verwaltungsstrukturen fortschreiten muss. Die FDP-Fraktion sieht weiter hohe Einsparpotenziale im IT-Bereich, wenn man diese bündelt und an einer Stelle konzentriert. Darüber hinaus muss die Landesregierung die elektronischen Medien weiter vorantreiben. Deshalb ist die vollständige Streichung des für die Einführung des elektronischen Handelsregisters vorgesehenen Haushaltsansatzes höchstens für das Jahr 2003 zu rechtfertigen. Im Jahr 2004 müssen die Ansätze für die Informationstechnologie für die gesamte Landesregierung - ich betone dies ausdrücklich - erneut im Haushalt veranschlagt und umgesetzt werden. Nur wenn die Landesverwaltung mit modernster Informationstechnologie ausgestattet ist, hat sie die Möglichkeit, auch in der Zukunft Personalkosten einzusparen. Dies ist aufgrund der vom Finanzminister

für jedes Jahr vorgegebenen Effizienzrendite, die von 1,5 % auf 1,8 % erhöht wurde, dringend notwendig.

Die vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau vorgenommenen Investitionskürzungen beim Landesbetrieb Straßen und Verkehr werden von der FDP-Fraktion mitgetragen. Sie zeigen jedoch, dass dies immer ein zweischneidiges Schwert ist. Gerade in der jetzigen Konjunktursituation müsste die öffentliche Hand bei den Investitionen antizyklisch verfahren, das heißt, sie müsste ihre Investitionen auf hohem Niveau beibehalten, um bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und diese nicht zu gefährden. Investitionskürzungen führen zu einer geringeren Nachfrage beispielsweise im Straßenbau, was in der jetzigen konjunkturellen Situation kontraproduktiv ist.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit noch ein paar Anmerkungen zu den in den vergangenen Tagen stattgefundenen Diskussionen über den öffentlichen Personennahverkehr machen. Diese Diskussionen haben mich an ein Stück von Shakespeare erinnert: Much ado about nothing – viel Lärm um nichts. Ich bestreite gar nicht, dass das Management im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau bei der Frage, wo man auch im ÖPNV Einsparungen vornehmen kann, nicht das Beste war.

Das Land Rheinland-Pfalz hatte für den Schienenpers onennahverkehr zwei Zweckverbände gesetzlich geschaffen. Ich möchte an dieser Stelle festhalten, dass diese an erster Stelle für Art und Häufigkeit der Zugverkehre zuständig sind. Trotzdem will ich nicht verhehlen, dass man es dem Zweckverband Süd sehr leicht gemacht hat, öffentlichkeitswirksam gegen das Ministerium und insbesondere gegen den Verkehrsminister vorgehen zu können.

Der Rheinland-Pfalz-Takt bleibt auch in Zukunft bestehen. Das heißt aber nicht, dass die in Verantwortung der Zweckverbände bestellten Angebote nicht auf ihre Effizienz hin überprüft werden müssen, weil die Haushaltsmittel in der Zukunft nicht mehr, sondern eher weniger werden.

Im Bereich der Finanzzuweisungen an die Aufgabenträger des öffentlichen Nahverkehrs werden alles in allem 4,8 Millionen Euro eingespart. Dies bedeutet aber auch, dass sich die Höhe der Finanzzuweisungen an die beiden Zweckverbände Nord und Süd weiter auf hohem Niveau, nämlich auf insgesamt 301,7 Millionen Euro beläuft. Dieser Betrag entspricht genau dem Betrag, der von den beiden Zweckverbänden in die beschlossenen Haushaltspläne eingestellt wurde. Aus diesem Grund ergeben sich im Bereich Schienenpersonennahverkehr und Regiobusverkehr für das Jahr 2003 keinerlei Einschränkungen.

Die Zuweisungen an kommunale und private Verkehrsträger für Fördermaßnahmen im ÖPNV werden um 5,2 Millionen Euro gekürzt. Betroffen ist hiervon insbesondere der Schülerbusverkehr, der aber auch durch die Mittelkürzungen keinerlei Einschränkungen hinnehmen muss. Dies ergibt sich aus den Erfahrungen hinsichtlich des Mittelabflusses für das Jahr 2002 und den bisher bekannten Ausgleichsforderungen.

Einen massiven Einschnitt – ich will das nicht verhehlen – gibt es dagegen bei den Zuwendungen an die kommunalen und privaten Verkehrsträger für kommunale verkehrswirtschaftliche Investitionen im ÖPNV. Hier werden die Zuwendungen des Landes für das rollende Material, wie Omnibus und Straßenbahn, um insgesamt 10.9 Millionen Euro gekürzt. Der übrig bleibende Betrag von 1,5 Millionen Euro dient nur zur Ausfinanzierung der in den zurückliegenden Jahren bewilligten Zuschüsse.

Erwähnen möchte ich allerdings, dass das Land 8,84 Millionen Euro zusätzlich für den Aufbau des S-Bahnsystems Rhein-Neckar im Haushalt bereitstellt, das nicht nur für die Region, sondern auch für die Erhaltung der Arbeitsplätze und natürlich auch für den öffentlichen Personennahverkehr sehr wichtig ist. Dies ist erforderlich, um den aktualisierten Finanzbedarf bedienen zu können.

Nicht verschweigen wollen wir die Kürzungen beim kommunalen Straßenbau von bisher 68,7 Millionen Euro um 6 Millionen Euro auf künftig 62,7 Millionen Euro. Ich meine jedoch, dass dieser Kürzungsbetrag vertretbar ist, weil er weiter zulässt, dass der kommunale Straßenbau auch künftig auf hohem Niveau gefördert wird. Dabei muss es nach wie vor das Bestreben der Landesregierung sein, bei den konsumtiven Ausgaben den Rotstift anzusetzen, wenn die investiven Ausgaben auf hohem Niveau beibehalten werden sollen.

Meine Damen und Herren, das Land Rheinland-Pfalz wird auch im Jahr 2003 nur mit äußerster Ausgabendisziplin seine Ziele bei der Schuldenreduzierung erreichen können, weil auch in diesem Nachtragshaushalt 2003, was die Einnahmen- und Ausgabenseite betrifft, neben den bereits aufgezeigten weitere Einnahmenrisiken zu beachten sind.

Die FDP-Landtagsfraktion unterstützt mit Nachdruck die von der Landesregierung geplanten Einsparungen, weil sie ein Beweis dafür sind, dass bei einem Wegbrechen von Steuern Steuererhöhungen nicht die Alternative sein müssen, sondern Ausgabenkürzungen auf allen Ebenen. Die Menschen in unserem Land haben sicher dafür Verständnis, wenn diese Ausgabenkürzungen auf möglichst breiten Schultern verteilt werden und es nicht nur einige wenige trifft. Dies scheint uns der Fall zu sein, wenn man die einzelnen Einsparmaßnahmen der einzelnen Ressorts kritisch unter die Lupe nimmt.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall der FDP und der SPD)

#### Vizepräsident Dr. Schmidt:

Sehr geehrter Herr Kollege Creutzmann, ich bitte Sie einen Moment um Aufmerksamkeit. Hat Sie das Präsidium richtig verstanden, dass Sie Herrn Kollegen Dr. Braun nicht mit Herodes gleichsetzen wollten, sondern lediglich darauf hingewiesen haben, dass seine Eignung als Lobbyist für die Mittelstandsförderung nicht ——

### Abg. Creutzmann, FDP:

So habe ich es gesagt.

# Vizepräsident Dr. Schmidt:

Vielen Dank. Dann ist das in Ordnung.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße weitere Gäste unter uns. Es handelt sich um Mitglieder der Freien Wählergemeinschaft des Rhein-Lahn-Kreises. Herzlich willkommen bei uns im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Staatsminister Bauckhage das Wort.

# Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Wirtschaftspolitiker ist mit klar, dass die Haushaltskonsolidierung ein hohes Gut ist. Die Landesregierung beschreitet den richtigen Weg. Zu sparen ist daher richtig und wichtig.

Als Wirtschaftspolitiker weiß ich aber auch, dass es manchmal der falsche Weg sein kann, um jeden Preis zu sparen. Deshalb setzt der Nachtragshaushaltsplan die richtigen Prioritäten. Wir können so in einer schwierigen Zeit durch die richtigen Investitionen an der richtigen Stelle die richtigen Impulse für die Perspektive unseres Landes setzen. Deshalb ist der Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau auch weiter - wenn man so will - der Investitionsmotor des Landeshaushalts. Die Investitionsquote bleibt mit weit jenseits der 30 % auf hohem Niveau. Wir sorgen nicht nur dafür, dass die Landesregierung einen verfassungsmäßigen Haushalt einbringt, sondern wir sorgen auch und gerade dafür, dass wir unsere erfolgreiche Politik für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau fortsetzen können.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung weiß, was wir in Rheinland-Pfalz unserer mittelständischen Wirtschaft zu verdanken haben. Das kann man am besten sehen, wenn man sich die Arbeitsplatzzahlen, die Herr Ministerpräsident Beck heute Morgen noch einmal beleuchtet hat, betrachtet. Wir liegen beim Arbeitsmarkt – auch im Vergleich mit anderen Bundesländern – selbst bei dem jetzigen Zuwachs relativ günstig, weil Rheinland-Pfalz stark mittelständisch strukturiert ist.

98 % der Betriebe sind mittelständischer Struktur. Von daher gesehen kann man sagen, dass diese mittelständische Struktur der Garant dafür ist, dass die Arbeitsmarktsituation in Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich relativ günstig ist. Der Mittelstand ist, wenn man so will, der Ausbildungsplatz- und Arbeitsplatzträger Nummer 1 unseres Bundeslands.

Verständlicherweise lassen sich bestimmte Einsparungen nicht vermeiden. Ich bin deshalb zum Rednerpult gegangen, um ein paar Dinge klarzustellen. So viel zum

Thema "Mittelstandspartei oder die richtige Belichtung des Mittelstands uns eres Bundeslands".

Vorhin wurde kritisiert, dass wir dieses Mittelstandsförderprogramm nach wie vor auf hohem Niveau halten, und zwar jetzt in einer anderen Konstruktion. Mir kommt es aber doch noch einmal darauf an zu erklären, wie groß das geförderte Investitionsvolumen war. So viel zum Thema "vermeintliche Subvention oder Förderung".

Wir machen mit dem Förderprogramm nichts anderes als bessere Zinskonditionen für den Investor. Bei den Investoren stehen wir im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern, übrigens auch mit den neuen Bundesländern. Man muss auch dafür Sorge tragen, dass der Investor die Rahmenbedingungen vorfindet, die er braucht, um seine Investition tätigen zu können und diese am Schluss wirtschaftlich vernünftig auf den Weg zu bringen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ob diese Art des Wettbewerbs sinnvoll ist, muss man auch einmal fragen!)

Frau Thomas, es ist immer nur eine Zinsbegünstigung.
 Wir stehen im Wettbewerb mit anderen Bundesländern.
 Damit muss man entsprechend umgehen.

(Zuruf der Frau Abg. Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte nur noch einmal erwähnen, was das alles ausgemacht hat. Insgesamt ist mit diesem Förderprogramm ein Volumen – und zwar im Jahr 1996 von 233 Millionen Euro, im Jahr 1997 von 249 Millionen Euro, im Jahr 1998 von 202 Millionen Euro und im Jahr 1999 von 166 Millionen Euro – von insgesamt 1,1 Milliarden Euro gefördert worden. Das wiederum hat bedeutet, dass wir dadurch rund 11.000 neue Arbeitsplätze schaffen und 13.400 Arbeitsplätze sichern konnten.

(Beifall der FDP und der SPD)

So viel zum Hintergrund dieses Programms. Frau Thomas, Sie sagen, dieses Programm sei eigentlich überflüssig, und man müsste es eigentlich nicht tun.

(Zuruf der Frau Abg. Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Kollege Dr. Braun hat als Alternative vorgeschlagen, dafür zu sorgen, dass beispielsweise in der Existenzgründungsphase der Kammerbeitrag bei der Zwangsmitgliedschaft gestrichen wird. Das gibt es schon. Man muss auch sehen, um welche Beträge es geht. Es geht nicht um Riesenbeträge. Die Existenz eines Existenzgründers, der den Kammerbeitrag nicht erbringen kann, steht nach meinem Gefühl schon von Anfang an auf tönernen Füßen.

Ich möchte noch verdeutlichen, wie es mit der regionalen Förderung aussieht. Man muss immer wissen, dass wir in unmittelbarem Wettbewerb stehen. Es gibt Unternehmen, die in dieses Land kommen und – Gott sei Dank – noch Direktinvestitionen in diesem Land betrei-

ben. Diese wollen natürlich die gleichen Rahmenbedingungen wie in anderen Bundesländern oder im benachbarten Ausland haben.

Wenn man sich die Regionalförderung betrachtet, so ist ein Investitionsvolumen von rund 2,49 Milliarden Euro gefördert worden. Die Zahl der geförderten Arbeitsplätze liegt bei 13.000. Wenn man daran nicht erkennen kann, dass diese Förderung vor dem Hintergrund des Arbeitsmarkts sinnvoll ist, haben Sie die Mittelstandspolitik in diesem Land nicht richtig verstanden.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Nun etwas zur Frage der Landwirtschaftsförderung insgesamt. Darüber kann man lang streiten. Die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz hat aufgrund der Topographie, der besonderen Betriebsstrukturen, des Klimas und der Bodenbeschaffenheit keine gleichen Wettbewerbsbedingungen. Die Landesregierung will, dass auch in so genannten benachteiligten Gebieten noch Landwirtschaft stattfinden kann.

(Beifall der FDP und der SPD)

Deshalb ist es richtig, dass die Ausgleichszulage weiter gewährt wird. Der Steillagenweinbau hat innerhalb der Politik dieser Landesregierung eine besondere Bedeutung, weil ich will, dass wir diese einmalige Kulturlandschaft möglichst erhalten und dem Landwirt damit ein Stück Wettbewerbsnachteil ausgleichen.

(Beifall des Abg. Dr. Geisen, FDP)

Verständlicherweise will ich auch, dass wir die Investitionen der Landwirtschaft weiter fördern können, und zwar immer vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung. Der Wettbewerbsdruck wird größer werden. Trotzdem stellt sich die Frage: Ist man als Gesellschaft bereit, den Erhalt dieser einmaligen Kulturlandschaft zu honorieren?

Vor diesem Hintergrund bitte ich zu verstehen, dass die Landwirtschaftsförderung nicht nur die Förderung des Landwirts, sondern insgesamt eine gesellschaftspolitisch wichtige Aufgabe ist. Man muss sich einmal überlegen, dass in diesem Bundesland rund 8 Milliarden DM in der Tourismusbranche umgesetzt werden. Davon hängen wiederum 133.000 Arbeitsplätze ab. Die Urlauberinnen und Urlauber kommen in dieses Bundesland freiwillig. Sie werden nicht gezwungen, nach Rheinland-Pfalz zu kommen. Vor diesem Hintergrund muss man sich fragen, weshalb sie kommen. Darüber gibt es Befragungen. Als Antworten wurden erstens die Natur und zweitens die Kultur gegeben. Natur und Kultur gehören eng zusammen. Die rheinland-pfälzische Landwirtschaft liefert quasi die Geschäftsgrundlage für die Wertschöpfung, die daraus rekrutiert.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

- Herr Kollege Schmitt, das meine ich damit.

Nun etwas zur Frage der Umstrukturierung insgesamt. Wir führen eine Agrarverwaltungsreform durch, und zwar so, dass es am Schluss zu Einspareffekten kommt. Herr

Mertes hat es heute Morgen an einem anderen Beispiel gezeigt. Ich möchte es anders klar machen.

Wir geben derzeit für die Landwirtschaftsverwaltung jährlich 90 Millionen Euro aus, was nicht in Ordnung ist. Wir führen jetzt die Reform durch, um diesen Einspareffekt zu erzielen. Es kann doch nicht sein, dass wir 90 Millionen Euro jährlich für die Verwaltung der Landwirtschaft ausgeben.

(Beifall der FDP – Zurufe von der CDU)

Der Landwirt selbst ist mit dieser Reform einverstanden.

(Schmitt, CDU: Er hat sie schon seit Jahren gefordert!)

Wir haben dabei nur ein einziges Problem. Es gibt Lokalpolitiker, denen es nicht um die Landwirtschaftsverwaltung, die Beratung und die Kompetenz aus einer Hand, sondern um den Standort X oder Y geht.

(Schmitt, CDU: Das ist eine Unverschämtheit!)

 Herr Schmitt, das erlebe ich täglich. Ich weiß nicht, warum Sie jetzt bellen. Normalerweise bellt der betroffene Hund. Ich habe Sie gar nicht angesprochen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Herr Schmitt, ich verstehe Sie nicht ganz. Ich erlebe das täglich von Landräten und Bürgermeistern. Denen geht es ganz einfach um eine Verwaltung ihrer Stadt.

(Glocke des Präsidenten)

Mir kann niemand erzählen, dass eine Landwirtschaftsverwaltung die Struktur eines Landkreises maßgeblich beeinflusst.

## Vizepräsident Dr. Schmidt:

Verehrter Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schmitt?

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Gern.

# Vizepräsident Dr. Schmidt:

Bitte schön, Herr Kollege Schmitt.

# Abg. Schmitt, CDU:

Herr Minister, würden Sie mir zugestehen, dass die Standortdiskussion zunächst von der Landesregierung ausging und die Kommunalpolitiker und auch die CDU einen Entwurf vorgelegt haben, der kostensparender

und effizienter als das ist, was wir jetzt diskutieren. Ich habe nie über Standort-Kirchturmspolitik A oder B diskutiert, sondern immer gesagt, was effizienter und kostensparender ist. Das müssen Sie anerkennen.

# Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Schmitt, ich habe Sie vorhin nicht angesprochen. Ich lasse die Vorschläge der CDU nicht durchrechnen, weil es sich nicht lohnt. Natürlich haben wir Standorte vorgeschlagen. Wie soll man eine Reform machen, wenn man die Standortfrage nicht diskutiert? Wir haben die Standorte auch so vorgeschlagen, dass man dabei die entsprechenden Kostenreduzierungen erreichen kann und eine günstige verkehrliche Erreichbarkeit gewährleistet ist. Die Philosophie der Reform heißt: kompetente Beratung aus einer Hand plus Kulturverwaltung.

Persönlich glaube ich, dass gerade bei der Kulturverwaltung die Bodenreform und die Beratung eine enge Verzahnung bedeuten müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich den Landwirt in Rheinland-Pfalz bei den Benachteiligungen – Natur, Topographie, Bodenqualität – einigermaßen wettbewerbsfähig machen will, ist die Kulturverwaltung, das heißt, die Bodenordnung, die Priorität Nummer eins.

(Beifall bei FDP und SPD)

Beim Beraten brauchen wir keine Generalisten, sondern wir brauchen kompetente Fachleute, und zwar in einer Hand.

Hinzu kommt noch – das muss man anerkennen oder nicht –, dass wir mittlerweile neue Kommunikationsmittel haben. Die Emser Depesche ist zu Ende. Meine Damen und Herren, ich weiß ganz genau, dass Landwirte mittlerweile mit den Kommunikationsmitteln genauso umgehen können wie wir beide, wenn nicht noch besser, Herr Schmitt. Es ist die Frage: Wo muss ich was machen? – Wenn ich früher immer dorthin musste, dann war das etwas ganz anderes. Deshalb haben wir Standorte vorgegeben und verständlicherweise dabei auch noch eine Lenkungsgruppe mit den betroffenen Landwirten eingesetzt, um zu sehen, wie man das hinterher in der Feinabstimmung genau machen kann. Das ist die Philosophie dieser Reform.

Herr Kollege Schmitt, es steht auch fest, wenn man bei einer solchen Reform einmal nachgibt, dann kann man sie vergessen, weil dann jeder gute Argumente für seinen Standort bringt. Jetzt können wir lange diskutieren. Jetzt sage ich Ihnen noch etwas – das interessiert vielleicht den Finanzminister sehr –, allein in meinem Raum, wo ich herkomme, ist die Reform sehr einschneidend. Das habe ich ganz bewusst gemacht, weil ich auch zeigen will, dass es geht. Ich will keine Lokalpolitik, Lokalpatriotismus oder Opportunismus, sondern zeigen, wie es geht. Montabaur wird die zentrale Stelle sein. Herr Finanzminister, in dem Beritt haben wir eine jährliche Mieteinsparung von 460.000 Euro. Das sage ich

nur, damit wir wissen, worüber wir reden. Deshalb gehen wir diesen Schritt der Verwaltungsreform in der Agrarverwaltung konsequent nach vorn bei einer höheren Effizienz, bei einer besseren Beratung und bei einer besseren Kompetenz dieser Dienstleistungszentren im ländlichen Raum. Das ist schlicht die Philosophie davon.

(Beifall bei FDP und SPD – Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Das ist eine Stärkung des ländlichen Raums und sonst nichts. Ich habe kein Verständnis dafür, wenn ich angeschrieben werde. Gestern kam sogar eine Rücktrittsforderung von irgendeinem Kreisbauernverbandsvorsitzenden. Das kann ich alles gut ertragen. Meine Damen und Herren, man kann unterschiedlicher Meinung sein, man muss die Meinung auch respektieren. Ich will Ihnen aber sagen: Die Landwirtschaft insgesamt ist für diese Reform.

(Glocke des Präsidenten)

### Vizepräsident Dr. Schmidt:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Thomas?

# Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Natürlich.

## Vizepräsident Dr. Schmidt:

Bitte schön, Frau Thomas.

# **Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Herr Minister, ich weiß, dass Sie vor Ihrem Ministerdasein lange im Haushalts- und Finanzausschuss gesessen haben. Ich rechne auch damit, dass Sie einmal Mitglied in der Rechnungsprüfungskommission waren, zumindest dass Sie die Beratungen verfolgt haben.

Soweit ich mich erinnern kann, gibt es seit 1996, seit dem ich diesem Landtag angehöre, Jahr für Jahr die entsprechenden Zustandsberichte des Rechnungshofs über die Agrarverwaltung und die Ermahnungen, dort Veränderungen vorzunehmen.

Wenn ich mich recht erinnere, haben wir bei den letzten Haushaltsberatungen, also vor gut einem Jahr, heftig darüber gestritten, ob es Sinn macht, im Doppelhaushalt noch einmal zusätzliche Mittel – Personal- und Sachmittel – für die Agrarverwaltung in den Haushalt einzustellen. Das haben Sie, glaube ich, mit einem Gesamtvolumen von über drei Millionen gemacht. Jetzt komme ich zu meiner Frage. Sind Sie mit mir der Auffassung, dass zum einen die Agrarverwaltungsreform im Agrarverwaltungsbereich zu spät kommt, zum anderen, dass sie nur unter diesem Spardruck kommt, und ferner, dass sie nicht mit einer richtigen Aufgabenkritik erfolgt ist und

Ihre ersten Sparerfolge im Prinzip nur das wieder abräumen, was Sie in den letzten Haushalten zusätzlich eingestellt haben?

# Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Thomas, zunächst einmal machen wir die Verwaltungsreform nicht nur unter der Überschrift des Sparens, weil wir wollen, dass der Landwirt in Rheinland-Pfalz eine gute Dienstleistung seitens des Staates angeboten bekommt. Das ist die Überschrift. Dies machen wir so effizient wie möglich. Dabei haben wir erhebliche Sparpotenziale.

- Wenn man eine solche Sache nur unter der Überschrift des Sparens angeht, dann wird das nicht mehr sachgerecht.
- Die Agrarverwaltungsreform kommt zum richtigen Zeitbunkt.
- Die Investitionen, die getätigt worden sind, sind auch dort getätigt worden, wo nachher noch etwas stattfindet. Die Investitionen, die getätigt worden sind, sind dort getätigt worden, wo nachher im Wesentlichen noch etwas stattfindet.

Jetzt kommt eine spannende Frage hinzu. Wir hatten 1991 in Rheinland-Pfalz rund 51.000 landwirtschaftliche Betriebe. Wir haben 2001 rund 31.000 landwirtschaftliche Betriebe. Das bedeutet natürlich, dass eine Strukturveränderung eintreten muss. Wichtig ist, dass wir trotz dieser erheblichen Betriebsreduktion die gleiche bewirtschaftete Fläche haben. Deshalb braucht der Landwirt im internationalen Wettbewerb eine gute Ausbildung, die übrigens sehr gut ist. Er braucht darüber hinaus eine gute, kompetente Beratung, eine ganz spezielle Fachberatung, weil er immer im Wettbewerb mit anderen Produktionsbedingungen steht. Deshalb machen wir dies jetzt so.

Jetzt kann man über vieles diskutieren. Über eines kann man aber nicht diskutieren: Diese 90 Millionen Euro jährlich – es sind in Wahrheit noch mehr; es kommt die Kreisverwaltung und mein Haus noch hinzu, auch die ADD – müssen reduziert werden, und zwar im Interesse der Landwirtschaft. Das ist eine Frage der Akzeptanz der Leistung, die man anbietet. Es muss auch in der Bevölkerung anerkannt und akzeptiert werden. Deshalb machen wir jetzt diese Agrarverwaltungsreform.

Meine Damen und Herren, ich muss noch etwas zu Herrn Dr. Braun sagen. An der Förderung der beruflichen Bildung liegt mir natürlicherweise sehr viel. Ich will jetzt auch nicht mehr auf den Meisterbrief eingehen. Das macht schon Sinn. Das deutsche Handwerk hat sich bewegt. Aber wenn Sie dann glauben, dass das der Schlüssel zum Erfolg einer Existenzgründungswelle wäre, dann täuschen Sie sich.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die Entbürokratisierung und alles bei anderen stattfinden soll, dann müssen wir uns auch selbst fragen können, wo wir deregulieren und entbürokratisieren können.

Mir kommt es noch einmal darauf an, weil das Ausbildungsplatzproblem ein Problem sein wird, das uns in der Zukunft stark beschäftigen wird. Ich bleibe dabei, es ist nichts so schlimm für einen jungen Menschen, als wenn er nach seiner Schulzeit in die Arbeitslosigkeit entlassen wird. Deshalb müssen wir viele Schritte unternehmen. Ich habe neulich mit dem Landesarbeitsamt gemeinsam einen Schritt unternommen, der für mich vielversprechend ist, in einer Quasi-Modul-Ausbildung die Möglichkeit zu geben, einen Ausbildungsplatz anzunehmen und darüber hinaus auch erfolgreich zu sein.

Sie beklagen ferner die Fortbildungsprämie bei Existenzgründern. Man muss zur Kenntnis nehmen – immer unter der Voraussetzung knapper Kassen –, dass man nicht alles beim Sparen zum Tabu erklärt und dann sagt wie Herr Böhr heute Morgen: Jetzt reichen wir Ihnen die Hand zum Sparen. – Das funktioniert nicht. Herr Böhr, ich erinnere Sie daran, was Herr Hörter bei der letzten Landtagssitzung zur Sozialgesetzgebung gesagt hat. Dann bleibt nichts mehr übrig, wenn man gleichzeitig eine hohe Investitionsquote haben will.

# (Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun muss man sehen, dass das Meister-BAföG verändert worden ist, sodass damit eigentlich der Ausgleich geschehen ist. Dann kommt die zweite spannende Frage: Wie sieht es eigentlich mit der Förderung der Absdventen im Berufsvorbereitungsjahr aus? – Exakt das haben wir jetzt mit der Arbeitsverwaltung gemeinsam kompensiert. Das ist eine gute Sache. Dann kommt die Frage: Wie steht es mit Ausbildungsverbünden? – Dort haben wir auch die Förderung gekürzt. Ich erachte das für ein wirkliches Problem. Ich halte die Ausbildungsverbünde für wichtig und richtig. Nur hatten wir 20 Förderanträge. Wenn man ein Angebot macht, dann muss man auch davon ausgehen, dass man es zurückholen kann, wenn das Angebot nicht angenommen wird.

Lassen Sie mich ein letztes Wort zum Rheinland-Pfalz-Takt und zur Regionalisierung sagen. Uns stehen insgesamt jährlich 358 Millionen Euro Regionalisierungsmittel zur Verfügung.

Eins darf ich Ihnen sagen: Das ist ein Kuchen. Wenn ein Stück daraus zu groß ist, werden die anderen Stücke kleiner, auch die Stücke zum Investieren. Das muss man nur wissen.

Vor diesem Hintergrund muss eins klar sein, wir haben den Rheinland-Pfalz-Takt auf den Weg gebracht. Wir werden ihn nicht nur nicht gefährden, sondern ihn auch weiter ausbauen. Wir legen größten Wert darauf, dass wir auch wirtschaftlich fahren.

Das ist das gleiche Spiel. Wir machen eine angebotsorientierte Verkehrspolitik. Bei dieser angebotsorientierten Verkehrspolitik ist es so, dass wir die gesamten Mittel gesetzeskonform einsetzen. In diesem Landtag gab es Abgeordnete, die wollten sie für den Straßenbau einsetzen, damit wir uns richtig verstehen. Diese stehen jetzt wiederum auf der anderen Seite und sagen, jetzt macht ihr den Takt kaputt. Verstehen Sie?

# (Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Das habe ich nicht gesagt. Da gibt es mehrere, wie Sie wissen.

Jetzt ist die Frage: Wie geht man insgesamt damit um? – Ich kann Ihnen garantieren, wir müssen dabei überprüfen dürfen. Es muss doch möglich sein, an Tagesrandzeiten oder an Sonntagen zu überprüfen, wie der Deckungsbeitrag ist.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Es gibt einen großen Autokonzern – WW –, der ein Auto herausgebracht hat, den Bora. Nachdem er nicht gekauft wurde, wurde die Produktion eingestellt.

Es ist doch klar, dass ich kein Produkt weiterführe, das nicht angenommen wird. Der Rheinland-Pfalz-Takt ist eine einzige Erfolgsstory, die wir fortsetzen werden. Man muss nur wissen, insgesamt stehen 358 Millionen zur Verfügung. Wenn man ein Stück zu groß aus dem Kuchen herausschneidet, werden die anderen Stücke entsprechend kleiner.

Ich glaube, insgesamt ist die Verkehrspolitik des Landes richtig angelegt. Ein letzter Satz vielleicht noch. Es handelt sich um ein Problem, das heute Morgen bei der Frage der Demographie eine Rolle gespielt hat. Wissen Sie, natürlich ist die Demographie in die Verkehrsprognosen eingerechnet. Das ist doch keine Frage. Die mache ich doch nicht. Ich mache keine Verkehrsprognosen

# (Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Demographie ist eingerechnet. Sie werden es erleben, wir werden in den nächsten Jahren, ob wir wollen oder nicht, einen Zuwachs im Lkw-Verkehr, das heißt im Güterverkehr, von jenseits der 30 % und beim Individualverkehr von knapp 20 % haben.

Wir sind Transitland geworden; denn Europa ist jetzt ein großes Europa geworden, Frau Thomas. Das wollen wir, dazu stehen wir, und dafür müssen wir die richtigen Verkehrsinfrastrukturen schaffen; denn nur dann erreichen Sie auch eine gute wirtschaftliche Entwicklung.

(Beifall der FDP und der SPD – Zuruf des Abg. Anheuser, CDU)

# Vizepräsident Dr. Schmidt:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen sind im Moment nicht erkennbar, obwohl noch Redezeit zur Verfügung stände. Dafür bedankt sich das Präsidium, wie ich denke, in aller Interesse.

Wir sind am Ende von Punkt 2 der Tagesordnung. Der Gesetzentwurf – Drucksache 14/1900 – wird an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen, wenn Sie keine anderen Vorschläge haben. Die Mitglieder der jeweiligen Fachausschüsse können an den Beratungen der sie betreffenden Einzelpläne des Haushalts- und Finanzausschusses teilnehmen. Ich erkenne keinen Widerspruch. Dann haben wir das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/1650 –, den wir mitberaten haben. Wir kommen zur direkten Abstimmung, da die Beschlussempfehlung die Ablehnung em pfiehlt.

Wer diesem Gesetzentwurf zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! – Vielen Dank. Wer ist gegen diesen Gesetzentwurf? – Wer enthält sich? – Danke schön. Damit ist dieser Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

# Wahl eines ordentlichen berufsrichterlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

- Drucksache 14/1787 -

Vorgeschlagen für die Wahl wird Herr Walter Dury, Präsident des Oberlandesgerichts Zweibrücken. Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer ist gegen den Vorschlag? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Vorschlag, Walter Dury, mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

# Landesgesetz über die Bindung der Rückflüsse aus Darlehen zur sozialen Wohnraumförderung Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1615 –
 Zweite Beratung

### dazu:

# Beschlussempfehlung des Haushaltsund Finanzausschusses

- Drucksache 14/1914 -

Die Fraktionen haben sich verständigt, diesen Gesetzentwurf ohne Aussprache zur Abstimmung zu stellen. Wer diesem Gesetzentwurf in zweiter Lesung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist einstimmig.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmt, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Danke schön. Damit ist dieser Gesetzentwurf mit

den Stimmen aller Fraktionen des Landtags Rheinland-Pfalz einstimmig so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

# ...tes Landesgesetz zur Änderung des Schulgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1622 –Zweite Beratung

#### dazu:

# Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung und Jugend

Drucksache 14/1916 –

Die Fraktionen haben eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart.

Ich bitte um die Berichterstattung. Bitte schön, Herr Abgeordneter Nink.

### Abg. Nink, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 4. Dezember 2002 ist der Gesetzentwurf an den Ausschuss für Bildung und Jugend – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Der Ausschuss für Bildung und Jugend hat den Gesetzentwurf in seiner 14. Sitzung am 4. Februar 2003 beraten. Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 16. Sitzung am 13. Februar 2003 beraten.

Die Beschlussempfehlung lautet:

"Der Gesetzentwurf wird mit folgender Änderung angenommen:

Artikel 1 wird wie folgt geändert:

In § 1 c Abs. 6 werden nach dem Wort 'begonnen' die Worte 'oder das 21. Lebensjahr vollendet' eingefügt."

Danke.

(Beifall der SPD und der FDP – Vizepräsidentin Frau Grützmacher übernimmt den Vorsitz)

## Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schreiner.

# Abg. Schreiner, CDU:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben dieses Gesetz bereits vor wenigen Wochen im Plenum diskutiert und die Argumente ausgetauscht, deshalb will ich versuchen, meine fünfminütige Redezeit nicht voll auszuschöpfen.

Ich möchte aber doch auf eins hinweisen. Sie haben vom Berichterstatter gehört, dass dieses Gesetz mit

einer Änderung angenommen wird; denn wir hatten bei der vorherigen Beratung zwei Fragen gestellt. Wir hatten gefragt, ob man aus der Soll-Regelung eine Kann-Regelung machen soll, und wir hatten bezüglich der Obergrenze von 21 Jahren angefragt.

Nun ist etwas geschehen, was ganz selten in diesem Haus geschieht. Bedauerlicherweise ist die Tribüne relativ leer. Es ist so, dass Sie uns in einem Punkt überzeugt haben und im anderen Punkt wir als Opposition Sie überzeugen konnten.

Das heißt, es bleibt bei der Soll-Regelung, weil es einfach wichtig wäre, was die Geschwindigkeit des möglichen Handelns angeht, kein Lehrerkollegium zwischenzeitlich einzuberufen. Das wäre bei einer Kann-Regelung erforderlich gewesen. Das heißt, die Schulleitung kann jetzt schnell reagieren.

Das Kollegium wird geschützt. Ich muss handeln, weil eine Soll-Regelung bedeutet, in zwingenden Fällen muss auf jeden Fall gehandelt werden, es sei denn, dem stünde zwingend etwas entgegen.

Was uns sehr wichtig war, die Altersgrenze, bis zu der Eltern informiert werden müssen, wenn ihren Kindern in der Schule Ungemach ins Haus steht, wird auf 21 Jahre festgesetzt. Es ist uns gelungen, die Koalitionsfraktionen zu überzeugen; denn es ist von einer fortschreitenden Entwicklung der Schülerinnen und Schüler auszugehen, und es macht wenig Sinn, bei Schülern, die noch mit Mitte 20 in der Schule sind, die häufig gar nicht mehr zu Hause wohnen – alles, was damit zusammenhängt–, diesbezüglich bei den Elternhäusern vorstellig zu werden.

Insofern handelt es sich um ein kleines Beispiel für unsere Arbeit. Ich glaube, es ist das erste Mal, dass ich das in diesem Haus überhaupt erlebe, dass eine Idee der Opposition aufgegriffen wird. Es ist ein kleines Beispiel, bei dem die Opposition gezeigt hat, dass sie mitgestalten muss, und wo Sie die Größe gezeigt haben, dass man das auch annehmen kann.

(Frau Morsblech, FDP: Das haben wir im Europaausschuss auch schon gemacht!)

Wir haben vorhin den Haushalt diskutiert. Ich hoffe, dass das auch beim Haushalt vielleicht möglich sein wird. Wir haben die Hand ausgestreckt.

Entscheidend ist aber, dass wir im Interesse der Schülerinnen und Schüler jeden Strohhalm ergreifen müssen, wenn es darum geht, ihnen zu helfen. Das ist das Argument, das wir beim letzten Mal in den Mittelpunkt gestellt haben und das auch den Mittelpunkt unserer Diskussion im Ausschuss dargestellt hat.

Es gibt immer wieder Stresssituationen in Schullaufbahnen, sei es, dass man nicht versetzt wird, sei es, dass es gar zum Schulverweis kommt, sei es, dass man die Abschlussprüfung nicht besteht. Mit diesen Situationen werden viele Schülerinnen und Schüler nicht fertig. Man liest immer wieder von schlimmen Ereignissen, dass sich Schüler vom Dach stürzen usw. Der Anlass für

diese Gesetzesänderung waren auch die Ereignisse in Erfurt, wo es nicht nur zu Selbstgefährdungen, sondern auch zu Fremdgefährdungen gekommen war.

In solchen Situationen müssen den betroffenen Schülerinnen und Schülern alle Hilfen geboten werden, die möglich sind. Wie gesagt, man muss nach jedem Strohhalm greifen.

# (Beifall der CDU)

Ein erster Schritt ist das Gespräch der Schule mit den Elternhäusern. Es geht darum, alle einzubinden, die Verantwortung für das Leben dieser jungen Menschen tragen. Das ist vor allem das Elternhaus. Dabei sind Väter und Mütter in der Pflicht. Deshalb ist diese Schulgesetzänderung ein erster notwendiger Schritt. Aber, ich wiederhole es, es ist eben nur der erste Schritt. Mit der Information an die Elternhäuser ist es nicht getan. Dann geht es erst richtig los, und das müssen Schüler, Eltern, Lehrer, aber auch das Land wissen.

Ich habe gelernt, wenn man in der Opposition etwas fordert, erreicht man offensichtlich weniger, als wenn man Fragen stellt. Da diese Information nur ein erster Schritt sein kann, erlaube ich mir doch die Frage zu stellen: Wie muss in Rheinland-Pfalz in Zukunft der Schulpsychologische Dienst aussehen? Wie soll in Rheinland-Pfalz in Zukunft die Schulsozialarbeit gestaltet sein?

Es ist nur der erste Schritt. In dem Moment, wo die Btern um die Probleme ihrer Kinder Bescheid wissen, brauchen auch die Eltern, die Lehrer und die Schüler weitere Hilfen, um solche Ereignisse wie in Erfurt oder andere Situationen zu verhindern.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der CDU)

# Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Brede-Hoffmann.

# Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mein Kollege Schreiner hat schon darauf hingewiesen, wir haben auch im Ausschuss für Bildung und Jugend über den vorliegenden Gesetzentwurf ausführlich diskutiert. Wir haben in den Gesetzentwurf noch eine kleine Veränderung mit eingearbeitet und mit einer erfreulich breiten Mehrheit die Beschlussfassung dieses Gesetzentwurfs empfohlen. Auch wir waren froh, dass wir bei einem so schwierigen, aber so wichtigen Thema eine breite Mehrheit im Ausschuss finden konnten und hoffentlich auch heute im Parlament finden können.

Worum ging es? – Mein Kollege hat es schon geschildert. Bisher konnten Schulen nur denjenigen Eltern Informationen geben, bei denen die Schülerinnen und Schüler, die volljährig waren, nicht ausdrücklich widersprochen hatten. Es war also ein Auskunftsersuchen an

die Schule zu richten, und nur dann konnte die Schule die Informationen an die Eltern weitergeben. War die Untersagung ausdrücklich formuliert, waren den Schulen bis jetzt die Hände gebunden. Das war einer der Anlässe, weshalb wir über diesen Gesetzentwurf diskutieren.

Nun wird geregelt, dass Informationen von den Schulen an die Eltern weitergegeben werden können, auch wenn vonseiten der volljährigen Schüler widersprochen worden ist. Mein Kollege Schreiner nannte das den Strohhalm. Ich finde, das ist gar kein schlechter Begriff.

Wenn ein Widerspruch der Schülerinnen und Schüler gegen sonstige Informationen abgegeben worden ist, erhalten die Eltern eine Chance und eine Möglichkeit, mit ihren volljährigen Kindern darüber zu reden, weshalb sie diese Form von Informationssperre zwischen Schule und Elternhaus haben wollen. Dies ist möglicherweise eine Chance, überhaupt Gespräche anzufangen, die in der Schule nicht mehr geführt worden sind.

Es wird also – wir wollen gar nicht drum herumreden – ein Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung junger Erwachsener geregelt, ein Eingriff, der uns allen – davon gehe ich aus –, also auch uns von der SPD-Fraktion, nicht leicht gefallen ist. Aber wir wollen damit sicherstellen, dass jede Möglichkeit genutzt wird, Hilfe, Beratung und Unterstützung für die betroffenen jungen Menschen zu geben, indem die Eltern möglichst noch zu einem Zeitpunkt, wo die Katastrophe noch nicht eingetreten ist, wo der Schüler noch nicht durch die Prüfung oder durch das Abitur gefallen ist, die Möglichkeit einer Beratung zwischen dem Elternhaus und der Schule sowie die Chance auf Hilfe und Beratung erhalten.

Ich spreche von Chance und möchte dies betonen. Wir sind uns nämlich darüber im Klaren, dass das, was wir heute regeln, nicht die Garantie dafür ist, dass Ereignisse wie in Erfurt oder ähnliche Katastrophenfälle damit verhindert werden. Wir wissen, dass dieses Gesetz nur eine Chance formuliert, nicht jedoch die Sicherheit bietet. Wer könnte sie uns denn auch geben?

Ich möchte auch betonen, wir nehmen zwar an dieser Stelle das Recht der jungen Menschen der Geheimhaltung und der Informationsbarriere zwischen Schule und Elternhaus, aber wir nehmen ihnen nicht das Recht und letztlich auch die Pflicht, selbst zu entscheiden, wie es mit den vorgefundenen Problemen weitergeht. Die Entscheidung, sowohl das Recht als auch die Pflicht, bleibt bei den volljährigen jungen Menschen. Sie werden höchstens und hoffentlich von ihren Eltern dabei unterstützt. Aber dieses Recht wird ihnen nicht genommen.

Wir wissen, dass die Schulen deswegen nicht aus der Pflicht ausgenommen werden, in dem Moment, in dem Probleme entstehen, ihre pädagogische Arbeit zu leisten und den Schülern zu helfen, bevor die Katastrophe eintritt. Aber wir wissen auch, dass manchmal Probleme in den Himmel wachsen und Schülerinnen und Schüler dann über diesen Berg von Problemen, der vor ihnen steht, überhaupt nicht mehr hinwegschauen. Dies ezeugt möglicherweise bei den jungen Menschen Druck und Ängste, die vielleicht dazu führen, völlig unsinnigerweise nicht zu den Eltern zu gehen, aus Angst und Sorge davor, von den Eltern Vorwürfe gemacht zu bekom-

men. An diesem Punkt wollen wir der Schule die Chance geben, ihre Verantwortung der Kontaktaufnahme wahrzunehmen.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir noch einige Sätze zu dem Vorwurf, mit diesem Gesetzentwurf werde die Diskussion von Volljährigkeit mit 18 Jahren wieder infrage gestellt. Wir reden darüber, dass zunächst mit der Schulgesetzänderung das Alter von 18 Jahren von Jugendlichen natürlich nicht mehr zur vollständigen Barriere und Blockierung führen kann. Aber wir wissen, dass junge Menschen, wenn sie in ihrer Schulkarriere gescheitert sind und ihren Schulabschluss nicht geschafft haben, irgendwelche weiteren Schritte entscheiden müssen, die meistens auch etwas mit der Unterhaltspflicht der Eltern zu tun haben. Spätestens an diesem Punkt werden diese jungen Menschen mit ihren Eltern darüber reden müssen, dass auch ohne einen Schulabschluss dennoch eine Form von Unterhaltsanspruch an diese gerichtet wird, und die Eltern müssen sich dann doch mit den Problemen, die vorher entstanden waren, auseinandersetzen.

Dies geschieht aber an einem Punkt, an dem im Zweifelsfall nicht mehr zu helfen ist, zumindest aber die gescheiterte Schullaufbahn nicht mehr zu korrigieren ist. Davor wollen wir eine Chance für die Eltern, für die Schule und für die jungen Menschen konstruieren, sodass Eltern vor dem Fall einer Unterhaltszahlung und des nicht bestandenen Abiturs die Chance bekommen sollen, zusammen mit der Schule zu helfen und zu beraten.

(Glocke der Präsidentin)

Helfen und Beraten – das ist die Leitlinie des Gesetzentwurf und nicht die Einschränkung von Rechten. Ich möchte das hiermit betonen.

Danke schön.

(Beifall der SPD und der FDP)

# Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Meine Damen und Herren, ich möchte Besucher im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Landesschülervertreter und -vertreterinnen aus Rheinland-Pfalz. Herzlich willkommen im rheinland-pfälzischen Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wiechmann.

### Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn wir uns manchmal Patentrezepte und schnelle Lösungen wünschen würden, auf so schreckliche Ereignisse wie in Erfurt kann es diese nicht geben. Das haben wir übereinstimmend dargestellt. Solche Taten können nicht durch Verbote und Gesetze vollständig ausgeschlossen werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, deshalb lehnen wir GRÜNEN heute die Änderung des Schulgesetzes ab, die ein grundlegendes Bürgerrecht, nämlich das Recht auf informationelle Selbstbestimmung volljähriger und voll geschäftsfähiger junger Menschen, einschränkt.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das ist aus unserer Sicht der falsche Weg.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

- Herr Pörksen, hören Sie einmal zu.

In den Beratungen im Ausschuss für Bildung und Jugend ist deutlich geworden, dass keiner von Ihnen und keiner von uns allen sagen und wissen kann, was eine solche Änderung des Schulgesetzes bringt, ob sie überhaupt etwas bringt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Ministerin Ahnen, wir haben uns die Köpfe heiß diskutiert. Im Ausschuss gab es eine sehr lebhafte Sitzung. Ich muss in aller Deutlichkeit sagen, dass wirklich niemand die Angemessenheit und Zweckmäßigkeit der Einschränkung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung überzeugend darstellen konnte.

(Pörksen, SPD: Für Sie nicht! Das ist etwas anderes! – Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das muss an Ihnen liegen!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, dann, wenn wir wirklich überzeugt sind, dass die Änderung eines Gesetzes auch zu dem formulierten und beabsichtigten Ziel führt, ändern wir Gesetze. Wir prüfen die Verhältnismäßigkeit und Zweckmäßigkeit. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vielleicht kommen wir dann auch an dem einen oder anderen Punkt zu der Erkenntnis und in Abwägung der Argumente zu der Überzeugung, dass möglicherweise die Interessen der Allgemeinheit gegenüber den persönlichen individuellen Rechten überwiegen. An diesem Punkt sind wir bei der Änderung des Schulgesetzes nie angelangt.

Eines muss klar sein – hierzu stehen wir auch vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –: Aus purem Aktionismus heraus ist die Einschränkung von Grundrechten mit uns nicht zu machen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frau Brede-Hoffmann, SPD: Aktionismus?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die massiven Proteste junger Menschen, nicht nur aus der Landesschülervertretung, sondern auch aus politischen Jugendorganisationen von hier im Hause vertretenen Parteien und Fraktionen, nämlich der Jusos, der Jungen Union und der GRÜNEN JUGEND sowie der GEW sind deshalb absolut nachvollziehbar und zu unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir erhoffen uns als eine Konsequenz aus der schlimmen Tat von Erfurt den frühzeitigen Auf- und Ausbau von guten und vertrauensvollen Kommunikationsstrukturen in den Schulen zwischen Schülerinnen und Schülern, Lehrerin-

nen und Lehrern, Schulleitung, Schulpsychologischem Dienst und am liebsten natürlich auch der Schulsozialarbeit, wenn sie denn an der Schule vorhanden ist.

(Zuruf der Abg. Frau Morsblech, FDP)

– Frau Kollegin Morsblech, auf Sie komme ich gleich noch einmal zu sprechen. Dieser heute vorliegende Gesetzentwurf vereinfacht nicht, sondern erschwert eine solche offene und partnerschaftliche Kommunikation, da er das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Schülerinnen und Schüler infrage stellt. Er unterstellt und schafft Misstrauen, ohne zur Lösung konkreter Probleme beizutragen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Morsblech hat mir in der letzten Plenardebatte vorgeworfen, es sei bei mir ideologisch immer öfter üblich, dass meine Politik durch Misstrauen bestimmt sei. Verehrte Frau Kollegin, durch solche Gesetzesänderungen schürt man Misstrauen gegenüber jungen erwachsenen Menschen.

(Pörksen, SPD: Was ein Quatsch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unserer Meinung nach geht es nun vielmehr darum, Ursachen für einen solchen Amoklauf wie in Erfurt zu bekämpfen und nicht an Symptomen herumzudoktern. Wir sollten uns fragen, wo das jetzige Schulsystem ernsthafte Probleme für unsere Schülerinnen und Schüler aufwirft und welches die tagtäglichen Hemmnisse und Schwierigkeiten sind, die unsere Schülerinnen und Schüler im Alltag bewältigen müssen. Es ist der falsche Weg, weiter die Rechte von jungen Menschen einseitig einzuschränken.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Weiter?)

 Es ist eine einseitige Einschränkung, Frau Kollegin Brede-Hoffmann. Das ist so.

Es ist der falsche Weg, diese Rechte einseitig einzuschränken. Es ist vielmehr unsere Aufgabe, der Schule einen Rahmen zu geben, damit generationsübergreifende Kommunikation, Toleranz

(Pörksen, SPD: Sprechhülsen!)

und ein solidarisches Miteinander tatsächlich in den Schulen verstärkt Einzug halten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Glocke der Präsidentin)

– Frau Präsidentin, ich bin sofort am Ende. Die Selektivität unseres Bildungssystems muss abgebaut werden, somit auch die Angst zu versagen und keine zweite Chance mehr zu bekommen. Dies alles kann nur durch eine Verbesserung des Schulklimas erfolgen und nicht durch die Beschneidung von Grundrechten volljähriger Schülerinnen und Schüler. In diesem Sinn bitte ich Sie, diesen Gesetzentwurf auf der Grundlage der von mir

und vielen anderen Organisationen in Rheinland-Pfalz vorgebrachten Argumente abzulehnen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Frau Abgeordneter Brede-Hoffmann das Wort.

# Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Herr Kollege Wiechmann, ich hatte mir vorgenommen, mich überhaupt nicht zu ärgern, weil ich im Grundsatz akzeptiere, dass man bei einem solchen Punkt sehr kritisch sein kann und Bedenken formuliert.

Wenn aber jemand hier erklärt, der Versuch, ein gutes Klima zwischen Schule und Eltern auf diese Art und Weise zu transportieren und Schülerinnen und Schüler, die sich in einer Krise und in einer möglicherweise ersten großen Versagenssituation in ihrem Leben befinden, sei Aktionismus, dann muss ich sagen, dann stellen sich mir die Haare in voller Länge nach oben.

Sie haben formuliert: "weiter die Rechte von Schülerinnen und Schülern einzuschränken". Wir haben in der Schulgesetznovelle die Rechte der Schülerinnen und Schüler deutlich ausgebaut. Ich habe eben versucht zu erläutern, wir nehmen ihnen kein Recht; denn sie müssen weiter selbst entscheiden. Kein anderer kann entscheiden, was sie tun werden, wenn die Katastrophe des Schulabbruchs passiert ist. Sie müssen es selbst entscheiden. Es wird lediglich die Informationsbarriere zwischen Elternhaus und Schule ein wenig für den Katastrophenfall, über den wir hier sprechen, gelockert und nicht für jeden Schüler und jede Schülerin im Land Rheinland-Pfalz. Dies ist weder Aktionismus noch versucht es, Schülerinnen und Schüler Nachteile zuzufügen, sondern es ist der Versuch, Schülerinnen und Schüler in einer schlimmen Situation mit der Chance zu versehen, die natürlichsten Hilfspersonen zur Hilfe zu rufen, nämlich die Eltern. Dass Schülerinnen und Schüler hin und wieder Probleme mit ihren Eltern haben und meinen, Eltern wären grässlich böse, das wissen wir vielleicht von unseren eigenen Kindern, Sie vielleicht sogar noch aus der Erinnerung. Wir wollen ihnen dort helfen. Das hat nichts mit Aktionismus zu tun. Ich möchte es noch einmal betonen.

(Beifall bei SPD und FDP)

### Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Frau Abgeordneter Morsblech das Wort.

# Abg. Frau Morsblech, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Wiechmann, es ist schon interessant und war auch das erste Mal, dass ich so etwas in diesem Zusammenhang aus Ihrem Mund gehört habe, dass Sie sich dagegen aussprechen, Probleme, die wir im Land haben, mit Gesetzen zu lösen. Wenn ich mich daran erinnere, was Sie sonst einbringen, dann schieben Sie für jedes Problem ein Gesetz hinterher.

(Beifall der FDP – Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo ist denn das Problem?)

Vor allem machen Sie dies auch gern bei praktischen Problemen, die man nicht per Gesetz lösen muss. Ich erinnere an dieselbe Ausschusssitzung und die Diskussion um den Krankenhausunterricht. Ich fand es sehr interessant, dass Sie Probleme, die einfach nur eine praktische Dimension haben, mit Gesetzen lösen wollen. Dort, wo es wirklich um eine gesetzliche Änderung geht und wir sehr sorgfältig abwägen müssen, was Frau Kollegin Brede-Hoffmann schon gesagt hat, sehen Sie das anders. Natürlich muss man sehr sorgfältig zwischen den Grundrechten und den Chancen, die dieses Gesetz öffnet, abwägen. Ich finde deshalb die Argumentation, dass ein Gesetz nicht hilft, schon etwas merkwürdig.

(Glocke der Präsidentin)

### Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Wiechmann?

# Abg. Frau Morsblech, FDP:

Dann wird es zwar mit meiner Zeit etwas knapp, aber bitte schön.

# Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Kollegin Morsblech, Sie haben gerade eben zwei unterschiedliche Punkte angesprochen. Das eine ist ein offensichtlicher Bedarf, nämlich beim Krankenhausunterricht. Sehen Sie denn tatsächlich diese großen Probleme in Bezug auf die Schulgesetzänderung, die heute besprochen wird? Es war eine luftleere Diskussion in diesem Ausschuss.

# Abg. Frau Morsblech, FDP:

Ich mache es gern noch einmal deutlich; ich muss nur auf die Zeit achten. Natürlich gibt es beim Krankenhausunterricht einen Bedarf, aber dieser Bedarf ist ein praktischer. Es geht darum, dass die Lehrer direkt an den Krankenhäusern unterrichten. Es geht darum, dass die Informationen verbessert werden usw. Dazu brauche ich kein Gesetz, das kann ich so umsetzen. Hier geht es um eine Gesetzeslücke, dass Schulen nicht handeln können, da keine Gesetzesgrundlage vorhanden ist. Deswegen gibt es in der Tat einen Bedarf.

(Beifall der FDP – Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber wo ist der Bedarf?)

- Ich werde gleich weiter darauf eingehen.

Ich denke, man muss bedenken, dass Schulen öffentliche Einrichtungen sind. Wir haben gesehen, was in Erfurt und auch an anderen Stellen passiert. Es geht darum, junge Menschen in den Schulen zu schützen, auch andere, die in dem Moment nicht betroffen sind. Das ist eine Dimension, die in der Debatte noch keine Rolle gespielt hat.

Ich komme noch einmal zum Thema "Misstrauen". Sie sagen nach wie vor dasselbe. Sie gehen diesmal sogar einen Schritt weiter und sagen, in dem Moment, in dem ein Schüler ein Problem hat und die Eltern dazu kommen, passiert eine Katastrophe, weil Eltern in dem Problem nichts zu suchen haben.

Sie gehen heute sogar so weit, dass Sie sagen, wenn die Eltern ins Spiel kommen, kann keine vernünftige Kommunikation mehr mit dem Schulpsychologischen Dienst stattfinden. Das haben Sie gerade gesagt.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Quatsch!)

Wenn die Eltern ins Spiel kommen, kann die Schulsozialarbeit nicht mehr greifen. Das haben Sie alles gesagt, dass wir das damit verhindern.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist doch völliger Blödsinn!)

Wir haben es in diesem Bereich mit etwas ganz anderem zu tun. Es geht um Extremsituationen, bei denen der Schulpsychologische Dienst schon längst eingeschaltet werden sollte, bevor es so weit ist, dass jemand möglicherweise von der Schule fliegt. Es geht darum, in Extremsituationen ein zusätzliches Hilfssystem aufzumachen. Ich sage Ihnen noch einmal, wir differenzieren in anderen Bereichen auch nach dem Alter. Wir sagen im Strafrecht auch nicht, es ist jemand von 17 auf 18 Jahre gleich komplett strafmündig, weil wir sehen, dass in der Entwicklung Unterschiede bestehen. Wir wissen alle, dass gerade Jugendliche sich in solchen Problemsituationen gern zurückziehen. Es ist wichtig, dass der Schule zumindest die Möglichkeit eröffnet wird, mit den Eltern in einen konstruktiven Dialog zu treten, wenn sie das wollen.

Ich glaube, Schülerinnen und Schüler, die ein vernünftiges Verhältnis zu ihren Eltern haben, haben in der Regel kein Problem damit.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die brauchen es auch nicht, weil Sie sowieso mit den Eltern kommunizieren!) Es gibt aber auch Schülerinnen und Schüler, bei denen es nicht nur an den Eltern liegt, sondern die sich zurückziehen, wo es vielleicht gut wäre, wenn die Eltern die Chance bekämen, von dem Problem zu erfahren, um eingreifen zu können. Mehr als diese Tür aufzumachen, wollen wir nicht. Ich halte das für angemessen.

Ich komme zum Herrn Kollegen Schreiner. Ich weiß gar nicht, wo er im Augenblick ist.

(Zuruf von der CDU: Hier!)

Herr Kollege Schreiner, Sie haben natürlich zu Recht gefragt, wie künftig der Schulpsychologische Dienst strukturiert werden soll und wie die Schulsozialarbeit aussehen soll. Bei den Fällen, über die wir sprechen, muss man auch sehen, dass es Fälle sind, bei denen auch andere Hilfssysteme greifen können. In jeder Kommune gibt es viele externe Beratungsangebote. Es gibt die Möglichkeit einer Therapie. Gerade bei solchen Fällen wie in Erfurt hilft es nicht, nur den Schulpsychologen zu Rate zu ziehen. Bei solchen Fällen muss man die ergänzenden Beratungssysteme in Betracht ziehen. Es macht Sinn, wenn Schule, Eltern und ein entsprechendes Beratungssystem eng zusammenarbeiten.

(Glocke der Präsidentin)

Als FDP-Fraktion werden wir dieser Gesetzesänderung zustimmen. Ich denke, man muss nicht viel Allgemeines noch dazu sagen. Wir haben das hinreichend ausdiskutiert. Ihre Argumentation verstehe ich nach wie vor nicht; denn hier geht es um einen weiteren sinnvollen Baustein bei der Bewältigung von extremen Konflikten bei Jugendlichen und nicht darum, Eltern und Schülerinnen und Schülern gegeneinander auszuspielen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

## Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Frau Ministerin Ahnen.

# Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als erstes will ich mich in zweierlei Hinsicht bedanken. Als erstes bedanke ich mich, dass wir schon heute abschließend im Plenum über diesen Gesetzentwurf beraten können. Mein besonderer Dank gilt neben den Koalitionsfraktionen von SPD und FDP auch der Fraktion der CDU, die in den Beratungen sehr konstruktiv mitdiskutiert hat. Herr Kollege Schreiner hat es eben geschildert. Wir konnten eine gemeinsame Lösung finden.

Herr Abgeordneter Wiechmann, wenn ich Ihrer Argumentation folge, habe ich immer den Eindruck, der Kern der Regelungen wird nicht erfasst.

Es geht nicht darum, die Rechte von Schülerinnen und Schülern, die sich aus ihrem Status der Volljährigkeit ergeben, zu berühren. Die Entscheidungen werden nach wie vor von den Schülerinnen und Schülern getroffen. Dazu gehört auch die Entscheidung über ihre schulische Laufbahn. Es geht einzig und allein um den Punkt, dass in bestimmten Fällen Informationen auch zwischen Schule und Eltern volljähriger Schülerinnen und Schüler ermöglicht werden. Das allein ist das Bestreben dieser Gesetzesänderung. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, wir tun dies, um jede Chance zu nutzen, um Schülerinnen und Schülern in Problemsituationen Hilfe anbieten zu können.

Ich sage an dieser Stelle noch einmal, psychische Extremsituationen können bei Jugendlichen auftreten, und sie können bei Erwachsenen auftreten. Wir haben hier eine spezifische Situation. Schule ist eine staatliche Veranstaltung. Die Grundzüge der Schule regeln wir im Schulgesetz. Deswegen haben wir uns entschieden, diese Regelung, so wie sie jetzt vorgesehen ist, im Schulgesetz in Verantwortung für den einzelnen Schüler und für die einzelne Schülerin und in Verantwortung für die Schulgemeinschaft so vorzusehen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Wenn Sie sagen, dass Sie sich unseren Argumenten nicht anschließen können, dann muss ich das selbstverständlich respektieren. Ich will noch einmal darauf hinweisen, an einem solchen Punkt auch vor diesem Hintergrund von Aktionismus zu sprechen, halte ich zumindest für problematisch. Wir greifen an dieser Stelle auch auf die Eltern zurück. Es ist übrigens auch in unserer Verfassung angelegt, dass der staatliche Erziehungsauftrag und der Erziehungsauftrag der Eltern nebeneinander stehen. Gerade auf die Schule bezogen ist sogar noch formuliert, dass der staatliche Erziehungsauftrag die vertrauensvolle Kooperation mit dem Elternhaus voraussetzt. Die ist über Jahre hin gewachsen und soll hier für besondere Konfliktfälle auch dann die Information ermöglichen, wenn die Schülerinnen und Schüler volljährig sind, spätestens bis zum 21. Lebensjahr.

Ich sage noch einmal, es geht nur um die Gruppe der Schülerinnen und Schüler, die mit der Volljährigkeit bereits in diesem Bildungsgang war.

Ich halte das für eine sehr begrenzte, aber für diese Gruppe sehr sinnvolle Regelung. Ich bin genauso, wie es hier deutlich geworden ist, nicht der Meinung, dass es die einzige ist. Ich halte sie aber sozusagen als eine Voraussetzung für unverzichtbar. Selbstverständlich muss dies durch weitere Angebote begleitet werden. Wir haben schon konkrete Angebote auf den Weg gebracht, zum Beispiel die Krisenintervention bei drohendem Schulausschluss, die bessere Vernetzung von Angeboten auf der schulischen Seite, mit Angeboten im Bereich der Jugendhilfe, mit Angeboten im Bereich der Familienberatungsstellen.

Wir wollen, dass ein Netz entsteht, das in Krisensituationen Schülerinnen und Schüler mit auffangen kann. Um nicht mehr und nicht weniger geht es. Ich freue mich,

dass dieser Gesetzentwurf zumindest die überwiegende Zustimmung in diesem Haus findet.

(Beifall bei SPD und FDP)

## Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Abstimmung über den Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung des Schulgesetzes – Drucksache 14/1622 –.

Wir stimmen zunächst über die Beschlussempfehlung – Drucksache 14/1916 – ab. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Danke schön. Diese Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen worden.

Wir stimmen jetzt über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1622 – in zweiter Beratung ab. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben! – Danke schön. Die Gegenprobe! – Der Gesetzentwurf ist in der Schlussabstimmung mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zur Ausführung des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (AGGSiG) Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1719 Zweite Beratung

### dazu:

Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses

– Drucksache 14/1917 –

Die Grundsicherung – der falsche Weg Antrag der Fraktion der CDU – Entschließung –

Drucksache 14/1897 –

Die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von fünf Minuten verständigt.

Ich erteile Frau Abgeordneter Thelen das Wort.

# Abg. Frau Thelen, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist die zweite Lesung. Die grundsätzlichen Positionen wurden ausgetauscht. Für die CDU-Fraktion kann

ich erklären, dass sich an unserer grundsätzlichen Position durch die Beratung in den Ausschüssen nichts geändert hat.

(Schweitzer, SPD: Schade! – Staatsminister Zuber: Das wundert uns sehr!)

Das dem Landesausführungsgesetz zugrunde liegende Grundsicherungsgesetz geht nach unserer Auffassung nach wie vor in die falsche Richtung.

(Pörksen, SPD: Dann sagen Sie uns einmal die richtige Richtung!)

Ich denke, auch Sie haben Meldungen vernommen wie diese hier "Der größte Flop aller Zeiten". Das ist das, was das nicht gerade kleine Grundsicherungsamt der Stadt Trier in der bisherigen Bearbeitung zu diesem Gesetz festgestellt hat. Das bestätigt auch unsere grundsätzliche Kritik. Wir halten es für falsch, eine Art Rente einzuführen, die man mit einem anderen Begriff versieht, für die keine Beiträge im Laufe der Erwerbsarbeit gezahlt werden müssen.

(Pörksen, SPD: Ihr seid für Altersarmut, jawohl!)

Wir halten es für falsch, den Menschen eine Grundsicherung zu versprechen. Das hat Herr Riester getan, Herr Pörksen. Mit dem Versprechen hat er hohe Erwartungen bei den Menschen geweckt.

(Pörksen, SPD: Das waren die Versicherungen!)

Die, die jetzt mit hohen Erwartungen zu den Versicherungsämtern gehen, werden durch die Bank – zumindest sehr viele – enttäuscht. Das alles hätte man sich sparen können.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben gesagt, es gibt einen Personenkreis, für den es wichtig ist, eine solche Leistung, die eben nicht Sozialhilfe ist, einzuführen. Das ist insbesondere der Personenkreis der Menschen, die wegen ihrer Behinderung nicht arbeiten können, die nicht erwerbsfähig sind. Das hätte man aber durch ein eigenes Leistungsrecht, was auch angedacht war, in dem man alle Leistungen für Behinderte zusammenführt, regeln können. Es hätte einer solchen zusätzlichen Belastung auch der Verwaltung der Kommunen nicht bedurft.

(Pörksen, SPD: Maßlos überzogen!)

Die Einrichtung neuer Ämter mit zusätzlichen Schildchen dran wäre nicht erforderlich gewesen. Deshalb war es uns ein Anliegen, durch unseren Entschließungsantrag unsere Position noch einmal deutlich zu machen. Wir wollen damit dokumentieren, weshalb wir auch diesem Landesausführungsgesetz nicht zustimmen. Wenn das zugrunde liegende Gesetz nach unserer festen Überzeugung unsinnig ist, macht es auch keinen Sinn, ein Landesausführungsgesetz zu etablieren. Wir formulieren unsere Erwartungen an die Landesregierung, dazu bei-

zutragen, dass dieses Gesetz nicht auf Dauer Bestand hat. Es wäre nicht dramatisch für die Betroffenen.

(Pörksen, SPD: Ja, ja! Ausbüxen nennt man so etwas! Feige!)

 Nein, wir büxen überhaupt nicht aus, wir machen nur nicht jeden Unsinn mit, Herr Pörksen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich weiß doch, wie die Presse dieser Regierung nachher läuft nach dem Motto "Na ja, damals haben sie es vielleicht kritisiert, aber im Grunde genommen tragen sie doch heute alles mit", und dann sind wir mit im Sack. Da lassen wir uns einfach an dieser Stelle nicht mit einpacken.

(Hartloff, SPD: Wir entscheiden doch nicht über die Grundsicherung, sondern über die Ausführung!)

Damit unsere Position dezidiert und ohne Ihre Interpretationsfähigkeit klar ist für die Öffentlichkeit, haben wir sie in diesem Entschließungsantrag dargelegt. Unsere Erwartung, dass er die Mehrheit dieses Hauses findet, ist nicht groß. Aber uns ist es wichtig, unsere Position damit deutlich zu machen. Es würde uns freuen, wenn vielleicht die Praxis dieser Leistung doch noch einmal klar macht, dass der Weg in die falsche Richtung ging. Ihre Regierung – die von Ihnen noch getragene Bundesregierung – sagt selbst: Wir müssen bei den Sozialleistungen mehr auf Eigenverantwortung und mehr auf Eigenbeteiligung setzen.

(Pörksen, SPD: Aber nicht bei diesem Personenkreis, Sie Scherzkeksin!)

Sie haben schon andere Gesetze, die diese Regierung fabriziert hat – ich denke an das Thema "geringfügige Beschäftigungsverhältnisse", ich denke an das Thema "Scheinselbstständige" –, wieder einkassiert. Warum sollten Sie nicht auch hier klüger werden. Wir hoffen darauf

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

# Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Meine Damen und Herren, ich möchte noch Besucherinnen und Besucher im Landtag begrüßen, und zwar Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer der Volkshochschule Trechtingshausen. Herzlich willkommen im Landtag von Rheinland-Pfalz!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dröscher.

Abg. Dröscher, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute abschließend das Landesœ-

setz zur Ausführung des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Liebe Frau Thelen, wir streiten uns eigentlich nicht über dieses Landesgesetz. Im Gegenteil, Sie haben diese Ausführungsregelung im letzten Satz Ihres Entschließungsantrags geradezu angemahnt.

(Pörksen, SPD: Beschimpft haben sie uns!)

Das Gesetz regelt im Einzelnen die Träger der Grundsicherung, die Ermächtigung der Landkreise zur Heranziehung der Verbandsgemeinden und verbandsgemeindefreien Gemeinden sowie die Bestimmungen zur Kostenträgerschaft. Es regelt die Weiterleitung der Ausgleichszahlung und die Leistungen des Landes überall dort, wo das Land Einsparungen hat.

(Pörksen, SPD: Sehr vernünftige Regelungen!)

Der Entschließungsantrag der CDU greift dagegen die Diskussion wieder grundsätzlich auf. Ihre Argumente sind allerdings nicht neu.

(Frau Thelen, CDU: Aber immer noch richtig!)

Deshalb werden sie von uns auch erneut zurückgewiesen. Sie führen auf, dass kein Ausgleich für Mehrbelastungen gezahlt wird. Wir haben gerade in den vergangenen Wochen gesehen, dass sich manches, was anfangs an Aufgeregtheiten vorhanden war, wieder normalisiert hat. Ich habe selbst im Kreistag in Bad Kreuznach erlebt, dass dort der Landrat bestätigt hat, dass auch die finanziellen Auswirkungen, die zunächst genannt waren, wohl völlig überzogen waren, was den Verwaltungsaufwand angeht.

(Pörksen, SPD: Völlig überzogene Diskussion!)

Der zweite Punkt sind die geweckten Erwartungen. Da muss ich Ihnen allerdings Recht geben, dass überall dort, wo nicht ausreichend beraten wurde, Menschen der Meinung waren, sie könnten diesen Antrag stellen. Hier ist Beratung ganz wichtig.

Das Dritte – das hat in einem Zwischenruf der Kollege Carsten Pörksen vorhin schon angemahnt – wäre das falsche Signal für die benötigte Eigenvorsorge und Egenleistung. Ich glaube, hier müssen wir wirklich von der Realität dieser Menschen, für die die Grundsicherung infrage kommt, ausgehen. Ich glaube nicht, dass dort eine Vorsorgeleistung in einem Lebenslauf in den meisten Fällen in diesem Sinn möglich war.

(Beifall bei der SPD)

Zusammengefasst: Wir schließen uns nach wie vor Ihrer Argumentation nicht an und werden den Entschließungsantrag der CDU ablehnen.

Nachdem sich im Land – das heißt, in den Kommunen – mancher künstlich erzeugte Sturm gelegt hat, werden

wir die Umsetzung des Grundsicherungsgesetzes aufmerksam begleiten und die Erfahrungen, die wir dabei machen, zeitnah auswerten.

(Kramer, CDU: Wir auch!)

Ich glaube, das ist der richtige Weg, um dann eventuell auch Dinge zu ändern, die geändert werden müssen. Im Grundsatz sind wir uns ganz sicher, dass das der richtige Weg ist. Deshalb wird die SPD-Fraktion dem Gesetzentwurf heute zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

# Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Abgeordneter Reiner Marz.

### Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich danke dem Kollegen Dröscher, dass er noch einmal darauf hingewiesen hat, dass es bei diesem Gesetz – sowohl bei dem Bundesgesetz als auch bei dem Landesausführungsgesetz – insbesondere um die Bekämpfung von Altersarmut geht. Was wir nun seit Monaten auf allen Ebenen erleben, ist ein völlig konfuses, nicht mehr nachzuvollziehendes Anrennen der Union gegen dieses Gesetz.

Frau Kollegin Thelen, dass Sie uns dann heute auch noch den Gefallen tun, sozusagen zur Einführung diesen unsäglichen Artikel im "Trierischen Volksfreund" "Größter Flop aller Zeiten" zitieren, dafür bin ich Ihnen allerdings zu Dank verpflichtet. Dieser Artikel im "Trierischen Volksfreund" argumentiert ebenso falsch, wie Sie das tun. Wenn Sie sich an solchen Quellen informieren, dann ist es natürlich kein Wunder, wenn dann solche Antragsentwürfe herauskommen, wie Sie sie hier vorgelegt haben.

In Trier kenne ich mich ein bisschen aus. Wenn ich dann lese, eine Quelle, auf die Sie sich beziehen – ich will hinzufügen, bei der Quelle gehe ich davon aus, dass sie von Parteifreunden von Ihnen gefüttert worden ist –, sagt, in Trier hätte ein Grundsicherungsamt mit 22 Stellen geschaffen werden müssen – – –

(Zurufe von der SPD)

 Mit 22 Stellen für eine Stadt wie Trier! Natürlich ist Trier eine bedeutende Stadt, aber natürlich braucht auch Trier keine 22 Stellen.

> (Itzek, SPD: Das sollte für das ganze römische Imperium sein! – Rösch, SPD: Einschließlich der Kolonien!)

- Richtig. So ist das Ganze gestrickt. Aber das sozus agen nur zu Ihrer Quellenlage. Ich will mich damit jetzt

nicht länger aufhalten, sondern gern zu Ihrem Entschließungsantrag kommen.

Da haben Sie auch die Erkenntnisse – wie eben aufgezeigt – aufgeführt. Zum einen wollen Sie jetzt schon, dass wir feststellen – das Gesetz ist auf Bundesebene noch nicht einmal zwei Monate in Kraft, das Landesgesetz kommt jetzt –, dass es verwaltungsmäßig zu aufwendig ist, zu kostenintensiv ist und die Finanzbelastung der Kommunen zu groß ist.

Das wissen Sie jetzt schon.

(Schnabel, CDU: Das steht doch im Gesetz drin!)

 Nein. Im Gesetz steht nicht drin, dass die Belastung der Kommunen zu groß ist. Da haben Sie ein anderes Gesetz gelesen.

Auf der anderen Seite sollen wir jetzt schon feststellen, dass die in die Grundsicherung gesteckten Erwartungen nicht erfüllt werden können. Was denn nun? Entweder können die gesteckten Erwartungen nicht erfüllt werden, dann wäre der Bundeszuschuss wahrscheinlich zu groß, den es dafür gibt, oder dieser Satz stimmt nicht, dann würde die andere Argumentation stimmen.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Sie widersprechen sich permanent selbst. Ich meine, es ist eine elegante Methode, Forderungen aufzustellen, die längst erfüllt sind, damit man nachher vielleicht sagen kann, man hat mit gesiegt. Aber das ist wirklich zu durchsichtig. Sie sagen, die Landesregierung solle sich beim Bund dafür einsetzen, dass die unmittelbaren Kosten, die durch das Grundsicherungsgesetz entstehen, jeweils erstattet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist im Gesetz eingebaut. Von daher braucht sich die Landesregierung dafür auch nicht einzusetzen. Es ist bereits im Bundesgesetz eingebaut.

(Abg. Dr. Rosenbauer meldet sich zu Wort)

Ich sehe, dass Herr Kollege Rosenbauer eine Zwischenfrage stellen will, die ich Ihm gern beantworten mag.

# Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Herr Kollege Marz, ist Ihnen bekannt, dass der Bundeszuschuss mit keinem Pfennig für die Verwaltungskosten zur Verfügung steht?

Zum Zweiten: Ist es nicht so, dass viele Anträge, die gestellt werden, geprüft werden müssen, obwohl sie nachher nichts bekommen? Aber geprüft werden müssen sie. Der Verwaltungsvorgang ist da.

(Schweitzer, SPD: Warum denn?)

- Weil sie geprüft werden müssen.

Drittens: Herr Marz, widersprechen Sie, dass die Hoffnungen viel größer waren als das, was jetzt herauskommt? Es sind Hoffnungen geschürt worden, die bei weitem nicht erfüllt werden können.

# Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Kollege Rosenbauer, erst einmal waren das drei Fragen, die sich qualitativ von dem, was vorher von der Union argumentiert worden ist, nur dadurch unterschieden haben, dass Sie erstmals die Weisheiten, die Sie verbreiten, in Frageform verbreiten. Ansonsten hat sich überhaupt nichts geändert.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Zum Zweiten: Natürlich sind die Kosten, die Sie genannt haben, nicht drin. Aber wir brauchen die Diskussion nicht ständig wieder zu führen. Wenn die Kommunen bislang ihre Hausaufgaben hinsichtlich Menschen, die von Atersarmut bedroht sind, gemacht haben, dann entstehen ihnen auch keine Mehrkosten.

(Glocke der Präsidentin)

## Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ihre Zeit ist um.

# Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich komme auch mit weniger heftigem Klingeln bald zum Ende

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Keine Kritik an der Frau Präsidentin!)

Zum Zweiten, und damit beantworte ich auch Ihre dritte Frage: Es ist natürlich so, wenn ein neues Gesetz kommt, wenn etwas völlig Neues passiert, entstehen zunächst einmal Aufwand und Reibungsverluste. Das ist etwas völlig Normales.

# Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Herr Marz, Ihre Zeit ist schon überschritten. Sie müssen jetzt zum Ende kommen.

# Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich möchte mich jetzt nicht damit herausreden, dass mich Ihr lautes Klingeln hat so stocken lassen, dass ich zuviel Zeit verbraucht hätte.

(Heiterkeit im Hause)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, aus meiner Argumentation ist klar geworden, wir werden dem Gesetzentwurf, wie er vorliegt, zustimmen und den Entschließungsanstrag der CDU aus guten Gründen ablehnen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Schmitz das Wort.

# Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt wollen wir alle einmal wieder ganz ruhig werden und uns überlegen, ob wir über ein Landesgesetz oder über das zugrunde liegende Bundesgesetz sprechen. Das ist nämlich zweierlei. Ich möchte an sich nicht das machen, was der eine Vorredner oder die andere Vorrednerin nicht vermeiden konnte, nämlich Lesung eins zu wiederholen, sondern versuchen, einmal auf ein paar andere Aspekte einzugehen.

Vom Grundsatz her ist das kein Gesetz, über das man sich jetzt in die Haare kriegen muss, weil in der Tat nicht klar ist, wie die Auswirkungen sein werden.

Frau Thelen, ich bin mit Ihnen der Meinung, dass die bisherigen Erfahrungen nicht so sind, dass man in Jubelchöre ausbrechen muss.

(Zuruf des Abg. Kramer, CDU)

Aber ich bin auch mit Herrn Kollegen Marz der Meinung, dass man dem Gesetz Raum und Zeit geben soll, um zu sehen, wie es sich auswirkt.

Damit bin ich auch bei einem Punkt, der mir sehr wichtig ist. Es ist die Beleuchtung dieses Gesetzeswerkes mit dem Fokus jetzt aktuell und mit dem Fokus in die Zukunft gerichtet.

Jetzt aktuell kann ich als Landespolitiker nichts Anrüchiges dabei empfinden, wenn wir Bundesmittel zugewiesen bekommen, die wir an Menschen weiterleiten, denen unter dem Begriff "verdeckte Altersarmut" oder auch "Erwerbsunfähigkeit aufgrund schwerer Behinderungen" damit geholfen wird. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite muss man schon sehen, ob der Aufwand für das Ergebnis steht.

Im Lauf der Jahre muss man beobachten, ob diese Relation stimmt, zumal eins auch klar ist: Wir versuchen auf der einen Seite Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe mit dem Argument zusammenzufassen, dass es verwaltungseinfacher wird. Jetzt haben wir das noch nicht richtig eingetütet, dann machen wir die Kiste von der anderen Seite wieder auf. Ob das so ertragreich und attraktiv ist, müssen wir in der Tat abwarten.

(Beifall der Abg. Frau Thelen, CDU – Kramer, CDU: Sehr gut!)

Ich habe noch eine kleine technische Frage an die Landesregierung. Wenn ich das Gesetz nicht ganz falsch verstehe, ergibt sich aus den Bundesleistungen eine Ersparnis im Bereich der Sozialhilfe, aber mittelbar auch eine Ersparnis – Herr Kramer, das wird durch die Zahlungen kompensiert; klar – für den Träger der überörtlichen Sozialhilfe. Ist das berücksichtigt, und werden diese Leistungen auch an die Kommunen weitergereicht? Denn wenn wir sagen, das muss dem Konnexitätsprinzip entsprechen und heilige Schwüre leisten, dann sollte man auch diesen Randbereich mit bedenken.

Meine Damen und Herren, damit bin ich schon am Ende meiner Ausführungen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

### Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Für die Landesregierung spricht Frau Staatsministerin Dreyer.

# Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Herren und Damen! Auch ich möchte mich nicht mehr zum Landesgesetz äußern, weil ich denke, das ist klar in diesem Raum. Aber ich nehme gern die Gelegenheit war, doch noch einmal auf die einzelnen Statements einzugehen, die sich zum Teil auch im Entschließungsantrag der CDU wiederfinden.

Vorab möchte ich vorausschicken, dass viele Argumente, auch vieles, was man in der Presse gelesen hat, in den vergangenen Jahren schlicht und ergreifend auf Mutmaßungen beruht haben. Ich denke, dass ein Großteil davon gesagt worden ist, um Stimmung gegen die bundesgesetzliche Regelung zu machen. Das bedauere ich. Ich hoffe, dass sich dieses Phänomen in den nächsten Monaten legen wird.

(Beifall bei SPD und FDP)

Zunächst zu der Forderung, die in dem Entschließungsantrag formuliert worden ist, nämlich vom Bund eine vollständige Erstattung aller aus der Grundsicherung erwachsenen Kosten zu verlangen, die in den Kommunen entstehen. Ich bin schon sehr häufig auf diesen Punkt eingegangen. Ich möchte noch einmal kurz sagen – das ist auch von Herrn Marz heute schon einmal in diesem Raum gesagt worden –, die Kosten, die entstehen, sind die Kosten für die verschämte Armut, also Menschen gegenüber, die sowieso einen Anspruch auf Sozialhilfe hätten. Deshalb entstehen den Kommunen keine Kosten, die sie nicht sowieso zu tragen hätten. Das muss man noch einmal deutlich sagen.

(Beifall des Abg. Schweitzer, SPD)

Alle anderen Kosten, die nur durch die Grundsicherung bedingt sind, werden durch den Bund übernommen. Ich denke, das ist ein sehr faires Verfahren. Punkt zwei: Das Thema "Grundsicherung und Sozialhilfe" ist auch in dem Antrag aufgegriffen worden. Ich muss an dieser Stelle sagen, dass es auch für mich unbefriedigend ist, dass wir zum Teil nach acht Wochen feststellen müssen, dass es neben der Grundsicherung auch Menschen gibt, die noch einen zusätzlichen Anspruch auf Sozialhilfe haben. Wir müssen in den nächsten Monaten verfolgen, ob es mehrere Fälle gibt oder ob es bei Einzelfällen bleibt. Wenn es keine Einzelfälle sind, dann müssen wir versuchen, im Nachhinein eine Korrektur an dieser Stelle zu finden.

Punkt 3: Das Thema "Aktivierung und Eigenverantwortung" wird im Entschließungsantrag aufgegriffen. Ich möchte aber noch einmal deutlich darauf hinweisen, über welchen Personenkreis wir sprechen. Wir sprechen von Menschen, die auf Dauer nicht mehr in der Lage sind, ihre Arbeitskraft einzusetzen, also von den dauerhaft Erwerbsunfähigen. Ferner sprechen wir von älteren Menschen, die sowieso über 65 Jahre alt sind. Bei dieser Zielgruppe sprechen wir nicht mehr von Aktivierung in dem Sinn, wie wir es im Übrigen in der Sozialhilfe tun. Deshalb schlägt dieser Ansatz an dieser Stelle meiner Meinung nach fehl.

# (Beifall bei SPD und FDP)

Sie werden verstehen, dass wir nach acht Wochen Beobachtung von unserer Seite noch kein richtiges Fazit ziehen können. Wir können aber schon eine gewisse Tendenz beurteilen bzw. erkennen.

Ich möchte kurz auf die Enttäuschung der Menschen eingehen. Das gefällt uns natürlich auch nicht. Die Problematik, die dahinter stand, war, dass die Rentenversicherungsträger gesetzlich verpflichtet sind, alle Rentenbezieher, deren Renteneinkünfte den Schwellenwert von 844 Euro unterschreiten, über die Grundsicherung zu informieren, und sie Antragsformulare mitgeschickt haben. Das Ergebnis liegt auf der Hand. Wir erleben nun auf der kommunalen Ebene, dass viel zu viele Antragsteller vorsprechen, die überhaupt keine Aussicht auf Gewährung einer Grundsicherung haben. Das ist der eigentliche Grund für die Enttäuschung, aber nicht die Tatsache, dass von diesen Antragstellern nur 15 % bis 20 % tatsächlich einen Anspruch auf Grundsicherung haben; denn das ist die Zielgruppe, auf die von Anfang an mit diesem Gesetz geblickt worden ist. Nur durch das Verfahren im Vorhinein ist es leider zu einer Fehlsteuerung im Bereich der Antragstellung gekommen.

Ich möchte etwas zur Anzahl der Grundsicherungsberechtigten sagen. Ich habe nicht die Zahlen prognostiziert, dass wir in Zukunft mit einer ungefähr hundertprozentigen Steigerung der Zahl der Grundsicherungsempfänger rechnen müssen. Ich erinnere mich sehr gut an die Worte von Herrn Abgeordneten Schnabel im Zusammenhang mit der Entschädigung der Kommunen. Es sind Zahlen prognostiziert worden, die ich nur sehr ungern wiederholen möchte. Die Prozentzahlen, die sich jetzt in der Realität zeigen, entsprechen durchaus dem, was dem Gesetz zugrunde gelegt worden ist. Ich denke, wir können der Entwicklung sehr gelassen entgegensehen, wie viele Antragsteller wir am Ende haben. Die Kommunen brauchen überhaupt nicht zu befürchten, dass der Ausgleich, der unsererseits weitergereicht wird,

nicht ausreichen könnte. Im Moment sprechen alle Indizien dafür, dass die vom Bund zur Verfügung stehenden Mittel nicht abgeschöpft werden können, weil am Schluss nicht genügend Antragsteller vorhanden sind.

Sehr geehrter Herr Dr. Schmitz, ich habe in dieser Runde schon mehrfach betont, dass die Ersparnis des überörtlichen Sozialhilfeträgers komplett an die Kommunen im normalen Verfahren nach BSHG weitergereicht wird. Im Nachtragshaushalt kann dies nachgewiesen werden.

Ansonsten gibt es meines Erachtens nichts mehr dazu zu sagen. Als Ministerin bin ich sehr froh darüber, dass wir mit der Grundsicherung endlich auch die Menschen oder zumindest einen Teil der Menschen erreichen, die aufgrund von Scham den Weg zum Sozialamt in der Vergangenheit nicht geschafft haben. Es besteht meines Erachtens Einigkeit darüber, dass wir das Landesgesetz zur Durchführung des Grundsicherungsgesetzes brauchen. Insofern bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Beifall der SPD und der FDP)

# Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Meine Damen und Herren, wir kommen zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1719 –. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1719 –. Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Wer stimmt dagegen? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/1897 –. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zu dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1735 – Zweite Beratung

## dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medien und Multimedia

Drucksache 14/1913 –

Die Fraktionen sind übereingekommen, ohne Aussprache über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1735 – abzustimmen. Wir kommen deshalb zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/1735 –. Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Hessen und dem Land Rheinland-Pfalz über die Forschungsanstalt Geisenheim am Rhein Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1833 –Erste Beratung

Der Gesetzentwurf soll ohne Aussprache an den Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen werden. – Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich rufe Punkt 11 der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Land Hessen über die Errichtung der Gemeinsamen Zentralen Adoptionsstelle Rheinland-Pfalz und Hessen Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1863 –
 Erste Beratung

Gemäß Absprache ist zu diesem Gesetzentwurf keine Aussprache vorgesehen. Der Gesetzentwurf soll an den Sozialpolitischen Ausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen werden. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe Punkt 12 der Tagesordnung auf:

Zustimmung des Landtags zu der Einverständniserklärung des Landes Rheinland-Pfalz zu dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Lettland über die gegenseitige akademische Anerkennung von Studienzeiten und Abschlüssen im Hochschulbereich

Antrag der Landesregierung

- Drucksache 14/1679 –

## dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur

- Drucksache 14/1874 -

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist keine Aussprache vorgesehen. Deshalb kommen wir zur unmittelbaren Abstimmung über den Antrag der Landesregierung – Drucksache 14/1679 –. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe Punkt 13 der Tagesordnung auf:

Zustimmung des Landtags zu der Einverständniserklärung des Landes Rheinland-Pfalz zu dem
Abkommen zwischen der Regierung der
Bundesrepublik Deutschland und der
Regierung der Republik Österreich
über Gleichwertigkeiten im
Hochschulbereich
Antrag der Landesregierung
– Drucksache 14/1739 –

#### dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur

- Drucksache 14/1875 -

Dieser Tagesordnungspunkt soll ohne Aussprache behandelt werden. Wir kommen zur unmittelbaren Abstimmung über den Antrag der Landesregierung –Drucksache 14/1739 –. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe Punkt 14 der Tagesordnung auf:

Kommission für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 14/1836 -

### dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur

- Drucksache 14/1873 -

Auch in diesem Fall ist keine Aussprache vorgesehen. Deshalb kommen wir zur unmittelbaren Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/1836 –. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Plenarsitzung.

Ich lade Sie zur nächsten Plenarsitzung am Mittwoch, den 2. April 2003 ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 17:09 Uhr.